

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 (Haushaltsgesetz 2020/2021 – HG 20/21) Drs.18/2020

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Dem Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 (Haushaltsgesetz 2020/2021 – HG 20/21) [Drs.18/2020](#) wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

A) Der Gesetzestext wird wie folgt geändert:

Die Zahlen über Einnahmen und Ausgaben sind an die „Ergebnisse der 156. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 28. bis 30. Oktober 2019 in Stuttgart“ ([RN 0057 I](#)) anzupassen.

§ 13 Abs. 3 entfällt.

Alte Fassung	Neue Fassung
Einnahmen-Veranschlagung mit Stand der „155. Sitzung des Arbeitskreises 'Steuerschätzungen' vom 7. bis 9. Mai 2019 in Kiel“	Einnahmen-Veranschlagung mit Stand der „156. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 28. bis 30. Oktober 2019 in Stuttgart“
----	----
„§13 Personalwirtschaftliche Ermächtigungen	„§13 Personalwirtschaftliche Ermächtigungen
[...]	[...]
(3) Zur Beschäftigung von Personen im Rahmen des Pilotprojektes zum solidarischen Grundeinkommens können mit Einwilligung der Senatsverwaltung für Finanzen im Wege der Personalwirtschaft unterjährig Stellen eingerichtet werden.“	(3) Zur Beschäftigung von Personen im Rahmen des Pilotprojektes zum solidarischen Grundeinkommens können mit Einwilligung der Senatsverwaltung für Finanzen im Wege der Personalwirtschaft unterjährig Stellen eingerichtet werden.“

B) Das Zahlenwerk wird wie folgt geändert:

Für die Jahre 2020 und 2021 werden 1.308 Mio. EUR (908 Mio. EUR direkte Ausgaben, 400 Mio. € durch PMAs) und 518 Mio. € VEs – insgesamt 1,86 Mrd. EUR – eingespart werden.

2020: -516 Mio. € (= -316 + PMA -200)

2021: -793 Mio. € (= -593 + PMA -200)

Σ = -1.309 Mio. € (= -909 + PMA -400)

VE 2020: -327 Mio. €

VE 2021: -191 Mio. €

Σ = -518 Mio. €

Gesamtersparnis: 1,861 Milliarden €

[€]	2020	2021	VE 2020	VE 2021
Aufwüchse	89.947.150	96.411.650	1.050.000	1.050.000
Einsparungen (exkl. HH-Entlastungsrücklage)	-603.443.154	-884.717.031	-445.570.000	-197.703.000
Netto- Einsparungen (exkl. HH-Entlastungsrücklage)	-513.496.004	-788.305.381	-444.520.000	-196.653.000
SUMME (exkl. HH-Entlastungsrücklage)	-1.301.801.385		-641.173.000	
Gesamt-SUMME (exkl. HH-Entlastungsrücklage)	-1.942.974.385			

Dadurch erübrigt sich die Entnahme der **Haushaltseentlastungsrücklage in Höhe von 700 Mio. €** sodass sich kameralistisch folgende Ersparnis ergibt:

2020: -513 Mio. € (= -313 + PMA -200)

2021: -88 Mio. € (= -588 + PMA -200 + HH-Entlastungs-Rücklage 700)

Σ = -603 Mio. € (= -901 + PMA -400 + HH-Entlastungs-Rücklage 700)

VE 2020: -327 Mio. €

VE 2021: -191 Mio. €

Σ = -518 Mio. €

Gesamtersparnis: 1,242 Milliarden €

	inkl. <u>Nicht</u> -Vereinnahmung der HH-Entlastungsrücklage			
[€]	2020	2021	VE 2020	VE 2021
Aufwüchse	89.947.150	96.411.650	1.050.000	1.050.000
Einsparungen (inkl. Nicht-Vereinnahmung der HH-Entlastungsrücklage)	-603.443.154	-184.717.031	-445.570.000	-197.703.000
Netto-Einsparungen (inkl. Nicht-Vereinnahmung der HH-Entlastungsrücklage)	-513.496.004	-88.305.381	-444.520.000	-196.653.000
SUMME	-601.801.385		-641.173.000	
Gesamt-SUMME	-1.242.974.385			

Die Ersparnis der HH-Jahre 2020 (513 Mio. €) und 2021 (88 Mio. €) wird jeweils zu einem Drittel der Schuldentilgung, dem Nachhaltigkeitsfond und dem SIWA zugeführt.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
1.	Gesamtplan-übergreifend	Alle Titel bezüglich Solidarischer Grundeinkommen (SGE)	Alle Haushaltsansätze, die Mittel für das SGE und seine Umsetzung bereitstellen, sind zu streichen! ----- Absatz 3 in § 13 des Entwurfes des HH-Gesetzes wird gestrichen	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>Die Sinnhaftigkeit des SGE ist nicht gegeben. Es ist lediglich eine Wahlkampfmaßnahme des Regierenden Bürgermeisters Müller, um sich vom vermeintlichen Makel der Hartz-IV-Reformen der Rot-Grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder reinzuwaschen und die Stimmenverluste an die SED-Nachfolgepartei DIE LINKE und Bündnis 90/GRÜNE wieder rückgängig zu machen.</p> <p>Im Entwurf zum „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 (Haushaltsgesetz 2020/2021 – HG 20/21)“ (Drs.18/2020) auf S.36 steht:</p> <p><i>„zu § 13: Die Regelung zu den Absätzen 1 und 2 stimmt mit den entsprechenden Absätzen des § 12HG18/19 überein. Absatz 3 ist neu. Er ist im Zusammenhang mit dem in Berlin aufgesetzten Pilotprojekt „Solidarisches Grundeinkommen“ (SGE) erforderlich. Die zu übertragenen Aufgaben 37sollen regelmäßig einer Wertigkeit bis zur Entgeltgruppe3 entsprechen. Hierfür sind ggf. unterjährig Stellen einzurichten. Näheres kann der SGE-Richtlinie entnommen werden.“¹</i></p>

¹ RN 1900, <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-1900-v.pdf>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p>Da das SGE abzulehnen ist und die Mittel dafür gestrichen werden, ist auch der Absatz im HH-Gesetz zu streichen.</p> <p>Aufgrund der häufig intransparenten Mittelverwendung des Senats ist im Wege dieses Antrages sicherzustellen, dass auch alle mit dem SGE verbundenen Plan-Ausgaben <u>nicht</u> verausgabt werden.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
2.	Gesamtplan-übergreifend	Alle Titel bezüglich Mittel für Personal, Investitionen, konsumtive Sachausgaben und Zuschüsse jeder Art für die Umsetzung des Mietendeckels	Alle Titel bezüglich Mittel für Personal, Investitionen, konsumtive Sachausgaben und Zuschüsse jeder Art für die Umsetzung des Mietendeckels sind zu streichen!	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>In einer Pressemitteilung vom 22.10.19 der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung heißt es: „Senat bringt Mietendeckel auf den Weg“.² Des Weiteren ist der Web-seite von SenStadtWohn zu entnehmen: <i>„Das Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin (MietenWoG Bln) liegt derzeit nur im Entwurf vor. Das Abgeordnetenhaus von Berlin muss dieses Gesetz zunächst beschließen. Bis zu diesem Zeitpunkt kann der Gesetzentwurf im weiteren Verfahren jederzeit geändert werden.“</i>³</p> <p>Es ist notwendig, dass der geplante Mietendeckel <u>nicht</u> umgesetzt wird. Die Schätzungen über den Personalbedarf sind darüber hinaus sehr unpräzise⁴ und der Ansatz, auf dem die Bedarfe basieren, wurde am 21.11.19 im Rat der Bürgermeister abgelehnt.</p>

² https://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/pressebox/archiv_volltext.shtml?arch_1910/nachricht6802.html

³ <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnraum/mietendeckel/>

⁴ Bericht SenStadtWohn –Z P 5 (v) –vom 08.11.2019 Einzelplan 12 Personalwirtschaftliche Auswirkungen der gesetzlichen Verankerung eines Mietendeckels (UAPVPP 0193); <https://www.parlament-berlin.de/a-dos/18/UAPVPP/vorgang/uph18-0193-v.pdf>

⁵ <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/09/berliner-abgeordnetenhaus-vollzeitparlament-diaeten-.html>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
4.	Band 02/ EP 01/ S.12	Kapitel 0100 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 25.000 Ansatz 2021 25.000	 <div>+ 3.000</div> <div>+ 3.000</div>	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar. <i>b) Titelerläuterung</i> Bis zu 3 Tsd. €für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS und Doppische Haushaltsführung (<i>verbindliche Erläuterung</i>)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
Einzelplan 02				
5.	Band 02/ EP 01/ S.13	Kapitel 0100 Titel 52610 Gutachten Ansatz 2020 100.000 Ansatz 2021 100.000	 +25.000 +25.000	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Mehr ist notwendig, um für die notwendige Enquete-Kommission „Verwaltungs- und Parlamentsreform“ vorbereitet zu sein.
6.	Band 02/ EP 01/ S.13	Kapitel 0100 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 220.000 Ansatz 2021 150.000	 +/- 0 +/- 0	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁶ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁷ b) <i>verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (<i>verbindliche Erläuterung</i>)

⁶ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁷ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
7.	Band 02/ EP 02	<p><i>Neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 0200 Titel 52501 (neu)</p> <p>Aus- und Fortbildung</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+2.000</p> <p>+2.000</p>	<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>Durch das Einsetzen der Schuldenbremse ab 2020 und deren strittige landesgesetzliche Umsetzung durch dem Rot-Rot-Grünen Senat in Berlin steigt die Notwendigkeit sich eingehend mit dem damit verbundenen ökonomischen Fachwissen auszukennen, um Fälle von Klagen gegen die Nicht-Einhaltung der Schuldenbremse adäquat beurteilen zu können.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung</i></p> <p>Die Mittel sind für Fortbildungen zum Thema ökonomisch-fiskalische Hintergründe der Schuldenbremse und verwandte Themen, wie IPSAS/ EPSAS, Doppische Haushaltsführung und ähnliches zu verwenden. (<i>verbindliche Erläuterung</i>)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
Einzelplan 03				
8.	Band 03/ EP 03/ S.16	Kapitel 0300 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 46.200 Ansatz 2021 48.000	 + 20.000 + 20.000	<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector ccounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar, insbesondere vor dem Hintergrund der laufenden Berliner Schulbauoffensive (BSO)</p> <p>Durch das Einsetzen der Schuldenbremse ab 2020 und deren landesgesetzliche Umsetzung durch den Rot-Rot-Grünen Senat in Berlin steigt die Notwendigkeit, sich eingehender mit den damit verbundenen Konsequenzen schulungstechnisch zu befassen, um sich auf adäquaten Verständnisniveau bewegen zu können und sich entsprechend mit den Vertretern der Senatsverwaltung für Finanzen, des Stabilitätsrates oder der Bundesbank auf Augenhöhe verständigen zu können.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung</i></p> <p>Bis zu 10 Tsd. € für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS und Doppische Haushaltsführung (<i>verbindliche Erläuterung</i>)</p> <p>Bis zu 10 Tsd. € sind für Fortbildungen zum Thema ökonomisch-fiskalische Hintergründe der Schuldenbremse und verwandte Themen, wie IPSAS/EPSAS, Doppische Haushaltsführung und ähnliches zu verwenden. (<i>verbindliche Erläuterung</i>)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
9.	Band 03/ EP 03/ S.18	Kapitel 0300 Titel 52610 Gutachten Ansatz 2020 610.000 Ansatz 2021 613.000	 + 150.000 + 150.000	<i>b) Titelerläuterung</i> In Höhe von bis zu 150 Tsd. € sind Gutachten zu folgenden Bereichen bzw. Themen zu erstellen: 1. Forensisches Gutachten zum Geschäftsbetrieb der FBB GmbH mit Fokus auf Planung und Bau des Flughafens BER. 2. Rechtliche Möglichkeiten zur dauerhaften Offenhaltung Tegels und deren Auswirkungen auf die Rentabilität eines Parallelbetriebes von TXL + BER. 3. Die Bedeutung des Flughafensystems der Metropolregion Berlin-Brandenburg unter Berücksichtigung von BER und TXL für die wirtschaftliche Integration Europas insbesondere vor dem Hintergrund des LCC-Marktes für die Entfaltung der Personenfreizügigkeit innerhalb der EU . 4. Beantwortung der Frage: Wie kann das Verständnis dafür gestärkt werden, dass Privateigentum , Eigeninitiative und Wettbewerb – gekoppelt mit verantwortungsvollem Handeln – die tragenden Säulen für eine gesunde Volkswirtschaft und eine gerechte Sozialordnung innerhalb Europas (und darüber hinaus) sind und daher alle Leistungswilligen aller Lebens- und Arbeitsbereiche angemessen zu fördern sind? 5. Beantwortung der Frage: Wie lässt sich eine Besinnung auf abendländisch-humanistische Grundwerte als moralisch-ethische Richtlinie im Rahmen der Europäischen Integration bewerkstelligen?

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs-ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
10.	Band 03/ EP 03/ S.18	Kapitel 0300 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 222.000 Ansatz 2021 269.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁸ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁹ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁸ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker – Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
11.	Band 03/ EP 03/ S.20	Kapitel 0300 Titel 54053 Veranstaltungen Ansatz 2020 3.822.000 Ansatz 2021 3.085.000	 - 250.000 - 250.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Die Mittel für den #FARBEBEKENNEN-Award sollen gestrichen werden, da der Nutzen nicht erkennbar ist. Die Reduzierung ergibt sich durch die Streichung der für die Preisverleihung vorgesehenen Mittel.
12.	Band 03/ EP 03/ S.22	Kapitel 0300 Titel 68207 Zuschuss an die Deutsche Film- und Fernsehakademie Ansatz 2020 5.378.000 Ansatz 2021 5.100.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Die DFFB soll Entgelt für das Studium verlangen. Private Anbieter in diesem Bereich verlangen fünfstellige Gebühren für vergleichbare Studiengänge. Unendliche Subventionen sind nicht im Sinne der Steuerzahler und setzen, volkswirtschaftlich gesehen, Fehlanreize. <i>c) Sperrvermerk:</i> Die Fördersumme wird gesperrt in Höhe von 10 Prozent. Die Sperre soll aufgehoben werden, sobald die DFFB ein Konzept vorliegt, wie sie zukünftig Studiengelder erheben will.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
13.	Band 03/ EP 03/ S.23	Kapitel 0300 Titel 68324 Zuschüsse an die Medien- board Berlin-Brandenburg GmbH Ansatz 2020 13.668.000 Ansatz 2021 13.668.000	 - 1.366.800 - 1.366.800	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Die positiven Effekte der Filmförderung werden allgemein über- und die negativen Effekte (Marktverzerrung) unterschätzt. Einerseits werden sehr einseitige Filme gefördert, andererseits scheinen genderpolitische Vorgaben im Vordergrund zu stehen. Die Reduzierung ergibt sich durch die Absenkung der Fördersumme um 10 Prozent. <i>b) Verbindliche Erläuterung:</i> Die eingesparten Mittel sollen in die Entwicklung der Fördermodelle durch Steuernachlässe investiert werden. Die erfolgreichen Filmproduzenten und andere bislang geförderte Unternehmen sollen durch Steuernachlässe bei ihrer Arbeit unterstützt werden. Ein Konzept soll bis spätestens 30.09.2020 vorgelegt werden. <i>(Verbindliche Erläuterung)</i>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
14.	Band 03/ EP 03/ S.26	Kapitel 0300 Titel 68629 (neu) Zuschüsse für besondere touristische Projekte Ansatz 2020 500.000 Ansatz 2021 500.000	 - 250.000 - 250.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Es besteht bislang nur geringer Bedarf und die Mittel sollten nicht für wahlkampfartige Kampagnen zugunsten des Senats und den damit verbundenen Fraktionen zur Verfügung stehen. Vgl. hierzu RN 2548 - Berichtsauftrag Nr. 5 zu Titel 68629 – Zuschüsse für besondere touristische Projekte -und Titel 68630 – Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte –
15.	Band 03/ EP 03/ S.26	Kapitel 0300 Titel 68630 (neu) Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte Ansatz 2020 500.000 Ansatz 2021 500.000	 - 250.000 - 250.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Es besteht bislang nur geringer Bedarf und die Mittel sollten nicht für wahlkampfartige Kampagnen zugunsten des Senats und den damit verbundenen Fraktionen zur Verfügung stehen. Vgl. hierzu RN 2548 - Berichtsauftrag Nr. 5 zu Titel 68629 – Zuschüsse für besondere touristische Projekte -und Titel 68630 – Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte –

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs-ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
16.	Band 03/ EP 03/ S.53	<p>Kapitel 0330</p> <p>Titel 52610 (neu)</p> <p>Gutachten</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+ 50.000</p> <p>+ 50.000</p>	<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>Die Stiftung Marktwirtschaft veröffentlichte im Dezember 2016 eine weltweit beachtete Studie über „Die fiskalischen Auswirkungen ungesteuerter Zuwanderung“.¹⁰ Sie kam zu dem Schluss, dass „[d]ie langfristigen Kosten der Flüchtlingswelle [...] sich auf rund 878 Milliarden Euro [belaufen werden]. Jährlich sind dies Kosten in Höhe von 15,2 Milliarden Euro.“¹¹ Mittlerweile hat der Bund 20 Mrd. €jährlich zu stemmen. Dazu kommen die Kosten für die Länder. Für Berlin belaufen sich diese auf ca. 750 Mio. €jährlich.</p> <p>Der Senat kann bislang keine Einschätzung darüber abgeben, „wie sich die von den Verfassern auf Grundlage dieser Annahmen errechneten Zahlen auf den Bund und einzelne Länder verteilen [...] [und] verwendet die Studien [daher] nicht für seine Finanzplanung.“¹²</p> <p>Es gilt, die offenen Fragen für Berlin zu klären, um diese existenziellen, strategischen fiskalischen und gesellschaftlichen Risiken u.a. in der Finanzplanung berücksichtigen zu können.</p>

¹⁰ Stiftung Marktwirtschaft, KURZINFORMATION, Berlin, Dezember 2016, Die fiskalischen Auswirkungen ungesteuerter Zuwanderung; https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/Kurzinformation_Migration_2016.pdf

¹¹ Ebenda, S.2

¹² Drs. 18/12123, Antwort auf Schriftliche Anfrage von Dr. Brinker (AfD) vom 21.08.17 zu Thema: Implizite Staatsschulden - Wie entwickelt sich die Generationenbilanz von Berlin? - Teil 2; <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-12123.pdf>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p>Dem ist der tatsächliche Erhaltungs- und Investitionsbedarf des öffentlichen Bereiches Berlins entgegenzustellen. Da sich der Senat auch hierzu sehr schwertut, belastbare Aussagen zu treffen, sollte dies wissenschaftlich neutral begutachtet werden.¹³</p> <p>b) <i>Titelerläuterung</i></p> <p>Mit bis zu 25 Tsd. Euro jährlich soll in Form eines Gutachtens wissenschaftlich die Frage geklärt, wie hoch unter Zugrundelegung alternierender Prämissen der Gesamte Erhaltungs- und Erweiterungs-Investitionsbedarf des Öffentlichen Bereichs Berlins gemäß Schalenkonzept ist.</p> <p>Mit bis zu 25 Tsd. Euro jährlich soll in Form eines Gutachtens wissenschaftlich die Frage geklärt, wie sich die ungesteuerte Zuwanderung fiskalisch auf Deutschland und daraus abgeleitet auf Berlin auswirkt. Dabei ist das Konzept der Generationenbilanz und die Studie „Die fiskalischen Auswirkungen ungesteuerter Zuwanderung“¹⁴ der Stiftung Marktwirtschaft als Ausgangsbasis der Betrachtung heranzuziehen.</p> <p><i>(verbindliche Erläuterung)</i></p>

¹³ RN 0266 C, Bericht SenFin – II LIP 3 – vom 11.10.2017, Gesamter Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionsbedarf im Öffentlichen Bereich Berlins und dessen Bedeutung für die einzelnen Ebenen der öffentlichen Finanzwirtschaft (gemäß dem Schalenkonzept) – Gesamtübersicht); <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-0266.C-v.pdf>

¹⁴ Stiftung Marktwirtschaft, KURZINFORMATION, Berlin, Dezember 2016, Die fiskalischen Auswirkungen ungesteuerter Zuwanderung; https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/Kurzinformation_Migration_2016.pdf

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
17.	Band 03/ EP 03/ S.53	Kapitel 0330 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 28.000 Ansatz 2021 28.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁵ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁶ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁵ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁶ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
18.	Band 03/ EP 03/ S.56	Kapitel 0330 Titel 68500 (neu) Förderung der Frauen in For- schung und Lehre Ansatz 2020: 1.900.000 Ansatz 2021: 1.900.000 VE 2021: 1.900.000 VE 2022: 1.900.000 VE 2023: 1.900.000 VE 2024: 1.900.000 VE 2025: 1.900.000	 - 1.050.000 - 1.250.000	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Gegenfinanzierung für 0330/68540 (EHB). In vielen geförderten Sparten sind Frauen beim wissenschaftlichen Nachwuchs bereits angemessen repräsentiert oder sogar überrepräsentiert.</p> <p><i>b) Titelumbenennung in:</i> „Förderung von Forschung und Lehre: Vorgezogene Nachfolgeberufungen“. Die Verpflichtungsermächtigungen entfallen.</p> <p>Die Mittel für vorgezogene Nachfolgeberufungen sind ohne Rücksicht auf das Geschlecht aufzuwenden. Das „Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre“ wird aus Landesmitteln der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (0950/68500) unter Beteiligung der Hochschulen fortgesetzt (<i>Verbindliche Erläuterung</i>).</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
19.	Band 03/ EP 03/ S.59	Kapitel 0330 Titel 68520 Zuschüsse an Universitäten Ansatz 2020: 865.755.000 Ansatz 2021: 895.350.000	 + 200.000 + 200.000	<i>a) Begründung:</i> Neuer Teilansatz für den „Ombudsman für die Wissenschaft“ zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Die Beratung und Unterstützung in Fragen guter wissenschaftlicher Praxis und ihrer Verletzung durch wissenschaftliche Unredlichkeit wurde bislang auf ehrenamtlicher Basis geleistet. <i>b) Titelerläuterung:</i> Mehr i.H.v. 200.000 €für den „Ombudsman für die Wissenschaft“ gemäß Leitlinie 6 der „Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ (Kodex) der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) vom 3. Juli 2019.
20.	Band 03/ EP 03/ S.59	Kapitel 0330 Titel 68520 Zuschüsse an Universitäten Ansatz 2020: 865.755.000 Ansatz 2021: 895.350.000	 +/- 0 +/- 0	<i>c) Sperrvermerk:</i> Die Mittel für das Institut für Islamische Theologie werden gesperrt, bis die Vorgaben des Wissenschaftsrats erfüllt sind: die Vielfalt der muslimischen Organisationsformen in Deutschland muss sich im Beirat widerspiegeln und es muss sichergestellt sein, dass die Beiräte frei und unabhängig agieren können.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
21.	Band 03/ EP 03/ S.61	<p>Kapitel 0330 Titel 68521 Qualitäts- und Innovationsoffensive an Hochschulen</p> <p>Ansatz 2020: 4.860.000</p> <p>Ansatz 2021: 4.860.000</p>	<p>-150.000</p> <p>-150.000</p>	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>Die 2017 per Änderungsantrag bereitgestellten Mittel werden wieder zurückgenommen.</p> <p>b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i></p> <p>Wegfall der Mittel für die Landeskonferenz der Frauenbeauftragten der Berliner Hochschulen und Uniklinika des Landes Berlin (LaKoF) sowie der Mittel für die Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschung Berliner Hochschulen (afg). (<i>Verbindliche Erläuterung</i>).</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
22.	Band 03/ EP 03/ S.62	Kapitel 0330 Titel 68540 Zuschüsse an konfessionelle Fachhochschulen Ansatz 2020: 11.000.000 Ansatz 2021: 11.300.000	 <div style="text-align: center;">+ 1.700.000</div> <div style="text-align: center;">+ 1.900.000</div>	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>Der Mehrbedarf ergibt sich neben den grundsätzlichen Kostenerhöhungen (Tarifsteigerungen) vor allem daraus, dass die Hebammenausbildung bislang als Modellstudiengang gar nicht vom Land Berlin finanziert wurde und das aufgrund des Pflegeberufereformgesetzes der Pflegestudiengang deutlich mehr von den Ausbildungsanteilen in die Hochschule integrieren muss, die vorher im dualen Studium von den Ausbildungsinstituten übernommen wurden. Mit der vom Senat vorgelegten Finanzplanung wird die EHB eigenen Angaben zufolge nicht in der Lage sein, den Pflegestudiengang entsprechend der gesetzlichen Anforderungen umzubauen und die Studienplätze für Hebammen anzubieten. Die Mittel für Personal sind darum anzupassen.</p> <p>b)</p> <p>Die EHB erhält Mittel i.H.v. 8.749.916 €für 2020 8.994.154€in 2021 (<i>Verbindliche Erläuterung</i>).</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
23.	Band 03/ EP 03/ S.94	Kapitel 0340 Titel 11921 Rückzahlungen von Zuwen- dungen Ansatz 2020: 260.000 Ansatz 2021: 260.000	 +200.000 +200.000	<i>a) Begründung:</i> Mehr in Anpassung an das IST.
24.	Band 03/ EP 03/ S.94	Kapitel 0340 Titel 11934 Rückzahlungen überzahlter Beträge Ansatz 2020: 1.000 Ansatz 2021: 1.000	 +850.000 +850.000	<i>a) Begründung:</i> Mehr in Anpassung an das IST.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
25.	Band 03/ EP 03/ S.98	Kapitel 0340 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 1.000 Ansatz 2021 1.000	 <div style="text-align: center;">+ 20.000</div> <div style="text-align: center;">+ 20.000</div>	<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector ccounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar, insbesondere vor dem Hintergrund der laufenden Berliner Schulbauoffensive (BSO)</p> <p>b) <i>Titelerläuterung</i></p> <p>Bis zu 10 Tsd. €für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS und Doppische Haushaltsführung (<i>verbindliche Erläuterung</i>)</p> <p>Bis zu 10 Tsd. €sind für Fortbildungen zum Thema ökonomisch-fiskalische Hintergründe der Schuldenbremse und verwandte Themen, wie IPSAS/ EPSAS, Doppische Haushaltsführung und ähnliches zu verwenden.</p> <p>(<i>verbindliche Erläuterung</i>)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
26.	Band 03/ EP 03/ S.99	Kapitel 0340 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 222.000 Ansatz 2021 269.000	 +/- 0 +/- 0	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁷ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁸ b) <i>verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (<i>verbindliche Erläuterung</i>)

¹⁷ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁸ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen. <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

[illegible]

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
28.	Band 03/ EP 03/ S.121	Kapitel 0340 Titel 68538 Zuschuss an das Helmholtz-Zentrum Berlin für Material und Energie Ansatz 2020: 9.037.000 Ansatz 2021: 9.309.000	 +150.000 +150.000	<i>a) Begründung:</i> Mit BESSY III soll die Forschung an Energie- und Quantenmaterialien gestärkt und eine breite Nutzerschaft erstklassiger Forschungsgruppen gebunden werden. Für die Realisierung dieser Infrastruktur wird eine weitere Fläche auf dem Campus Adlershof benötigt. <i>b) Titelerläuterung:</i> Mehr in 2020 und 2021 i.H.v. 150.000 €für Planung und Bauvorbereitung auf dem Campus Adlershof.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
29.	Band 03/ EP 03/ S.151	Kapitel 0340 Titel 68516 Zuschüsse zur gezielten Forschungsförderung Ansatz 2020: 4.070.000 Ansatz 2021: 2.070.000 Neuer TA 7.: „Center for Open Science”	+ 200.000 + 200.000 + 200.000 + 200.000	<i>b) Titelerläuterung:</i> Zu neuem TA 7.: Das Center for Open Science widmet sich der Reproduzierbarkeit von Studien.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
30.	Band 03/ EP 03/ S.159	Kapitel 0391 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 195.000 Ansatz 2021 195.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁹ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ²⁰ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁹ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

²⁰ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
Einzelplan 05				
31. (Personal)	Band 04/ EP 05/ S.15	Kapitel 0500 Titel 42801 Entgelte der planmäßigen Tarif- beschäftigten Ansatz 2020: 5.450.000 Ansatz 2021: 5.792.000	 + 217.910 + 217.910	<i>a) Begründung:</i> Der Polizei-Beauftragte von Berlin soll eine unabhängige Kontrollinstanz sein, an die sich Polizeibeamte und -angestellte bei Eingaben und Beschwerden außerhalb des Dienstweges wenden können. <i>b) Titelerläuterung:</i> Der Polizeibeauftragte des Landes Berlin soll hauptamtlich sein. Ihm soll ein Stellvertreter und drei Sachbearbeiter zur Seite gestellt werden. Zu diesem Zweck werden – vorbehaltlich einer BAK-Prüfung durch die Senatsverwaltung für Finanzen – folgende Stellen geschaffen: 1 VZÄ A15 für den Beauftragten (1 x 75.800 = 75.800 €a) 1 VZÄ A14 für den Stellvertreter (1 x 72.690 = 72.690 €a) 2 VZÄ A09 für die zwei Sachbearbeiter (2 x 34.710 = 69.420 €a) Der Polizei-Beauftragte von Berlin soll eine unabhängige Kontrollinstanz sein, an die sich Polizeibeamte und -angestellte bei Eingaben und Beschwerden außerhalb des Dienstweges wenden können. <i>(verbindliche Erläuterung)</i>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
32.	Band 04/ EP 05/ S.20	Kapitel 0500 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 146.000 Ansatz 2021 146.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ²¹ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ²² <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

²¹ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

²² BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
33.	Band 04/ EP 05/ S.26	Kapitel 0500 Titel 68432 Zuschüsse für besondere sozi- ale Projekte Ansatz 2020 30.000 € Ansatz 2021 30.000 €	<div style="text-align: center;"> - 30.000 - 30.000 </div> Gegenfinanzierung zu Änderungsan- trag Kapitel 0541 Titel 54011 Überführungen, Überstellungen	<i>a) Begründung:</i> Die Mittel für den Abschiebebeobachter sind nicht notwendig. Abschiebun- gen müssen sowieso nach geltendem Recht vollzogen werden und die Ver- waltungen sind ihrerseits an Recht und Gesetz gebunden. Des Weiteren schützt der Abschiebebeobachter weder vor unberechtigten Vorwürfen, noch gewährleistet der Abschiebebeobachter einen möglichst schonenden Abschiebungsvollzug, da er mit keinen Weisungsrechten ausgestattet ist und nur beobachtende Funktion hat. Das Konzept des Abschiebebeobachters ist auch gar nicht darauf ausgelegt, eine 100 %-Beobachtung zu ermöglichen, sodass die Argumentation der Notwendigkeit zum Schutz vor unberechtig- ten Vorwürfen und einem möglichst schonenden Abschiebevollzug gar nicht erreicht werden kann. Er kann lediglich punktuell auf mögliche Probleme hinweisen und als Vermittler dienen. Diese Funktion erfüllen aber die im Flughafenforum vertretenen Behörden, Kirchen und Nichtregierungsorgani- sationen mit denen schon jetzt vertrauensvoll zusammengearbeitet wird.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
34.	Band 04/ EP 05/ S.26	Kapitel 0500 Titel 68558 Zuschüsse für Projekte der Landeskommission Berlin ge- gen Gewalt Ansatz 2020 1.594.000 € Ansatz 2021 1.767.000 €	 <div style="text-align: center;">+/- 0</div> <div style="text-align: center;">+/- 0</div>	 <i>c) Auflage:</i> Projekte, Maßnahmen und Aktivitäten im Rahmen des Berliner Landespro- gramms Radikalisierungsprävention werden auf ihre Wirksamkeit evaluiert. Dem Ausschuss InnSichO wird ein Bericht über die Evaluation (Zielerrei- chung, Wirkung und Wirtschaftlichkeit) bis zum 30.06.2021 vorgelegt.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
35.	Band 04/ EP 05/ S.45	Kapitel 0510 Titel 53118 Auswärtige Städteverbindungen Ansatz 2020 144.000 Ansatz 2021 144.000	 - 100.000 - 100.000	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Da die Senatsverwaltung die Anbahnung von langfristig belastbaren Kontakten für die Pflege von internationalen Austauschbeziehungen mit Jugendlichen als eine langwierige Aufgabe bezeichnet und auch im Jahr 2018 nur knapp ein Fünftel der dafür vorgesehenen Mittel abrufen - genauer gesagt: 24.634,18 EURO von 144.000 EURO - ist es zu erwarten, dass die Mittel auch künftig nicht in der Höhe angesetzt werden. Außerdem gibt die Senatsverwaltung in der Antwort (Sammelvorlage, Vorgangsnummer 0153-01) an, dass aktuell nur drei Partnerschaften existieren - Moskau, Los Angeles und Jakarta.</p> <p>Die Mittel sollen in die Erarbeitung der Stadtentwicklungspläne der Bezirke im Bereich Sport investiert werden (Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke - Inneres und Sport).</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
36.	Band 04/ EP 05/ S.49	<p>Kapitel 0510 Titel 68419 Förderung des Sports</p> <p>Ansatz 2020 20.266.000 Ansatz 2021 20.313.000</p> <p>VE 2020 11.103.000 VE 2021 10.853.000</p> <p>TA 9 Fairtrade im Sport</p> <p>Ansatz 2020 50.000 Ansatz 2021 50.000</p> <p>TA 17 Bezuschussung der Bundeslehr- und Forschungsstätte der DLRG</p> <p>Ansatz 2020 70.000 Ansatz 2021 70.000</p>	<p>+/-0 +/-0 +/-0 +/-0</p> <p>- 50.000 - 50.000</p> <p>+ 50.000 + 50.000</p>	<p>zu TA 9 und 17: <i>a) Begründung:</i></p> <p>Der TA 9 sollen gestrichen werden und die freiwerdenden Mittel TA 17 zu- geführt werden. Die vorgeschlagenen Mittel zur Förderung des Förderpro- gramms zur Beschaffung von „Fairtrade-Sportmaterialien“ können einen besseren Ansatz finden, in dem die Bezuschussung der Bundeslehr- und For- schungsstätte der DLRG (TA 17, jährlich: 70.000 EURO) um die Summe des Teilansatzes für Fairtrade im Sport (50.000 EURO) aufgestockt wird. Der Hauptgrund für die Aufstockung ist ein Mangel an Rettungsschwim- mern. Außerdem ist im Jahr 2018 knapp ein Drittel der Fördermittel für Fairtrade im Sport nicht abgerufen worden.</p> <p>-----</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
		TA 22: Zuschüsse zur Umsetzung des Masterplans Integration und Sicherheit Ansatz 2020 700.000 Ansatz 2021 700.000	 +/-0 +/-0	Zu TA 22: <i>a) Begründung:</i> Laut den Angaben in der Antwort des Senates (Sammelvorlage, Vorgangsnummer 0153-01) sind u.a. für LSB-Coaches 350.000 EURO vorgesehen. Die Erklärung des Senates, dass die fünf LSB-Coaches jeweils zwischen zwei und drei Bezirke betreuen ist nicht schlüssig. Um die optimale Ausschöpfung der Mittel für Umsetzung des Masterplans Integration und Sicherheit zu gewährleisten, ist es notwendig, die Teilansätze für LSB-Coaches um die 200.000 EURO pro Jahr zu kürzen. <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Die eingesparten 200.000 EURO pro Jahr sollen wie folgt neu verteilt werden (entsprechend der Tabelle, Sammelvorlage, Vorgangsnummer 0153-01, Seite 5, RN 2487): <ul style="list-style-type: none"> • ALBA Berlin Basketballteam (50.000 EURO) • Berliner Box-Verband (50.000 EURO) • Eisbären Juniors (50.000 EURO) • Berliner Fußball-Verband (50.000 EURO)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
37.	Band 04/ EP 05/ S.54	Kapitel 0510 Titel 68506 Zuschüsse an die Berliner Bäderbetriebe Ansatz 2020 60.500.000 Ansatz 2021 62.000.000 VE 2020 62.000.000 VE 2021 130.000.000	 - 10.000.000 - 10.000.000 +/-0 +/-0	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Die Einsparungen bzw. die Kürzungen sollen im Bereich des gehobenen Managements und / oder durch Umstrukturierung erreicht werden.</p> <p>Die eingesparten 10.000.000 EURO sollen wie folgt angesetzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 5.000.000 EURO insgesamt in den Jahren 2020 und 2021 für bessere Ausbildung bei den Berliner Bäderbetrieben • 3.500.000 EURO insgesamt in den Jahren 2020 und 2021 für Entwicklung eines Mitarbeiterpools der Berliner Bäderbetriebe • 500.000 insgesamt in den Jahren 2020 und 2021 für Aufstockung der Gehälter des mittleren Managements der Berliner Bäderbetriebe (Bädermanager) • 500.000 EURO insgesamt in den Jahren 2020 und 2021 für die Erarbeitung der Stadtentwicklungspläne der Bezirke im Bereich Sport. (Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke - Inneres und Sport) • 500.000 EURO insgesamt in den Jahren 2020 und 2021 für die sofortige Gründung eines professionellen Management- und Controlling-Teams (Titel 89201 - „Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen“)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
38.	Band 04/ EP 05/ S..54	Kapitel 0510 Titel 68506 Zuschüsse an die Berliner Bäderbetriebe Ansatz 2020 60.500.000 Ansatz 2021 62.000.000 VE 2020 62.000.000 VE 2021 130.000.000 neuer TA 1: Ansatz 2020 - Ansatz 2021 -	 + 4.500.000 + 4.500.000 +/-0 +/-0 +2.500.000 +2.500.000	Allgemein zum Titel: <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Es sind 500.000 €insgesamt in den Jahren 2020 und 2021 für Aufstockung der Gehälter des mittleren Managements der Berliner Bäderbetriebe (Bädermanager) zu verwenden. <i>(verbindliche Erläuterung)</i> zu neuem TA 1: <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Die Berliner Bäder Betriebe sind verpflichtet, die Entwicklung folgender drei Konzepte binnen drei Monate seit dem Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes vorzunehmen: <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Ausbildung • gut bezahlter, flexibler Mitarbeiterpool • Verbesserung der Gehaltsbedingungen des mittleren Managements <i>c) Sperrvermerk:</i> 25% der Mittel für die Gehälter im gehobenen Management werden bis zur Vorlage der drei Konzepte gesperrt.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
		neuer TA 2: Ansatz 2020 - Ansatz 2021 - neuer TA 3: Ansatz 2020 - Ansatz 2021 -	 +1.750.000 +1.750.000 +250.000 +250.000	zu neuem TA 2: <i>b) verbindliche Titelerläuterung:</i> 5.000.000 EURO sind insgesamt in den Jahren 2020 und 2021 für bessere Ausbildung bei den Berliner Bäderbetrieben einzusetzen. <i>(verbindliche Erläuterung)</i> zu neuem TA 3: <i>b) verbindliche Titelerläuterung:</i> 3.500.000 EURO sind insgesamt in den Jahren 2020 und 2021 für Entwicklung eines Mitarbeiterpools der Berliner Bäderbetriebe einzusetzen. <i>(verbindliche Erläuterung)</i>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
39.	Band 04/ EP 05/ S.57	Kapitel 0510 Titel 89201 Zuschüsse an private Unter- nehmen für Investitionen Ansatz 2020 10.000.000 Ansatz 2021 10.000.000 VE 2020 10.000.000 VE 2021 20.000.000	 + 500.000 + 500.000	<i>a) Begründung:</i> <p>Mehr für sofortige Gründung eines professionellen Management- und Controlling-Teams, das für die Gewährleistung des 100% Abrufs aller zur Verfügung gestellten Sanierungsmittel zuständig sein wird; insbesondere für Aufbau, Planung, Kontrolle und Durchführung der kompletten zur Verfügung stehenden Zuschüsse für Investitionsmittel.</p> <p>Die zusätzlichen Mittel für die Jahre 2020 und 2021 sollen aus dem Titel 68506 (Zuschüsse an die Berliner Bäderbetriebe) zur Verfügung gestellt werden sowie für alle weiteren Jahre.</p> <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> <p>Der Senat verpflichtet sich, ein professionelles Management- und Control-ling-Team zu gründen, das für die Gewährleistung des 100% Abrufs aller zur Verfügung gestellten Sanierungsmitteln zuständig sein wird; insbeson-dere für Aufbau, Planung, Kontrolle und Durchführung der kompletten zur Verfügung stehenden Zuschüsse für Investitionsmittel.</p> <p>Ein Personalkonzept soll sofort oder spätestens binnen drei Monaten seit In-krafttreten des Haushaltsgesetzes vorgelegt werden.</p> <i>c) Sperrvermerk:</i> <p>25% der Mittel für die Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen werden bis zur Vorlage des Personalkonzeptes gesperrt.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
40.	Band 04/ EP 05/ S.81	Kapitel 0520 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 124.000 Ansatz 2021 124.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ²³ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ²⁴ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

²³ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

²⁴ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen. <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
-	-	Kapitel 2705 Titel (neu) „bezirkliche Stadtentwick- lungspläne/Sport“ Ansatz 2020 - Ansatz 2021 -	 + 600.000 + /- 0	<i>a) Begründung:</i> In den folgenden Bezirken sollen bis spätestens Ende 2021 Stadtentwick- lungspläne im Bereich Sport erarbeitet werden: 1. Friedrichshain-Kreuzberg 2. Lichtenberg 3. Marzahn-Hellersdorf 4. Neukölln 5. Spandau 6. Steglitz-Zehlendorf Die Deckung kommt aus diesen Titeln: <ul style="list-style-type: none"> • 0510/53118 (100.000 EURO) • 0510/68506 (500.000 EURO) <i>c) Übertragbarkeitsvermerk:</i> Die Ausgaben sind übertragbar.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
41.	Band 04/ EP 05/ S.93	<p>Kapitel 0531 Titel 44379</p> <p>Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte</p> <p>Ansatz 2020 6.827.000 Ansatz 2021 6.827.000</p> <p>Zu Position „Entschädigungsleistungen Schießstätten“</p> <p>Ansatz 2020 0 Ansatz 2021 0</p>	<p>+ 762.500 + 762.500</p> <p>+ 762.500 + 762.500</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Fortführung des Ist-Ansatzes 2018 für Entschädigungsleistungen Schießstätten. Die finanziellen Mittel für den Ausgleichsfonds Schießanlagen sind im Titel einzustellen und in den Erläuterungen zum Titel unter der Position „Entschädigungsleistungen Schießstätten“ auszuweisen. Dies gebietet der Umgang mit der Verantwortung und Fürsorgepflicht als Dienstherr. In den nächsten Jahren muss der Umgang mit neu von Krankheit Betroffenen und Beschwerden von Betroffenen geregelt sein.</p> <p><i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i></p> <p>Zusätzlich dürfen aus dem Titel auch darüberhinausgehende Ausgaben zur Finanzierung eines Fonds für Zahlungen zum Ausgleich der mit dem häufigen und regelmäßigen Schießtraining auf veralteten Schießanlagen der Polizei verbundenen besonderen Belastungen gelistet werden.</p> <p><i>(verbindliche Erläuterung)</i></p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
42.	Band 04/ EP 05/ S.107	Kapitel 0531 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 86.300 Ansatz 2021 86.300	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ²⁵ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ²⁶ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

²⁵ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

²⁶ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
43.	Band 04/ EP 05/ S.117	Kapitel 0531 Titel 81279 Mobile Kommunikation Ansatz 2020 101.000 Ansatz 2021 250.000 VE 1.050.000	 <div style="text-align: center;">+/- 0</div> <div style="text-align: center;">+/- 0</div>	<i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Die Mittel sollen nicht für mehr „Blitzer“ resp. „Geschwindigkeitsmesser“ verwendet werden. <i>(verbindliche Erläuterung)</i>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
44. (Personal)	Band 04/ EP 05/ S.137 ff.	<p><i>neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 0533</p> <p>Titel (neu)</p> <p>Tarifbeschäftigte zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben – Direktion 1</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+ 1.500.000</p> <p>+ 1.500.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Schaffung eines Titels zur Etatisierung der Mittel zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben. In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 sollen Mittel eingestellt werden, um zusätzlich bis zu 30 Tarifbeschäftigte einzustellen. Entsprechend des vom Senat verwendeten Personalmittelwerts belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 auf 50.000 €(Arbeitgeberbrutto 45.000 €, zzgl. Einrichtungspauschale von einmalig 5.000 €). Für das Haushaltsjahr 2019 belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten auf 45.000 €(Arbeitgeberbrutto).</p> <p><i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i></p> <p>Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes sollen bis zu 30 Tarifstellen neu geschaffen werden. Diese Tarifbeschäftigten sollen den Polizeivollzugsdienst im Rahmen der nicht-hoheitlichen Aufgaben entlasten.</p> <p><i>(verbindliche Erläuterung)</i></p>

²⁸ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
46. (Personal)	Band 04/ EP 05/ S.143 ff.	<p><i>neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 0534</p> <p>Titel (neu)</p> <p>Tarifbeschäftigte zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben – Direktion 2</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+ 1.500.000</p> <p>+ 1.500.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Schaffung eines Titels zur Etatisierung der Mittel zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben. In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 sollen Mittel eingestellt werden, um zusätzlich bis zu 30 Tarifbeschäftigte einzustellen. Entsprechend des vom Senat verwendeten Personalmittelwerts belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 auf 50.000 € (Arbeitgeberbrutto 45.000 €, zzgl. Einrichtungspauschale von einmalig 5.000 €). Für das Haushaltsjahr 2019 belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten auf 45.000 € (Arbeitgeberbrutto).</p> <p><i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i></p> <p>Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes sollen bis zu 30 Tarifstellen neu geschaffen werden. Diese Tarifbeschäftigten sollen den Polizeivollzugsdienst im Rahmen der nicht-hoheitlichen Aufgaben entlasten.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
47.	Band 04/ EP 05/ S.147	Kapitel 0534 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 22.000 Ansatz 2021 22.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ²⁹ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ³⁰ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

²⁹ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

³⁰ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
48. (Personal)	Band 04/ EP 05/ S.149 ff.	<p><i>neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 0535</p> <p>Titel (neu)</p> <p>Tarifbeschäftigte zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben – Direktion 3</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+ 1.500.000</p> <p>+ 1.500.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Schaffung eines Titels zur Etatisierung der Mittel zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben. In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 sollen Mittel eingestellt werden, um zusätzlich bis zu 30 Tarifbeschäftigte einzustellen. Entsprechend des vom Senat verwendeten Personalmittelwerts belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 auf 50.000 € (Arbeitgeberbrutto 45.000 €, zzgl. Einrichtungspauschale von einmalig 5.000 €). Für das Haushaltsjahr 2019 belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten auf 45.000 € (Arbeitgeberbrutto).</p> <p><i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i></p> <p>Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes sollen bis zu 30 Tarifstellen neu geschaffen werden. Diese Tarifbeschäftigten sollen den Polizeivollzugsdienst im Rahmen der nicht-hoheitlichen Aufgaben entlasten.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
49.	Band 04/ EP 05/ S.153	Kapitel 0535 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 17.300 Ansatz 2021 17.300	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ³¹ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ³² <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

³¹ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

³² BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
50. (Personal)	Band 04/ EP 05/ S.155 ff.	<p><i>neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 0536</p> <p>Titel (neu)</p> <p>Tarifbeschäftigte zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben – Direktion 4</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+ 1.500.000</p> <p>+ 1.500.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Schaffung eines Titels zur Etatisierung der Mittel zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben. In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 sollen Mittel eingestellt werden, um zusätzlich bis zu 30 Tarifbeschäftigte einzustellen. Entsprechend des vom Senat verwendeten Personalmittelwerts belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 auf 50.000 €(Arbeitgeberbrutto 45.000 €, zzgl. Einrichtungspauschale von einmalig 5.000 €). Für das Haushaltsjahr 2019 belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten auf 45.000 €(Arbeitgeberbrutto).</p> <p><i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i></p> <p>Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes sollen bis zu 30 Tarifstellen neu geschaffen werden. Diese Tarifbeschäftigten sollen den Polizeivollzugsdienst im Rahmen der nicht-hoheitlichen Aufgaben entlasten.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
51.	Band 04/ EP 05/ S.159	Kapitel 0536 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 9.000 Ansatz 2021 9.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ³³ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ³⁴ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

³³ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

³⁴ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
52. (Personal)	Band 04/ EP 05/ S.161 ff.	<p><i>neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 0537</p> <p>Titel (neu)</p> <p>Tarifbeschäftigte zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben – Direktion 5</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+ 1.500.000</p> <p>+ 1.500.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Schaffung eines Titels zur Etatisierung der Mittel zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben. In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 sollen Mittel eingestellt werden, um zusätzlich bis zu 30 Tarifbeschäftigte einzustellen. Entsprechend des vom Senat verwendeten Personalmittelwerts belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 auf 50.000 €(Arbeitgeberbrutto 45.000 €, zzgl. Einrichtungspauschale von einmalig 5.000 €). Für das Haushaltsjahr 2019 belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten auf 45.000 €(Arbeitgeberbrutto).</p> <p><i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i></p> <p>Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes sollen bis zu 30 Tarifstellen neu geschaffen werden. Diese Tarifbeschäftigten sollen den Polizeivollzugsdienst im Rahmen der nicht-hoheitlichen Aufgaben entlasten.</p>

³⁶ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
54. (Personal)	Band 04/ EP 05/ S.167 ff.	<p><i>neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 0538 Titel (neu)</p> <p>Tarifbeschäftigte zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben – Direktion 6</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+ 1.500.000</p> <p>+ 1.500.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Schaffung eines Titels zur Etatisierung der Mittel zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben. In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 sollen Mittel eingestellt werden, um zusätzlich bis zu 30 Tarifbeschäftigte einzustellen. Entsprechend des vom Senat verwendeten Personalmittelwerts belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 auf 50.000 € (Arbeitgeberbrutto 45.000 €, zzgl. Einrichtungspauschale von einmalig 5.000 €). Für das Haushaltsjahr 2019 belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten auf 45.000 € (Arbeitgeberbrutto).</p> <p><i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i></p> <p>Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes sollen bis zu 30 Tarifstellen neu geschaffen werden. Diese Tarifbeschäftigten sollen den Polizeivollzugsdienst im Rahmen der nicht-hoheitlichen Aufgaben entlasten.</p>

³⁸ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
56. (Personal)	Band 04/ EP 05/ S.173 ff.	<p><i>neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 0541 Titel (neu)</p> <p>Tarifbeschäftigte zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben – Direktion Einsatz</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+ 1.500.000</p> <p>+ 1.500.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Schaffung eines Titels zur Etatisierung der Mittel zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben. In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 sollen Mittel eingestellt werden, um zusätzlich bis zu 30 Tarifbeschäftigte einzustellen. Entsprechend des vom Senat verwendeten Personalmittelwerts belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 auf 50.000 € (Arbeitgeberbrutto 45.000 €, zzgl. Einrichtungspauschale von einmalig 5.000 €). Für das Haushaltsjahr 2019 belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten auf 45.000 € (Arbeitgeberbrutto).</p> <p><i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i></p> <p>Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes sollen bis zu 30 Tarifstellen neu geschaffen werden. Diese Tarifbeschäftigten sollen den Polizeivollzugsdienst im Rahmen der nicht-hoheitlichen Aufgaben entlasten. (verbindliche Erläuterung)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
57.	Band 04/ EP 05/ S.179	Kapitel 0541 Titel 54011 Überführungen, Überstellungen Ansatz 2020 1.719.000 € Ansatz 2021 1.719.000 €	 + 1.281.000 + 1.281.000 Teilgegenfinanziert aus Änderungsan- trag zu Kapitel 0500 Titel 68432 Zuschüsse für besondere sozi- ale Projekte (30.000 €)	<i>a) Begründung:</i> Aufgrund der auf 12.400 Personen angestiegenen Zahl an vollziehbar Ausreisepflichtigen ist ein erheblicher Aufwuchs der Mittel nötig, um zwingendes Bundesrecht zu vollziehen und die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen. Dank der nunmehr durch neue Gesetze klar geregelten und sanktionierten Mitwirkungspflichten der Ausreisepflichtigen bei der Passbeschaffung und Identitätsklärung sollten typische Hindernisse bei der Rückführung künftig leichter zu beheben und damit mehr Abschiebungen möglich sein.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
58. (Personal)	Band 04/ EP 05/ S.183 ff.	<p><i>neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 0543 Titel (neu)</p> <p>Tarifbeschäftigte zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben – Landeskriminalamt</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+ 1.500.000</p> <p>+ 1.500.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Schaffung eines Titels zur Etatisierung der Mittel zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben. In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 sollen Mittel eingestellt werden, um zusätzlich bis zu 30 Tarifbeschäftigte einzustellen. Entsprechend des vom Senat verwendeten Personalmittelwerts belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 auf 50.000 €(Arbeitgeberbrutto 45.000 €, zzgl. Einrichtungspauschale von einmalig 5.000 €). Für das Haushaltsjahr 2019 belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten auf 45.000 €(Arbeitgeberbrutto).</p> <p><i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i></p> <p>Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes sollen bis zu 30 Tarifstellen neu geschaffen werden. Diese Tarifbeschäftigten sollen den Polizeivollzugsdienst im Rahmen der nicht-hoheitlichen Aufgaben entlasten. (verbindliche Erläuterung)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
59.	Band 04/ EP 05/ S.190	Kapitel 0543 Titel 54051 Prävention im Bereich der in- neren Sicherheit		
		Ansatz 2020 440.000	+/- 0	c) Auflage:
		Ansatz 2021 880.000	+/- 0	Das Präventionskonzept „Kurve kriegen“ wird auf seine Wirksamkeit evaluiert. Dem Ausschuss InnSichO wird ein Bericht über die Evaluation (Zielerreichung, Wirkung und Wirtschaftlichkeit) bis zum 30.06.2021 vorgelegt.
		VE 2020 1.320.000	+/- 0	
		VE 2021 0	+/- 0	

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
60.	Band 04/ EP 05/ S.207	Kapitel 0552 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 45.300 Ansatz 2021 45.300	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ³⁹ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁴⁰ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

³⁹ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁴⁰ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
61.	Band 04/ EP 05/ S.233 ff.	<p><i>neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 0565 Titel (neu)</p> <p>Erweiterung und Aufstockung des Fuhrparks der Berliner Feuerwehr und Freiwilligen Feuerwehr</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+ 5.000.000</p> <p>+ 5.000.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Schaffung eines Titels zur Etatisierung von Mittel zur Beschaffung von Fahrzeugen für die Berliner Feuerwehr und Freiwillige Feuerwehr. Die derzeitige Fahrzeugbeschaffung dient dem Bestandserhalt des „Fuhrparks“. Eine Erweiterung oder Aufstockung des Fuhrparks erfolgt durch die Beschaffungen nicht. Aufgrund der wachsenden Stadt und den damit verbundenen Mehraufgaben (steigende Einsatzzahlen) für die Berliner Feuerwehr und dem Umstand der Überalterung der Einsatzfahrzeuge ist eine Erweiterung und Aufstockung des Fuhrparks dringend erforderlich.</p> <p><i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i></p> <p>Fahrzeugbeschaffung zum Zweck der Erweiterung und Aufstockung des Fuhrparks der Berliner Feuerwehr und Freiwilligen Feuerwehr durch die Neubeschaffung von Komplettfahrzeugen.</p> <p><i>(verbindliche Erläuterung)</i></p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
62.	Band 04/ EP 05/ S.233 ff.	<p><i>Neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 0565</p> <p>Titel (neu)</p> <p>Zuschüsse an die BIM GmbH für Sanierungsausgaben an Liegenschaften der Berliner Feuerwehr</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+ 20.000.000</p> <p>+ 20.000.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Schaffung eines Titels zur Etatisierung von Mittel zum mittelbaren Abbau des Sanierungsstaus bei den Liegenschaften der Berliner Feuerwehr. Der Sanierungsstau aller Liegenschaften der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr wird von der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM GmbH) mit rund 191 Millionen Euro angegeben. Um den Sanierungsstau abzubauen und die dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen voranzutreiben sollen zusätzliche Mittel in Form von Zuschüssen zu Sanierungsausgaben durch die BIM GmbH bereitgestellt werden.</p> <p><i>b) verbindliche Erläuterungen:</i></p> <p>Zuschüsse für Kosten von Sanierungsmaßnahmen der BIM GmbH an Liegenschaften der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr.</p> <p><i>(verbindliche Erläuterung)</i></p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
63.	Band 04/ EP 05/ S.267	Kapitel 0571 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 10.000 Ansatz 2021 10.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁴¹ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁴² <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁴¹ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;
Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁴² BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
64.	Band 04/ EP 05/ S.274	Kapitel 0572 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 11.000 Ansatz 2021 11.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁴³ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁴⁴ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁴³ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁴⁴ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

⁴⁶ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
66.	Band 04/ EP 05/ S.296	Kapitel 0574 Titel 11201 Geldstrafen, Geldbußen, Ver- warnungs- und Zwangsgelder Ansatz 2020 32.000 € Ansatz 2021 32.000 €	 +/- 0 +/- 0	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Der bewusste Verzicht darauf, bußgeldbewehrte Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht zu ahnden, ist weder rechtsstaatlich noch fiskalisch vertretbar. Der als Rechtfertigung angeführte Personalmangel sollte angesichts der geplanten 51 Neueinstellungen für die Fachaufgaben in der Ausländerbehörde leicht beheben lassen.</p> <p><i>b) verbindliche Erläuterungen:</i></p> <p>Das nötige Personal, um Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht umfassend zu ahnden und Bußgelder einzutreiben, ist unverzüglich bereitzustellen. (verbindliche Erläuterung)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
67. (IKT- Titel)	EP 05 in IKT-Liste S.44 (S.291 im EP 05)	Kapitel 0573 MG 32 Titel 81246 Anpassung des Fachverfah- rens VOIS Ansatz 2020 555.000 Ansatz 2021 75.000	 - 555.000 - 75.000	<i>a) Begründung:</i> Alle Sachmittel für die Anpassung des Fachverfahrens VOIS sollen ersatzlos gestrichen werden. Nach einer Entscheidung des EuGHs vom 18.06.2019 ist eine Anpassung des Fachverfahrens der Zulassungsbehörde bzgl. der Infrastrukturabgabe nicht mehr notwendig. Dies wurde seitens der Verwaltung im schriftlichen Bericht (RN 1925 , BA Nr. 145 der AfD-Fraktion) bestätigt.

⁴⁸ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
69.	Band 04/ EP 05/ S.309	Kapitel 0575 Titel 52703 (neu) Dienstreisen Ansatz 2020 1.500 Ansatz 2021 1.500	 <div style="text-align: center;">+/- 0</div> <div style="text-align: center;">+/- 0</div>	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> <p>Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt.</p> <p>Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen.⁴⁹ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden.⁵⁰</p> <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> <p>Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)</p>

⁴⁹ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁵⁰ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
Einzelplan 25				
70.	Band 05/ EP 25/ S.12	Kapitel 2500 MG 31 Titel 51112 (neu) Migrationsreadiness Ansatz 2020 5.000.000 Ansatz 2021 8.000.000 VE 2020 16.000.000 (gesperrt) VE 2021 16.000.000 (gesperrt)	 + 2.000.000 +/- 0 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung:</i> Schnelle Herstellung der Migrationsreadiness ist dringend erforderlich, um die Zeitpläne zur Umsetzung des EGovG sowie es OZG einhalten zu können. Ein zentrales Kriterium für Migrationsreadiness einer Behörde besteht im Vorhandensein einer strukturierten Datenverkabelung in den jeweiligen Liegenschaften. Dies ist derzeit an etlichen Standorten nicht oder nur unzureichend gegeben. Installation einer strukturierten Datenverkabelung im Gebäudebestand ist planerisch und von der Umsetzung her teils sehr anspruchsvoll. Pro Standort werden mindestens deutlich fünfstellige Kosten zu erwarten sein. Damit mit den erforderlichen Maßnahmen baldmöglichst begonnen werden kann, sollte der Sachmittelantritt bereits für das Jahr 2020 erhöht werden.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
71.	Band 05/ EP 25/ S.13	Kapitel 2500 MG 31 Titel 51161 (neu) IKT-Basisdienste für E-Government als Bausteine in fach-verfahrensorientierten Online-Prozessen		<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Entsprechend Bericht der Verwaltung (RN 1925, BA Nr. 62 der FDP-Fraktion) sind bisher für den Basisdienst eID für das Jahr 2020 300.000 € und für 2021 400.000 € eingestellt. Dieser Mittelansatz wird als nicht auskömmlich dargestellt.</p> <p>Der Basisdienst eID ist eine zentrale Grundlage für alle E-Government-Dienste und hat eine hohe sicherheitstechnische Relevanz. Bereitstellung und Betrieb sollten solide im Haushalt abgebildet werden.</p>
		Ansatz 2020 7.410.000	+ 50.000	
		Ansatz 2021 7.550.000	+ 50.000	
		VE 2020 28.070.000 (gesperrt)	+/- 0	
		VE 2021 28.070.000 (gesperrt)	+/- 0	

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
72.	Band 05/ EP 25/ S.55	Kapitel 2512 MG 31 Titel 51160 Dienstleistungen für die ver- fahrensunabhängige IKT Ansatz 2020 1.390.000 Ansatz 2021 1.517.000 VE 2021 510.000	 <div style="text-align: center;">+/- 0</div> <div style="text-align: center;">+/- 0</div> <div style="text-align: center;">+/- 0</div>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Laut Antwort der Verwaltung auf Berichtsantrag Nr. 94 der FDP-Fraktion sind in den Kosten für Softwarelizenzen jeweils 52.000 €für JAVA-Lizenzen enthalten. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen wird aufgefordert, gemeinsam mit dem ITDZ zu prüfen, ob statt der kostenpflichtigen JAVA-Version auch das kostenfreie OpenJDK als JVM für den Anwendungsbetrieb eingesetzt werden kann. Eine solche Prüfung kann auch Pilotprojekt-Charakter haben, um in anderen Ressorts Lizenzkosten durch Umstellung auf freie Softwarekomponenten zu reduzieren.</p> <p><i>b) Erläuterung:</i></p> <p>Der Mittelansatz enthält für 2020 und 2021 jeweils 52.000 €für JAVA-Lizenzen. Bevor die Mittel zu diesem Zweck verwendet werden können, soll geprüft werden, ob sich die Nutzung der kostenfreien JVM OpenJDK als möglich und effektiv sowie effizient erweist. Falls sich dies ergeben sollte, bleiben die Mittel gesperrt.</p> <p><i>c) Sperrvermerk:</i></p> <p>Die Teilbeträge von jeweils 52.000 €in 2020 und 2021 für JAVA-Lizenzen sind gesperrt, bis geprüft wurde, ob sich eine Nutzung der kostenfreien JVM OpenJDK als möglich und effektiv sowie effizient erweist. Sollte sich als Resultat der Prüfung ein negativer Befund ergeben, sind die Mittel für die JAVA-Lizenzen freizugeben.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
73.	Band 05/ EP 25/ S.67	Kapitel 2531 MG 31 Titel 51160 Dienstleistungen für die ver- fahrensunabhängige IKT		<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Die IKT-Kosten des Bezirkes Mitte sind deutlich überdurchschnittlich im Vergleich zu den anderen Bezirken. Nach mündlichen Ausführungen des Bezirkes bei der 1. Lesung des Haushaltsentwurfes wurde deutlich, dass dort aus historischen Gründen ein nicht kosteneffizienter Sonderweg beschritten wird.</p> <p>Der Bezirk Mitte wird aufgefordert, gemeinsam mit dem ITDZ nach Möglichkeiten einer zeitnahen Kostenreduktion auf das Durchschnittsmaß im überbezirklichen Vergleich zu evaluieren und darauf aufbauend Kostensenkungen umzusetzen. Die Sachmittel für das Jahr 2021 sollen nur dann in voller Höhe freigegeben werden, wenn ein schlüssiges Konzept zur Kostenreduktion vorliegt und begründet werden kann, warum in 2021 nochmals der volle Haushaltsansatz benötigt wird.</p> <p><i>b) Erläuterung:</i></p> <p>Der Bezirk Mitte wird aufgefordert, bis zum 30.09.2020 ein Konzept zur nachhaltigen Kostensenkung vorzulegen.</p> <p><i>c) Sperrvermerk:</i></p> <p>Fünfundzwanzig Prozent der Sachmittel für das Jahr 2021 sind gesperrt, bis der Bezirk ein von der Senatsverwaltung für Finanzen geprüftes Konzept zur nachhaltigen Kostensenkung vorgelegt hat.</p>
		Ansatz 2020 2.058.000 Ansatz 2021 2.231.000 VE 2020 22.760.000 (gesperrt) VE 2021 22.760.000 (gesperrt)	+/- 0 +/- 0 +/- 0 +/- 0	

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
74.	Band 05/ EP 25/ S.76	Kapitel 2533 MG 31 Titel 52511 Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT Ansatz 2020 90.000 Ansatz 2021 90.000	 - 55.000 - 55.000	<i>a) Begründung:</i> Bei einem bezirksübergreifenden Vergleich der Aus- und Fortbildungskosten fällt auf, dass im Bezirk Pankow erheblich mehr Mittel für Fortbildung vorgesehen werden sollen als in anderen Bezirken. Dort betragen die veranschlagten Sachmittel maximal 30.500 €(Tempelhof-Schöneberg). Das Fortbildungsbudget soll auf einen vergleichbaren Rahmen angesetzt werden, wobei wegen der Größe des Bezirkes Pankow ein gewisser Aufschlag gegenüber dem sonstigen bezirklichen Maximalansatz beim Titel 52511 vorgesehen werden soll.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
75.	Band 05/ EP 25/ S.90	Kapitel 2536 MG 31 Titel 81289 Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT		<i>a) Begründung:</i> Der Sachmittelansatz für die Beschaffung eines neuen SAN scheint aufgrund einer linearen Fortschreibung erfolgt zu sein. Seit der Inbetriebnahme der derzeit noch genutzten SAN-Lösung (Mietkauf) haben sich die Marktpreise für Speicherkapazität – auch redundant abgesichert – deutlich verringert.
		Ansatz 2020 547.000	- 100.000	
		Ansatz 2021 216.000	- 50.000	

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
Einzelplan 06				
76.	Band 6/ EP 06/ S.19	Kapitel 0600 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 35.000 Ansatz 2021 40.000	 + 15.000 + 15.000	<i>a) Begründung:</i> Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar. Neben der Doppik-Methoden-Kompetenz ist daher auch die Veränderungs-Kompetenz (Change-Management-Fähigkeit) zu stärken. <i>b) Titelerläuterung:</i> Bis zu 15 Tsd. €für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS, Doppische Haushaltsführung und Veränderungs-Management (<i>verbindliche Erläuterung</i>)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
77.	Band 6/ EP 06/ S.20	Kapitel 0600 Titel 52610 Gutachten Ansatz 2020 215.000 Ansatz 2021 215.000	 + 150.000 + 150.000	<i>b) Titelerläuterung:</i> In Höhe von bis zu 150 Tsd. € sind Gutachten zu folgenden Bereichen zu erstellen: 1.Forensisches Gutachten zum Geschäftsbetrieb der FBB GmbH und insbesondere der Planung und dem Bau des Großflughafens BER. 2.Rechtliche Möglichkeiten zur dauer-haften Offenhaltung Tegels und deren Auswirkungen auf die Rentabilität eines Parallelbetriebes von TXL + BER. 3.Beantwortung der Frage: Wie kann das Verständnis dafür gestärkt werden, dass Privateigentum, Eigeninitiative und Wettbewerb – gekoppelt mit verantwortungsvollem Handeln – die tragenden Säulen für eine gesunde Volkswirtschaft und eine gerechte Sozialordnung sind und daher alle Leistungswilligen aller Lebens- und Arbeitsbereiche zu fördern sind? 4.Beantwortung der Frage: Wie lässt sich eine Besinnung auf abendländisch-humanistische Grund-werte als moralisch-ethische Richtlinie bewerkstelligen? <i>c) Übertragbarkeitsvermerk</i> Die Ausgaben sind übertragbar.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
78.	Band 6/ EP 06/ S.20	Kapitel 0600 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 80.000 Ansatz 2021 80.000	 +/- 0 +/- 0	<p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt.</p> <p>Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen.⁵¹ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden.⁵²</p> <p><i>b) verbindliche Erläuterung:</i></p> <p>Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)</p>

⁵¹ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁵² BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
79.	Band 6/ EP 06/ S.21	Kapitel 0600 Titel 54003 Geschäftsprozessoptimierung Ansatz 2020: 1.731.000 Ansatz 2021: 2.331.000	 - 731.000 - 1.331.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Die Erhöhung des Ansatzes für 2020 und 2021 wurde im Bericht nicht schlüssig dargelegt. Schon der Ansatz 2019 wird gemäß Prognose des Senats nur in Höhe von 75 Prozent des Ansatzes ausgeschöpft werden.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
80.	Band 6/ EP 06/ S.21	Kapitel 0600 Titel 54010 Dienstleistungen Ansatz 2020: 857.000 Ansatz 2021: 857.000 Nr. 4 Evaluierung Pilotprojekt im Amtsgericht Neukölln zur Er- höhung des Anteils von Migran- tinnen und Migranten in den Be- rufszweigen der Justiz Ansatz 2020: 50.000 Ansatz 2021: 50.000	 -50.000 -50.000 -50.000 -50.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> zu Nr. 4: Das Pilotprojekt im Amtsgericht Neukölln zur Erhöhung des Anteils von Migrantinnen und Migranten in den Berufszweigen der Justiz soll gestrichen werden, da Migranten keine spezielle Motivation brauchen, um einen Arbeitsplatz im Bereich Justiz zu ergreifen. Zur Begründung der Notwendigkeit wird im Bericht ausgeführt, dass Personen mit Migrationshintergrund in der Berliner Justiz unterrepräsentiert seien. Es erschließt sich nicht, inwieweit Berufe und Berufsbilder willkürlich ausgewählte Merkmale der Stadtbevölkerung repräsentieren müssen. Es gilt Berufsfreiheit. (-50.000 € für 2020 und -50.000 € für 2021)

[illegible]

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
82.	Band 6/ EP 06/ S.24-25	<p>Kapitel 0600 Titel 68406</p> <p>Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>Ansatz 2020 7.399.000</p> <p>Ansatz 2021 6.936.000</p> <p>Nr. 3 Runder Tisch zur Informationsgewinnung und Betreuung ausländischer Gefangener sowie Projektumsetzung „Religiöse Betreuung muslimischer Inhaftierter in den Justizvollzugsanstalten des Landes Berlin“</p> <p>Ansatz 2020: 114.000</p> <p>Ansatz 2021: 117.000</p>	<p>+/-0</p> <p>+/-0</p> <p>+/-0</p> <p>+/-0</p>	<p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i></p> <p>Es muss sichergestellt sein, dass die religiöse Betreuung nicht für eine radikalisierende politische oder religiöse Beeinflussung missbraucht wird. Kritisch zu betrachten sind insbesondere aus dem Ausland gesteuerte und finanzierte sowie legalistisch operierende islamistische Organisationen. Die Ditib hat sich auf allen Ebenen für eine Zusammenarbeit disqualifiziert, solange sie der staatlichen türkischen Religionsbehörde Diyanet untersteht und als verlängerter Arm des totalitären Erdogan-Regimes fungiert.</p> <p><i>b) Verbindliche Erläuterungen</i></p> <p>zu Nr. 3 „Runder Tisch zur Informationsgewinnung und Betreuung ausländischer Gefangener sowie Projektumsetzung „Religiöse Betreuung muslimischer Inhaftierter in den Justizvollzugsanstalten des Landes Berlin“:</p> <p>Eine Kooperation mit dem Islamismus oder des Autoritarismus verdächtigen sowie mit von anderen Staaten fremdbestimmten Organisationen ist ausgeschlossen. In Zweifelsfällen ist eine Einschätzung des Verfassungsschutzes einzuholen.</p> <p><i>(verbindliche Erläuterung)</i></p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
83.	Band 6/ EP 06/ S.33	Kapitel 0601 Allgemeine Erläuterung	+/- 0	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Aus der Ausrichtung auf das Wünschenswerte ergeben sich - situationsgerecht - Aktionsfelder darauf bezogener negativer Einflussgrößen, die es zu minimieren gilt.</p> <p>Durch die Erschaffung von wünschenswerten Zuständen bleibt kein - oder zu mindestens weniger - Raum für die nicht-wünschenswerten Zustände. Die mentale Ausrichtung auf das Wünschenswerte erzeugt Motivation und Euphorie. Während die mentale Ausrichtung auf das Nicht-Wünschenswerte Gefühle von Angst, Trauer, Hass, Wut, Feindseligkeit, usw. bestärken und damit die eigentliche Zielstellung konterkarieren. Daher ist eine Umformulierung der Allgemeinen Erläuterung vorzunehmen.</p> <p><i>b) Allgemeine Erläuterung</i></p> <p>Teil A der Allgemeinen Erläuterung erhält folgende Fassung:</p> <p>Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung - Landesantidiskriminierungsstelle -(LADS). Die LADS nimmt vielfältige Aufgaben wahr, die sich insbesondere an Akteurinnen/Akteure und Betroffene aus Gesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik richten. Übergeordnete Ziele sind hierbei:</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<ul style="list-style-type: none"> • Es soll das Bewusstsein und der Willen dafür gestärkt werden, dass individuelle Rechte und Ansprüche im richtigen Verhältnis zu gemeinschaftsbezogenen Pflichten und Leistungen stehen. • Es soll die Einsicht vertieft werden, dass fruchtbare Erziehung und Bildung auf unserer gewachsenen Kultur - mit ihrem abendländischen-humanistischen Menschenbild - aufbauen. • Es soll das Verständnis dafür gestärkt werden, dass Privateigentum, Eigeninitiative und Wettbewerb – gekoppelt mit verantwortungsvollem Handeln – die tragenden Säulen für eine gesunde Volkswirtschaft und eine gerechte Sozialordnung sind. Leistungswillige aller Lebens- und Arbeitsbereiche sind zu fördern. • Innerhalb der Sozialordnung soll sich die Unterstützung auf wirklich Bedürftige konzentrieren, um diese Hilfe auch wirkungsvoller zu machen. Gleichzeitig soll der Sinn für Eigenverantwortung und Selbstinitiative gestärkt werden. • Es soll die grundsätzliche Bedeutung von Ehe und Familie für Wohlfahrt und Zukunft eines Volkes wieder bewusst gemacht werden. • Es soll das Bewusstsein für ein allgemein geltendes Völkerrecht gestärkt werden, das für ein friedliches Zusammenwirken aller Völker unabdingbar ist.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p>Die Aufgaben der LADS gründen sich auf drei Säulen: Umsetzung von Informations- und Sensibilisierungsmaßnahmen in Gesellschaft, Verwaltung und Politik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Informations- und Öffentlichkeitsarbeit (Kampagnen, Publikationen, Infostände) • Fachveranstaltungen • Bildungs- und Sensibilisierungsangebote für Verwaltung und Zivilgesellschaft, unter anderem im Rahmen der LADS-Akademie • Initiierung und Begleitung gesellschaftlicher Bündnisse gegen Diskriminierung • Förderung von Sensibilisierungsmaßnahmen durch freie Träger Entwicklung und Implementierung von Strategien zum Abbau struktureller Diskriminierung: • Fachliche Stellungnahmen, Gutachten, Berichte • Initiierung von und Mitwirkung an Gesetzesvorhaben, Richtlinien und Verordnungen • Durchführung und Begleitung von ressort-übergreifenden Initiativen, Aktionsplänen, Projekten und Gremien (Europa, Bund, Land, Bezirke) • Politikberatung

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<ul style="list-style-type: none"> • Vertretung Berlins in Fachgremien (Europa, Bund, Land, Bezirke) • Anregung von Bund-/ Länder-Initiativen Gewährleistung und Weiterentwicklung der Berliner Präventions- und Beratungsinfrastruktur, insbesondere durch Förderung von Projekten und Maßnahmen, die folgendes bewirken: • Weg von geistig-bildungsmäßiger Orientierungslosigkeit, hin zur Besinnung auf abendländisch-humanistische Grundwerte als moralisch-ethische Richtlinie • Weg vom korrupten, totalen Parteienstaat, hin zu einem rechtschaffenen Bürgerstaat, in dem wieder Tugenden wie Anstand, Ehrlichkeit und Vertrauen vorherrschen und Sicherheit gegeben ist. • Koordination und Begleitung von Fach-Netzwerken und Runden Tische

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
84.	Band 6/ EP 06/ S.35	Kapitel 0601 Titel 42701 Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter Ansatz 2020: 20.000 Ansatz 2021: 20.000	 -20.000 -20.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Die Ansätze für 2020 und 2021 dienen der Umsetzung des LADG für Aufwendungen für freie Mitarbeiter u.a. für die Durchführung von LADG-bezogenen Fortbildungsangeboten oder der Erbringung von Dolmetscherleistungen, die im Rahmen der Tätigkeit der Ombudsstelle notwendig sein werden. Berlin braucht kein LADG und damit auch keine Umsetzung dieses Gesetzes.
85.	Band 6/ EP 06/ S.35	Kapitel 0601 Titel 51140 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände Ansatz 2020: 40.000 Ansatz 2021: 40.000	 -30.000 -30.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Die Ansätze für 2020 und 2021 dienen der Umsetzung des LADG, um die bürotechnische Erstausrüstung Ombudsstelle zu gewährleisten. Der Ansatz 2019 in Höhe von 10.000 € wurde auf 40.000 € in beiden Jahren erhöht. Die Erhöhung ist daher zu streichen. Berlin braucht kein LADG und damit auch keine Umsetzung dieses Gesetzes.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
86.	Band 6/ EP 06/ S.36	Kapitel 0601 Titel 51801 Mieten für Grundstücke und Gebäude Ansatz 2020: 30.000 Ansatz 2021: 30.000	 -30.000 -30.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Die Ansätze für 2020 und 2021 dienen der Umsetzung des LADG zur Anmietung externer Räumlichkeiten für die Ombudsstelle. Berlin braucht kein LADG und damit auch keine Umsetzung dieses Gesetz
87.	Band 6/ EP 06/ S.36	Kapitel 0601 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 7.400 Ansatz 2021 7.400	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁵³ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. <i>b) verbindliche Erläuterung</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁵³ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
88.	Band 6/ EP 06/ S.36	Kapitel 0601 Titel 53101 Veröffentlichung und Dokumentation im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit Ansatz 2020: 46.500 Ansatz 2021: 55.000	 -6.500 -15.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Die Ansätze für 2020 und 2021 dienen der Umsetzung des LADG. Der Ansatz 2019 in Höhe von 40.000 € wurde in beiden Jahren erhöht. Die Erhöhung ist daher zu streichen. Berlin braucht kein LADG und damit auch keine Umsetzung dieses Gesetzes.
89.	Band 6/ EP 06/ S.36	Kapitel 0601 Titel 54010 Dienstleistungen Ansatz 2020: 825.000 Ansatz 2021: 863.000 Nr. 1 Ansatz 2020: 376.000 Ansatz 2021: 397.000	 -86.600 -107.000 -86.600 -107.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Die Dienstleistungsmittel wurden erhöht, um unter anderem die Erarbeitung eines Kampagnenmoduls und einen „Erklär-Film“ im Zusammenhang mit der Umsetzung des LADG zu realisieren. Der Ansatz 2019 in Höhe von 290.000 € wurde in den Jahren 2020/ 2021 erhöht auf 376.000 € bzw. 397.000 €. Die Erhöhung ist daher zu streichen. Berlin braucht kein LADG und damit auch keine Umsetzung dieses Gesetzes.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
90.	Band 6/ EP 06/ S.36	Kapitel 0601 Titel 68123 Ehrungen, Preise Ansatz 2020 5.000 Ansatz 2021 -	 -5.000 +/-0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Der Ansatz für den Preis „Lesbische Sichtbarkeit“ ist unter dem Aspekt der Gleichbehandlung unterschiedlichster Minderheiten und deren Sichtbarkeit zu streichen. Denn die Alleinstellung der „Lesbischen Sichtbarkeit“ im Verhältnis zu „anderen“ Sichtbarkeiten stellt eine Diskriminierung von anderen Minderheiten dar. Eine einseitige diskriminierungsfördernde staatliche Betrachtung, in der einzelne Minderheiten ausgeblendet werden, ist abzulehnen. Ebenfalls ist es nicht mit dem haushälterischen Grundsatz der Sparsamkeit zu vereinbaren, geldwerte Preise für die bloße Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe zu vergeben.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
91.	Band 6/ EP 06/ S.37	Kapitel 0601 Titel 68406 Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen Ansatz 2020 9.502.000 Ansatz 2021 9.697.000	 <div style="text-align: center;">+/- 0</div> <div style="text-align: center;">+/- 0</div>	<i>a) Begründung:</i> Die Umformulierung der Allgemeinen Erläuterung dieses Kapitels macht eine Überprüfung erforderlich. <i>b) Titelerläuterung:</i> Die Bezuschussungen haben dem Erreichen der in der Allgemeinen Erläuterung festgehaltenen wünschenswerten Zustände zu dienen. (<i>verbindliche Erläuterungen</i>) <i>c) qualifizierter Sperrvermerk:</i> Die Zuschüsse sind hinsichtlich ihrer Zielkonvergenz mit den in der Allgemeinen Erläuterung dieses Kapitels festgehaltenen Zielstellungen zu prüfen und entsprechend zu streichen, wenn diese Zielkonvergenz nicht gegeben ist. Bis zum Vorliegen der Prüfungsergebnisse sind die Zuschüsse in einer Höhe von 23 % gesperrt. Der Hauptausschuss hat über neue Projekte für die ggf. wegfallenden Zuschüsse zu entscheiden.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
92.	Band 6/ EP 06/ S.37	Kapitel 0601 Titel 68406 Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen Ansatz 2020 9.502.000 Ansatz 2021 9.697.000	 - 2.054.310 - 2.054.310	<i>a) Begründung zu den Änderungsanträgen:</i> <p>Der Berliner Senat plant umfangreiche Förderungen „sozialer Einrichtungen“, welche sich vornehmlich dem „Kampf gegen Rechts“ widmen sollen. Die bisherige Fördersumme von 8.391.000 €(Ansatz 2019) soll für 2020/21 auf 9.502.000 € bzw. 9.697.000 € signifikant erhöht werden. Unter dem Deckmantel der „Demokratieförderung“ werden vielfach Vereine und Institutionen unterstützt, welche als Vorfeldorganisationen der Regierungsparteien mit Hilfe dieser Förderung in den freien Wettbewerb der Parteien eingreifen. Der Wissenschaftliche Dienst des Abgeordnetenhauses hat in diesem Zusammenhang die Pflicht des Senats herausgestellt, im Zuwendungsverhältnis Verstöße gegen die durch Art. 21 Abs. 1 GG gewährleistete Chancengleichheit der Parteien zu unterbinden. Die bisherige Praxis des Senats, das Neutralitätsgebot dadurch zu umgehen, dass massiv Fördergelder an Dritte ausgereicht werden, damit diese die politische Konkurrenz der Regierungsparteien bekämpfen, ist rechtswidrig und daher einzustellen. Ebenfalls nicht verfassungskonform ist die fehlende Ausgewogenheit der Förderpolitik, da sich diese gegen alle verfassungsfeindlichen Bestrebungen in Relation zu deren jeweiligem Gefahrenpotential richten muss. Spezifische Projekte gegen den Linksextremismus werden durch das Landesprogramm „Demokratie, Vielfalt, Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ jedoch gerade nicht gefördert.</p> <p>Die Streichung der finanziellen Förderung in der benannten Höhe bezieht sich auf folgende Träger, die in 2019 Zuwendungen erhalten haben und bei denen die Förderung fortgesetzt werden soll:</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs-ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p>1. Amadeo Antonio Stiftung:</p> <p>Es bestehen erhebliche Zweifel an der Integrität der Amadeo Antonio Stiftung, da diese geleitet und gegründet wurde von einer Ex-MfS Mitarbeiterin. Es bestehen auch hinsichtlich der Mittelverwendung erhebliche Zweifel, ob diese zweckgemäß oder doch zweckwidrig dafür eingesetzt werden, um den freien politischen Wettbewerb zu verzerren. (- 14.600 € - 32.500 € - 74.161 €)</p> <p>2. Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.:</p> <p>Wie der Name des Vereins schon nahelegt, ist dieser Verein eng mit der autonomen und linksextremistischen „Antifa-Szene“ verwoben. Er sammelt jegliche Publikationen und Informationen über die sog. „extreme Rechte“. Zum einen ist eine Dokumentation unter datenschutzrechtlichen Aspekten problematisch und zum anderen stellt dies eine originäre Aufgabe des Verfassungsschutzes dar, die nicht zusätzlich durch einen Dritten ausgeführt und von staatlicher Seite doppelt finanziert werden muss. (- 209.109 €)</p> <p>3. Gesicht zeigen – für ein weltoffenes Deutschland e.V.:</p> <p>(- 94.896 €)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p>4. Inssan für kulturelle Interaktion e.V.:</p> <p>Der Verein richtet sich insbesondere gegen Islamkritiker. Der Berliner Verfassungsschutz hat dem Verein im Jahr 2008 noch klare „personelle und organisatorische Überschneidungen mit der islamistischen „Muslimbruderschaft (MB)“ bescheinigt (Anfrage des Abg. Frank Henkel (CDU) vom 24.04.2008 16/20 253). Eine staatliche Förderung von Islamisten sollte in jedem Fall unterbunden werden. (- 82.917 €)</p> <p>5. Stiftung für Sozialpädagogisches Institut Walter May:</p> <p>Eine Förderung einer SPD-nahen Stiftung bürgt die Gefahr der verdeckten Parteienfinanzierung und einer Verletzung des freien politischen Wettbewerbs. (- 403.977 € - 16.604 € - 47.625 €)</p> <p>6. Interessenbekundungsverfahren „Projekt zur Umsetzung der UN-Dekade für Menschen mit afrikanischen Wurzeln“:</p> <p>Einer Haushaltsposition an eine noch zu benennende Einrichtung kann keine Blanko-Freigabe erteilt werden. (- 73.000 €)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs-ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p>7. Interessenbekundungsverfahren „Ausweitung des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus in Bezug auf den digitalen Raum und das Phänomen Hate Speech“:</p> <p>Einer Haushaltsposition an eine noch zu benennende Einrichtung kann keine Blanko-Freigabe erteilt werden. (- 65.000 €)</p> <p>8. Verein für demokratische Kultur e.V.:</p> <p>Der Verein betreibt u.a. die Webseite <i>berlin-gegen-nazis.de</i>. Neben der fehlenden Trennschärfe, wer unter dem Begriff „Nazi“ zu subsumieren sei, ruft diese Webseite offiziell zu strafbaren Aktionen und Verstößen gegen die Versammlungsfreiheit in Deutschland auf. Insbesondere gibt die Webseite Leitfäden heraus, wie fremde Demonstrationen durch Lärm und durch die Überwindung von Polizeisperren und Sitzblockaden gestört werden können. (- 632.417 € - 96.553 € - 84.312 €)</p> <p>9. Sozialistische Jugend Deutschland Die Falken LV Berlin:</p> <p>Eine Jugendorganisation, die stark mit der SPD verwoben ist. Bis 2011 durften nur Mitglieder der SPD Mitglied bei der Organisation sein. Eine staatliche Förderung anderer Parteijugendverbände findet nicht statt. Eine staatliche Förderung des „Sozialismus“ ist im Rahmen der haushälterischen Sparsamkeit daher nicht wünschenswert. (- 17.365 € - 35.525 €)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p>10. N.N. „Merkmalspezifische Opferberatung“:</p> <p>Einer Haushaltsposition an eine noch zu benennende Einrichtung kann keine Blanko-Freigabe erteilt werden. (- 57.600 €)</p> <p>11. Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH – Das Pankower Register (- 16.149 €)</p> <p><i>b) verbindliche Erläuterungen:</i></p> <p>zu Nr. 3</p> <p>aa) Das Landesprogramm wird auch dem Kampf gegen Linksextremismus und linke Militanz gewidmet.</p> <p>bb) Der Senat hat sicherzustellen, dass die Projektträger die Chancengleichheit der Parteien beachten und bei Verstößen die Zuwendung (teilweise) widerrufen und Fördergelder zurückgefordert werden.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
93.	Band 6/ EP 06/ S.45	Kapitel 0605 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 9.000 Ansatz 2021 9.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁵⁴ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁵⁵ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. <i>(verbindliche Erläuterung)</i>

⁵⁴ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁵⁵ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
94.	Band 6/ EP 06/ S.52	Kapitel 0608 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 52.000 Ansatz 2021 52.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁵⁶ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁵⁷ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (<i>verbindliche Erläuterung</i>)

⁵⁶ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁵⁷ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
95.	Band 6/ EP 06/ S.55	Kapitel 0608 Titel 68461 (neu) Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie Ansatz 2020 1.450.000 Ansatz 2021 1.450.000	 - 1.450.000 - 1.450.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Die Ansätze für die beiden Haushaltsjahre sind zu streichen, da sie an den Kernaufgaben des Einzelplan 06 und den tatsächlichen Gegebenheiten der wachsenden Stadt vorbeigehen und für die Erreichung der Ziele nicht notwendig sind.
96.	Band 6/ EP 06/ S.56	Kapitel 0608 Titel 68469 Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V. Ansatz 2020 1.646.000 Ansatz 2021 1.686.000	 + 275.000 + 160.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Die Ansatzerhöhung für die beiden Haushaltsjahre sind notwendig, um die Kosten des notwendigen Umzugs der Verbraucherzentrale sowie die notwendigen Mietmehrkosten zu decken.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
97.	Band 6/ EP 06/ S.56	Kapitel 0608 Titel 68475 Förderung der Verbraucher- aufklärung Ansatz 2020 532.000 Ansatz 2021 532.000	 +/- 0 +/- 0	<p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i></p> <p>Für den Verbraucherschutz ist die Flüchtlings- oder Migranteneigenschaft kein relevantes Differenzierungsmerkmal.</p> <p><i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i></p> <p>Für die Schwerpunktbereiche</p> <ul style="list-style-type: none"> -Zielgruppenorientierter Verbraucherschutz für geflüchtete Verbraucher/innen -Zielgruppenorientierter Verbraucherschutz für migrantische Verbraucher/innen <p>stehen max. 131.200 € für Projekte zur Verfügung.</p> <p>Die Schwerpunktbereiche</p> <ul style="list-style-type: none"> -Zielgruppenorientierter Verbraucherschutz für geflüchtete Verbraucher/innen -Zielgruppenorientierter Verbraucherschutz für migrantische Verbraucher/innen <p>begründen keinen Vorrang gegenüber anderen Schwerpunktbereichen.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
98.	Band 6/ EP 06/ S.68	Kapitel 0611 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 18.000 Ansatz 2021 18.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁵⁹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
100.	Band 6/ EP 06/ S.89	Kapitel 0613 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 5.000 Ansatz 2021 5.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁶⁰ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁶¹ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁶⁰ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁶¹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
101.	Band 6/ EP 06/ S.98	Kapitel 0615 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 46.500 Ansatz 2021 52.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁶² Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁶³ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁶² Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁶³ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
102.	Band 6/ EP 06/ S.114	Kapitel 0616 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 15.000 Ansatz 2021 15.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁶⁴ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁶⁵ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁶⁴ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁶⁵ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
103.	Band 6/ EP 06/ S.137	Kapitel 0623 Titel 52703 (neu) Dienstreisen Ansatz 2020 2.000 Ansatz 2021 2.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁶⁶ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁶⁷ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁶⁶ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁶⁷ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
104.	Band 6/ EP 06/ S.146	Kapitel 0625 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 3.500 Ansatz 2021 3.500	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁶⁸ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁶⁹ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁶⁸ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁶⁹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
105.	Band 6/ EP 06/ S.151	Kapitel 0626 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 5.000 Ansatz 2021 5.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁷⁰ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁷¹ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁷⁰ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁷¹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
-	Band 12/ EP 12/ S.151	<p><i>Neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 1250 Titel 70177 (neu) MG 06</p> <p>JVA Tegel Neubau der Teil- anstalt I, Fortführung 2. Bauabschnitt</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+ 3.112.810</p> <p>+ 3.737.310</p>	<p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i></p> <p>Es wurde vom Senat festgelegt, dass primär nur die bereits budgetierten Leistungen zum ersten Bauabschnitt (Kapitel 1250, Titel 70176 – Rückbau der Teilanstalt I) umgesetzt, die Planungen des zweiten Bauabschnitts mit dem Status Ausführungsplanung (Leistungsphase 5 der HOAI) eingestellt, die Vorbereitung der Vergabe ausgesetzt und die Baudurchführung des zweiten Bauabschnitts (Neubau der Teilanstalt I) ab 2018 zurückgestellt wird. Um den Neubau der Teilanstalt I wieder voranzutreiben, sind hier Mittel bereitzustellen. Die kostenintensiven Sanierungsmaßnahmen der Teilanstalten II und III dürfen nicht länger Vorrang genießen.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
106.	Band 6/ EP 06/ S.159	Kapitel 0628 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 2.000 Ansatz 2021 2.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁷² Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁷³ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁷² Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁷³ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
107.	Band 6/ EP 06/ S.164	Kapitel 0630 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 7.000 Ansatz 2021 7.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁷⁴ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁷⁵ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁷⁴ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁷⁵ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
108.	Band 6/ EP 06/ S.172	Kapitel 0631 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 2.000 Ansatz 2021 2.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁷⁶ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁷⁷ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁷⁶ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁷⁹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
109.	Band 6/ EP 06/ S.177	Kapitel 0632 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 2.500 Ansatz 2021 2.500	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁷⁸ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁷⁹ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁷⁸ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁷⁹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen. <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
110.	Band 6/ EP 06/ S.184	Kapitel 0641 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 7.000 Ansatz 2021 7.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁸⁰ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁸¹ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁸⁰ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁸¹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

⁸³ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
112.	Band 6/ EP 06/ S.210	Kapitel 0651 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 10.000 Ansatz 2021 10.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁸⁴ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁸⁵ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁸⁴ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁸⁵ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
113.	Band 6/ EP 06/ S.226	Kapitel 0661 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 23.500 Ansatz 2021 23.500	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁸⁶ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁸⁷ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁸⁶ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁸⁷ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
114.	Band 6/ EP 06/ S.249	Kapitel 0663 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 7.200 Ansatz 2021 7.200	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁸⁸ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁸⁹ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁸⁸ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁸⁹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
115.	Band 6/ EP 06/ S.265	Kapitel 0666 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 2.000 Ansatz 2021 2.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁹⁰ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁹¹ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁹⁰ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁹¹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
116.	Band 6/ EP 06/ S.283	Kapitel 0669 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 5.300 Ansatz 2021 5.300	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁹² Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁹³ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁹² Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁹³ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
117.	Band 6/ EP 06/ S.290	Kapitel 0671 Titel 52703 (neu) Dienstreisen Ansatz 2020 1.000 Ansatz 2021 1.000	 <div style="text-align: center;">+/- 0</div> <div style="text-align: center;">+/- 0</div>	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁹⁴ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁹⁵ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁹⁴ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁹⁵ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen. <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
118.	Band 6/ EP 06/ S.296	Kapitel 0672 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 3.200 Ansatz 2021 3.200	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ⁹⁶ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ⁹⁷ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

⁹⁶ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

⁹⁷ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen. <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

⁹⁹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen. <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
Einzelplan 07				
120.	Band 07/ EP 07/ S.22	Kapitel 0700 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 80.000 Ansatz 2021 86.700	 + 15.000 + 15.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar. <i>b) Titelerläuterung</i> Bis zu 15 Tsd. €für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS und Doppelte Haushaltsführung (<i>verbindliche Erläuterung</i>)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
121.	Band 07/ EP 07/ S.23	Kapitel 0700 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 100.000 Ansatz 2021 100.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁰⁰ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁰¹ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁰⁰ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁰¹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
122.	Band 07/ EP 07/ S.44	Kapitel 0710 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 27.600 Ansatz 2021 28.100	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁰² Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁰³ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁰² Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁰³ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
123.	Band 07/ EP 07/ S.49	Kapitel 0710 Titel 68569 Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland Ansatz 2020 1.170.000 Ansatz 2021 1.170.000 <div style="text-align: right;">zu TA 2.: 60.000</div> <div style="text-align: right;">zu TA 3.: 225.000</div>	 - 285.000 - 285.000 - 60.000 - 225.000	<i>a) Begründung:</i> <p>Mehrwegbecherprojekte oder die Einrichtung bzw. Förderung von Gebrauchtwarenkaufhäusern sind keine öffentlichen Aufgaben. Seit Jahrhunderten gib es den „Trödler“, gibt es private Betreiber von Gebrauchtwarenläden und -kaufhäusern. Auch caritative Einrichtungen, z.B. der Kirchen, betreiben solche. Der Staat hat hier nicht einzugreifen.</p> <p>Viele Anbieter mit Kaffeeausschank bieten seit Jahren Rabatte für Mehrwegbecher, Mehrwegbecher zum Kauf und zur Mitnahme an. Auch hier sollte der Staat weder eingreifen noch eine Parallelwirtschaft aufbauen.</p> <i>b) Titelerläuterung:</i> <p>Streichung der Unterpunkte 2 (Mehrwegbechersystem) und 3 (Aufbau Gebrauchtwarenkaufhaus)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
124.	Band 07/ EP 07/ S.70	Kapitel 0720 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 30.000 Ansatz 2021 30.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁰⁴ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁰⁵ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁰⁴ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁰⁵ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
125.	Band 07/ EP 07/ S.90	Kapitel 0721 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 2.200 Ansatz 2021 2.200	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁰⁶ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁰⁷ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁰⁶ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁰⁷ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
126.	Band 07/ EP 07/ S.106	Kapitel 0730 Titel 52122 Maßnahmen zur Verbesserung des Fußverkehrs Ansatz 2020 3.000.000 Ansatz 2021 3.000.000 VE 2020 2.000.000 VE 2021 2.000.000	 - 1.560.000 - 1.560.000 -1.000.000 -1.000.000	<i>a) Begründung:</i> Experimente, die von Anwohnern und Bürgern mehrheitlich abgelehnt werden, wie z.B. grüne Punkte auf der Fahrbahn für 145.000 Euro, sogenannten „Parklets“ zu Stückpreisen zwischen 17.000 bis 50.000, die Parkplätze blockieren und als Müllkippe zweckentfremdet werden und nicht funktionierende sogenannte „Begegnungszonen“ sind abschreckende Beispiele von Steuergeldverschwendung. Maaßenstraße und Bergmannstraße zeigen, wie man es nicht machen darf. Daher Kürzung des Ansatzes. Sinnvolle, den Fußgängern, Seh- und Gehbehinderten wie auch für Rollstühle oder Kinderwagen zweckdienliche Projekte wie Bordsteinabsenkung bei Fußgängerüberwegen und an Kreuzungen sollen weiterhin durchgeführt werden.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
127.	Band 07/ EP 07/ S.106	Kapitel 0730 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 30.000 Ansatz 2021 30.000	 <div style="text-align: center;">+ 3.000</div> <div style="text-align: center;">+ 3.000</div>	<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung</i></p> <p>Bis zu 3 Tsd. €für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS und Doppelte Haushaltsführung (<i>verbindliche Erläuterung</i>)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
128.	Band 07/ EP 07/ S.107	Kapitel 0730 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 60.000 Ansatz 2021 60.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁰⁸ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁰⁹ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁰⁸ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁰⁹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
129.	Band 07/ EP 07/ S.108	<p>Kapitel 0730</p> <p>Titel 54010</p> <p>Dienstleistungen</p> <p>Ansatz 2020 2.099.000</p> <p>Ansatz 2021 2.000.000</p> <p>zu TA 5.: 40.000</p> <p>zu TA 9. (2020): 103.500</p> <p>zu TA 9. (2021): 100.000</p> <p>zu TA 19.: 630.000</p> <p>VE 2020 1.000.000</p> <p>VE 2021 1.000.000</p>	<p>- 723.500</p> <p>- 720.000</p> <p>- 40.000</p> <p>- 103.500</p> <p>- 100.000</p> <p>- 580.000</p> <p>- 362.000</p> <p>- 360.000</p>	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>Teilweise Doppelnennungen (z.B. TA 9, TA 19) und entbehrliche bzw. zu hohe Ansätze.</p> <p>Statt hohe Summen in Öffentlichkeitsarbeit und Analysen zum Mobilitätsgesetz zu lenken, sollte unter TA 19 ein kleines Budget für die Planung von Maßnahmen zur Verkehrsbündelung bei Großveranstaltungen vorgesehen werden, z.B. bei Sportgroßereignissen oder anderen Veranstaltungen mit hohem punktuellen Publikumsverkehr.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung:</i></p> <p>Korrektur Tabellenkopf: Jahresangabe 2020 und 2021 Streichung TA 5 und 9 Kürzung VE 2020 und VE 2021 im prozentual gleichen Ansatz Neuer TA 19. Planung und Koordinierung von Maßnahmen zur Verkehrsbündelung bei Großveranstaltungen 50.000 jeweils für 2020 und 2021</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
130.	Band 07/ EP 07/ S.109	Kapitel 0730 Titel 54053 Veranstaltungen Ansatz 2020 120.000 Ansatz 2021 120.000 <div>zu TA 1.: 35.000</div>	 - 35.000 - 35.000 - 35.000	 <i>b) Verbindliche Erläuterung:</i> Streichung TA 1, Sitzungen des Begleitgremiums FahrRat

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
131.	Band 07/ EP 07/ S.109	Kapitel 0730 Titel 54045 Leistungen des innerstädtischen ÖPNV Ansatz 2020 399.451.000 Ansatz 2021 554.144.000	 - 45.833.000 - 88.500.000	<i>a) Begründung:</i> Ticket S 24,5 Mio. €p.a. Kostenloses Schülerticket 64 Mio. €p.a. 1.1.20-31.8.20 (in Titel 0730/68213) 42,667 €Mio. 1.9.-31.12.20 (in Titel 0730/54045) 21,333 €Mio. Die teuren Wahlgeschenke von R2G sind rückgängig zu machen. Eine Subventionierung bedürftiger Bevölkerungsschichten ist einer Subventionierung mit der Gießkanne vorzuziehen. Insbesondere Schüler sollten ein Bewusstsein vom Wert von Dienstleistungen entwickeln können. Der Leitgedanke »Alles für alle und zwar umsonst« lässt keine selbstbewussten und wertschöpfungsfähigen Menschen heranwachsen und ist ein Widerspruch in sich. Dinge, die nichts kosten, werden meistens als wertlos erachtet und entsprechend achtlos behandelt. Bereits heute ist eine erhebliche Verwahrlosung im ÖPNV zu beobachten. Beschmierte U-Bahnen, fehlende Fahrkartenkontrollen, Drogensüchtige und Dealer in den U-Bahnen und U-Bahnhöfen, Respektlosigkeiten ggü. anderen Fahrgastteilnehmern und Fahrern, etc.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p><i>b) verbindliche Erläuterung:</i></p> <p>Die Ticketsubventionierungen, die in der 18. Wahlperiode von R2G eingeführt wurden, sind im Einklang mit geltendem Vertragsrecht rückgängig zu machen.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
132.	Band 07/ EP 07/ S.110	Kapitel 0730 Titel 54059 Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität Ansatz 2020 2.410.000 Ansatz 2021 1.710.000 Zu TA 5 (2021): 100.000 zu TA 6.: 100.000 zu TA 7.: 460.000 zu TA 8.: 150.000 zu TA 9.: 165.000 Summe TA 5.-9.: 975.000	 +/- 0 - 975.000 - 100.000 - 100.000 - 460.000 - 150.000 - 165.000 - 975.000	 <i>b) Titelerläuterung</i> Streichung der TA 5,6,7,8 und 9 in 2021

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs-ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
133.	Band 07/ EP 07/ S.117	Kapitel 0730 Titel 68213 Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten Ansatz 2020 95.667.000 Ansatz 2021 0	 - 42.667.000 +/- 0	<i>a) Begründung:</i> Ticket S 24,5 Mio. €p.a. Kostenloses Schülerticket 64 Mio. €p.a. 1.1.20-31.8.20 (in Titel 0730/68213) 42,667 €Mio. 1.9.-31.12.20 (in Titel 0730/54045) 21,333 €Mio. Die teuren Wahlgeschenke von R2G sind rückgängig zu machen. Eine Subventionierung bedürftiger Bevölkerungsschichten ist einer Subventionierung mit der Gießkanne vorzuziehen. Insbesondere Schüler sollten ein Bewusstsein vom Wert von Dienstleistungen entwickeln können. Der Leitgedanke »Alles für alle und zwar umsonst« lässt keine selbstbewussten und wertschöpfungsfähigen Menschen heranwachsen und ist ein Widerspruch in sich. Dinge, die nichts kosten, werden meistens als wertlos erachtet und entsprechend achtlos behandelt. Bereits heute ist eine erhebliche Verwahrlosung im ÖPNV zu beobachten. Beschmierte U-Bahnen, fehlende Fahrkartenkontrollen, Drogensüchtige und Dealer in den U-Bahnen und U-Bahnhöfen, Respektlosigkeiten ggü. anderen Fahrgastteilnehmern und Fahrern, etc.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p><i>b) verbindliche Erläuterung:</i></p> <p>Die Ticketsubventionierungen, die in der 18. Wahlperiode von R2G eingeführt wurden, sind im Einklang mit geltendem Vertragsrecht rückgängig zu machen.</p>
134.	Band 07/ EP 07/ S.118	<p>Kapitel 0730 Titel 68229 Zuschuss an die VELO GmbH</p> <p>Ansatz 2020 8.000.000</p> <p>Ansatz 2021 9.000.000</p>	<p>- 5.000.000</p> <p>- 6.000.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Der Zuschuss an die VELO GmbH soll auf Basis der Vorjahresansätze verstetigt werden. Die Erhöhung ggü. dem Ansatz 2019 ist nicht gerechtfertigt.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
135.	Band 07/ EP 07/ S.119	Kapitel 0730 Titel 68353 Maßnahmen zur Förderung eines öffentlichen Leihfahrradsystems Ansatz 2020 1.500.000 Ansatz 2021 1.500.000 VE 2020 4.500.000 VE 2021 -	 - 1.500.000 - 1.500.000 -4.500.000 +/- 0	<i>a) Begründung:</i> Leihfahrräder sind in Berlin mittlerweile im Überfluss vorhanden. Eine Subventionierung der bisher durch das Land geförderten Firma <i>nextbike</i> ist daher zukünftig entbehrlich. Die Firma <i>nextbike</i> kann ihr System im freien Wettbewerb weiterhin in der Stadt betreiben, allerdings ohne öffentliche Subventionen, wie die übrigen Anbieter auch.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
136.	Band 07/ EP 07/ S.121	Kapitel 0730 Titel 72016 Verbesserung der Infrastruk- tur für den Radverkehr Ansatz 2020 9.500.000 Ansatz 2021 8.500.000 VE 2020 11.000.000 VE 2021 13.000.000	 - 2.400.000 - 1.900.000 -5.500.000 -6.500.000	<i>a) Begründung:</i> Die Ansätze sind weit überzogen. Es ist völlig unrealistisch, dass 62 größere Radwegbaumaßnahmen binnen 2 Jahren in die Realisierung gehen könnten. Zudem erscheinen einige Baumaßnahmen überdimensioniert, z.B. Radwegverbreiterung Karl-Marx-Allee, Danziger Straße oder die Kisselnallee. Daher sind die Ansätze entsprechend zu kürzen. Fahrradabstellanlagen an Schulen und Querungshilfen sind bevorzugt zu realisieren und vorhandene Radwege sind zu sanieren. Dafür sind die reduzierten Mittel auskömmlich.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
137.	Band 07/ EP 07/ S.124	<p>Kapitel 0730 Titel 81217</p> <p>Aufbau und Betrieb eines berlinweiten Veranstaltungskalender</p> <p>Ansatz 2020 1.000</p> <p>Ansatz 2021 190.000</p> <p>VE 2020 190.000</p> <p>VE 2021 190.000</p>	<p>-1.000</p> <p>- 190.000</p> <p>- 190.000</p> <p>- 190.000</p>	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>Streichung des gesamten Titels, da ein solcher Kalender wird nicht benötigt.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
138.	Band 07/ EP 07/ S.128 ff.	Kapitel 0730 Titel 89102 Zuschüsse für Investitionen des öffentlichen Personennah- verkehr Ansatz 2020 253.856.000 Ansatz 2021 193.308.000 VE 2020 150.000.000 VE 2021 150.000.000	 - 4.560.000 - 6.500.000 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung:</i> Die Umrüstung der BVG-Busflotte komplett auf E-Busse ist eine teure ökologisch schädliche Fehlinvestition, die zu stoppen ist (einschließlich der je Bus mit rund 200.000 Euro zu Buche schlagenden Ladeinfrastruktur ¹¹⁰). Die Mittel für Straßenbahnbau sollen zu Gunsten der U-Bahn-Netzqualifizierung aufkommensneutral verschoben werden. <i>b) Titelerläuterung:</i> 2. U-Bahn: - Netzqualifizierung U-Bahn Landesmittel: d) 23.500.000 e) 17.000.000 3. Straßenbahn: Streichung der Projekte - Hbf. – U-Turmstraße - U-Turmstraße – U-Mierendorffplatz - S+U Warschauer Straße – U-Hermannplatz - Blankenburger Pflasterweg 4. Sonstige Maßnahmen Streichung des Projekts E-Busladeinfrastruktur

¹¹⁰ Vgl. hierzu BZ vom 11.11.19, Neuer Senatsbericht enthüllt - Umsteigen auf E-Busse kostet BVG 3 Milliarden Euro!: <https://www.bz-berlin.de/berlin/umsteigen-auf-e-busse-kostet-bvg-3-milliarden-euro>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
139.	Band 07/ EP 07/ S.133	Kapitel 0730 Titel 89113 (neu) Zuschuss für die Beschaffung von Elektrobussen zur Stärkung der schadstoffarmen und klimaschützenden Mobilität Ansatz 2020 0 Ansatz 2021 0 VE 2020 0 VE 2021 47.500.000	 <div style="text-align: right;">+/- 0</div> <div style="text-align: right;">+/- 0</div> <div style="text-align: right;">+/- 0</div> <div style="text-align: right;">- 47.500.000 </div>	<i>a) Begründung:</i> Komplettstreichung des Titels. Die E-Busse sind zu teuer, die Batterien zu kostenintensiv und nicht langlebig genug. Umweltprobleme werden nur scheinbar gelöst, tatsächlich aber in andere Regionen, Länder oder in die Zukunft verlagert. Die BVG könnte innerstädtische Emissionsprobleme zügig lösen durch Neuanschaffung von Dieselbussen mit neuester Abgastechnologie, die im Fahrbetrieb weniger Feinstaub als ein E-Bus abgeben(!), oder durch emissionsfreundliche CO2-neutrale Biogasbusse, die einen geschlossenen Stoffkreislauf bieten.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
140.	Band 07/ EP 07/ S.133	Kapitel 0730 Titel 89115 Zuschuss zum Bau von Rad- schnellwegen Ansatz 2020 410.000 Ansatz 2021 410.000	 - 410.000 - 410.000	<i>a) Begründung:</i> Streichung des Titels Bevor der Bau von neuen Radschnellwegen forciert wird, sind die jetzt bereits in der Stadt vorhandenen Radwege in Ordnung zu bringen und das innerstädtische Radwegenetz bedarfsorientiert zu ergänzen.
141.	Band 07/ EP 07/ S.181 (Bezug nehmend auf S.156)	<i>Neuer Titel:</i> Kapitel 0740 Titel 72715 (neu) Neubau der Elsenbrücke Ansatz 2020 - Ansatz 2021 -	 + 1.000 + 1.000	<i>a) Begründung:</i> Der Neubau der Elsenbrücke ist bisher nur in der Finanzplanung 2019-2023 im Titel 72715 ab dem Jahr 2023 aufgeführt. Der Neubau der Elsenbrücke soll im kommenden Haushalt bereits mit einem Erinnerungsposten aufgenommen werden.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
142.	Band 07/ EP 07/ S.159	<p>Kapitel 0740</p> <p>Titel 52501</p> <p>Aus- und Fortbildung</p> <p>Ansatz 2020 50.000</p> <p>Ansatz 2021 50.000</p>	<p>+ 5.000</p> <p>+ 5.000</p>	<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar.</p> <p>Der Drs.18/20121 ist zu entnehmen:</p> <p><i>„Investitionen im Bereich Tiefbau werden in der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) als Projekte abgebildet. Die auf den Projekten ausgewiesenen Investitionsausgaben sind aufgrund ihres investiven Charakters nicht Bestandteil der erweiterten Teilkosten. Öffentliche Infrastruktur wie z.B. Brücken, Tunnel sowie Straßen werden derzeit nicht in der Anlagenbuchhaltung geführt. Aus diesem Grund sind dafür keine Durchschnittspreise zu ermitteln. Die Ausgaben für die jeweiligen Baumaßnahmen sind den Haushaltsplänen bzw. Berichten an den Hauptausschuss zu entnehmen. [H.d.V.]“</i></p> <p>Dieser intransparente Zustand ist zu beenden. Entsprechend sollen die Mitarbeiter sich vorab die Fähigkeiten aneignen, ein dem tatsächlichen Ressourcenverbrauch entsprechendes Bild der Finanz- und Vermögenslage im Bereich Tiefbau erstellen zu können.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p>Darüber hinaus scheint bei der Senatsverwaltung der Eindruck zu bestehen, dass die in der Investitionsplanung eingestellten Mittel prinzipiell gleichzusetzen sind mit dem tatsächlichen Bedarf, denn es heißt in Drs.18/20121 auf S.3f:</p> <p><i>„Sind die Erhaltungs- und Erweiterungs-Investitionsbedarfe im Bereich Tiefbau mittlerweile bekannt? [...] Die Investitionsbedarfe bilden jeweils die Grundlage für die Anmeldungen zum Haushaltsplan und zum Investitionsprogramm. Dieses wird jährlich aufgestellt und bildet die Investitionstätigkeiten des laufenden Jahres und der folgenden vier Jahre ab.“</i></p> <p>b) <i>Titelerläuterung</i></p> <p>Bis zu 5 Tsd. € für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPAS und Doppische Haushaltsführung (<i>verbindliche Erläuterung</i>).</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs-ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
143.	Band 07/ EP 07/ S.159	Kapitel 0740 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 40.000 Ansatz 2021 30.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹¹¹ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹¹² <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹¹¹ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹¹² BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
144.	Band 07/ EP 07/ S.211	Kapitel 0750 Titel 52602 Sitzungsgelder, Kostenent- schädigungen Ansatz 2020 31.600 Ansatz 2021 31.600	 - 8.300 - 8.300	<i>a) Begründung:</i> Tagungen des Klimaschutzrats sind mit 1.900 Euro p.a. ausreichend dotiert. 20 Euro Sitzungsgeld je Person und 200 Euro je Sitzung für im Einzelfall anfallende Aufwandsentschädigungen sind ausreichend (siehe z.B. Jagdbeirat). Ehrenamtliche Gremienarbeit sollte auch ehrenamtlich geleistet werden analog der „Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen, der Bürgerdeputierten und sonstiger ehrenamtlich tätiger Personen.“ Die Geschäftsordnung des Klimaschutzrats ist entsprechend anzupassen. <i>b) Titelerläuterung:</i> Die Ausgaben sind in 2020 und 2021 jeweils vorgesehen für: - Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen für den Berliner Klimaschutzrat ... 1.700 €

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
145.	Band 07/ EP 07/ S.211	Kapitel 0750 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 23.000 Ansatz 2021 23.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹¹³ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹¹⁴ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹¹³ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹¹⁴ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
146.	Band 07/ EP 07/ S.212	Kapitel 0750 Titel 53121 Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen Ansatz 2020 450.000 Ansatz 2021 485.000	 - 190.000 - 215.000	<i>a) Begründung:</i> Bürgerbeteiligung darf nicht zu Werbeverkaufsveranstaltungen des Senats missbraucht werden. Deshalb nur maßvolle Erhöhung mit ausreichend Puffer, orientiert an den Kosten der Vorjahre.
147.	Band 07/ EP 07/ S.214	Kapitel 0750 Titel 54101 (neu) Klimaschutz als Bildungsin- halt Ansatz 2020 225.000 Ansatz 2021 225.000	 - 133.000 - 133.000	<i>a) Begründung:</i> „Klimaschutz“ als Bildungsinhalt in Kindergärten ist völliger Unfug. Die Missbrauchsgefahr für linksgrüne Indoktrinierung der Kleinsten ist dort dagegen hoch. In Kindergärten muss vor allem für den Schutz der für das Kind erlebbaren und erfahrbaren (nahen) Umwelt sensibilisiert werden. Hochkomplexe Systeme wie das Klima sollten vielmehr kritisch hinterfragbarer Lehrstoff an den Schulen sein ohne ideologische Indoktrination, dafür mit fachlicher Wissensvermittlung. Deshalb Kürzung des Ansatzes und Zurückführung auf die schulische Bildung.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
148.	Band 07/ EP 07/ S.217	Kapitel 0750 Titel 54108 Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Berliner Baum- bestandes Ansatz 2020 3.000.000 Ansatz 2021 3.000.000	 + 250.000 + 500.000	<i>a) Begründung:</i> Der Baumbestand in der Stadt wirkt dem Dichtestress einer wachsenden Stadt entgegen, schafft eine Verbesserung des städtischen Mikroklimas, wirkt ganz praktisch als Klimaschutzmaßnahme direkt vor Ort. Viele Baumstandorte harren noch ihrer Bepflanzung. Insofern ist eine maßvolle Erhöhung des Ansatzes, der auch in zusätzlichen Anpflanzungen und Pflege von Bäumen investiert werden kann, von Vorteil.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
149.	Band 07/ EP 07/ S.219	Kapitel 0750 Titel 68203 Zuschuss an die Grün Berlin GmbH Ansatz 2020 26.026.000 Ansatz 2021 28.026.000	 +/- 0 - 250.000	<i>a) Begründung:</i> 2021 Streichung des Projektes „Nachnutzung Freiflächen Tegel“. 250.000 € weniger, da TXL weiter benötigt wird und in Betrieb bleiben muss.

[illegible]

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
151.	Band 07/ EP 07/ S.229	Kapitel 0750 Titel 89145 Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen Ansatz 2020 5.043.000 Ansatz 2021 6.063.000 VE 2020 8.096.000 VE 2021 11.651.000	 - 250.000 - 400.000 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung:</i> Bei der Erholung im Britzer Garten sollten Besucher von Genderideologie verschont bleiben, denn sie wollen sich dort erholen und nicht indoktriniert werden. Öffentliche Grünflächen und Gärten sind für alle da, unabhängig von Geschlecht oder persönlichen sexuellen Neigungen. <i>b) Titelerläuterung:</i> 4. b) barrierefreie Qualifizierung: Entwicklungskonzept Britzer Garten - Kürzung dieser Projektmittel im Ansatz um 250.000 Euro für 2020 und 400.000 Euro für 2021. Das Projekt ist um die „gendergerechte Qualifizierung“ zu kürzen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
152.	Band 07/ EP 07/ S.244 (MG 1)	Kapitel 0750 54121 (neu) Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Kli- maschutzprogramms 2030 (BEK 2030) Ansatz 2020 3.974.000 Ansatz 2021 3.974.000 VE 2020 6.500.000 VE 2021 6.500.000	 - 3.729.000 - 3.729.000 -6.500.000 -6.500.000	<i>a) Begründung:</i> Komplette Streichung der VE und Kürzung der Ansätze auf die Maßnahmen 7. zur Klimaanpassung. Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln zu verhindern, muss der Ansatz entsprechend gekürzt werden.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
153.	Band 07/ EP 07/ S.244	<p>Kapitel 0750 68120 (neu)</p> <p>Zuschüsse an natürliche Personen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)</p> <p>Ansatz 2020 200.000</p> <p>Ansatz 2021 200.000</p> <p>VE 2020 600.000</p> <p>VE 2021 -</p>	<p>- 200.000</p> <p>- 200.000</p> <p>-600.000</p> <p>+/- 0</p>	<p>a) Begründung:</p> <p>Komplette Streichung der VE und der Ansätze.</p> <p>Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an Einzelpersonen umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln zu verhindern, muss der Ansatz gestrichen werden.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
154.	Band 07/ EP 07/ S.245	<p>Kapitel 0750 68236 (neu)</p> <p>Zuschüsse an öffentliche Un- ternehmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klima- schutzprogramms 2030 (BEK 2030)</p> <p>Ansatz 2020 460.000</p> <p>Ansatz 2021 460.000</p> <p>VE 2020 1.060.000</p> <p>VE 2021 1.060.000</p>	<p>- 400.000</p> <p>- 400.000</p> <p>-1.000.000</p> <p>-1.000.000</p>	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>Kürzung der VE und der Ansätze auf den Teil Klimaanpassung.</p> <p>Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pau- schalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an öffentliche Unternehmen umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln durch Quersubventionierung von öffentlichen Unternehmen zu verhindern, muss der Ansatz gekürzt wer- den.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
155.	Band 07/ EP 07/ S.245	Kapitel 0750 68301 (neu) Zuschüsse an private Unter- nehmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klima- schutzprogramms 2030 (BEK 2030) Ansatz 2020 280.000 Ansatz 2021 280.000 VE 2020 500.000 VE 2021 500.000	 - 200.000 - 200.000 -420.000 -420.000	<i>a) Begründung:</i> Kürzung der VE und der Ansätze auf den Teil Klimaanpassung. Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an private Unternehmen umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln durch Quersubventionierung von privaten Unternehmen zu verhindern, muss der Ansatz gekürzt werden.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
156.	Band 07/ EP 07/ S.246	Kapitel 0750 68478 (neu) Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) Ansatz 2020 240.000 Ansatz 2021 240.000 VE 2020 800.000 VE 2021 400.000	 - 240.000 - 240.000 -800.000 -800.000	<i>a) Begründung:</i> Streichung der VE und der Ansätze. Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln durch Quersubventionierung von gemeinnützigen Einrichtungen zu verhindern, muss der Ansatz gestrichen werden.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
157.	Band 07/ EP 07/ S.246	Kapitel 0750 68527 (neu) Zuschüsse an öffentliche Ein- richtungen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klima- schutzprogramms 2030 (BEK 2030) Ansatz 2020 150.000 Ansatz 2021 150.000 VE 2020 200.000 VE 2021 200.000	 - 150.000 - 150.000 -200.000 -200.000	<i>a) Begründung:</i> Streichung der VE und der Ansätze. Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pau- schalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkenn- bare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen umge- setzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln durch Quersubventionie- rung von öffentlichen Einrichtungen zu verhindern, muss der Ansatz ge- strichen werden.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
158.	Band 07/ EP 07/ S.247	Kapitel 0750 89136 (neu) Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) Ansatz 2020 1.650.000 Ansatz 2021 1.650.000 VE 2020 2.500.000 VE 2021 2.500.000	 - 1.350.000 - 1.350.000 -2.500.000 -2.500.000	<i>a) Begründung:</i> Streichung der VE und Kürzung der Ansätze auf Maßnahmen der Klimaanpassung. Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an öffentliche Unternehmen umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln durch Quersubventionierung von öffentlichen Unternehmen zu verhindern, muss der Ansatz gekürzt werden auf die Maßnahmen der Klimaanpassung.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
159.	Band 07/ EP 07/ S.247	<p>Kapitel 0750 89236 (neu)</p> <p>Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)</p> <p>Ansatz 2020 4.650.000</p> <p>Ansatz 2021 4.750.000</p> <p>VE 2020 10.000.000</p> <p>VE 2021 10.000.000</p>	<p>- 4.650.000</p> <p>- 4.750.000</p> <p>-10.000.000</p> <p>-10.000.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Streichung der VE und der Ansätze.</p> <p>Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an private Unternehmen umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln durch Quersubventionierung von privaten Unternehmen zu verhindern, muss der Ansatz gestrichen werden.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
160.	Band 07/ EP 07/ S.248	<p>Kapitel 0750 89336 (neu)</p> <p>Zuschüsse an natürliche Personen und gemeinnützige Einrichtungen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)</p> <p>Ansatz 2020 6.000.000</p> <p>Ansatz 2021 6.200.000</p> <p>VE 2020 13.000.000</p> <p>VE 2021 13.000.000</p>	<p>- 5.800.000</p> <p>- 6.000.000</p> <p>-13.000.000</p> <p>-13.000.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Streichung der VE und Kürzung der Ansätze auf Maßnahmen der Klimaanpassung.</p> <p>Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an natürliche Personen umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln durch Quersubventionierung von natürlichen Personen zu verhindern, muss der Ansatz gekürzt werden.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
161.	Band 07/ EP 07/ S.248	Kapitel 0750 89436 (neu) Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) Ansatz 2020 3.850.000 Ansatz 2021 3.550.000 VE 2020 5.900.000 VE 2021 5.900.000	 - 2.850.000 - 2.550.000 -5.900.000 -5.900.000	<i>a) Begründung:</i> Streichung der VE und Kürzung der Ansätze auf Maßnahmen der Klimaanpassung. Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln durch Quersubventionierung öffentlicher Einrichtungen zu verhindern, muss der Ansatz gekürzt werden.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
162.	Band 07/ EP 07/ S.267	Kapitel 0751 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 80.000 Ansatz 2021 80.000	 <div style="text-align: center;">+ 8.000</div> <div style="text-align: center;">+ 8.000</div>	<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung</i></p> <p>Bis zu 8 Tsd. €für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS und Doppelte Haushaltsführung (<i>verbindliche Erläuterung</i>)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
163.	Band 07/ EP 07/ S.267	Kapitel 0751 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 7.000 Ansatz 2021 7.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹¹⁵ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹¹⁶ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹¹⁵ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹¹⁶ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
164.	Band 07/ EP 07/ S.283	Kapitel 0752 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 14.000 Ansatz 2021 14.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹¹⁷ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹¹⁸ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹¹⁷ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹¹⁸ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
165.	Band 07/ EP 07/ S.283	Kapitel 0752 Titel 54010 Dienstleistungen Ansatz 2020 75.600 Ansatz 2021 75.600	 + 20.000 + 20.000	<i>a) Begründung:</i> Zur Ambrosiabekämpfung sollen die Mittel aufgestockt werden, da einige Jahre gar keine Ambrosiabekämpfung stattgefunden hat und die Ambrosia-Pflanze sich ausbreiten konnte. <i>b) Titelerläuterung:</i> Für die Bekämpfung der Ambrosia-Pflanze Ansatz: 2020 – 60.000 2021 – 60.000

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
166.	Band 07/ EP 07/ S.297	Kapitel 0770 Titel 51802 Mieten für Fahrzeuge Ansatz 2020 15.000 Ansatz 2021 15.000	<div style="text-align: center;">+/- 0</div> <div style="text-align: center;">- 5.000</div>	<i>a) Begründung:</i> Kürzung der Ansätze auf Leasingraten für Erdgasfahrzeuge ab 2021. Statt Elektrofahrzeuge mit zweifelhaften Umweltauswirkungen sind ab 2021 umweltfreundliche und abgasarme Fahrzeuge mit Erdgas- bzw. Bio-gasantrieb zu leasen mit entsprechender Kosteneinsparung.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
167.	Band 07/ EP 07/ S.298	Kapitel 0770 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 18.000 Ansatz 2021 18.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹¹⁹ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹²⁰ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹¹⁹ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹²⁰ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
Einzelplan 08				
168.	Band 08/ EP 08/ S.14	Kapitel 0800 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 4.500 Ansatz 2021 4.500	 + 5.500 + 5.500	<i>a) Begründung:</i> Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. auf-grund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar. Neben der Doppik-Methoden-Kompetenz ist daher auch die Veränderungs-Kompetenz (Change-Management-Fähigkeit) zu stärken. Eine Output-Orientierung dürfte u.a. auch der Qualität des Wirkens der von Berlin unterstützten Kulturszene förderlich sein. Berlin als Hauptstadt kann Europaweit (insbesondere für Griechenland) als Vorbild für die Nützlichkeit der Doppik für die Überwindung der Staatsschuldenkrise dienen. <i>b) Titelerläuterung:</i> Bis zu 5,5 Tsd. €jährlich für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS, Doppische Haushaltsführung und der Kompetenz zum Change-Management <i>(verbindliche Erläuterung)</i>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
169.	Band 08/ EP 08/ S.14	Kapitel 0800 Titel 52610 Gutachten Ansatz 2020 1.000 Ansatz 2021 1.000	 <div style="text-align: center;">+ 20.000</div> <div style="text-align: center;">+ 20.000</div>	<i>b) Titelerläuterung</i> In Höhe von bis zu 20 Tsd. € sind Gutachten zu folgenden Bereichen zu erstellen: 1 .Beantwortung der Frage: Wie kann das Verständnis dafür gestärkt werden, dass Privateigentum, Eigeninitiative und Wettbewerb – gekoppelt mit verantwortungsvollem Handeln – die tragenden Säulen für eine gesunde Volkswirtschaft und eine gerechte Sozialordnung sind und daher alle Leistungswilligen aller Lebens- und Arbeitsbereiche zu fördern sind? 2. Beantwortung der Frage: Wie lässt sich eine Besinnung auf abendländisch-humanistische Grundwerte als moralisch-ethische Richtlinie bewerkstelligen?

¹²² BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
171.	Band 08/ EP 08/ S.35	Kapitel 0810 Titel 51820 Mietausgaben für die Netto- kaltmiete aufgrund vertragli- cher Verpflichtungen aus dem Facility Management Ansatz 2020: 7.494.000 Ansatz 2021: 7.496.000 TA: Diverse Objekte Kunst im Stadtraum	 +/- 0 +/- 0 2020: + 70.000 2021: + 70.000	<i>a) Begründung:</i> Mehr für Sichtkontrollen, Pflege und Reinigung zum Schutz von Kunst im öffentlichen Raum.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
172.	Band 08/ EP 08/ S.37	Kapitel 0800 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 79.200 Ansatz 2021 79.200	 +10.800 + 10.800	<i>a) Begründung:</i> <p>Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. auf-grund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar. Neben der Doppik-Methoden-Kompetenz ist daher auch die Veränderungs-Kompetenz (Change-Management-Fähigkeit) zu stärken. Eine Output-Orientierung dürfte u.a. auch der Qualität des Wirkens der von Berlin unterstützten Kulturszene förderlich sein.</p> <p>Berlin als Hauptstadt kann Europaweit (insbesondere für Griechenland) als Vorbild für die Nützlichkeit der Doppik für die Überwindung der Staatsschuldenkrise dienen.</p> <i>b) Titelerläuterung:</i> <p>Bis zu 10,8 Tsd. €jährlich für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS, Doppische Haushaltsführung und der Kompetenz zum Change-Management</p> <p>(verbindliche Erläuterung)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
173.	Band 08/ EP 08/ S.37	Kapitel 0810 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 243.000 Ansatz 2021 243.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹²³ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹²⁴ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹²³ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹²⁴ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

[illegible]

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
175.	Band 08/ EP 08/ S.40	Kapitel 0810 Titel 68119 Förderung von Künst- lern/Künstlerinnen Ansatz 2020: 2.929.000 Ansatz 2021: 2.929.000 VE 2020: 630.000 VE 2021: 630.000 TA 1: vier Arbeitsstipendien für nichtdeutsche Literatur à 24.000 € TA 7: Künstlerinnenförderung	 2020: - 96.000 2021: - 96.000 2020: - 144.680 2021: - 144.680	<i>a) Begründung:</i> Gegenfinanzierung

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
176.	Band 08/ EP 08/ S.42	Kapitel 0810 Titel 68123 Ehrungen, Preise Ansatz 2020 7.500 Ansatz 2021 7.500	 - 7.500 - 7.500	<i>a) Begründung:</i> Die Reduzierung ergibt sich durch die Streichung der Preisverleihung für den »Blauen Bären«.
177.	Band 08/ EP 08/ S.42	Kapitel 0810 Titel 68123 Ehrungen, Preise: Berliner Verlagspreis Ansatz 2020: 359.000 Ansatz 2021: 254.000	 - 45.000 - 45.000	<i>a) Begründung:</i> Gegenfinanzierung. <i>b) Erläuterung:</i> Weniger i.H.v. 45.000 € für den Berliner Verlagspreis.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
178.	Band 08/ EP 08/ S.45	Kapitel 0810 Titel 68303 Zuschüsse für Veranstaltungen Ansatz 2020: 2.158.000 Ansatz 2021: 2.193.000 TA 4 Künstlerinnenförderung	 - 210.410 - 245.410 2020: -210.410 2021: -245.410	<i>a) Begründung:</i> Gegenfinanzierung <i>b) Titelerläuterung:</i> Weniger in 2020 i.H.v 210.410 €und weniger in 2021 i.H.v. 245.410 € durch Wegfall des Teilansatzes Künstlerinnenförderung.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
179.	Band 08/ EP 08/ S.47	Kapitel 0810 Titel 68417 Zuschüsse im Rahmen des Projektfonds Kulturelle Bil- dung: Ansatz 2020: 2.840.000 Ansatz 2021: 2.840.000 VE 2020: 820.000 VE 2021: 820.000 Berlin Mondiale	 -350.000 -350.000 +/- 0 +/- 0 2020: -350.000 2021: -350.000	<i>a) Begründung:</i> Gegenfinanzierung <i>b) Titelerläuterung:</i> Mittel „i.H.v. 350.000 €für die Fortsetzung des Projekts ‚Berlin Mondiale‘“ entfallen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
180.	Band 08/ EP 08/ S.58ff	<p><i>Neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 0810 Neuer Titel 685XX (neu)</p> <p>Zuschüsse an Kinder-, Ju- gend- und Puppentheater</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+ 1.500.000</p> <p>+ 1.500.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Etablierung eines neuen Titels „Zuschüsse an Kinder-, Jugend- und Puppentheater“.</p> <p><i>b) Titelerläuterung:</i></p> <p>Mehr in 2020 i.H.v. 1.500.000 € und in 2021 i.H.v. 1.500.000 € zur Förderung von Kinder-, Jugend- und Puppentheatern in Umsetzung der Ergebnisse der „Evaluation des Kinder- und Jugendtheaters in Berlin“. Schwerpunktsetzung bei kleinen und mittleren Kinder-, Jugend- und Puppentheatern in den Bezirken.</p> <p>Verlagerung ab 2020 von 700.000 € aus dem Titel 68569; Teilansatz 11 „Sonstige Förderung für Berliner Kinder- und Jugendtheater“.</p> <p>Verlagerung ab 2020 von 100.000 € aus dem Titel 68329.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
181.	Band 08/ EP 08/ S.49	<p>Kapitel 0810 Titel 68569 Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland</p> <p>Ansatz 2020: 7.051.000</p> <p>Ansatz 2021: 9.331.000</p> <p>VE 2020: 1.690.000 VE 2021: 1.440.000</p> <p>TA 3: Digitalisierung von Kulturgut</p> <p>TA 11: Sonstige Förderung für Berliner Kinder- und Jugendtheater</p>	<p>+ 1.350.000</p> <p>+ 1.350.000</p> <p>+/- 0 +/- 0</p> <p>2020: + 600.000 2021: + 600.000</p> <p>2020: + 750.000 2021: + 750.000</p>	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>zu TA 3: Mehr für die Begleitung durch digiS, Projektbetreuung, Koordinierung, Beratung, technische Unterstützung, Langzeitarchivierung und Langzeitverfügbarkeit der Daten, Entwicklung digitaler Strategien.</p> <p>Zu TA 11: Kinder und Jugendliche sollen möglichst frühzeitig für das Kulturgut Theater sensibilisiert und breitgefächert an die Theaterlandschaft herangeführt werden. Die Verdoppelung der Mittel trägt der Anhörung im Kulturausschuss am 5. August 2019 Rechnung. Laut Prof. Dr. Gerd Taube, Leiter des Kinder- und Jugendtheaterzentrums in der Bundesrepublik Deutschland, spielen „die mittleren und kleinen Theater mehr als doppelt so viele Vorstellungen wie die großen Theater“. Gemessen an der Bedeutung der mittleren und kleinen Betriebe für die Versorgung mit Kinder- und Jugendtheater sei der „Anteil an der Förderung unverhältnismäßig gering“. An die mittleren Betriebe gehe ein Zehntel der Förderung, auf die kleinen Betriebe entfalle ein Vierzigstel der Gesamtförderung. Sein Fazit ist: „Der kulturpolitische Fokus der Förderung sollte sich kurz- und mittelfristig auf die mittleren und kleineren Betriebe richten, die entsprechend ihrer besonderen Produktions- und Arbeitsbedingungen stärker unterstützt werden müssen.“ Prof. Dr. Gerd Taube, Wortprotokoll Kult 18/36, 5. August 2019, S. 31f. Vgl. auch: Evaluation des Kinder- und Jugendtheaters in Berlin. Studie zur Bestandsaufnahme und Potentialanalyse des Kinder- und Jugendtheaters in Berlin, 2019.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
182.	Band 08/ EP 08/ S.52	Kapitel 0810 Titel 68610 Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten freier Gruppen Ansatz 2020: 11.891.000 Ansatz 2021: 12.606.000 VE 2021: 1.740.000 € Neuer TA: Kinder- und Jugendtheater Neuer TA: Deutsch-Jüdisches Theater	 + 120.000 + 120.000 +/- 0 2020: + 120.000 2021: + 120.000 2020: + 180.000 2021: + 180.000	 <i>b) Erläuterung:</i> zu TA - Kinder- und Jugendtheater In 2020 und 2021 jeweils 120.000 €mehr für das Kinder- und Jugendtheater. (<i>Verbindliche Erläuterung</i>) Zu TA – Deutsch-Jüdisches Theater In 2020 und 2021 jeweils 180.000 €mehr für den neuen Teilansatz Deutsch-Jüdisches Theater. (<i>Verbindliche Erläuterung</i>)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
183.	Band 08/ EP 08/ S.52	Kapitel 0810 Titel 68610 Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten freier Gruppen: „Künstlerinnenprogramm“ Ansatz 2020: 7.051.000 Ansatz 2021: 9.331.000	 - 52.000 - 52.000	<i>a) Begründung:</i> Gegenfinanzierung <i>b) Titelerläuterung:</i> Weniger i.H.v. 52.000 € für das „Künstlerinnenprogramm“.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
184.	Band 08/ EP 08/ S.56	Kapitel 0810 Titel 68619 Zuschüsse an sonstige Stiftungen Ansatz 2020: 3.994.000 Ansatz 2021: 4.427.000	 - 500.000 - 700.000	<i>a) Begründung:</i> Gegenfinanzierung <i>b) Verbindliche Erläuterung:</i> „Mehr in 2020 i. H. v. 500.000 € und ab 2021 i. H. v. 700.000 € gegenüber 2019 für die Betreuung der Geschäftsbereiche kulturelle Bildung, Diversitätsentwicklung und Teilhabeforschung im Stiftungsdach.“ entfällt. <i>(verbindliche Erläuterung)</i>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
185.	Band 08/ EP 08/ S.59	Kapitel 0810 Titel 68628 Zuschüsse für besondere kulturelle Projekte Ansatz 2020: 9.791.000 Ansatz 2021: 9.941.000 Förderung zeitgeschichtlicher und erinnerungskultureller Projekte für Themenschwerpunkt Kolonialismus	 - 150.000 - 300.000 2020: - 150.000 2021: - 300.000	<i>a) Begründung:</i> Der zugrundeliegende Antrag „Berlin übernimmt Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit“ konnte nicht überzeugen, vgl. Plenarprotokoll 18/40 S.4730ff. <i>b) Titelerläuterung:</i> Die Verpflichtungsermächtigung „300.000 € für Zeitgeschichte und Themenschwerpunkt Kolonialismus“ entfällt.
186.	Band 08/ EP 08/ S.67 (MG 2)	Kapitel 0810 Titel 68242 Zuschuss an das Deutsche Theater/Kammerspiele Ansatz 2020: 26.958.000 Ansatz 2021: 27.266.000	 - 490.150 - 490.150	<i>a) Begründung:</i> Gegenfinanzierung. <i>b) Titelerläuterung:</i> Die Erläuterung „Mehr i. H. v. 490.150 € ab 2020 für strukturellen Mehrbedarf.“ entfällt.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
187.	Band 08/ EP 08/ S.68 (MG 2)	Kapitel 0810 Titel 68246 Zuschuss an das Maxim Gorki Theater Ansatz 2020: 15.574.000 Ansatz 2021: 15.809.000	 - 1.150.000 - 1.150.000	<i>a) Begründung:</i> Gegenfinanzierung. <i>b) Verbindliche Erläuterung:</i> 100.000 €weniger für nicht-künstlerische Aktivitäten wie die Theaterko- lumne und den Herbstsalon. 150.000 €weniger für das Exil Ensemble. Die Erläuterung „Mehr i. H. v. 900.000 €ab 2020 für strukturellen Mehrbe- darf.“ entfällt. (verbindliche Erläuterung)
188.	Band 08/ EP 08/ S.69 (MG 2)	Kapitel 0810 Titel 68321 Zuschuss an die Schaubühne Ansatz 2020: 18.453.000 Ansatz 2021: 18.750.000	 - 500.000 - 500.000	<i>a) Begründung:</i> Gegenfinanzierung. <i>b) Titelerläuterung:</i> Die Erläuterung „Mehr ab 2020 i. H. v. 500.000 €gegenüber dem Ansatz 2019 wegen strukturellen Mehrbedarfs.“ entfällt.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
189.	Band 08/ EP 08/ S.69 (MG 2)	Kapitel 0810 Titel 68322 Zuschüsse an sonstige Privattheater Ansatz 2020: 14.543.000 Ansatz 2021: 14.966.000 ATZE-Musiktheater Ballhaus Naunynstraße cie. toula limnaios Constanza Macras Dorky Park Neuköllner Oper Sophiensaele	 - 4.404.890 - 4.404.890 2020: -635.000 2021: -635.000 2020: -240.970 2021: -240.970 2020: -350.000 2021: -350.000 2020: -155.350 2021: -155.350 2020: -823.200 2021: -823.200 2020: -715.830 2021: -715.830	<i>a) Begründung:</i> Gegenfinanzierung. Verringerung der Aufwüchse.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
		Theater Strahl	2020: -253.540 2021: -253.540	
		Dock 11	2020: -200.000 2021: -200.000	
		Ballhaus OST	2020: -191.000 2021: -191.000	
		Heimathafen Neukölln	2020: -310.000 2021: -310.000	
		Theater Thikwa	2020: -330.000 2021: -330.000	
		Tanzfabrik	2020: -200.000 2021: -200.000	

[illegible]

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
191.	Band 08/ EP 08/ S.82 (MG 3)	Kapitel 0810 Titel 68573 Sonstige Zuschüsse an Museen Ansatz 2020: 3.378.000 Ansatz 2021: 4.070.000	 + 220.000 + 220.000	 <i>b) Verbindliche Erläuterung:</i> Neuer Teilansatz i.H.v. 220.000 € ab 2020 für die Liebermann-Villa. <i>(verbindliche Erläuterung)</i>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
192.	Band 08/ EP 08/ S.85f (MG 3)	<p>Kapitel 0810 Titel 68588</p> <p>Zuschuss an die Stiftung Stadtmuseum Berlin</p> <p>Ansatz 2020: 23.769.000 Ansatz 2021: 25.670.000</p> <p>TA Mittel für ein auf fünf Jahre angelegtes stadtweites dezentrales Kolonialismusprojekt im Museumsbereich, an Community-Orten, im Internet und im analogen öffentlichen Raum</p> <p>TA Mittel für einen Partizipationsprozess zur Erarbeitung eines Erinnerungskonzepts Kolonialismus</p>	<p>+ 3.600.000 + 2.315.147</p> <p>2020: - 250.000 2021: - 450.000</p> <p>2020: +/- 0 2021: -100.000</p>	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>Der zugrundeliegende Antrag „Berlin übernimmt Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit“ konnte nicht überzeugen, vgl. Plenarprotokoll.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
		TA Museumsdorf Düppel	2020: + 4.000.000 2021: + 3.045.147	
		TA 3 Stellen sowie Mittel für For- schungsarbeit, Tagungen und Workshops für Kompetenzzent- rum postkoloniale Museumspra- xis (Sammlungskurator/in, Sachbearbeiter/in, Assistenz); E13, E9b, E5	2020: -150.000 2021: -180.000	

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
193.	Band 08/ EP 08/ S.88 (MG 3)	Kapitel 0810 Titel 68624 Zuschuss an die Stiftung Berliner Mauer Ansatz 2020: 2.434.000 Ansatz 2021: 2.500.000	 + 260.000 +/- 0	 <i>b) Titelerläuterung:</i> 260.000 €mehr in 2020 für die Weiterentwicklung des Erinnerungskonzepts am Denkmal East Side Gallery an der Mühlenstraße.
194.	Band 08/ EP 08/ S.91 (MG 5)	Kapitel 0810 Titel 68258 Zuschuss an das Konzerthaus Berlin Ansatz 2020: 20.256.000 Ansatz 2021: 20.851.000	 2020: + 900.000 2021: + 900.000	<i>a) Begründung:</i> Trotz großer Aktivitäten und Erfolge zählt das Konzerthausorchester in Hinsicht der finanziellen Ausstattung im Berliner Vergleich zu den Schlusslichtern. Laut Erhebung der DOV liegen die Jahresgehälter von DSO und RSB um ca. 10.000 €über denen des Konzerthausorchesters. Trotz Tarifsteigerung auf der Grundlage des TVK kann das Konzerthausorchester die Schere zu den übrigen Berliner Orchestern nicht annähernd schließen. Aus diesem Grund wechseln immer wieder junge Musiker in andere Orchester. Es wird schwieriger, geeigneten Nachwuchs zu gewinnen. Die große Einkommensschere sollte geschlossen werden. Aus diesem Grund hat das Konzerthausorchester einen Mehrbedarf in Höhe von 8.000 €pro Stelle (in Summe 904.000 €) formuliert, um eine Angleichung der Gehälter zu erreichen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
195.	Band 08/ EP 08/ S.110	Kapitel 0810 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 2.500 Ansatz 2021 2.500	 +/- 0 +/- 0	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Die Dienstreisen der Verantwortlichen des Bereiches „Europa“ zwischen Brüssel und Berlin sollen hauptsächlich mit der Bahn und nur in besonderen Ausnahmefällen mit dem Flugzeug absolviert werden.</p> <p>Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern und aus Gründen der Arbeitseffizienz soll eine optimierte Planung angewendet und nicht auf die Nutzung kostenlastiger Verkehrsmittel für die Strecke Berlin-Brüssel zurückgegriffen werden. Somit kann gewährleistet werden, dass trotz der Entfernung Dienstreisen möglichst effizient durchgeführt werden und die von der Senatsverwaltung für Kultur und Europa jährlich bezahlte Klimaschutzabgabe für Dienstreisen mit dem Flugzeug an die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz dadurch eingespart werden kann.</p> <p><i>b) Verbindliche Erläuterung:</i></p> <p>Der Senat soll zukünftig auf mehr Effizienz bei der Reiseplanung und dem Reisekostenmanagement achten. (verbindliche Erläuterung)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
196.	Band 08/ EP 08/ S.116	Kapitel 0813 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 2.800 Ansatz 2021 2.800	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹²⁵ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹²⁶ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹²⁵ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹²⁶ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
197.	Band 08/ EP 08/ S.119	Kapitel 0814 Landesarchiv Allgemeine Erläuterungen		<i>b) Titelerläuterung:</i> Unter Punkt A wird als Unterpunkt 5 folgender Passus eingefügt: Die Unterstützung der Forschungen über die „Unterstützung pädosexueller bzw. päderastischer Interessen durch die Berliner Senatsverwaltung“ und ähnlicher Fälle insbesondere im Zusammenhang mit dem Schicksal von Heimkindern, Odenwaldschülern und im Umfeld der AL/Die Grünen, Religionsgemeinschaften wie der Katholischen und Evangelischen Kirche genießt höchste Priorität. Dazu sind insbesondere die notwendigen Akten bereitzustellen bzw. archivarisches zugänglich zu machen. ¹²⁷ <i>(Verbindliche Erläuterung)</i>

¹²⁷ Vgl. hierzu u.a. Rote Nummer 0233 B, 0285, 1069;
<https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-0285-v.pdf>
<https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-1069-v.pdf>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
198.	Band 08/ EP 08/ S.122	Kapitel 0814 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 1.900 Ansatz 2021 1.900	 +/- 0 +/- 0	<p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt.</p> <p>Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen.¹²⁸ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden.¹²⁹</p> <p><i>b) verbindliche Erläuterung:</i></p> <p>Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)</p>

¹²⁸ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹²⁹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
199.	Band 08/ EP 08/ S.128	Kapitel 0820 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 1.000 Ansatz 2021 1.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹³⁰ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹³¹ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹³⁰ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹³¹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
200.	Band 08/ EP 08/ S.138	Kapitel 0830 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 1.300 Ansatz 2021 1.300	 <div style="text-align: center;">+ 5.500</div> <div style="text-align: center;">+ 5.500</div>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar. Neben der Doppik-Methoden-Kompetenz ist daher auch die Veränderungs-Kompetenz (Change-Management-Fähigkeit) zu stärken. Eine Output-Orientierung dürfte u.a. auch der Qualität des Wirkens der von Berlin unterstützten Kulturszene förderlich sein.</p> <p>Berlin als Hauptstadt kann Europaweit (insbesondere für Griechenland) als Vorbild für die Nützlichkeit der Doppik für die Überwindung der Staatsschuldenkrise dienen.</p> <p><i>b) Titelerläuterung:</i></p> <p>Bis zu 5,5 Tsd. €jährlich für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS, Doppische Haushaltsführung und der Kompetenz zum Change-Management (verbindliche Erläuterung)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
201.	Band 08/ EP 08/ S.138	Kapitel 0830 Titel 52610 Gutachten Ansatz 2020 1.000 Ansatz 2021 1.000	 <div style="text-align: center;">+ 150.000</div> <div style="text-align: center;">+ 150.000</div>	<i>b) Titelerläuterung</i> In Höhe von bis zu 150 Tsd. € sind Gutachten zu folgenden Bereichen zu erstellen: <ol style="list-style-type: none"> 1. Forensisches Gutachten zum Geschäftsbetrieb der FBB GmbH und insbesondere der Planung und dem Bau des Großflughafens BER. 2. Rechtliche Möglichkeiten zur dauerhaften Offenhaltung Tegels und deren Auswirkungen auf die Rentabilität eines Parallelbetriebes von TXL + BER. 3. Die Bedeutung des Flughafensystems der Metropolregion Berlin-Brandenburg unter Einschluss von BER und TXL für die wirtschaftliche Integration Europas insbesondere vor dem Hintergrund des LCC-Marktes für die Entfaltung der Personenfreizügigkeit innerhalb der EU. 4. Beantwortung der Frage: Wie kann das Verständnis dafür gestärkt werden, dass Privateigentum, Eigeninitiative und Wettbewerb – gekoppelt mit verantwortungsvollem Handeln – die tragenden Säulen für eine gesunde Volkswirtschaft und eine gerechte Sozialordnung innerhalb Europas (und darüber hinaus) sind und daher alle Leistungswilligen aller Lebens- und Arbeitsbereiche angemessen zu fördern sind?

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p>5. Beantwortung der Frage: Wie lässt sich eine Besinnung auf abendländisch-humanistische Grundwerte als moralisch-ethische Richtlinie im Rahmen der Europäischen Integration bewerkstelligen?</p> <p><i>c) Übertragbarkeitsvermerk</i></p> <p>Die Ausgaben sind übertragbar.</p>

¹³³ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
203.	Band 08/ EP 08/ S.139	Kapitel 0830 Titel 53103 Empfänge, Feierlichkeiten Ansatz 2020 77.500 Ansatz 2021 107.000	 <div style="text-align: center;">+/- 0</div> <div style="text-align: center;">+/- 0</div>	<i>b) Verbindliche Erläuterung:</i> Im Bereich des thematischen Austauschs zwischen Experten soll anstelle der Workshops zum Umgang mit Populismus, den Umgang mit kontroversen politischen Diskursen in den Vordergrund setzen und somit der Schwerpunktsetzung inhaltlich adjustiert werden.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
204.	Band 08/ EP 08/ S.139	Kapitel 0830 Titel 53131 Förderung des Europagedankens Ansatz 2020 50.000 Ansatz 2021 50.000	 - 50.000 - 50.000	<i>a) Begründung:</i> Europapolitische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit soll nicht an der politischen Identitätsbildung mitwirken. Eine solche Zielsetzung verletzt das Neutralitätsgebot der Berliner Verwaltung.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
205.	Band 08/ EP 08/ S.139	Kapitel 0830 Titel 68535 Zuschüsse im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit Ansatz 2020 193.000 Ansatz 2021 193.000	 <div style="text-align: center;">+/- 0</div> <div style="text-align: center;">+/- 0</div>	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Die Schwerpunktsetzung soll, mit Ausnahme der verschiedenen deutsch-polnischen Projekte im Rahmen der Oder-Partnerschaft, aufgrund des Verstoßes des Neutralitätsgebotes anders gesetzt werden. Die vorgeschlagenen Europa-Projekte sind nicht von einer Meinungs- oder Identitätsbildung zu unterscheiden und widersprechen der Meinungsvielfalt. <i>b) Verbindliche Erläuterung:</i> Die Förderprojekte dürfen keine Meinungs- oder Identitätsbildung vorantreiben. (verbindliche Erläuterung)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
206.	Band 08/ EP 08/ S.147	Kapitel 0840 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 5.000 Ansatz 2021 5.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹³⁴ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹³⁵ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹³⁴ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹³⁵ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
207.	Band 08/ EP 08/ S.159	Kapitel 0841 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 15.000 Ansatz 2021 15.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹³⁶ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹³⁷ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹³⁶ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹³⁷ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
Einzelplan 09				
208.	Band 09/ EP 09/ S.16	Kapitel 0900 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 46.700 Ansatz 2021 46.700	 + 10.000 + 10.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar. <i>b) Titelerläuterung</i> Bis zu 10 Tsd. €für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS und Doppelte Haushaltsführung (<i>verbindliche Erläuterung</i>)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
209.	Band 09/ EP 09/ S.19	<p>Kapitel 0900 (MG 32) Titel 51135 (neu)</p> <p>Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln</p> <p>Ansatz 2020: 448.000 +/- 0 Ansatz 2021: 938.000 +/- 0</p> <p>Nr. 1 Einschulungsuntersuchungen Ansatz 2020: 150.000 +/- 0 Ansatz 2021: 200.000 +/- 0</p> <p>Nr. 5 Umsetzungsstufe 1 des kundenorientierten Datenmanagements Ansatz 2020: 0 +/- 0 Ansatz 2021: 300.000 +/- 0</p>		<p>c) Auflagen:</p> <p>Zu Nr. 1 Vorlage eines jährlichen Berichts jeweils zum 30.06. des I. und II. Haushaltsjahres für die Nr. 1 (s. RN 1909)</p> <p>Zu Nr. 5 Vorlage eines Konzepts zu Nr. 5 (s. RN 1909).</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
210.	Band 09/ EP 09/ S.29	Kapitel 0920 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 10.000 Ansatz 2021 10.000	 + 10.000 + 10.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar. <i>b) Titelerläuterung</i> Bis zu 10 Tsd. €für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS und Doppelte Haushaltsführung (<i>verbindliche Erläuterung</i>)
211.	Band 09/ EP 09/ S.30	Kapitel 0920 Titel 52610 Gutachten Ansatz 2020: 385.000 Ansatz 2021: 130.000 Nr. 5 Evaluation Drugchecking Ansatz 2020: 0 Ansatz 2021: 34.500	 +/- 0 - 34.500 +/- 0 - 34.500	<i>a) Begründung:</i> Zweifel an der Sinnhaftigkeit und Nachhaltigkeit der Maßnahme. Drugchecking ist wissenschaftlich fraglich, zudem eine Verharmlosung der gesundheitlichen und rechtlichen Konsequenzen. Mit dem Modell einhergehende Bagatellisierung verringert nicht das Gesundheitsrisiko. Ferner fehlen ausreichend belastbare Ergebnisse, die für die Effektivität des Drug Checking als Präventionsmethode sprechen. Außerdem soll auch Titel 68406/Kap. 0920 wegfallen, daher sind Mittel für ein Gutachten im DHH 202/2021 auch nicht mehr erforderlich.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
212.	Band 09/ EP 09/ S.31	<p>Kapitel 0920 Titel 54010 Dienstleistungen</p> <p>Ansatz 2020: 1.273.000 Ansatz 2021: 1.569.000</p> <p>Nr. 7 Evaluation im Integrierten Gesundheitsprogramm</p> <p>Nr. 8 Landeskonzept Drogen und Sucht</p> <p>Nr. 18 Dienstleistungen für die Geschäftsstelle Landesrahmenvereinbarung (LRV)</p>	<p>+/- 0 +/- 0</p>	<p>c) Auflagen:</p> <p>Zu Nr. 7 und Nr. 8 Dem Ausschuss GesPflGleich wird bis 31.10.2020 ein Bericht über die Zielerreichung, Wirkung (und Wirtschaftlichkeit) vorgelegt (i. Anlehnung auch an die Ergebnisse gem. 11a §44 LHO).</p> <p>Zu Nr. 18 Dem Ausschuss für GesPflGleich ist zum 30.06.2020 ein Bericht über die Aufgaben, die Finanzierung und die Ansiedlung der Geschäftsstelle vorzulegen (s. RN 2005/Erl.Nr.18)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
213.	Band 09/ EP 09/ S.33	<p>Kapitel 0920 Titel 67101 Ersatz von Ausgaben</p> <p>Ansatz 2020: 5.239.000 Ansatz 2021: 5.679.000</p> <p>Nr. 15 Einrichtung einer Verbund-Weiterbildung zur Ge- winnung von Hygienefachärzten</p> <p>Ansatz 2020: 400.000 Ansatz 2021: 800.000</p>	<p>+/- 0 +/- 0</p> <p>+/- 0 +/- 0</p>	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>Aufgrund der über Jahre hinweg geduldeten strukturellen Schwächen und mangelnden Forschungs- und Weiterbildungskapazitäten sind eine zeitnahe qualifizierte (infektions-)hygienische Überwachung und die Gewinnung qualifizierter Hygieneärzte für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) dringend erforderlich.</p> <p>c) <i>Auflagen:</i></p> <p>z. Nr. 15: Dem Ausschuss für GesPfleGleich wird bis 30.11.2020 ein detailliertes Konzept zur Einrichtung der Verbund-Weiterbildung zur Gewinnung von Hygienefachärzten (incl. Meilensteinplanung) vorgelegt.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
214.	Band 09/ EP 09/ S.35	<p>Kapitel 0920 Titel 68406 Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>Ansatz 2020: 12.385.000 Ansatz 2021: 13.754.000</p> <p>Nr. 4 Clearingstelle für die gesundheitliche Versorgung von nicht krankenversicherten Menschen ohne Regelversorgung/ Anonymer Krankenschein</p> <p>Ansatz 2020: 2.360.810 Ansatz 2021: 2.601.437</p> <p>Nr. 13 Vorbereitung und Durchführung eines Projekts Drugchecking</p> <p>Ansatz 2020: 120.000 Ansatz 2021: 120.000</p>	<p>- 2.480.000 - 2.721.437</p> <p>- 2.360.810 - 2.601.437</p> <p>- 120.000 - 120.000</p>	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>Zu Nr. 4 Die medizinische Versorgung ist weiterhin über das AsylbLG sichergestellt. Personen ohne Aufenthaltsberechtigung anonym zu behandeln (ohne die Identität feststellen zu können, wer behandelt wird, z. B. auch Gefährder), unterwandert die geltenden Gesetze und birgt Gefährdungspotenzial.</p> <p>Die Gefahr des Missbrauchs kann der Senat nicht ausschließen bzw. er schätzt diese als „nicht hoch ein“ (s. Drs.18/19 893).¹³⁸</p> <p>Zu Nr. 13 Zweifel an der präventiven Wirkung der Maßnahme, zudem wird der Konsum illegaler psychoaktiver Substanzen implizit gefördert, weshalb der Posten entfällt.</p>

¹³⁸ *Anmerkung:* Mittel i. H. 1.500.000 EUR jährlich werden zur Gegenfinanzierung bei Titel 0920/89218, **Investitionspauschale für Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger**, verwendet.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
215.	Band 09/ EP 09/ S.37	Kapitel 0920 Titel 68431 Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden Ansatz 2020: 22.737.000 Ansatz 2021: 28.379.000	 + 100.000 + 100.000	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>I.</p> <p>Zur Alzheimer Gesellschaft Berlin e. V. – IGP, Handlungsfeld „Besondere gesundheitliche Bedarfe“</p> <p>Infolge des demografischen Wandels kommt es zu einem überproportionalen Anteil der Hochbetagten bzw. zum Anstieg altersbedingter Erkrankungen. In Berlin leben zurzeit etwa 60 Tausend Menschen mit einer Demenzerkrankung. In Deutschland treten jährlich ca. 300.000 neue Demenzerkrankungen auf. Da präventive und medikamentöse Behandlungsmöglichkeiten weiterhin ausbleiben, wird sich Schätzungen zufolge, die Zahl der Betroffenen bis 2060 verdoppeln, auf 3,3 Mio.</p> <p>Bisher leben etwa 75% der Menschen mit Demenz in der eigenen Häuslichkeit und werden von ihren Angehörigen betreut und gepflegt, die somit eine wichtige Säule in der Versorgung von Demenzkranken Menschen darstellen. Unterstützungs- und Entlastungsangebote für ratsuchende pflegende Angehörige aber auch für pflegende Mitarbeiter sind daher unabdingbar.</p> <p>Hierzu leistet die Alzheimer Gesellschaft Berlin e. V., durch ihre vielfältigen Aktivitäten zur Begleitung, Beratung, Informierung und Vernetzung, Aufklärung, Schulung und weiteren Hilfsangeboten für Angehörige und Betroffene, einen wichtigen sozialen wie auch gesellschaftlichen Beitrag. Gerade hinsichtlich der bevorstehenden zukünftigen Herausforderungen muss</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p>im Rahmen der Haushaltsberatungen auf spezielle Bedarfe und die Notstände in der Versorgung von Menschen mit Demenz reagiert werden. Eine Erhöhung der Mittel ist aus gesundheits- und gesellschaftspolitischer Sicht erforderlich.</p> <p>II. Anhand von zuvor festgelegten Indikatoren zur Erfolgsmessung und Zielvorgaben in Förderrichtlinien sollen Aussagen getroffen werden zur Zielerreichung, zur Wirkung und Effektivität des Förderprogramms IGP bzw. der in diesem Kontext geförderten Projekte, im Sinne einer kausalen Wirkungsanalyse.</p> <p><i>c) Auflagen:</i></p> <p>Dem Ausschuss GesPflegGleich ist bis zum 10.12.2020 ein Evaluationsbericht über den aktuellen Umsetzungsstand des IGP und der einzelnen Handlungsfelder vorzulegen.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
216.	Band 09/ EP 09/ S.41	Kapitel 0920 Titel 81279 Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen (hier: Berlin bewegt sich) <p style="margin-top: 20px;">Ansatz 2020: 2.000.000</p> <p>Ansatz 2021: 0</p>	<p style="text-align: center; margin-top: 20px;">+/- 0</p> <p style="text-align: center; margin-top: 20px;">+/- 0</p>	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>Unter der RN 1910 A wird über den aktuellen Stand zur Vereinbarung mit der Grün Berlin GmbH zur Übernahme der Ertüchtigung der Grünanlagen berichtet. Es geht um Investitionen in 2020 von 2,0 Mio. EUR für Bewegungsparcours in Berliner Parks. In der Antwort wird nur sehr vage beschrieben, was die „Grün Berlin GmbH“ machen soll.</p> <p>c) <i>qualifizierter Sperrvermerk:</i></p> <p>Die Mittel sind in Höhe von 50%, also 1,0 Mio. EUR, gesperrt, bis dem Hauptausschuss ein klares Konzept mit Meilensteinen, Zuständigkeiten und Abstimmungen mit den Bezirken, dem Landessportbund und den Sozialversicherungen vorgelegt wurde. Die Vorlage hat spätestens bis zum Juni 2020 vorzuliegen.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
217.	Band 09/ EP 09/ S.44	Kapitel 0920 Titel 89218 Investitionspauschale für Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger Ansatz 2020: 72.739.000 Ansatz 2021: 79.336.000	 + 1.500.000 + 1.500.000	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Die bisherige Investitionsoffensive ist zu begrüßen, sie berücksichtigt jedoch nicht den jahrelangen Förderstau. Das Land soll dem gesetzlichen Anspruch der Krankenhäuser gem. KHG gerecht werden und ausreichend Mittel für die Investitionskostenfinanzierung bereitstellen.</p> <p>[Der Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt ist lediglich ein Vergleich unter Ländern, die alle unter dem erforderlichen Investitionsbedarf der Krankenhäuser bleiben (Entwicklung der Fördermittel seit dem Jahr 1991 unter Berücksichtigung des Verbraucherpreisindex für Berlin: -80,2%)]</p> <p>Finanzierung über Kap. 0920/ Titel 68406</p> <p><i>b) Verbindliche Erläuterung:</i></p> <p>Die Investitionsmittel-Aufstockung ist vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt, des demographischen Wandels, des medizinisch-technologischen Fortschritts bzw. der Digitalisierung, des Fachkräftemangels und der hierdurch resultierenden prospektiven Planungsverantwortung zu verwenden.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
218.	Band 09/ EP 09/ S.45	Kapitel 0920 Titel 89280 Zuschüsse für Investitionen nach dem Krankenhausstrukturgesetz an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger Ansatz 2020: 5.000.000 Ansatz 2021: 5.000.000	 +/- 0 +/- 0	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Baubeginn war für 2019 vorgesehen, die Maßnahme befindet sich „noch in Planung“ (RN 1968).</p> <p>Auch ist nicht endgültig festgelegt, ob es sich im Rahmen des strukturverbessernden Vorhabens um einen Neubau oder Erweiterungsbau handelt.</p> <ul style="list-style-type: none"> Dem Hauptausschuss und dem Ausschuss für GesPflegGleich ist daher vor Inangriffnahme der Baumaßnahme, ein Konzept über Inhalt, Umfang und Zeitplan der Baumaßnahme vorzulegen. Bisher lagen lediglich die geprüften VPU (Phase 2 der HOAI) vor (RN 0722/HA 18/19). Bis zur Vorlage der geprüften Bauplanungsunterlagen (BPU) sind die Mittel (qualifiziert) gesperrt. <p><i>c) Qualifizierter Sperrvermerk:</i></p> <p>Bis zur Vorlage der geprüften BPU, bleiben die Mittel gesperrt. Dem Hauptausschuss sowie mitberatend dem GesPflegGleich-Ausschuss ist ein Konzept über Inhalt, Umfang und Zeitplan der Baumaßnahme vorzulegen.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
219.	Band 09/ EP 09/	<p><i>Neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 0920 Titel (neu)¹³⁹</p> <p>Schutz der Krankenhäuser vor Cyberangriffen</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+ 100.000</p> <p>+ 500.000</p>	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>Krankenhäuser sind hochsensible Angriffsziele für Cyber-/Hackerangriffe. In Zeiten von hybrider Kriegsführung und permanenter Terrorgefahr durch Islamisten und andere Extremisten sind erhöhte Sicherheitsvorkehrungen notwendig.</p> <p>b) <i>verbindliche Erläuterung:</i></p> <p>Für Konzeptionierung und Planungen sind 100.000 Euro zu verwenden, für die Umsetzung stehen 500.000 Euro bereit. Dies sind solange gesperrt, bis die Planungen abgeschlossen sind und vom Hauptausschuss und KTDat-Ausschuss freigegeben wurden.</p>

¹³⁹ Die passende Titeleingruppierung ist von Senfin vorzunehmen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
220.	Band 09/ EP 09/ S.81	<p>Kapitel 0930 Titel 68406</p> <p>Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>Ansatz 2020: 5.219.000 Ansatz 2021: 5.352.000</p> <p>Nr. 2 Projekt „Interkulturelle BrückenbauerInnen in der Pflege</p> <p>Nr. 5 Vereinbarkeit Pflege und Beruf</p> <p>Nr. 7 Schulabschlussprogramm im Rahmen der Ausbildungsoffensive Pflegeberufe</p>	<p>- 440.000 - 300.000</p> <p>- 780.000 - 780.000</p> <p>+ 80.000 + 80.000</p> <p>+ 160.000 + 200.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Zu Nr. 2 Orientiert sich die medizinische Versorgung zunehmend auf kulturalistisch begründete soziale Teilräume hin, so gefährdet dies den sozialen Zusammenhalt insgesamt. Daher lehnt die AfD die Bewilligung von Mitteln für diese Zwecke ab.</p> <p>Zur Gegenfinanzierung bei Nr. 5, Nr. 7, Nr. 10.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
		Nr. 10 Zusatzqualifikation für digitale Kompetenzen in der Weiterbildung für Pflege- und Gesundheitsberufe Zusatzqualifikation für digitale Kompetenzen in der Weiterbildung für Pflege- und Gesundheitsberufe	+ 100.000 + 200.000	

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
221. (IKT-Titel)	EP 09 in IKT-Liste S.8 (S.90 im EP 09)	Kapitel 0950 MG 32 Titel 51185 Dienstleistungen für die ver- fahrensabhängige IKT Ansatz 2020 0 Ansatz 2021 450.000 (gesperrt)	 <div style="text-align: center;">+/- 0</div> <div style="text-align: center;">- 450.000</div>	<i>a) Begründung:</i> <p>Alle Sachmittel in diesem Titel sollen nicht nur gesperrt, sondern komplett gestrichen werden.</p> <p>Maßnahmen im Zusammenhang mit EGovG und OZG sind generell geschlechterneutral, barriere- und diskriminierungsfrei zu implementieren. Insofern erscheint ein separates Budget für den Themenkreis Frauen und Gleichstellung nicht erforderlich, da Gleichstellung bereits Grundanforderung bei der Entwicklung aller IKT-Fachverfahren ist.</p> <p>Seitens der Verwaltung konnten weiterhin keine konkreten Projekte benannt werden, die die Bereitstellung eines Budgets erforderlich machen würden.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
222.	Band 09/ EP 09/ S.94 ff	<p>Kapitel 0950 Titel 68406</p> <p>Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>Ansatz 2020: 16.262.000 Ansatz 2021: 17.433.000</p> <p>VE 2022: - VE 2023: -</p> <p>TA 17: („Papatya e.V.“) Ansatz 2020: 29.077 Ansatz 2021: 29.077</p> <p>Neuer TA 56:</p> <p>Ansatz 2020: - Ansatz 2021: -</p> <p>VE 2022: - VE 2023: -</p>	<p>+ 200.000 + 200.000 + 50.000 + 50.000 + 100.000 + 100.000 + 100.000 + 100.000 + 50.000 + 50.000</p>	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>zu TA 17: Die Mittel werden dringend für den Erhalt der Online-Beratung von Papatya benötigt.</p> <p>zum neuen TA 56: Zwangsverheiratungen sind eine schwere Verletzung der Menschenrechte und mit dem Recht auf ein selbstbestimmtes Leben nicht vereinbar. Wir müssen daher alles daransetzen, Zwangsverheiratungen zu verhindern und ihre Opfer wirksam zu schützen (U. v. d. Leyen). Nach Erkenntnissen von Fachleuten ist die bisherige Datenlage unzureichend, um die Gesamtproblematik zu erfassen und daraus ableitend, effektive Präventionsmaßnahmen zu entwickeln. Beispielsweise befinden sich unter den Hilfesuchenden auch viele, deren Familien bereits in dritter Generation in Deutschland leben (<u>Berliner Morgenpost</u>, 23.11.2018). Auch besteht weiterhin die Notwendigkeit, auch solche betroffenen Frauen zu untersuchen, die keine professionelle Hilfe in Anspruch genommen haben“ (<i>Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. S. 63. Nomos Verlag</i>). Neben den betroffenen Frauen ist auch die Situation der von Zwangsheirat betroffenen Männer nicht hinreichend erforscht. Für die Bestimmung des Umfangs und zur Ermittlung des konkreten Hilfe- und Unterstützungsbedarfs ist eine repräsentative quantitative Studie zum Thema <i>Zwangsverheiratung</i> notwendig, zumal bisherige Studien lediglich einen begrenzten Ausschnitt der Gesamtproblematik beleuchten.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p><i>b) verbindliche Erläuterung:</i></p> <p>zu Nr. 17: Die Mittel sind zum Erhalt der Online-Beratung von Papatya zu verwenden.“ (verbindliche Erläuterung)</p> <p>zum neuen TA 56: Die Mittel (i. H. v. 100. T EUR jew. 2020 und 2021) sind für die Vergabe einer repräsentativen wissenschaftlichen (quantitativen) Erhebung zur Erfassung des Ausmaßes von Zwangsverheiratungen in Berlin vorgesehen, um Integrationsdefizite und Einstellungen, die der Zwangsverheiratung Vorschub leisten, zu erfassen und das Ausmaß des Problems quantitativ bestimmen zu können.</p> <p><i>c) Auflagen</i></p> <p>zu neuem TA 56: Der Senat wird aufgefordert, eine repräsentative wissenschaftliche Erhebung zum Ausmaß von Zwangsverheiratungen in Berlin in Auftrag zu geben. Diese Studie wird im Abstand von jeweils drei Jahren erneut durchgeführt, um die Maßnahmen zur Prävention von und zum Schutz vor Zwangsverheiratungen zu evaluieren. Dem Abgeordnetenhaus ist erstmalig zum 30. November 2020 über den aktuellen Stand zu berichten.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
223.	Band 09/ EP 09/ S.97	<p>Kapitel 0950 Titel 68418</p> <p>Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung</p> <p>Ansatz 2020: 5.971.000</p> <p>Ansatz 2021: 6.586.000</p> <p>Nr. 15 Anlaufstellen / Netzwerke für Alleinerziehende in allen Berliner Bezirken Ab 2021 zusätzliche Beratungsstelle</p> <p>Ansatz 2020: 1.297.000</p> <p>Ansatz 2021: 1.697.000</p>	<p>+ 50.000</p> <p>+ 50.000</p> <p>+ 50.000</p> <p>+ 50.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i> Für Alleinerziehende scheinen die Zuständigkeiten immer noch nicht ganz klar zu sein, obwohl laut Mitteilung des Statistischen Bundesamtes Berlin nach wie vor den höchsten Anteil von Alleinerziehenden hat. Knapp 30% aller Berliner Haushalte bestehen aus Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern. Auf der Homepage der Senatsverwaltung finden sich ebenfalls spärliche Informationen über konkrete Angebote und Zuständigkeiten. Die Senatsverwaltung für GesPflegGleich verkündet zwar weitere Anlaufstellen und auch, dass es „ferner [...] eine Gesamtkoordination“ gibt (DS 18/16 384). „Welche Bezirke in der zweiten Ausbaustufe zusätzlich Anlauf-/Beratungsstellen erhalten kann erst in 2020 geklärt werden, da erst nach Abschluss der ersten Ausbaustufe abzusehen ist, wo weiterer Bedarf besteht (RN 2532).“</p> <p><i>c) Auflagen:</i></p> <p>zu Nr. 15 Dem Ausschuss für GesPflegGleich wird bis 30.09.2020 ein detaillierter Fortschrittsbericht sowie Angaben zu den Anlauf- bzw. Beratungsstellen in den einzelnen Bezirken vorgelegt.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
224.	Band 09/ EP 09/ S.100	Kapitel 0950 Titel 68459 Hinführung von Mädchen zu technischen Berufen Ansatz 2020: 300.000 Ansatz 2021: 300.000 Siehe RN 1880 Erl. Nr. 1 Siehe RN 1880 Erl. Nr. 2	 +/- 0 +/- 0 - 48.800 - 48.800 + 48.800 + 48.800	<i>a) Begründung:</i> Zu Erl. Nr. 1 Zur titelneutralen Gegenfinanzierung der Aufstockung bei Erl. Nr. 2 (RN 1880) Zu Erl. Nr. 2 Konzentrierung der Kompetenzen bei Life e. V. <i>c) Auflagen:</i> Zu Erl. Nr. 2 Dem Ausschuss für GesPflGleich ist bis zum 31.03.2020 ein Umsetzungs-/Zielerreichungsbericht vorzulegen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
225.	Band 09/ EP 09/ S.103	Kapitel 0950 Titel 51185 (neu) MG 32 Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT Ansatz 2020: 0 Ansatz 2021: 450.000	 +/- 0 -450.000	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Sachmittel in diesem Titel sollen gestrichen werden.</p> <p>Sachverhalt mangels konkreter Ausführungen nicht nachvollziehbar, s. RN 1881; (welche „IT-Lösung“, welche „Konzepte“ sind gemeint?).</p> <p>Seitens der Verwaltung (Berichtsauftrag Nr. 55, RN. 1881) konnten zudem weder konkrete Projekte benannt werden noch ein zeitlicher Ablauf-, Fahrplan oder Finanzplan, der die Bereitstellung eines Budgets erforderlich machen würden.</p> <p>Maßnahmen im Zusammenhang mit EGovG und OZG sind generell geschlechterneutral, barriere- und diskriminierungsfrei zu implementieren. Insofern erscheint ein separates Budget für den Themenkreis Frauen und Gleichstellung nicht erforderlich, da Gleichstellung bereits Grundanforderung bei der Entwicklung aller IKT-Fachverfahren ist.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
Einzelplan 10				
226.	Band 10/ EP 10/ S.26	Kapitel 1000 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 14.900 Ansatz 2021 15.200	 + 10.000 + 10.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar, insbesondere vor dem Hintergrund der laufenden Berliner Schulbauoffensive (BSO) <i>b) Titelerläuterung</i> Bis zu 10 Tsd. €für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS und Doppelte Haushaltsführung (<i>verbindliche Erläuterung</i>)

[14] BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
228.	Band 10/ EP 10/ S.27	<p>Kapitel 1000 Titel 53101</p> <p>Veröffentlichungen und Do- kumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>Ansatz 2020: 2.561.000</p> <p>Ansatz 2021: 1.772.000</p> <p>TA 3: Berliner Schulbauoffen- sive</p> <p>Ansatz 2020: 450.000 Ansatz 2021: 350.000</p>	<p>- 200.000</p> <p>- 200.000</p> <p>- 200.000 - 200.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Die Mittel werden gekürzt, da sie nicht für wahlkampfartige Kampagnen zugunsten des Senats und den damit verbundenen Fraktionen zur Verfügung stehen sollten.</p> <p><i>b) Titelerläuterung:</i></p> <p>zu TA 3: Die Mittel sind nicht für „Wahlkampfzwecke“ der regierenden Koalition zu verwenden.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
229.	Band 10/ EP 10/ S.52	Kapitel 1010 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020: 2.215.000 Ansatz 2021: 2.337.000 TA 1 Berufsbegleitende Weiterbil- dung und Studien, regionale Fortbildung 2020: 1.000.000 2021: 1.000.000 TA 9 Titelerläuterung: Lions Quest 2020: 50.000 2021: 50.000	 +210.000 +210.000 +200.000 +200.000 +10.000 +10.000	<i>a) Begründung:</i> zu TA 9: Das Mehr von 10 Tsd. € soll zur Bewerbung des Angebots des Lions Quest verwendet werden. <i>b) Titelerläuterung:</i> zu TA 1: Die zusätzlichen Mittel sind für Fortbildungen zum Thema Mob- bing zu verwenden.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
230.	Band 10/ EP 10/ S.54	Kapitel 1010 Titel 52519 Maßnahmen zur Sprachbil- dung und -förderung sowie in- terkulturellen Öffnung Ansatz 2020: 962.000 Ansatz 2021: 962.000	 -646.000 -646.000	<i>a) Begründung:</i> Gegenfinanzierung. Im Jahr 2018 wurden von 762.000 € nur 314.690,97 € abgerufen.
231.	Band 10/ EP 10/ S.54	Kapitel 1010 Titel 52520 Maßnahmen für die Bega- bungsförderung von Schüle- rinnen und Schülern Ansatz 2020: 2.772.000 Ansatz 2021: 2.772.000	 +800.000 +800.000	c) Der Deckungsvermerk entfällt.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
232.	Band 10/ EP 10/ S.55	Kapitel 1010 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 1.000 Ansatz 2021 1.000	 +/- 0 +/- 0	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁴² Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁴³ b) <i>verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁴² Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁴³ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
233.	Band 10/ EP 10/ S.56	<p>Kapitel 1010 Titel 54010</p> <p>Dienstleistungen</p> <p>Ansatz 2020: 2.449.000</p> <p>Ansatz 2021: 2.631.000</p> <p><i>Neuer TA 17:</i> Planungsmittel zum Aufbau des Landesinstituts für Berufliche Bildung</p> <p><i>Neuer TA 18:</i> Einführung eines professionellen Personalmanagements zur langfristigen Personalplanung im Bereich Bildung und Erziehung</p>	<p>+1.000.000</p> <p>+1.000.000</p> <p>2020: + 250.000 2021: + 250.000</p> <p>2020: + 750.000 2021: + 750.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>zu TA 17 (neu): Vgl. hierzu Antrag der AfD-Fraktion Steuerung der beruflichen Bildung: Berlin braucht ein Landesinstitut für berufliche Bildung (Drs.18/1364)</p> <p>Zu TA 18 (neu): Vgl. hierzu Antrag der AfD-Fraktion Einführung eines professionellen Personalmanagements zur langfristigen Personalplanung im Bereich Bildung und Erziehung (Drs.18/1241)</p> <p><i>b) Titelerläuterungen:</i></p> <p>TA 17 (neu): Als Planungsmittel zum Aufbau des Landesinstituts für Berufliche Bildung zu verwenden.</p> <p>TA 18 (neu): Die Mittel sind für die Einführung eines professionellen Personalmanagements zur langfristigen Personalplanung im Bereich Bildung und Erziehung zu verwenden.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
234.	Band 10/ EP 10/ S.60	Kapitel 1010 Titel 68123 Ehrungen, Preise Ansatz 2020: 6.000 Ansatz 2021: 6.000	+ 400.000 + 400.000	b) <i>Titelerläuterung:</i> Mehr für Ehrungen und Preise zur Förderung der Freude an Wettbewerb und Leistung.
235.	Band 10/ EP 10/ S.61	Kapitel 1010 Titel 68419 Förderung des Sports Ansatz 2020: 1.610.000 Ansatz 2021: 1.622.000 <i>Neuer TA 4:</i> Sport im schulischen Ganztag <i>Neuer TA 5:</i> Durchführung von Sportwettkämpfen <i>Neuer TA 6:</i> Kiezsportlotsen	+ 1.200.000 + 1.200.000 2020: + 400.000 2021: + 400.000 2020: + 400.000 2021: + 400.000 2020: + 400.000 2021: + 400.000	a) <i>Begründung:</i> Die Förderung von Sport und Bewegung sollte in der Schule einen noch höheren Stellenwert einnehmen. Auch kleine Vereine sollen für Kooperationen gewonnen werden. Kinder sollten eine Vielzahl von möglichen sportlichen Betätigungen kennenlernen. b) <i>Titelerläuterung:</i> TA 4: Die Mittel sind für Sport im schulischen Ganztag zu verwenden. TA 5: Die Mittel sind für die Durchführung von Sportwettkämpfen zu verwenden. TA 6: Die Mittel sind für Kiezsportlotsen zu verwenden.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
236.	Band 10/ EP 10/ S.63	<p>Kapitel 1010 Titel 68569</p> <p>Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland</p> <p>Ansatz 2020: 9.444.000 Ansatz 2021: 9.985.000</p> <p>TA 12 Ferienschulen für zugewanderte Kinder und Jugendliche:</p> <p>Ansatz 2020: 1.065.210 Ansatz 2021: 1.089.500</p> <p>TA 15: Außerschulischer Lernort Polizeigefängnis Keibelstraße</p> <p>TA 18 Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (ISV)</p> <p>Ansatz 2020: 290.980 Ansatz 2021: 297.620</p>	<p>- 749.730 - 790.890</p> <p>+ 35.000 + 35.000</p> <p>+/- 0 +/- 0</p> <p>- 290.980 - 297.620</p>	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>zu TA 12: 35.000 €mehr für eine Werbekampagne zu TA 18: Gegenfinanzierung zu TA 19: Gegenfinanzierung zu TA 22: Gegenfinanzierung</p> <p>zu TA 24: Die persönlichen positiven Erfahrungen der bildungspolitischen Sprecherin einer Regierungsfraktion reichen nicht zur Rechtfertigung der Finanzierung. Lehrkräfte sollten möglichst dauerhaft an einer Schule verbleiben. Neben den voll ausgebildeten Lehrern gibt es die Möglichkeit zum Quereinstieg. Das Programm „Teach First“ erweist sich als überflüssig.</p> <p>zu TA 40: 200.000 €mehr zur Professionalisierung und Regelfinanzierung</p> <p>Zu TA 42 (neu): Herr <i>Carsten Stahl</i> vom Verein Camp Stahl e.V. beklagte, dass es trotz Nachfrage von Schulen zum Thema Mobbing keine Förderung für Projekte gäbe. Die Gebühren, die die Mobbingberatung Berlin-Brandenburg für Beratungen erhebt, sollten vom Land getragen werden.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
		<p>TA 22: Fachstelle Queere Bildung</p> <p>Ansatz 2020: 355.700 Ansatz 2021: 361.530</p> <p>TA 24: Teach First</p> <p>Ansatz 2020: 1.227.360 Ansatz 2021: 1.255.350</p> <p>TA 29: Klimaschutz am Schul- standort</p> <p>Ansatz 2020: 30.690 Ansatz 2021: 31.390</p> <p>TA 40 Landesverband der Kita- und Schulfördervereine Berlin-Bran- denburg e. V. (lsfb)</p> <p>Ansatz 2020: 50.000 Ansatz 2021: 50.000</p>	<p>- 355.700 - 361.530</p> <p>- 1.227.360 - 1.255.350</p> <p>- 30.690 - 31.390</p> <p>+ 200.000 + 200.000</p>	<p><i>b) Ergänzung der Erläuterung:</i></p> <p>zu TA 12: Zusätzlich wird um ehrenamtliche Helfer für die Ferienschule geworben.</p> <p>zu TA 15: Die Stiftung Gedenkstätte Hohenschönhausen übernimmt die Trägerschaft für den außerschulischen Lernort Polizeigefängnis Keibelstraße. (Verbindliche Erläuterung)</p> <p>zu TA 40: Die Mittel sind für die Professionalisierung und Regelfinanzierung zu verwenden.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
		<p><i>Neuer TA 42:</i> Maßnahmen gegen Mobbing</p> <p>Ansatz 2020: - Ansatz 2021: -</p> <p><i>Neuer TA 43:</i> Deutsch-Jüdisches Theater, Theaterprojekt „Shalom Salam- Wohin?“</p> <p>Ansatz 2020: - Ansatz 2021: -</p>	<p>+ 800.000 + 800.000</p> <p>+ 120.000 + 120.000</p>	<p>Zu TA 42 (neu): Es werden Projekte und Beratungen zum Themenfeld Mobbing finanziert.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
237.	Band 10/ EP 10/ S.71	Kapitel 1010 Titel 68617 Sonstige Zuschüsse für kon- sumentive Zwecke in den Berei- chen Jugend, Bildung, Kultur und Wissenschaft Ansatz 2020: 1.430.000 Ansatz 2021: 1.630.000 TA 2: Modul politische Teil- habe TA 4: Schülerhaushalte	 -200.000 -200.000 2020: -100.000 2021: -100.000 2020: -100.000 2021: -100.000	<i>a) Begründung:</i> Gegenfinanzierung. Weniger durch eine sinkende Zahl an sogenannten „Flüchtlings“. Streichung der Schülerhaushalte.

¹⁴⁵ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
239.	Band 10/ EP 10/ S.99	Kapitel 1012 Titel 42701 Aufwendungen für freie Mit- arbeiterinnen/Mitarbeiter Ansatz 2020: 462.000 Ansatz 2021: 462.000 TA 1: „Grün macht Schule“ –Projekte TA 5: Transfermaßnahmen aus dem Projekt School Turnaround.	 + 83.000 + 83.000 2020: + 33.000 2021: + 33.000 2020: + 50.000 2021: + 50.000	<i>a) Begründung:</i> Mehr für „Grün macht Schule“-Projekte und mehr für School Turnaround, da das Erleben der Natur für Stadtkinder einen besonderen Wert darstellt und das Projekt School Turnaround sich als gewinnbringend erwiesen hat.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
240.	Band 10/ EP 10/ S.102	Kapitel 1012 Titel 51903 Unterhaltung der Gartenanlagen Ansatz 2020: 234.000 Ansatz 2022: 234.000	 + 200.000 + 200.000	<i>a) Begründung:</i> Mehr für „Grün macht Schule“, da die Nachfrage nach Beratung und Unterstützung für Beteiligungsprojekte auf Schulhöfen der Berliner Schulen steigt.
241.	Band 10/ EP 10/ S.105	Kapitel 1012 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 1.602.000 Ansatz 2021 1.635.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁴⁶ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁴⁷ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen und Schülerfahrten grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁴⁶ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁴⁷ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
242.	Band 10/ EP 10/ S.108	Kapitel 1012 Titel 54062 (neu) Maßnahmen im Rahmen des eEducation Masterplans Ansatz 2020: 2.090.000 Ansatz 2021: 2.080.000	 + 100.000 +/- 0	<i>b) Ergänzung zur Titelerläuterung:</i> 4. Erstellung einer Gesamtstrategie zur Digitalisierung an Schulen
243.	Band 10/ EP 10/ S.114	Kapitel 1012 Titel 54180 (neu) Politische Bildungsarbeit an Schulen Ansatz 2020: 890.000 Ansatz 2021: 2.000.000	 - 890.000 - 2.000.000	b) Titel entfällt.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
244.		<p><i>Neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 1012 Titel (neu)</p> <p>Landesbeauftragter für Bildung und Erziehung</p> <p>Ansatz 2020: -</p> <p>Ansatz 2021: -</p>	<p>+ 450.000</p> <p>+ 550.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Vgl. hierzu Antrag der AfD-Fraktion Mut zur Wahrheit – Transparenz statt Maulkorb! Berlin braucht einen Landesbeauftragten für Bildung und Erziehung (Drs.18/1341)</p> <p><i>b) verbindliche Erläuterung:</i></p> <p>Die Mittel werden als Planungsmittel zur Schaffung eines Landesbeauftragten für Bildung und Erziehung bereitgestellt. (<i>verbindliche Erläuterung</i>)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
245.	Band 10/ EP 10/ S.127	Kapitel 1014 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 3.100 Ansatz 2021 3.100	 +/- 0 +/- 0	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁴⁸ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁴⁹ b) <i>verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (<i>verbindliche Erläuterung</i>)

¹⁴⁸ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁴⁹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
246.	Band 10/ EP 10/ S.171	Kapitel 1021 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 113.000 Ansatz 2021 116.000	 +/- 0 +/- 0	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁵⁰ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁵¹ b) <i>verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen und Schülerfahrten grundsätzlich nicht zugelassen. (<i>verbindliche Erläuterung</i>)

¹⁵⁰ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁵¹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
247.	Band 10/ EP 10/ S.185	Kapitel 1022 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 1.000 Ansatz 2021 1.000	 +/- 0 +/- 0	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁵² Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁵³ b) <i>verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen und Schülerreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (<i>verbindliche Erläuterung</i>)

¹⁵² Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁵³ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
248.	Band 10/ EP 10/ S.192	Kapitel 1023 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 1.000 Ansatz 2021 1.000	 +/- 0 +/- 0	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁵⁴ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁵⁵ b) <i>verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen und Schülerreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (<i>verbindliche Erläuterung</i>)

¹⁵⁴ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁵⁵ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
249.	Band 10/ EP 10/ S.200	Kapitel 1024 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 25.500 Ansatz 2021 26.000	 +/- 0 +/- 0	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁵⁶ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁵⁷ b) <i>verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen und Schülerreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (<i>verbindliche Erläuterung</i>)

¹⁵⁶ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁵⁷ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
250.	Band 10/ EP 10/ S.214	Kapitel 1040 Titel 54010 Dienstleistungen Ansatz 2020: 2.041.000 Ansatz 2021: 2.096.000 TA 3: Flexibilisierung Kindertagesbe- treuung Ansatz 2020: 545.000 Ansatz 2021: 578.000	 +200.000 +/-0 +200.000 +/-0	a) <i>Begründung:</i> Eines der zentralen Ergebnisse der Befragungen war, dass die ergänzende Kindertagespflege in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt ist und deshalb auch nur wenig genutzt wird. Diese Situation hat sich nicht gebessert. b) zu TA 3: Mehr für die Bekanntmachung des Angebots zur ergänzenden Kin- dertagespflege in der Öffentlichkeit.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
251.	Band 10/ EP 10/ S.218	Kapitel 1040 Titel 68436 Zuschüsse zur Verbesserung der Betreuung in Kindertages- stätten Ansatz 2020: 3.247.000 Ansatz 2021: 3.298.000 TA 4: Masterplan Integration und Si- cherheit - Kita-Angebote für Ge- flüchtete: Sprungbrettangebote, Modellkitas, Sprachmittler Ansatz 2020: 1.630.460 Ansatz 2021: 1.667.630	 - 1.100.000 - 1.200.000 - 1.100.000 - 1.200.000	<i>a) Begründung:</i> Gegenfinanzierung.

[illegible]

[illegible]

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
254.	Band 10/ EP 10/ S.231	<p>Kapitel 1041 Titel 68435</p> <p>Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe</p> <p>Ansatz 2020: 3.798.000 Ansatz 2021: 4.133.000</p> <p>TA 3: Zuschuss für ehrenamtliche Patenschaften</p> <p>Ansatz 2020: 46.030 Ansatz 2021: 47.080</p> <p>Neuer TA 4.: Zentrum Demokratische Kultur/Exit-Deutschland: Aussteigerprogramm für militante Extremisten und Islamisten</p> <p>Ansatz 2020: - Ansatz 2021: -</p>	<p>+ 310.000 + 310.000</p> <p>+ 150.000 + 150.000</p> <p>+ 160.000 + 160.000</p>	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>zu TA 3: Die Mittel sollen zur Koordination und Förderung von Kinderpatenschaftsprogrammen verwendet werden.</p> <p>zu TA 4 (neu): Die Zahl militanter Extremisten und Islamisten steigt zunehmend. Es steht zu befürchten, dass insbesondere stark radikalisierte IS-, AlNusra- und Graue-Wölfe-Terrorkämpfer aus Syrien nach Deutschland zurückdrängen bzw. bereits (wieder) hier sind.¹⁵⁸ Darüber gibt es auch viele Linksextremisten, die an der Seite der marxistisch-anarchischen YPG/PKK am Bürgerkrieg in Syrien und Irak beteiligt waren bzw. sind.¹⁵⁹</p>

¹⁵⁸ <https://www.dw.com/de/160-deutsche-is-anh%C3%A4nger-sind-verschollen/a-49316659>

¹⁵⁹ <https://www.morgenpost.de/politik/article208005861/Wie-Antifa-Aktivist-Andreas-in-den-Kampf-gegen-den-IS-zog.html>

<https://www.arte.tv/de/videos/083960-000-A/freiwillig-in-der-hoelle-von-rakka/>

<https://www.trtworld.com/turkey/how-the-ypg-pitted-antifa-activists-against-turkey-30728>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
255.	Band 10/ EP 10/ S.235ff	<p><i>Neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 1042 Titel (neu)</p> <p>Entschädigungszahlungen für die Opfer des Berliner Päderastie-Skandals</p> <p>Ansatz 2020: -</p> <p>Ansatz 2021: -</p>	<p>+ 1.000</p> <p>+ 1.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Bei dem Berliner Päderastie-Skandal („Fall Kentler“)¹⁶⁰ handelt es sich um ein Verbrechen in staatlicher Verantwortung. Durch die staatliche Mitwirkung hat das erlittene Leiden eine ganz eigene Qualität. Deshalb reicht es nicht aus, auf die Möglichkeit zur Entschädigung über das Opferentschädigungsgesetz (OEG) zu verweisen.</p> <p>Der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung Herr Rörig fordert den Berliner Senat explizit auf, die Opfer unbürokratisch zu unterstützen. Schließlich trage der Senat die politische Verantwortung für diesen Skandal. Rörig sagt: „Hier verbietet es sich einfach, die Einrede der Verjährung vorzutragen, beziehungsweise auf fehlende Finanzmittel, beziehungsweise fehlende Haushaltstitel im Berliner Haushalt hinzuweisen.“ Wo ein politischer Wille ist, finde sich auch ein Weg – so Rörig.¹⁶¹</p> <p>Die Opfer haben in Vorbereitung auf eine Amtshaftungsklage gegen das Land Berlin einen Antrag auf Prozesskostenhilfe gestellt.</p> <p><i>b) verbindliche Erläuterung:</i></p> <p>Der HH-Platzhalter soll Entschädigungszahlungen für Opfer des Berliner Päderastie-Skandal und eine außergerichtliche Einigung ermöglichen. Wenn</p>

¹⁶⁰ Antrag der AfD, Schnellstmögliche Erforschung des Berliner Skandals „Pädophile Pflegeväter“ ([Drs.18/0224](#)) InhaltsprotokollBildJugFam18/18, S.8; <https://www.parlament-berlin.de/ados/18/BildJugFam/protokoll/bjfl8-018-ip.pdf>; Tagesspiegel, 05.09.19, Ermittlungen zu „Kentler-Experiment“ eingestellt Pädophilen-Skandal in Berlin weiterhin ungeklärt; <https://www.tagesspiegel.de/berlin/ermittlungen-zu-kentler-experiment-eingestellt-paedophilen-skandal-in-berlin-weiterhin-ungeklaert/24981076.html>

¹⁶¹ Deutschlandfunk, 20.11.19, Berlin - Jugendämter vermittelten Pflegekinder an Pädophile; https://www.deutschlandfunk.de/berlin-jugendaemter-vermittelten-pflegekinder-an-paedophile.1769.de.html?dram:article_id=463892

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				die tatsächlichen Höhen der Entschädigungen und die Anzahl der Fälle bekannt, sollen die Mittel als außerplanmäßige Ausgaben oder via Nachtrags- haushalt zur Verfügung gestellt werden.
256.	Band 10/ EP 10/ S.238	Kapitel 1042 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 13.800 Ansatz 2021 14.100	 +/- 0 +/- 0	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁶² Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁶³ b) <i>verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen und Schülerreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁶² Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁶³ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
257.	Band 10/ EP 10/ S.241	<p>Kapitel 1042 Titel 68425</p> <p>Zuschüsse für freie Jugendarbeit</p> <p>Ansatz 2020: 9.494.000 Ansatz 2021: 10.593.000</p> <p>TA 1: Zuschüsse für die Verstärkung und Unterstützung hinreichender Jugendarbeit: Fabrik Osloer Straße / Labyrinth Koord. – Vielfaltforscher</p> <p>Ansatz 2020: 2.709.220 Ansatz 2021: 2.770.990</p> <p>TA 2: Zuschüsse für die Jugendverbandsarbeit: Integration junger Geflüchteter in die Jugendverbandsarbeit</p> <p>Ansatz 2020: 631.940 Ansatz 2021: 644.470</p>	<p>-2.972.014 -2.931.054</p> <p>- 64.800 -68.540</p> <p>-114.744 -114.744</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Gegenfinanzierung. In 2018 wurden 650.831 € nicht abgerufen. Weniger für die sozialistische Jugendorganisation „Die Falken“.</p> <p>Zu TA 1: Weniger wegen sinkender Zahl an sogenannten „Flüchtlingen“.</p> <p>Zu TA 2: 114.744 € weniger in 2020 und 2021 für die Integration junger Geflüchteter in die Jugendverbandsarbeit</p> <p><i>b) Titelerläuterung:</i></p> <p>TA 11, 13, 14 und 17 fallen weg.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
		<p>TA 11: Zuschüsse für die Förderung Migrantenjugendselbstorganisa- tion</p> <p>Ansatz 2020: 79.630 Ansatz 2021: 81.440</p> <p>TA 13: Zuschüsse zur Förderung von Projekten der Jugendarbeit –in- terkulturelle, integrative, inter- nationale und queere Jugendar- beit</p> <p>Ansatz 2020: 1.088.120 Ansatz 2021: 1.109.130</p>	<p>-79.630 -81.440</p> <p>-1.088.120 -1.109.130</p>	

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
		<p>TA 14: Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Verbindung mit Flüchtlingsunterkünften inkl. Zirkuspädagogischer Angebote</p> <p>Ansatz 2020: 1.424.720 Ansatz 2021: 1.457.200</p> <p>TA 17: Zuschüsse an die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein</p> <p>Ansatz 2020: 200.000 Ansatz 2021: 100.000</p>	<p>-1.424.720 -1.457.200</p> <p>-200.000 -100.000</p>	

[illegible]

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
259.	Band 10/ EP 10/ S.244	Kapitel 1042 Titel 68569 Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland		<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Erklärtes Ziel des Jugendforums sind der Dialog und Austausch zwischen Jugendlichen und Politikern. Faktisch verstärkt das Jugendforum ein falsches Bild von Demokratie, indem es demokratisch legitimierten Parteien den Diskurs verweigert. Am 29.05.2019 haben die Organisatoren des Berliner Jugendforums erneut entschieden, die AfD und ihre Jugendorganisation nicht einzuladen. Vgl. https://www.jugendforum.berlin/info/afd-jufo. Solange das Jugendforum nicht parteipolitisch neutral ausgerichtet ist, sollte dieses Veranstaltungsformat nicht öffentlich gefördert werden.</p> <p><i>c) Sperrvermerk:</i></p> <p>Die Mittel für das Jugendforum werden freigegeben, insofern alle demokratischen Parteien, die im Abgeordnetenhaus vertreten sind, willkommen sind.</p>
		Ansatz 2020: 8.614.000 Ansatz 2021: 8.800.000	+/- 0 +/- 0	
		TA 3: Förderung der Partizipation und des demokratischen Handelns bei Kindern und Jugendlichen (Jugend-Demokratiefonds)		
		Ansatz 2020: 1.006.000 Ansatz 2021: 1.024.200	+/- 0 +/- 0	

¹⁶⁵ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
261.	Band 10/ EP 10/ S.258	Kapitel 1045 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 1.000 Ansatz 2021 1.000	 +/- 0 +/- 0	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁶⁶ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁶⁷ b) <i>verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen und Schülerreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (<i>verbindliche Erläuterung</i>)

¹⁶⁶ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁶⁷ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

[illegible]

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
263.	Band 10/ EP 10/ S.270	Kapitel 1051 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 4.600 Ansatz 2021 4.700	 +/- 0 +/- 0	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁶⁸ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁶⁹ b) <i>verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen und Schülerreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (<i>verbindliche Erläuterung</i>)

¹⁶⁸ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁶⁹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
Einzelplan 11				
264.	Band 11/ EP 11/ S.21	Kapitel 1100 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 16.300 Ansatz 2021 16.600	 + 15.000 + 15.000	<i>a) Begründung:</i> Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbei-zuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denk-bar. Neben der Doppik-Methoden-Kompetenz ist daher auch die Veränderungs-Kompetenz (Change-Management-Fähigkeit) zu stärken. <i>b) Titelerläuterung:</i> Bis zu 15 Tsd. €für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS, Doppische Haushaltsführung und Veränderungs-Management <i>(verbindliche Erläuterung)</i>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
265.	Band 11/ EP 11/ S.21	Kapitel 1100 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 17.100 Ansatz 2021 17.500	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁷⁰ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁷¹ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁷⁰ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

[71] BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
266.	Band 11/ EP 11/ S.31	Kapitel 1120 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 11.000 Ansatz 2021 11.200	 +/- 0 +/- 0	<p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen.¹⁷² Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden.¹⁷³</p> <p><i>b) verbindliche Erläuterung:</i></p> <p>Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (<i>verbindliche Erläuterung</i>)</p>

¹⁷² Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁷³ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
267.	Band 11/ EP 11/ S.31	Kapitel 1120 Titel 68118 Leistungen zur Anerkennung ausländischer beruflicher Qualifikation Ansatz 2020 250.000 Ansatz 2021 250.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Hier: bezogen auf die untenstehende Auflage. In ihrem Bericht RN 2129 führt die Senatsverwaltung für IntArbSoz aus: „Das Ziel des Härtefallfonds (Titel 68118) ist die Sicherung des Fachkräftebedarfs des Berliner Arbeitsmarktes [...]“.“ Der Mittelabfluss im Jahr 2018 betrug ca. 85 T. € (Ansatz war 250 T. €, während dieser im Jahr 2019 (zum 31.07.2019) bei ca. 67 T. € lag. Die Antragszahlen sind zwar gestiegen, die Ausgaben in 2018 und 2019 jedoch „hinter den Planzahlen zurückgeblieben, da bislang in Berlin vorrangig Anträge von Ärztinnen und Ärzten [...] gestellt werden.“ D. h., die Förderaktivitäten konzentrierten sich „schwerpunktmäßig“ auf den Bereich der Humanmedizin, obwohl hier „nachweislich“ kein Fachkräftebedarf bestand (Rechnungshof Berlin, Jahresgutachten 2019, S. 177 ff., T. 293 ff.). Zudem konnte in der 1. Lesung die Frage nach den konkret definierten Mangel-Berufen bzw. dem Fachkräftebedarf nicht schlüssig beantwortet werden. Demzufolge fehlt in den Förderrichtlinien weiterhin die eindeutige Zweckbestimmung, woraus erkennbar wird, welchen Beitrag das Förderprogramm zur Deckung des Fachkräftebedarfs auf dem Berliner Arbeitsmarkt leisten kann/soll und damit auch die Grundlage zur Durchführung und Beurteilung von Erfolgs- und Wirkungskontrollen des Förderprogramms Härtefallfonds

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p><i>b) Verbindliche Erläuterung:</i></p> <p>Die Auszahlung an die Begünstigten hat unter der Bedingung zu erfolgen, dass im Falle der Erzielung von Einkünften auf Basis der zuvor anerkannten bzw. mitfinanzierten Qualifikation eine Rückzahlung der Unterstützung zu leisten ist.</p> <p><i>c) Auflage:</i></p> <p>Dem Ausschuss für IntArbSoz wird bis 31.12.2020 ein Bericht über die zweckmäßige Bestimmung der Mittelverwendung vorgelegt, in dem aufgrund konkret definierter Berufsfelder zur Sicherung des Fachkräftebedarfs sowie entsprechender Indikatoren die Notwendigkeit der Bereitstellung der Mittel und Wirksamkeit des Förderprogrammes beurteilt werden kann.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
268.	Band 11/ EP 11/ S.32	Kapitel 1120 Titel 68406 Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen Ansatz 2020 14.551.000 Ansatz 2021 15.306.000	 - 5.544.000 - 5.898.000	<i>a) Begründung:</i> Zu Nr. 2 und Nr. 3 Die Leistungen des Aktionsplans Roma sind entgegen der bisherigen Konzeption vom Aufenthaltsstatus abhängig zu machen. Personen ohne Aufenthaltsrecht einschließlich der EU-Bürger, welche weder die Voraussetzungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit noch der Niederlassungsfreiheit erfüllen, ist lediglich eine Rückkehrhilfe zu gewähren. Zu Nr. 5 Der Bund finanziert in Abhängigkeit von einer hinreichenden Bleibeperspektive (vgl. § 44 AufenthG) Sprachkurse für Asylbewerber, wobei die Teilnahmemöglichkeiten kürzlich erweitert wurden. Eine Notwendigkeit für zusätzliche landesfinanzierte Sprachkurse besteht daher nicht. Vielmehr werden hierdurch gegenüber Personen mit geringer Bleibeperspektive bzw. Ausreisepflichtigen falsche Signale ausgesandt und die Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise untergraben. Im Übrigen haben im Jahr 2018 gerade einmal 12% der Teilnehmer erfolgreich eine Sprachprüfung abgeschlossen, so dass die Maßnahme auch noch hochgradig ineffektiv ist. Zu Nr. 6 Die Beratungsstelle „Fair mieten – fair wohnen“ sowie weitere Beratungsstellen stehen allen Wohnungssuchenden offen Deshalb besteht für eine separate Beratungsstruktur speziell für wohnungssuchende Asylbewerber kein Bedarf.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p><i>b) Änderung der Titelerläuterung:</i></p> <p>Teilansatz Nr. 2 „Bezirksorientierter Einsatz von Kultur- und Sprachmittlern ins-besondere zwischen den Regeldiensten und Roma-Familien (Maßnahme des Aktionsplans Roma)“ wird pro Jahr um 100.000 €verringert.</p> <p>Teilansatz Nr. 3 „Mobile Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiterinnen und -arbeiter sowie Roma (Maßnahme des Aktionsplans Roma)“ wird pro Jahr um 50.000 €verringert.</p> <p>Teilansatz Nr. 5 „Deutschkurse für Geflüchtete (Basis- sowie Aufbausprachförderung)“ wird in 2020 um 5.081.000 €und in 2021 um 5.325.000 €verringert.</p> <p>Teilansatz Nr. 6 „Einrichtung Unterstützungsstruktur für Wohnungssuchende“ wird in 2020 um 313.000 €und 2021 um 423.000 €verringert.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
269.	Band 11/ EP 11/ S.35	Kapitel 1120 Titel 68412 Zuschüsse an Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen Ansatz 2020 2.630.000 Ansatz 2021 2.658.000	 - 612.000 - 615.000	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Zu Nr. 6:</p> <p>Für die hierunter etatisierte Migrations- und Flüchtlingsberatung besteht kein Bedarf. Das BAMF leistet als zuständige Asylbehörde gemäß §12a AsylG n.F. eine umfassende und unabhängige Erstberatung für Asylbewerber. Für Fragen jenseits des Asylrechts kann das Beratungszentrum der Ausländerbehörde in Anspruch genommen werden. Im Gerichtsverfahren gewährt der Staat zudem Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Beratung. Schließlich ist der Mittelaufwuchs trotz eines Rückgangs der offenen Asylverfahren von 32.000 im Jahr 2015 auf 2.756 im Jahr 2019 und eines entsprechend reduzierten Beratungsbedarfs nicht nachvollziehbar.</p> <p><i>b) Änderung der Titelerläuterung:</i></p> <p>Teilansatz Nr. 6</p> <p>„Förderprogramm Migrationsrechts- und Flüchtlingsberatung im Land Berlin, inklusive der Beratung und Betreuung von besonders Schutzbedürftigen, Rechts- u. Verfahrensberatung für Geflüchtete“ wird in 2020 um 612.000 € und in 2021 um 615.000 € verringert.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
270.	Band 11/ EP 11/ S.45	Kapitel 1140 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 22.400 Ansatz 2021 22.900	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁷⁴ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁷⁵ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁷⁴ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁷⁵ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
271.	Band 11/ EP 11/ S.47ff	Kapitel 1140 Titel 54010 Dienstleistungen Ansatz 2020 8.358.000 Ansatz 2021 8.754.000	 - 610.000 - 909.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Es wird an der Sinnhaftigkeit der Maßnahme SGE, Kapitel 1140/Titel 68453, gezweifelt, sodass der Titel dort wegfällt. Entsprechend entfällt auch die Notwendigkeit der Mittelbereitstellung für Dienstleistungen, wie unter Nr. 14 vorgesehen. <i>b) Änderung der Titelerläuterung:</i> zu TA 14 Die „Umsetzungsdienstleistungen für das Solidarische Grundeinkommen (SGE)“ wird in 2020 um 610.000 € und in 2021 um 909.000 € verringert.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
272.	Band 11/ EP 11/ S.57	Kapitel 1140 Titel 68355 Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Qualifizie- rung Ansatz 2020 15.279.000 Ansatz 2021 15.656.000	 - 2.288.000 - 3.161.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Grundsätzlich wird ein begleitendes, bedarfsorientiertes und qualifiziertes Coaching als sinnvoll erachtet. Fragwürdig ist jedoch, inwiefern der Nutzwert des „Berliner Jobcoaching“ für alle MAE-Teilnehmer gegeben und die dafür erforderliche Qualität des Coachings vorhanden ist, sodass die Maßnahme weder als zielorientiert noch als erfolgsversprechend erachtet wird. <i>b) Änderung der Titelerläuterung zu TA 2:</i> „Berliner Jobcoaching in öffentlich geförderter Beschäftigung“ wird in 2020 um 2.288.000 € und in 2021 um 3.161.000 € verringert. <i>c) Auflage:</i> Dem Ausschuss für IntArbSoz ist bis 31.12.2020 ein Evaluationsbericht vorzulegen im Sinne einer Wirkungsanalyse des Programms Berliner Jobcoaching unter Berücksichtigung folgender Punkte: <ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung in den Maßnahmen der öffentlich geförderten Beschäftigung als geeignetes Instrument zur raschen Reintegration in den Arbeitsmarkt - Zielerreichungsgrad bezogen auf die gesteckten Ziele (u. a. Verringerung der Übertritte in die Langzeitarbeitslosigkeit, Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit, Abbau von Integrationshemmnissen) Entwicklung des Betreuungsbedarfs, erforderliche Qualifikationen des Jobcoaching und ggf. Weiterentwicklung der aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
273.	Band 11/ EP 11/ S.60	Kapitel 1140 Titel 68356 Landeszuschüsse für Beschäf- tigung Ansatz 2020 22.591.000 Ansatz 2021 23.772.000	 - 200.000 - 200.000	<i>a) Begründung</i> Zu TA 1 Die Leistungen sind entgegen der bisherigen Konzeption vom Aufenthaltsstatus abhängig zu machen und daher auf anerkannte Asylbewerber sowie auf solche mit guter Bleibeperspektive zu beschränken. <i>b) Änderung der Titelerläuterung</i> zu TA 1 Zuschüsse zur Freien Förderung nach § 16 f SGB II und sonstige Projektförderungen“ wird pro Jahr um 200.000 € verringert.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs-ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
274.	Band 11/ EP 11/ S.64	Kapitel 1140 Titel 68453 Zuschüsse für besondere Projekte der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik Ansatz 2020 21.750.000 Ansatz 2021 33.000.000	 - 21.750.000 - 33.000.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Öffentlich geförderte Beschäftigung wird nicht als geeignetes, zielgerichtetes Förderinstrument erachtet, um die Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen. Der Ausbau von künstlich geschaffenen, zudem staatlich subventionierten Stellen kann nicht die Antwort auf die Herausforderungen der Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts sein. Ferner handelt es sich hierbei nicht überwiegend um einen Personenkreis mit multiplen Vermittlungshemmnissen, der dauerhaft leistungsgemindert ist und bei dem eine Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt auf absehbare Zeit nicht zu erwarten ist. Eine arbeitsbeschaffungsähnliche Maßnahme wird auch aus Kapazitätsgründen des öffentlichen Beschäftigungssektors sowie aufgrund finanzieller Haushaltsbelastungen schnell an ihre Grenzen stoßen, weshalb aus hiesiger Sicht andere Instrumente, bspw. Maßnahmen der Unterstützung der Arbeitssuche besonders bei „neuen“ Arbeitslosen als geeigneter erscheinen. Aus- und Weiterbildung sind zentrale Stellschrauben der Teilhabe am Arbeitsmarkt und dem erwirtschafteten Gewinn. Der dringende Bedarf an Fachkräften wird nur dadurch gesichert, indem das Erwerbspersonenpotenzial ausgeschöpft, jedoch nicht in staatlich geförderte Jobs gesteckt wird. Es wird an der Effektivität und Wirksamkeit der Maßnahme gezweifelt, weshalb die Mittel in Gänze zu streichen sind.

¹⁷⁷ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
276.	Band 11/ EP 11/ S.101	Kapitel 1145 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 71.800 Ansatz 2021 76.300	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁷⁸ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁷⁹ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁷⁸ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁷⁹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
277.	Band 11/ EP 11/ S.112	Kapitel 1150 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 14.300 Ansatz 2021 14.600	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁸⁰ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁸¹ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁸⁰ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁸¹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
278.	Band 11/ EP 11/ S.143	Kapitel 1160 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 8.300 Ansatz 2021 8.300	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁸² Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁸³ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁸² Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁸³ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs-ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
279.	Band 11/ EP 11/ S.162	Kapitel 1162 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 18.700 Ansatz 2021 18.700	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁸⁴ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁸⁵ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁸⁴ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁸⁵ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
280.	Band 11/ EP 11/ S.172	Kapitel 1164 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 14.900 Ansatz 2021 14.900	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁸⁶ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁸⁷ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)
281.	Band 11/ EP 11/ S.185	Kapitel 1166 Titel 12403 Mieten für Maschinen, Geräte und Ausstattungsgegenstände Ansatz 2020 40.000 Ansatz 2021 40.000	 -40.000 - 40.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Einnahmeerwartung ist unrealistisch.

¹⁸⁶ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁸⁷ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
282.	Band 11/ EP 11/ S.194	Kapitel 1166 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 8.500 Ansatz 2021 8.500	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁸⁸ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁸⁹ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁸⁸ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁸⁹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
283.	Band 11/ EP 11/ S.219	Kapitel 1170 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 15.000 Ansatz 2021 15.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁹⁰ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁹¹ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁹⁰ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁹¹ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
284.	Band 11/ EP 11/ S.224	Kapitel 1171 Titel 28101 Ersatz von Ausgaben Ansatz 2020 100.000.000 Ansatz 2021 100.000.000	+/- 0 +/- 0	b) verbindliche Erläuterung: Die Eigenbeteiligung von Asylbewerbern mit Einkünften an den Kosten ihrer Unterkunft ist ausschließlich an der Kostenmiete bzw. marktüblichen Miete und nicht an sachfremden Erwägungen wie z.B. der Motivation zur Arbeitsaufnahme auszurichten
285.	Band 11/ EP 11/ S.226	Kapitel 1171 Titel 54010 Dienstleistungen Ansatz 2020 5.600.000 Ansatz 2021 6.200.000	- 200.000 - 200.000	a) Begründung: Für die unabhängige externe Asylverfahrensberatung im Ankunftszentrum besteht kein Bedarf. Das BAMF leistet als zuständige Asylbehörde gemäß §12a AsylG n.F. eine umfassende und unabhängige Erstberatung für Asylbewerber.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
286.	Band 11/ EP 11/ S.228	Kapitel 1171 Titel 67159 Unterbringung als Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG Ansatz 2020 59.632.000 Ansatz 2021 57.947.000	 - 6.000.000 - 6.000.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Der Prognose der Zahl der Leistungsberechtigten nach AsylbLG ist insoweit zu hoch angesetzt, als von einer Ausreise von nur 1.245 Personen p.a. ausgegangen wird. Dies würde angesichts von derzeit 12.400 vollziehbar Ausreisepflichtigen, von denen die meisten abgelehnte Asylbewerber sind, einen fortgesetzten Verstoß gegen zwingendes Bundesrecht implizieren, welches den Vollzug der Ausreisepflicht fordert. Auch im Abgleich mit den aktuellen Ist-Zahlen erweist sich der Ansatz als nicht plausibel: Im Jahr 2018 gab es 1.182 Rückführungen und 2.799 freiwillige Ausreisen, im ersten Halbjahr 2019 waren es 564 Rückführungen sowie 2.748 freiwillige Ausreisen. Diese Zahlen umfassen nicht ausschließlich, aber doch mehrheitlich abgelehnte Asylbewerber. Daher ist unter der Annahme einer realistischen wie rechtlich gebotenen höheren Zahl an Ausreisen der Ansatz zu reduzieren.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
287.	Band 11/ EP 11/ S.228	Kapitel 1171 Titel 68107 Laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG Ansatz 2020 71.882.000 Ansatz 2021 72.573.000	 - 7.200.000 - 7.200.000	<p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i></p> <p>Der Prognose der Zahl der Leistungsberechtigten nach AsylbLG ist insoweit zu hoch angesetzt, als von einer Ausreise von nur 1.245 Personen p.a. ausgegangen wird. Dies würde angesichts von derzeit 12.400 vollziehbar Ausreisepflichtigen, von denen die meisten abgelehnte Asylbewerber sind, einen fortgesetzten Verstoß gegen zwingendes Bundesrecht implizieren, welches den Vollzug der Ausreisepflicht fordert.</p> <p>Auch im Abgleich mit den aktuellen Ist-Zahlen erweist sich der Ansatz als nicht plausibel: Im Jahr 2018 gab es 1.182 Rückführungen und 2.799 freiwillige Ausreisen, im ersten Halbjahr 2019 waren es 564 Rückführungen sowie 2.748 freiwillige Ausreisen. Diese Zahlen umfassen nicht ausschließlich, aber doch mehrheitlich abgelehnte Asylbewerber. Daher ist unter der Annahme einer realistischen wie rechtlich gebotenen höheren Zahl an Ausreisen der Ansatz zu reduzieren.</p> <p><i>b) verbindliche Erläuterung:</i></p> <p>Es sind alle nötigen Vorkehrungen zu treffen, um im Rahmen des § 3 Abs. 2 S. 4 AsylbLG, demzufolge der notwendige persönliche Bedarf durch Sachleistungen gedeckt werden soll, soweit dies mit vertretbarem Verwaltungsaufwand möglich ist, tatsächlich nur Sachleistungen zu gewähren.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
288.	Band 11/ EP 11/ S.228	Kapitel 1171 Titel 68130 Rückkehrförderung Ansatz 2020 491.000 Ansatz 2021 491.000	 + 3.509.000 + 3.509.000	<i>a) Begründung:</i> Angesichts von derzeit ca. 12.400 vollziehbar Ausreisepflichtigen sind die Anstrengungen, zwingendes Bundesrecht mittels deren Ausreise umzusetzen, zu verstärken. Hierzu ist die geförderte freiwillige Ausreise die schonendste Variante. Nötig ist insbesondere, Information und Beratung zur Förderung der freiwilligen Rückkehr auszubauen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
Einzelplan 12				
289.	Band 12/ EP 12/ S.20	Kapitel 1200 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 53.000 Ansatz 2021 53.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁹² Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁹³ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁹² Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁹³ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
290.	Band 12/ EP 12/ S.20	Kapitel 1200 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 200.000 Ansatz 2021 200.000	 <div style="text-align: center;">+ 15.000</div> <div style="text-align: center;">+ 15.000</div>	<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung</i></p> <p>Bis zu 15 Tsd. €für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS und Doppelte Haushaltsführung (<i>verbindliche Erläuterung</i>)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
291.	Band 12/ EP 12/ S.20	Kapitel 1200 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 200.000 Ansatz 2021 200.000	 <div style="text-align: center;">+ 5.000</div> <div style="text-align: center;">+ 5.000</div>	<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>Es sind Qualifizierungsmaßnahmen nötig, um die Senatsverwaltung in die Lage zu versetzen, schriftliche Anfragen fachlich und methodisch richtig zu beantworten. So wurde insbesondere die Anfrage Drs.18/20125¹⁹⁴ inadäquat beantwortet. Die Senatsverwaltung war trotz direktem Bezug zur RN 266 C nicht in der Lage zu erkennen, dass sich die Fragen auf die gesamte öffentliche Finanzwirtschaft bzw. den öffentlichen Gesamthaushalt gemäß Schalenkonzept bezogen.</p> <p>In Drs.18/20125 heißt es auf S.3:</p> <p><i>„Welcher Gesamt-Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionsbedarf liegt im Bereich Wohnungsbau schätzungsweise vor? Über welchen Zukunfts-Zeitraum erstreckt sich die Berechnung?</i></p> <p><i>a) Falls nicht bekannt, waren sie jemals bekannt?</i></p> <p><i>b) Falls niemals bekannt, warum nicht?</i></p> <p>[...] Antwort: Der Senat baut keine Wohnungen selbst, sondern reicht Wohnungsbauförderdarlehen aus. Insofern liegen keine entsprechenden Angaben vor.“</p>

¹⁹⁴ Schriftliche Anfrage, Dr. Kristin Brinker (AfD), Gesamter Erhaltungs- und Erweiterungs-Investitionsbedarf im Öffentlichen Bereich Berlins und dessen Bedeutung für die einzelnen Ebenen der öffentlichen Finanzwirtschaft (gemäß dem Schalenkonzept) - "j. Wohnungsbau" - (Teil I)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p>Alle anderen Senatsverwaltungen, die im Rahmen der Anfrageserie befragt wurde, konnten diesen Transfer herstellen. Allen war klar, dass sich die Fragen auch auf die Extrahaushalte (u.a. Beteiligungsunternehmen) beziehen:</p> <p>Gesamter Erhaltungs- und Erweiterungs-Investitionsbedarf im Öffentlichen Bereich Berlins und dessen Bedeutung für die einzelnen Ebenen der öffentlichen Finanzwirtschaft (gemäß dem Schalenkonzept)</p> <p>„a. Arbeit und Soziales“ – Teil 1 (Drs.18/20116) „b. Wissenschaft u. Forschung“ – Teil 1 (Drs.18/20117) „c. Inneres“ – Teil 1 (Drs.18/20118) „d. Sport“ – Teil 1 (Drs.18/20119) „e. Justiz“ – Teil 1 (Drs.18/20120) „f. Tiefbau (inklusive Bezirke)“ – Teil 1 (Drs.18/20121) „g. Gesundheit“ – Teil 1 (Drs.18/20122) „h. Schule (inklusive Bezirke)“ – Teil 1 (Drs.18/20123) i. Kita“ – Teil 1 (Drs.18/20124) „j. Wohnungsbau“ – Teil 1 (Drs.18/20125) „k. Kultur“ – Teil 1 (Drs.18/20126) „l. IT“ – Teil 1 (Drs.18/20127) „m. Verkehr“ – Teil 1 (Drs.18/20128)</p> <p>Aufgrund der Bedeutung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen als Querschnittsfunktion zu anderen Ressorts für die Investitionsabsichten des Landes Berlins ist dieser verheerende Mangel zu beseitigen.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p><i>b) Titelerläuterung</i></p> <p>Bis zu 5 Tsd. € sind für Fortbildungen zum Thema „Wie beantworte ich eine schriftliche Anfrage korrekt?“ zu verwenden. Insbesondere soll erlernt werden, wie die Anfrage Drs.18/20125 richtig hätte beantwortet werden müssen (<i>verbindliche Erläuterung</i>).</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
292.	Band 12/ EP 12/ S.23	Kapitel 1200 Titel 54069 Kostenbeteiligung Dritter zur Erhöhung der Kostensicherheit von Hochbaumaßnahmen Ansatz 2020 150.000 Ansatz 2021 150.000 VE 2020 - VE 2021 30.000	 <div>+/- 0</div> <div>+/- 0</div> <div>+/- 0</div> <div>+/- 0</div>	 <i>c) Vermerk</i> Mittelfreigabe erst nach Projektpräsentation im Hauptausschuss, daher Beantragung einer qualifizierten Sperre über den Hauptausschuss.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
293.	Band 12/ EP 12/ S.32	Kapitel 1205 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 13.500 Ansatz 2021 13.500	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁹⁵ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁹⁶ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁹⁵ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁹⁶ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
294.	Band 12/ EP 12/ S.32	Kapitel 1205 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 13.500 Ansatz 2021 13.500	 - 3.500 - 3.500	<i>a) Begründung:</i> Kürzung im Sinne sparsamer Haushaltspolitik, Mittel wurden bisher minimal abgerufen.
295.	Band 12/ EP 12/ S.33	Kapitel 1205 Titel 53111 Ausschreibungen, Bekanntmachungen Ansatz 2020 5.000 Ansatz 2021 5.000	 + 5.000 + 5.000	<i>a) Begründung:</i> Aufgrund der großen Konkurrenzsituation zwischen dem Land Berlin, Brandenburg und den Bezirken ist wegen der Vielzahl der zu besetzenden und neugeschaffenen Stellen eine Erhöhung erforderlich.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
296.	Band 12/ EP 12/ S.33	Kapitel 1205 Titel 53121 Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen Ansatz 2020 98.000 Ansatz 2021 158.000	 - 48.000 - 108.000	<i>a) Begründung:</i> Kürzung, da SenStadtWohn nur die anfallenden Pflichtaufgaben zu decken hat. Hauptveranstalter sind die Bezirke und die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz.
297.	Band 12/ EP 12/ S.33	Kapitel 1205 Titel 54010 Dienstleitungen Ansatz 2020 570.000 Ansatz 2021 570.000	 - 370.000 - 370.000	<i>a) Begründung:</i> Anhörungsverfahren im Rahmen von Planfeststellungsverfahren für Verkehrsprojekte obliegt der Senatsverwaltung Umwelt, Verkehr und Klimaschutz. Zuständigkeiten im Rahmen der Schallschutzmaßnahmen liegen bei der FBB.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
298.	Band 12/ EP 12/ S.43	Kapitel 1210 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 11.000 Ansatz 2021 11.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁹⁷ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ¹⁹⁸ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁹⁷ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

¹⁹⁸ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
299.	Band 12/ EP 12/ S.43	Kapitel 1210 Titel 53101 Veröffentlichungen und Do- kumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit		<i>a) Begründung:</i> Keine Kampagne zur Bewerbung einer durch den Senat verursachten Situa- tion. <i>c) qualifizierte Sperre:</i> Qualifizierte Haushaltssperre der Verpflichtungsermächtigungen bis zur Vorlage des Ergebnisses der Leistungs-Ausschreibung.
		Ansatz 2020 880.000	- 650.000	
		Ansatz 2021 905.000	- 675.000	
		VE 2020 800.000	-550.000	
		VE 2021 500.000	-250.000	

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
300.	Band 12/ EP 12/ S.45	Kapitel 1210 Titel 53121 Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen		<i>a) Begründung:</i> Kürzung, da Sen Stadt/Wohn nur die anfallenden Pflichtaufgaben nach §3 BauGB durchführen muss. <i>c) qualifizierte Sperre:</i> Qualifizierte Haushaltssperre der Verpflichtungsermächtigungen bis zur Vorlage des Ergebnisses der Leistungs-Ausschreibung.
		Ansatz 2020 3.010.000	- 1.800.000	
		Ansatz 2021 3.010.000	- 1.800.000	
		VE 2020 2.400.000	- 1.800.000	
		VE 2021 2.700.000	- 2.100.000	

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
301.	Band 12/ EP 12/ S.47	Kapitel 1210 Titel 54053 Veranstaltungen Ansatz 2020 310.000 Ansatz 2021 360.000 VE 2020 200.000 VE 2021 -	 - 200.000 - 200.000 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung:</i> Keine zusätzlichen kostenpflichtigen Veranstaltungen, die über die Beteiligungsverpflichtungen nach dem BauBG hinausgehen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
302.	Band 12/ EP 12/ S.48	Kapitel 1210 Titel 68569 (neu) Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland Ansatz 2020 100.000 Ansatz 2021 150.000 VE 2020 150.000 VE 2021 150.000	 - 100.000 - 150.000 -150.000 -150.000	<i>a) Begründung:</i> Streichung des neuen Titels, Keine zusätzlichen kostenpflichtigen Veranstaltungen, die über die Beteiligungsverpflichtungen nach dem BauBG hinausgehen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
303.	Band 12/ EP 12/ S.60	Kapitel 1220 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 20.000 Ansatz 2021 20.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ¹⁹⁹ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ²⁰⁰ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

¹⁹⁹ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

²⁰⁰ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
304.	Band 12/ EP 12/ S.60	Kapitel 1220 Titel 53121 Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen Ansatz 2020 220.000 Ansatz 2021 220.000	 - 120.000 - 120.000	<i>a) Begründung:</i> Kosten für Räumlichkeiten können reduziert werden, da landeseigene Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Eine Bürgerbeteiligung bei komplexen Bauvorhaben ist nach BauGB ausreichend.
305.	Band 12/ EP 12/ S.61	Kapitel 1220 Titel 54010 Dienstleitungen Ansatz 2020 629.000 Ansatz 2021 470.000	 - 200.000 - 200.000	<i>a) Begründung:</i> Die im Januar 2019 veröffentlichte Broschüre „Asbest in Gebäuden“ ist ausreichend, da der Senat Erkrankungen von Mietern durch eine Asbestbelastung von Wohnraum nicht nachgewiesen hat. <i>b) Titelerläuterung:</i> Streichung Ziffer 12

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
306.	Band 12/ EP 12/ S.62	Kapitel 1220 Titel 54047 Maßnahmen zur Sicherung und Nachnutzung des Flughafens Tegel Ansatz 2020 10.700.000 Ansatz 2021 11.000.000 VE 2020 37.020.000 VE 2021 -	 - 10.700.000 - 11.000.000 - 37.020.000 +/- 0	<i>a) Begründung:</i> Der Volksentscheid zur Offenhaltung des Flughafens Tegel ist umzusetzen. Alle weiteren Projekte sind unverzüglich einzustellen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
307.	Band 12/ EP 12/ S.62	Kapitel 1220 Titel 54053 (neu) Veranstaltungen Ansatz 2020 300.000 Ansatz 2021 400.000	 - 300.000 - 400.000	<i>a) Begründung:</i> Streichung des Titels. Berlin benötigt keine weiteren zwölf „Gestaltungsräte“, die sich auf bezirklicher Ebene mit baukulturellen Fragestellungen befassen. Baukulturelle Fragen sind in den jeweiligen Bau- und Planungsausschüssen der Bezirke zu beraten, erforderlichenfalls in Sondersitzungen oder auf Vor-Ort-Terminen.
308.	Band 12/ EP 12/ S.65	Kapitel 1220 Titel 82164 Kauf von Grundstücken für das Verwaltungs- und das Stiftungsvermögen Ansatz 2020 - Ansatz 2021 40.000.000	 +/- 0 - 40.000.000	<i>a) Begründung:</i> Der Volksentscheid zur Offenhaltung des Flughafens Tegel ist umzusetzen. Alle weiteren Projekte sind unverzüglich einzustellen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
309.	Band 12/ EP 12/ S.66	Kapitel 1220 Titel 89365 Zuschüsse der Maßnahmen zur Entwicklung des Zukunftsstandorts Tegel Ansatz 2020 19.000.000 Ansatz 2021 36.000.000 VE 2020 18.000.000 VE 2021 40.000.000	 -19.000.000 -36.000.000 -18.000.000 -40.000.000	<i>a) Begründung:</i> Der Volksentscheid zur Offenhaltung des Flughafens Tegel ist umzusetzen. Alle weiteren Projekte sind unverzüglich einzustellen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
310.	Band 12/ EP 12/ S.81	Kapitel 1230 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 39.800 Ansatz 2021 40.600	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ²⁰¹ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ²⁰² <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

²⁰¹ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

²⁰² BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

[illegible]

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
312.	Band 12/ EP 12/ S.95	Kapitel 1240 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 25.000 Ansatz 2021 25.000	 +/- 0 +/- 0	<p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen.²⁰³ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden.²⁰⁴</p> <p><i>b) verbindliche Erläuterung:</i></p> <p>Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)</p>

²⁰³ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

²⁰⁴ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
313.	Band 12/ EP 12/ S.101	Kapitel 1240 Titel 68240 Zuschuss an die Wohnraum- versorgung Berlin		<i>a) Begründung:</i> Die Wohnraumversorgung Berlin ist aufzulösen als Anstalt öffentlichen Rechts und die Tätigkeiten bei der Senatsverwaltung Stadt/Wohn wieder anzusiedeln.
		Ansatz 2020 540.000	- 430.000	
		Ansatz 2021 540.000	- 540.000	
		VE 2020 300.000	-290.000	
		VE 2021 300.000	-300.000	

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
314.	Band 12/ EP 12/ S.151	<p><i>Neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 1250 Titel 70177 (neu) MG 06</p> <p>JVA Tegel Neubau der Teil- anstalt I, Fortführung 2. Bauabschnitt</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+ 3.112.810</p> <p>+ 3.737.310</p>	<p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i></p> <p>Es wurde vom Senat festgelegt, dass primär nur die bereits budgetierten Leistungen zum ersten Bauabschnitt (Kapitel 1250, Titel 70176 – Rückbau der Teilanstalt I) umgesetzt, die Planungen des zweiten Bauabschnitts mit dem Status Ausführungsplanung (Leistungsphase 5 der HOAI) eingestellt, die Vorbereitung der Vergabe ausgesetzt und die Baudurchführung des zweiten Bauabschnitts (Neubau der Teilanstalt I) ab 2018 zurückgestellt wird. Um den Neubau der Teilanstalt I wieder voranzutreiben, sind hier Mittel bereitzustellen. Die kostenintensiven Sanierungsmaßnahmen der Teilanstalten II und III dürfen nicht länger Vorrang genießen.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
315.	Band 12/ EP 12/ S.113	Kapitel 1240 Titel 89385 Städtebauliche Entwicklungs- maßnahme für das Areal des ehemaligen Güterbahnhofs Köpenick Ansatz 2020 20.000.000 Ansatz 2021 20.000.000 VE 2020 94.973.000 VE 2021 74.973.000	 - 20.000.000 - 20.000.000 -94.973.000 -74.973.000	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme ist nicht gegeben. Es ist, vgl. DS 18/2269, ein Zuschussbedarf von 145,01 Mio. Euro erforderlich. Damit wären je neu geschaffener Wohnung ein Zuschuss von netto 80.500 Euro und je m² Bauland von 911 Euro erforderlich. Dieser Aufwand liegt weit oberhalb der vertretbaren Kosten und sogar deutlich über dem zu erwartenden Bodenwert.</p> <p>Das Land Berlin müsste also in die Entwicklung ca. 145 Mio. Euro mehr hineinstecken als an Gegenwert für gewonnenes Bauland dabei entsteht und zusätzlich 40 Mio. Euro über bis zu 15 Jahre vorfinanzieren. Dies wäre Steuermittelvergeudung und daher nicht mit dem Haushaltsgrundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit vereinabr.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
316.	Band 12/ EP 12/ S.124	Kapitel 1250 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 25.000 Ansatz 2021 25.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ²⁰⁵ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ²⁰⁶ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

²⁰⁵ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

²⁰⁶ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
317.	Band 12/ EP 12/ S.125	Kapitel 1250 Titel 54040 Bauvorbereitungsmittel Ansatz 2020 13.000.000 Ansatz 2021 15.000.000 VE 2020 15.000.000 VE 2021 15.000.000	 <div style="text-align: center;">+/-0</div> <div style="text-align: center;">- 2.600.000</div> <div style="text-align: center;">+/-0</div> <div style="text-align: center;">+/-0</div>	<i>a) Begründung:</i> Kürzung um die anteiligen Bauvorbereitungsmittel, die für den Umbau TXL Gebäude A und A2 zum Campus für die Beuth-Hochschule vorgesehen sind. TXL wird auch 2020 und 2021 weiterhin als Flughafen und nicht als Hochschule gebraucht, selbst wenn der BER eröffnet.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
318.	Band 12/ EP 12/ S.136	Kapitel 1250 MG 03 Titel 70701 Beuth-Hochschule, Neubau ei- nes Laborgebäudes am Cam- pus Mitte, WAL (Wedding advanced Laboratories) Ansatz 2020 Ansatz 2021 6.000.000 VE 2020 - VE 2021 30.000.000	 <div style="text-align: center;">+/-0</div> <div style="text-align: center;">+/-0</div> <div style="text-align: center;">+/-0</div> <div style="text-align: center;">+/-0</div>	 <i>c) qualifizierte Sperre:</i> Die Kostenberechnung auf Basis der BPU ist dem Hauptausschuss vorzu- legen.

[illegible]

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
320.	Band 12/ EP 12/ S.150-152	<p><i>Neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 1250 MG 06 Titel (neu)</p> <p>Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz u. Antidiskriminierung</p> <p>Abschiebegewahrsam Kirchhainer Damm 64-66, Erweiterung Kapazität von 10 auf 30 Plätze</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+400.000</p> <p>+400.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>In der Begründung zum kürzlich erlassenen „Zweiten Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ hat der Bund einen erheblichen Mangel an Abschiebehaftplätzen konstatiert. Statt der benötigten 1.000 Plätze stehen derzeit nur ca. 500 zur Verfügung.</p> <p>Nicht selten scheitern Abschiebungen an fehlenden Haftplätzen. Zum Aufbau der nötigen Kapazitäten, welcher den Ländern obliegt, hat auch Berlin seinen Beitrag zu leisten. Als Maßstab bietet sich der Königsteiner Schlüssel an, wonach Berlin ca. 50 Plätze beizusteuern hätte. In einem ersten Schritt ist daher ein Aufwuchs von 10 auf 30 Plätze umzusetzen. Die angesetzten Kosten orientieren sich an den Kosten der ersten, bereits realisierten Ausbaustufe mit 10 Plätzen i.H.v. 400.000 Euro.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
321.	Band 12/ EP 12/ S.155	Kapitel 1250 MG 08 Titel 70122 Bauhausarchiv, Erweiterungs- bau sowie Sanierung und Funktionsanpassung Be- standsgebäude		<i>a) Begründung:</i> Das Projekt kommt nicht wie geplant voran. Die Aufstellung der BPU hat sich verzögert, da es Klärungsbedarf bei der Planung des Regenrückhalte- systems gab. Daher ist die Veranschlagung der Baumittel im Haushaltsplan zu reduzieren, die VE sind entsprechend zu erhöhen.
		Ansatz 2020 14.000.000	-3.000.000	
		Ansatz 2021 14.000.000	+3.000.000	
		VE 2020 28.000.000	+3.000.000	
		VE 2021 20.000.000	-3.000.000	

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
322.	Band 12/ EP 12/ S.169	Kapitel 1250 MG 11 Titel 70182 Modulare Gebäude zur Unterbringung von Asylbegehrenden Ansatz 2020 30.000.000 Ansatz 2021 36.000.000 VE 2020 46.000.000 VE 2021 10.000.000	 -30.000.000 -36.000.000 -46.000.000 -10.000.000	<i>a) Begründung:</i> Die weitere Errichtung von Modularen Gebäuden zur Unterbringung von Asylbegehrenden zerstört jeden Ansatz von Integration und schafft weitere soziale Brennpunkte, problematische Nachbarschaften und nicht akzeptable Zustände sowohl für die Bewohner, also Asylbegehrende, als auch für die Bewohner der Nachbarschaften. Das Konzept der MUF als längerfristig zu nutzende Unterkunft wirkt für ein soziales Miteinander in der Stadt zerstörend und ist daher abzulehnen. Es darf nicht noch weiter ausgeweitet werden. In bereits vorhandenen Unterkünften sind die Fehlbelegungen zu beenden, um Platz für tatsächlich bleibeberechtigte Asylsuchende zu schaffen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
323.	Band 12/ EP 12/ S.171	Kapitel 1250 Titel 70110 Sanierung des Internationalen Congress Centrums Berlin (ICC) Ansatz 2020 - Ansatz 2021 - VE 2020 60.000.000	 +/-0 +/-0 - 60.000.000	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>Im HH-Entwurf heißt es:</p> <p><i>„Das ICC soll auf der Basis eines schlüssigen Nutzungs- und Betriebskonzepts saniert werden. Ein Bedarfsprogramm vom 7. Februar 2012 über 329.199.000 € liegt vor. Das Land Berlin finanziert danach die Kosten für die Schadstoffbeseitigung und die Herrichtung einer Teilfläche von rd. 10.000 m2 für Kongresszwecke bis zur Höhe von 200.000.000 €. Für die Sanierung und Nutzung der übrigen Fläche sollen private Investoren gewonnen werden. Die Verpflichtungs-ermächtigungen 2021 eröffnen die Möglichkeit, für die Durchführung erster Sanierungsmaßnahmen / Schadstoffbeseitigungen ab dem Jahr 2022 Verpflichtungen einzugehen.“</i></p> <p>200.000 Mio. EUR sind bei den gegenwärtigen Baukostensteigerungen und den Erfahrungen der Vergangenheit mit Großprojekten ähnlicher Größenordnung, z.B. der Staatsoper, zu niedrig angesetzt. Zu geringe Veranschlagungen verleiten die handelnden Akteure zu extremen Kostensteigerungen. Angefangene Bauten werden und müssen trotz massiver Kostenüberschreitungen zu Ende gebaut werden. Trotzdem die „sunk costs“ als zu hoch erscheinen, werden überteuerte Baustellen fortgeführt, da nicht mit dem eigenen Geld „gewirtschaftet“ wird, sondern mit dem der Steuerzahler. Dies führt zu typischen „Moral Hazard“-Fehlanreizen.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
324.	Band 12/ EP 12/ S.177	Kapitel 1295 Titel 54010 Dienstleistungen Ansatz 2020 3.300.000 Ansatz 2021 3.400.000 VE 2020 100.000 VE 2021 - TA 4 150.000 150.000 TA 5 165.000 165.000	 -315.000 -315.000 +/-0 +/-0 - 150.000 - 150.000 - 165.000 - 165.000	<i>a) Begründung:</i> TA 5: Ein weiterer Runder Tisch wird nicht benötigt. TA 4: Der Mietendeckel ist nicht wünschenswert und verfassungswidrig. <i>b) Titelerläuterung:</i> Streichung des TA 4 und entsprechend folgender Passage: „4. Für die Prüfung der Einhaltung von Mietpreisbindungen werden 2020 und 2021 Bearbeitungsgebühren für die IBB von jährlich 150.000 €veranschlagt.“ Streichung des TA 5 Runder Tisch Wohnungspolitik

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
325.	Band 12/ EP 12/ S.183	Kapitel 1295 Titel 88402 Zuführung an das Sonder- vermögen Wohnraumförder- fonds Berlin (SWB) Ansatz 2020 148.407.000 Ansatz 2021 273.535.000 VE 2020 598.547.000 VE 2021 466.450.000	 - 28.407.000 - 151.535.000 - 118.547.000 - 6.450.000	<i>a) Begründung:</i> Die Zuführung an den SWB muss deutlich gekürzt werden bei gleichzeitiger Umstellung auf subjektfördernde Elemente analog dem derzeitigen 2. Förderweg. Mit diesen gekürzten Mitteln ist eine Förderung zu verbinden, die den tatsächlichen Bedürfnissen am sozial geförderten Wohnungsmarkt entgegenkommt mit Mieten zwischen 6,50 und 10,50 Euro/qm je nach Einkommenssituation (100% bis 180% der WBS-Einkommengrenzen). Im Mittel beträgt die geförderte Miete so 8,50 Euro/qm. Bei erhöhter Wohnungszahl werden so die Wohnungsbaufördermittel effektiver und sozial gerechter investiert. Es wird soziale Mischung („Berliner Mischung“) gefördert, keine Monostruktur von sozial Schwachen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
326.	Band 12/ EP 12/ S.183	Kapitel 1295 Titel 88405 Zuführung an das Sonder- vermögen Wohnraumförder- fonds Berlin zur Förderung von Genossenschaften Ansatz 2020 - Ansatz 2021 - VE 2020 10.000.000 VE 2021 15.000.000	 + 15.000.000 + 20.000.000 - 5.000.000 - 10.000.000	<i>a) Begründung:</i> Die Zuführung an den SWB sollte bereits in 2020 und 2021 erfolgen, im Gegenzug können die VE entsprechend gekürzt werden. Genossenschaftsförderung muss sich auf bereits bestehende Genossenschaf-ten beziehen, deren Mitglieder zum weit überwiegenden Teil selbst im ge-nossenschaftlichen Objekt wohnen bzw. dort im Fall von Neubautätigkeit einziehen werden. Genossenschaften, die fremde Mietobjekte übernehmen, dürfen nur gefördert werden, wenn und soweit die Mieter als Eigennutzer in genossenschaftlicher Eigentumsbildung bedarfsgerecht unterstützt werden und wenn insgesamt die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen ist.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
327.	Band 12/ EP 12/ S.183	Kapitel 1295 Titel 88406 (neu) Zuführung an das Sonder- vermögen Wohnraumförder- fonds Berlin zum Ankauf von Belegungsrechten Ansatz 2020 5.000.000 Ansatz 2021 8.000.000 VE 2020 - VE 2021 -	 - 5.000.000 - 8.000.000 +/-0 +/-0	<i>a) Begründung:</i> Die Zuführung an den SWB sollte komplett gestrichen werden. Der Ankauf von Belegungsrechten ist bereits vor Jahren nahezu insgesamt gescheitert. Für Belegungsrechte in der derzeit angespannten Wohnungssituation Steuergelder auszugeben führt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu teuren Fehlinvestitionen. Es steht zudem zu befürchten, dass diese Haushaltsposition dazu missbraucht wird, Belegungsrechte auf bereits belegten Wohnungen anzukaufen, um damit einen unwirtschaftlichen Kaufpreis herunter zu subventionieren.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
EP 13				
328.	Band 13/ EP 13/ S.18	Kapitel 1300 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 11.000 Ansatz 2021 11.000	 + 20.000 + 20.000	<i>a) Begründung</i> Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar. Neben der Doppik-Methoden-Kompetenz ist daher auch die Veränderungs-Kompetenz (Change-Management-Fähigkeit) zu stärken. <i>b) Titelerläuterung</i> Bis zu 20 Tsd. € jährlich für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS, Doppische Haushaltsführung und der Kompetenz zum Change-Management (<i>verbindliche Erläuterung</i>)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
329.	Band 13/ EP 13/ S.18	Kapitel 1300 Titel 52610 Gutachten Ansatz 2020 1.000 Ansatz 2021 1.000	 <div style="text-align: center;">+ 150.000</div> <div style="text-align: center;">+ 150.000</div>	<i>b) Titelerläuterung</i> In Höhe von bis zu 150 Tsd. € sind Gutachten zu folgenden Bereichen zu erstellen: <ol style="list-style-type: none"> 1. Forensisches Gutachten zum Geschäftsbetrieb der FBB GmbH und insbesondere der Planung und dem Bau des Großflughafens BER. 2. Rechtliche Möglichkeiten zur dauerhaften Offenhaltung Tegels und deren Auswirkungen auf die Rentabilität eines Parallelbetriebes von TXL + BER. 3. Die Bedeutung des Flughafensystems der Metropolregion Berlin-Brandenburg unter Einschluss von BER und TXL für die wirtschaftliche Integration Europas insbesondere vor dem Hintergrund des LCC-Marktes für die Entfaltung der Personenfreizügigkeit innerhalb der EU. 4. Beantwortung der Frage: Wie kann das Verständnis dafür gestärkt werden, dass Privateigentum, Eigeninitiative und Wettbewerb – gekoppelt mit verantwortungsvollem Handeln – die tragenden Säulen für eine gesunde Volkswirtschaft und eine gerechte Sozialordnung innerhalb Europas (und darüber hinaus) sind und daher alle Leistungswilligen aller Lebens- und Arbeitsbereiche angemessen zu fördern sind?

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p>5. Beantwortung der Frage: Wie lässt sich eine Besinnung auf abendländisch-humanistische Grundwerte als moralisch-ethische Richtlinie im Rahmen der Europäischen Integration bewerkstelligen?</p> <p><i>c) Übertragbarkeitsvermerk</i></p> <p>Die Ausgaben sind übertragbar.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
330.	Band 13/ EP 13/ S.18	Kapitel 1300 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 24.000 Ansatz 2021 24.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ²⁰⁷ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ²⁰⁸ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

²⁰⁷ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

²⁰⁸ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
331.	Band 13/ EP 13/ S.19	Kapitel 1300 Titel 54010 Dienstleistungen <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Ansatz 2020 653.000 </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Ansatz 2021 660.000 </div> <div style="margin-top: 20px;"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> VE 2020 2.295.000 </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> VE 2021 - </div> </div>	<div style="text-align: center;">+/-0</div> <div style="text-align: center;">+/- 0</div> <div style="text-align: center;">+/-0</div> <div style="text-align: center;">+/-0</div>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>zu TA 4 - Dienstleistungen von Dritten für den Betrieb der Energiewirtschaftsstelle: Der Vertrag mit der Da.V.i.D. GmbH als Dienstleister für den Betrieb der Energiewirtschaftsstelle läuft am 31.12.2019 aus. Da bisher noch kein Ausschreibungsverfahren angestrengt wurde und es dementsprechend auch noch keinen neuen Dienstleister gibt, werden die Teilansätze 2020/21 und die gesamten VE gesperrt.</p> <p><i>c) Qualifizierter Sperrvermerk:</i></p> <p>Die Mittel für TA 4 (2020. 459.000 €, 2021: 459.000 €) und die VE (2021:2.295.000 €) für TA 4 werden gesperrt, bis ein neuer Dienstleister im Rahmen eines diskriminierungsfreien Ausschreibungsverfahrens gefunden wurde. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Hauptausschusses.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
332.	Band 13/ EP 13/ S.34	Kapitel 1320 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 9.000 Ansatz 2021 9.000	 <div style="text-align: center;">+ 15.000</div> <div style="text-align: center;">+ 15.000</div>	<i>a) Begründung</i> <p>Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar. Neben der Doppik-Methoden-Kompetenz ist daher auch die Veränderungs-Kompetenz (Change-Management-Fähigkeit) zu stärken.</p> <i>b) Titelerläuterung</i> <p>Bis zu 15 Tsd. € jährlich für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS, Doppelische Haushaltsführung und der Kompetenz zum Change-Management (<i>verbindliche Erläuterung</i>)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
333.	Band 13/ EP 13/ S.34	Kapitel 1320 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 22.000 Ansatz 2021 22.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ²⁰⁹ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ²¹⁰ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

²⁰⁹ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

²¹⁰ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
334.	Band 13/ EP 13/ S.36	Kapitel 1320 Titel 54010 Dienstleistungen <div>Ansatz 2020 1.130.000</div> <div>Ansatz 2021 1.050.000</div> <div>VE 2020 1.745.000</div> <div>VE 2021 285.000</div>	 <div>- 225.000</div> <div>- 225.000</div> <div>+/-0</div> <div>+/-0</div>	<i>a) Begründung:</i> zu TA 2 - Flankierung des wirtschaftlichen Engagements von Personen nichtdeutscher Herkunft: Eine gesonderte Flankierung des wirtschaftlichen Engagements von Personen nichtdeutscher Herkunft ist nicht erforderlich, da im Rahmen der Zuschüsse an Einrichtungen der internationalen Kooperation (Titel 68542, Kapitel 1350) bereits ausreichend Budget zur Förderung nichtdeutscher Personen zur Verfügung steht. <i>b) Titelerläuterung:</i> Die Mittel für TA 2 (2020: 225.000 €, 2021: 225.000 €) werden gestrichen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
335.	Band 13/ EP 13/ S.70	Kapitel 1330 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 3.000 Ansatz 2021 3.000	 <div style="text-align: center;">+ 15.000</div> <div style="text-align: center;">+ 15.000</div>	<i>a) Begründung</i> Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar. Neben der Doppik-Methoden-Kompetenz ist daher auch die Veränderungs-Kompetenz (Change-Management-Fähigkeit) zu stärken. <i>b) Titelerläuterung</i> Bis zu 15 Tsd. € jährlich für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS, Doppische Haushaltsführung und der Kompetenz zum Change-Management (<i>verbindliche Erläuterung</i>)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
336.	Band 13/ EP 13/ S.70	Kapitel 1330 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 10.000 Ansatz 2021 10.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ²¹¹ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ²¹² <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

²¹¹ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO₂-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

²¹² BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
337.	Band 13/ EP 13/ S.77	Kapitel 1330 Titel 68307 Wirtschaftsförderung Ansatz 2020 1.230.000 Ansatz 2021 1.230.000	 +/-0 +/-0	 <i>b) Titelerläuterung:</i> zu TA 1 – Betriebsverlagerung <u>und</u> TA 2 – Förderung von Einzelmaßnahmen der Gewerbe- und Industrieansiedlung sowie der Bestandspflege: Da auf kurzfristige Problemstellungen reagiert werden soll, welche derzeit noch nicht absehbar sind, sollen diese Mittel gesperrt werden, bis eventuelle Problemstellungen auftreten und konkrete Maßnahmen bzw. Projekte durchgeführt werden sollen. <i>c) Einfacher Sperrvermerk:</i> Die Mittel für TA 1 (2020: 500.000 € 2021: 500.000 €) und für TA 2 (2020: 580.000 € 2021: 580.000 €) werden gesperrt. (Aufhebung durch SenFin)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
338.	Band 13/ EP 13/ S.84	Kapitel 1330 Titel 89233 Zuschüsse im Rahmen des Förderprogramms: Unterstützung der Aufbauphase Ansatz 2020 3.500.000 Ansatz 2021 4.000.000 VE 2020 3.000.000 VE 2021 3.000.000	 + 1.500.000 + 1.000.000 + 1.000.000 + 1.000.000	<i>a) Begründung:</i> Aufgrund der enormen positiven Resonanz und unerwartet hohen Inanspruchnahme dieses Programms, sollen die Mittel aufgestockt werden. <i>b) Titelerläuterung:</i> Die Mittel für den Titel 89233 werden um insgesamt 3.500.000 €(2020: 1.500.000 € 2021: 1.000.000 €) und die entsprechenden VE werden um insgesamt 2.000.000 €(2020: 1.000.000 € 2021: 1.000.000 €) erhöht.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
339.	Band 13/ EP 13/ S.113	Kapitel 1320 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 9.000 Ansatz 2021 9.000	 <div style="text-align: center;">+ 15.000</div> <div style="text-align: center;">+ 15.000</div>	<i>a) Begründung</i> <p>Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar. Neben der Doppik-Methoden-Kompetenz ist daher auch die Veränderungs-Kompetenz (Change-Management-Fähigkeit) zu stärken.</p> <i>b) Titelerläuterung</i> <p>Bis zu 15 Tsd. € jährlich für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS, Doppische Haushaltsführung und der Kompetenz zum Change-Management (<i>verbindliche Erläuterung</i>)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
340.	Band 13/ EP 13/ S.113	Kapitel 1350 Titel 52610 Gutachten <div>Ansatz 2020 100.000</div> <div>Ansatz 2021 100.000</div> <div>VE 2020 100.000</div> <div>VE 2021 100.000</div>	 <div>- 100.000</div> <div>- 100.000</div> <div>- 100.000</div> <div>- 100.000</div>	a) <i>Begründung:</i> zu TA 1 - Gutachten zu rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Fragen im Bereich Infrastrukturunternehmen: Im Rahmen des BEK (EP 07, Kapitel 0750, MG 01) sowie im Rahmen des Clusters „Energietechnik“ werden bereits diverse Maßnahmen und Möglichkeiten einer zukünftig erfolgreichen Sektorenkopplung bewertet, getestet und erprobt, so dass weitere separate Gutachten nicht erforderlich ist. b) <i>Titelerläuterung:</i> Die Mittel für TA 1 (2020: 100.000 € 2021: 100.000 €) sowie die entsprechenden VE (2020: 100.000 € 2021: 100.000 €) werden gestrichen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
341.	Band 13/ EP 13/ S.113	Kapitel 1350 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2020 30.000 Ansatz 2021 30.000	 +/- 0 +/- 0	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Inlandsflüge sollten nach Maßgabe von Grünen und Linke drastisch reduziert bzw. ganz eingestellt werden. Mit der geplanten Schließung des Flughafens TXL werden die Flughafenkapazitäten Berlin-Brandenburgs massiv eingeschränkt. Eine Anfrage der AfD hat ergeben, dass viele Senatsmitglieder Inlandsflüge als Dienstreisen nutzen. ²¹³ Hier sollte der Senat an eigenen Maßstäben gemessen werden. ²¹⁴ <i>b) verbindliche Erläuterung:</i> Inlandsflüge sind bei Dienstreisen grundsätzlich nicht zugelassen. (verbindliche Erläuterung)

²¹³ Drs.18/20178, Reisetätigkeiten der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20178.pdf>;

Drs.18/20420, CO2-Ausgleichszahlung für Reisetätigkeit der Berliner Senatsmitglieder, <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20420.pdf>

²¹⁴ BZ, 08.08.19, Berlins Rot-Rot-Grün-Politiker - Bahn und Klimaschutz predigen, aber fleißig Kurzstrecke fliegen, <https://www.bz-berlin.de/berlin/bahn-und-klimaschutz-predigen-aber-fleissig-kurzstrecke-fliegen>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
342.	Band 13/ EP 13/ S.115-117	Kapitel 1350 Titel 54010 Dienstleistungen <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Ansatz 2020 14.340.000 </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Ansatz 2021 15.625.000 </div> <div style="margin-top: 10px;"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> VE 2020 14.250.000 </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> VE 2021 17.750.000 </div> </div>	+ 150.000 + 150.000 +/- 0 +/- 0	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>zu TA 11 - Einrichtung von Wirtschaftsrepräsentanzen im Ausland:</p> <p>Das Vereinigte Königreich zählt zu den 4 Zielländern, die im Fokus des besonderen gesamtwirtschaftlichen Interesses des Landes Berlin stehen, da diese sowohl wichtige Absatzmärkte für Berliner Produkte darstellen als auch enorme Potenziale im Hinblick auf Kooperationen und Direktinvestitionen in beide Richtungen bieten. Aus diesem Grund und insbesondere vor dem aktuellen Brexit-Chaos sollte zwingend die Wirtschaftsrepräsentanz „Büro London“ auch in den kommenden Haushaltsjahren gesichert und gestärkt werden.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung:</i></p> <p>Die Mittel zu TA 11 (2020: 500.000 €, 2021: 500.000 €) werden jeweils um 150.000 €pro Jahr erhöht.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
343.	Band 13/ EP 13/ S.121	Kapitel 1350 Titel 54696 Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)		<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>zu TA 1 - Landesinitiative "Projekt Zukunft" Unterstützung der IKT Medien Kreativ Digitalwirtschaft – Aufträge:</p> <p>Gemäß Berichtsnr. 74 (Rote Nr. 2389) sind die Ansatzsteigerung auf 400.000 € für 2021 im Vergleich zu den Ansätzen 2019/20 dadurch begründet, dass ab 2021 keine Reduzierung der EFRE-Mittel zugunsten des popkultur- Festivals i.H.v 330.000 €jährl. mehr erfolgt. Um eine Erhöhung der Mittel für TA 1 um die Mittel für das popkultur-Festival in voller Höhe zu gewährleisten, soll der Mittelansatz um die im Plan fehlenden 100.000 € erhöht werden.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung:</i></p> <p>Die Mittel zum TA 1 (2021: 400.000 €) werden um 100.000 € für 2021 erhöht.</p>
		Ansatz 2020 759.000 Ansatz 2021 989.000	 +/-0 + 100.000	
		VE 2020 310.000 VE 2021 310.000	 +/-0 +/-0	

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
344.	Band 13/ EP 13/ S.126	Kapitel 1350 Titel 68317 Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben <div>Ansatz 2020 2.948.000</div> <div>Ansatz 2021 3.090.000</div> <div>VE 2020 4.935.000</div> <div>VE 2021 2.590.000</div>	 <div>+/-0</div> <div>+/-0</div> <div>+/-0</div> <div>+/-0</div>	a) <i>Begründung:</i> zu TA 4 – Zuwendung „Smart (e)Mobility“: Gemäß Berichtsnr. 77 (Rote Nr. 2402) stimmen die angegebenen Summen für die Ausgaben der zum TA 4 aufgeführten Maßnahmen/Projekte in keiner Weise mit den Entwurfsansätzen im HH-Plan überein. Die Ausgaben sind daher zu sperren. c) <i>Qualifizierter Sperrvermerk:</i> Die Mittel für die TA 4 (2020: 1.603.000 €, 2021: 1.631.000 €) werden gesperrt, bis die zu diesem TA geplanten Mittel und ihrer zugrundeliegenden Maßnahmen/Projekte plausibel und zahlentechnisch stimmig in einem schriftlichen Bericht erläutert wurden. Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Hauptausschusses.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
345.	Band 13/ EP 13/ S.129	Kapitel 1350 Titel 68542 Zuschüsse an Einrichtungen der internationalen Kooperation Erl.-Nr. 8 – Zuwendungen an den Berlin Global Village e. V. <div style="margin-left: 40px;">Ansatz 2020 3.109.000</div> <div style="margin-left: 40px;">Ansatz 2021 3.143.000</div> <div style="margin-left: 40px;">VE 2020 800.000</div> <div style="margin-left: 40px;">VE 2021 600.000</div>	<div style="text-align: right; margin-top: 100px;">- 237.000</div> <div style="text-align: right; margin-top: 100px;">- 242.000</div> <div style="text-align: right; margin-top: 100px;">+/-0</div> <div style="text-align: right; margin-top: 100px;">+/-0</div>	<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>zu TA 8 – Zuwendungen an den Berlin Global Village e. V.: Eine separate Unterstützung des BGV ist nicht erforderlich, da die Stiftung Nord-Süd-Brücken das Gesamtbudget verwaltet. Zudem wird im Rahmen des TA eine Projektförderung durchgeführt, für die im Haushalt kein Wirtschaftsplan als separater Nachweis erbracht werden muss und dementsprechend keine Kontrolle möglich ist.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung:</i></p> <p>Die Mittel für TA 8 (2020: 237.000 €, 2021: 242.000 €) werden gestrichen.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
346.	Band 13/ EP 13/ S.134	Kapitel 1350 Titel 68638 Förderung von Wirtschafts- freiheit und kultureller Frei- heit Ansatz 2020 250.000 Ansatz 2021 250.000 VE 2020 250.000 VE 2021 250.000	 -250.000 - 250.000 -250.000 - 250.000	a) <i>Begründung:</i> Personen, die aus unterschiedlichen Gründen ihr Land verlassen, stehen bereits Fördermittel in Millionenbeträgen zur Verfügung, u. a. Kapitel 1350, Titel 68542, aber auch durch Zuschüsse an die BVG und im Rahmen des Teilhabegesetzes. b) <i>Titelerläuterung:</i> Die Mittel für den Titel 68638 (2020: 250.000 €, 2021: 250.000 €) sowie die entsprechenden VE (2020: 250.000 €, 2021: 250.000 €) zu diesem Titel werden gestrichen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
347.	Band 13/ EP 13/ S.140	Kapitel 1350 MG 03 Titel 68201 Zuschüsse an LHO-Betriebe Ansatz 2020: 2.965.000 Ansatz 2021: 2.465.000 VE 2020: 3.120.000 VE 2021: 600.000	 - 2.965.000 - 2.465.000 - 3.120.000 - 600.000	<i>a) Begründung:</i> Die Rekommunalisierung im Bereich der Strom- und Gasnetze ist keine tragfähige Strategie, wie es verschiedene Untersuchungen, Studien und Gutachten belegen. So kommt bspw. ein für die Berliner IHK erstelltes Gutachten zu dem Schluss, dass eine Rücküberführung des Verteilnetzgeschäfts in Landeshand nicht hilfreich ist, die Berliner energiewirtschaftlichen Ziele günstige Preise, Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Akzeptanz zu erreichen. Eine durch die Rekommunalisierung unsinnige zusätzliche haushalterische Belastung ist nicht akzeptabel. Deshalb werden alle Mittel in den damit im Zusammenhang stehenden Titeln gestrichen. <i>b) verbindliche Erläuterungen:</i> Die entsprechenden VE werden ebenfalls gestrichen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
348.	Band 13/ EP 13/ S.140	Kapitel 1350 MG 03 Titel 68223 Zuschüsse zur Deckung von Betriebsverlusten des Verteilnetzbetreibers für Gas Ansatz 2020: 2.000.000 Ansatz 2021: 2.000.000 VE 2020: 6.000.000 VE 2021: 4.000.000	 - 2.000.000 - 2.000.000 - 6.000.000 - 4.000.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Die Rekommunalisierung im Bereich der Strom- und Gasnetze ist keine tragfähige Strategie, wie es verschiedene Untersuchungen, Studien und Gutachten belegen. So kommt bspw. ein für die Berliner IHK erstelltes Gutachten zu dem Schluss, dass eine Rücküberführung des Verteilnetzgeschäfts in Landeshand nicht hilfreich ist, die Berliner energiewirtschaftlichen Ziele günstige Preise, Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Akzeptanz zu erreichen. Eine durch die Rekommunalisierung unsinnige zusätzliche haushalterische Belastung ist nicht akzeptabel. Deshalb werden alle Mittel in den damit im Zusammenhang stehenden Titeln gestrichen. <i>b) verbindliche Erläuterungen:</i> Die entsprechenden VE werden ebenfalls gestrichen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
349.	Band 13/ EP 13/ S.141	Kapitel 1350 MG 03 Titel 68224 Zuschuss an den Eigenbetrieb Berlin Energie Ansatz 2020: 750.000 Ansatz 2021: 750.000 VE 2020: 1.340.000 VE 2021: 170.000	 - 750.000 - 750.000 - 1.340.000 - 170.000	<i>a) Begründung</i> Die Rekommunalisierung im Bereich der Strom- und Gasnetze ist keine tragfähige Strategie, wie es verschiedene Untersuchungen, Studien und Gutachten belegen. So kommt bspw. ein für die Berliner IHK erstelltes Gutachten zu dem Schluss, dass eine Rücküberführung des Verteilnetzgeschäfts in Landeshand nicht hilfreich ist, die Berliner energiewirtschaftlichen Ziele günstige Preise, Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Akzeptanz zu erreichen. Eine durch die Rekommunalisierung unsinnige zusätzliche haushalterische Belastung ist nicht akzeptabel. Deshalb werden alle Mittel in den damit im Zusammenhang stehenden Titeln gestrichen. <i>b) verbindliche Erläuterungen:</i> Die entsprechenden VE werden ebenfalls gestrichen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
350.	Band 13/ EP 13/ S.141	Kapitel 1350 MG 03 Titel 68227 Zuschüsse zur Deckung von Betriebsverlusten des Verteilnetzbetreibers für Strom Ansatz 2020: 5.000.000 Ansatz 2021: 5.000.000 VE 2020: 15.000.000 VE 2021: 10.000.000	 - 5.000.000 - 5.000.000 - 15.000.000 - 10.000.000	<i>a) Begründung:</i> Die Rekommunalisierung im Bereich der Strom- und Gasnetze ist keine tragfähige Strategie, wie es verschiedene Untersuchungen, Studien und Gutachten belegen. So kommt bspw. ein für die Berliner IHK erstelltes Gutachten zu dem Schluss, dass eine Rücküberführung des Verteilnetzgeschäfts in Landeshand nicht hilfreich ist, die Berliner energiewirtschaftlichen Ziele günstige Preise, Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Akzeptanz zu erreichen. Eine durch die Rekommunalisierung unsinnige zusätzliche haushalterische Belastung ist nicht akzeptabel. Deshalb werden alle Mittel in den damit im Zusammenhang stehenden Titeln gestrichen. <i>b) verbindliche Erläuterungen</i> Die entsprechenden VE werden ebenfalls gestrichen.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
351.	Band 13/ EP 13/ S.142	Kapitel 1350 MG 03 Titel 68231 (neu) Zuschüsse an Berlin Energie Rekom GmbH <div style="margin-left: 40px;">Ansatz 2020:</div> <div style="margin-left: 100px;">20.000</div> <div style="margin-left: 40px; margin-top: 10px;">Ansatz 2021:</div> <div style="margin-left: 100px; margin-top: 10px;">20.000</div> <div style="margin-left: 40px;">VE 2020:</div> <div style="margin-left: 100px;">60.000</div> <div style="margin-left: 40px; margin-top: 10px;">VE 2021:</div> <div style="margin-left: 100px; margin-top: 10px;">-</div>	<div style="text-align: right;">- 20.000</div> <div style="text-align: right; margin-top: 10px;">- 20.000</div> <div style="text-align: right;">- 60.000</div> <div style="text-align: right; margin-top: 10px;">+/-0</div>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Die Rekommunalisierung im Bereich der Strom- und Gasnetze ist keine tragfähige Strategie, wie es verschiedene Untersuchungen, Studien und Gutachten belegen. So kommt bspw. ein für die Berliner IHK erstelltes Gutachten zu dem Schluss, dass eine Rücküberführung des Verteilnetzgeschäfts in Landeshand nicht hilfreich ist, die Berliner energiewirtschaftlichen Ziele günstige Preise, Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Akzeptanz zu erreichen. Eine durch die Rekommunalisierung unsinnige zusätzliche haushalterische Belastung ist nicht akzeptabel. Deshalb werden alle Mittel in den damit im Zusammenhang stehenden Titeln gestrichen.</p> <p><i>b) verbindliche Erläuterungen:</i></p> <p>Die entsprechenden VE werden ebenfalls gestrichen.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
352.	Band 13/ EP 13/ S.142	Kapitel 1350 MG 03 Titel 68232 (neu) Zuschüsse an Berlin Energie Rekom 2 GmbH <div style="margin-left: 40px;"> Ansatz 2020: 20.000 Ansatz 2021: 20.000 VE 2020: 60.000 VE 2021: - </div>	 <div style="text-align: center;"> - 20.000 - 20.000 - 60.000 +/-0 </div>	<i>a) Begründung:</i> <p>Die Rekommunalisierung im Bereich der Strom- und Gasnetze ist keine tragfähige Strategie, wie es verschiedene Untersuchungen, Studien und Gutachten belegen. So kommt bspw. ein für die Berliner IHK erstelltes Gutachten zu dem Schluss, dass eine Rücküberführung des Verteilnetzgeschäfts in Landeshand nicht hilfreich ist, die Berliner energiewirtschaftlichen Ziele günstige Preise, Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Akzeptanz zu erreichen. Eine durch die Rekommunalisierung unsinnige zusätzliche haushalterische Belastung ist nicht akzeptabel. Deshalb werden alle Mittel in den damit im Zusammenhang stehenden Titeln gestrichen.</p> <i>b) verbindliche Erläuterungen:</i> <p>Die entsprechenden VE werden ebenfalls gestrichen.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
353.	Band 13/ EP 13/ S.142	Kapitel 1350 MG 03 Titel 68233 (neu) Zuschüsse an Berlin Energie Netz und Service GmbH (VNB 1) Ansatz 2020: 245.000 Ansatz 2021: 245.000 VE 2020: 410.000 VE 2021: 60.000	 - 245.000 - 245.000 - 410.000 - 60.000	<i>a) Begründung:</i> <p>Die Rekommunalisierung im Bereich der Strom- und Gasnetze ist keine tragfähige Strategie, wie es verschiedene Untersuchungen, Studien und Gutachten belegen. So kommt bspw. ein für die Berliner IHK erstelltes Gutachten zu dem Schluss, dass eine Rücküberführung des Verteilnetzgeschäfts in Landeshand nicht hilfreich ist, die Berliner energiewirtschaftlichen Ziele günstige Preise, Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Akzeptanz zu erreichen. Eine durch die Rekommunalisierung unsinnige zusätzliche haushalterische Belastung ist nicht akzeptabel. Deshalb werden alle Mittel in den damit im Zusammenhang stehenden Titeln gestrichen.</p> <i>b) verbindliche Erläuterungen:</i> <p>Die entsprechenden VE werden ebenfalls gestrichen.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
Einzelplan 15				
354.	Band 14/ EP 15/ S.23	Kapitel 1500 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 60.700 Ansatz 2021 60.700	 + 10.000 + 10.000	<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar. Neben der Doppik-Methoden-Kompetenz ist daher auch die Veränderungs-Kompetenz (Change-Management-Fähigkeit) zu stärken.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung</i></p> <p>Die bereits bestehende Erläuterung wird ergänzt um folgende Passagen: „... sowie fachspezifische Fortbildungen, insbesondere zur Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) bzw. der doppelischen Haushaltsführung.“</p> <p>„EPSAS und Doppelische Haushaltsführung 2020: 10.000 € 2021: 10.000 € 2019: -;</p> <p>Veränderungsmanagement ... 2020: 10.000 €, 2021: 10.000 €, 2017: - “</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
355.	Band 14/ EP 15/ S.50	Kapitel 1510 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 19.000 Ansatz 2021 19.000	 <div style="text-align: center;">+ 10.000</div> <div style="text-align: center;">+ 10.000</div>	<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung</i></p> <p>Bis zu 10 Tsd. €für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS und Doppelte Haushaltsführung (<i>verbindliche Erläuterung</i>)</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
336.	Band 14/ EP 15/ S.47ff	Kapitel 1510 Allgemeine Erläuterung	+/-0	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Nachdem der Rechnungshof nach Anträgen der AfD²¹⁵ zumindest Prüfungsvereinbarungen mit allen Wohnungsbaugesellschaften des Landes Berlin hat²¹⁶, muss die Blockade des UA Bmc gegen den Rechnungshof endlich beendet werden.</p> <p><i>b) Allgemeine Erläuterung</i></p> <p>Teil A der Allgemeinen Erläuterung erhält folgenden Zusatz:</p> <p>Dem Rechnungshof werden - parallel zur Vorlage bei den Ausschussmitgliedern - sämtliche Vorgänge des UA Bmc des AGH zugänglich gemacht.</p>

²¹⁵ Antrag der **AfD-Fraktion vom 24.01.19**, Änderung der Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen ([Drs.18/0765](#)); Antrag der **AfD-Fraktion vom 07.11.18**, "BER 3.0" verhindern - HOWOGE nicht ohne Prüfrechte des Berliner Rechnungshofes Schulen für Berlin bauen, sanieren, unterhalten und betreiben lassen ([Drs.18/1459](#)), Antrag Fraktionen **SPD, Grüne, Linke und FDP vom 06.08.19**, Prüfungsbefugnisse nach § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz des Rechnungshofs stärken ([Drs.18/2055](#))

²¹⁶ Schreiben der Präsidentin des Rechnungshofs von Berlin - PA VP 1 - vom 19.11.2019, Haushaltsberatungen 2020/2021, Stellungnahme zum Antrag der AfD-Fraktion zum Einzelplan 20 (PVPP 0120 C) (Berichtsauftrag aus der 22. Sitzung des UA PVPP vom 7.11.2019); <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-2607-v.pdf>

²¹⁷ Vgl. RN 0714, Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs; „Zahlen, Daten, Fakten – Effizientes Luftverkehrssystem Metropolenregion Berlin/Brandenburg“; <https://www.parlament-berlin.de/adosser-vice/18/Haupt/vorgang/h18-0714-v.pdf>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
338.	Band 14/ EP 15/ S.51	<p>Kapitel 1510 Titel 54010 Dienstleistungen</p> <p>Ansatz 2020 1.550.000</p> <p>Ansatz 2021 1.550.000</p> <p>TA 3 Evaluation im Integrierten Ge- sundheitsprogramm</p> <p>Ansatz 2020 130.000</p> <p>Ansatz 2021 130.000</p>	<p>-130.000</p> <p>-130.000</p> <p>-130.000</p> <p>-130.000</p>	<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>Bei der Wohnraumversorgung AöR handelt es sich um eine überflüssige Doppel- und Parallelstruktur, die aufgelöst werden kann (Siehe AfD-Antrag vom 26.10.18, Drs.18/1417).</p> <p>b) <i>Titelerläuterung</i></p> <p>TA 3 entfällt.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
339.	Band 14/ EP 15/ S.52	Kapitel 1510 Titel 68240 Zuschuss and die Wohnraum- versorgung Berlin Ansatz 2020 150.000 Ansatz 2021 150.000	 - 150.000 - 150.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Bei der Wohnraumversorgung AöR handelt es sich um eine überflüssige Doppel- und Parallelstruktur, die aufgelöst werden kann (Siehe AfD-Antrag vom 26.10.18, Drs.18/1417). <i>b) Titelerläuterung</i> TA 3 entfällt.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
340.	Band 14/ EP 15/ S.72	Kapitel 1520 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 8.000 Ansatz 2021 8.000	 <div style="text-align: center;">+ 10.000</div> <div style="text-align: center;">+ 10.000</div>	<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der Doppik auf Landesebene ist denkbar.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung</i></p> <p>Bis zu 10 Tsd. €für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS und Doppelte Haushaltsführung (<i>verbindliche Erläuterung</i>)</p>

²²⁰ Drs. 18/12123, Antwort auf Schriftliche Anfrage von Dr. Brinker (AfD) vom 21.08.17 zu Thema: Implizite Staatsschulden - Wie entwickelt sich die Generationenbilanz von Berlin? - Teil 2; <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-12123.pdf>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p>Dem ist der tatsächliche Erhaltungs- und Investitionsbedarf des öffentlichen Bereiches Berlins entgegenzustellen. Da sich der Senat auch hierzu sehr schwertut, belastbare Aussagen zu treffen, sollte dies wissenschaftlich neutral begutachtet werden.²²¹</p> <p>b) <i>Titelerläuterung</i></p> <p>Mit bis zu 25 Tsd. Euro jährlich soll in Form eines Gutachtens wissenschaftlich die Frage geklärt, wie hoch unter Zugrundelegung alternierender Prämissen der Gesamte Erhaltungs- und Erweiterungs-Investitionsbedarf des Öffentlichen Bereichs Berlins gemäß Schalenkonzept ist.</p> <p>Mit bis zu 25 Tsd. Euro jährlich soll in Form eines Gutachtens wissenschaftlich die Frage geklärt, wie sich die ungesteuerte Zuwanderung fiskalisch auf Deutschland und daraus abgeleitet auf Berlin auswirkt. Dabei ist das Konzept der Generationenbilanz und die Studie „Die fiskalischen Auswirkungen ungesteuerter Zuwanderung“²²² der Stiftung Marktwirtschaft als Ausgangsbasis der Betrachtung heranzuziehen.</p> <p>(<i>verbindliche Erläuterung</i>)</p>

²²¹ RN 0266 C, Bericht SenFin – II LIP 3 – vom 11.10.2017, Gesamter Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionsbedarf im Öffentlichen Bereich Berlins und dessen Bedeutung für die einzelnen Ebenen der öffentlichen Finanzwirtschaft (gemäß dem Schalenkonzept) – Gesamtübersicht); <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-0266.C-v.pdf>

²²² Stiftung Marktwirtschaft, KURZINFORMATION, Berlin, Dezember 2016, Die fiskalischen Auswirkungen ungesteuerter Zuwanderung; https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/uploads/tx_tproducts/datasheet/Kurzinformation_Migration_2016.pdf

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
342.	Band 14/ EP 15/ S.89	Kapitel 1530 Titel 52501 Aus- und Fortbildung Ansatz 2020 2.000 Ansatz 2021 2.000	 + 18.000 + 18.000	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Es ist aufzuklären, inwiefern Berlin von Betrugsfällen im Rahmen der sogenannten „Panama-Papers“ ²²³ , „Paradise-Papers“ ²²⁴ , „Cum-Ex-Geschäften“ ²²⁵ und Etablierungen von Steueroasen insbesondere in den USA (z.B. in Delaware ²²⁶) betroffen ist und etwaige Steuerausfälle zu verzeichnen sind. Die „Ergebnisse der Auswertung des internationalen Informationsaustausches über Finanzkonten gegen Steuerhinterziehung (OECD-Meldestandard CRS)“ sind für Berlin auszuwerten. ²²⁷ Die verstärkten internationalen Finanzverflechtungen führen zu gesteigertem Informations- und Schulungsbedarf. Dazu sind entsprechende Fortbildungen notwendig.
343.	Band 14/ EP 15/ S.91ff	<i>Kapitel übergreifend:</i> Kapitel 1522 Zentrale Steuerung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens	 +/- 0	b) <i>verbindliche Erläuterung:</i> Es ist sicherzustellen, dass die neue HKR-Software im Bedarfsfall fähig ist schnell auf Doppik umzustellen. Die Mitarbeiter sollen vorab die Fähigkeit erlangen die HKR-Software auch im Rahmen der Doppik anwenden zu können.

²²³ <http://www.zeit.de/2017/24/cum-ex-steuerbetrug-steuererstattungen-ermittlungen>

²²⁴ <https://www.nzz.ch/wirtschaft/neun-antworten-zu-den-paradise-papers-ld.1326450>

²²⁵ <http://www.zeit.de/2017/24/cum-ex-steuerbetrug-steuererstattungen-ermittlungen>

²²⁶ <http://www.zeit.de/2016/17/steueroasen-usa-panama-papers-briefkastenfirma>

²²⁷ Anfrage, Dr. Kristin Brinker (AfD) vom 28.06.19, Ergebnisse der Auswertung des internationalen Informationsaustausches über Finanzkonten gegen Steuerhinterziehung (OECD-Meldestandard CRS) ([Drs.18/20115](#))

232 [Anfrage, Dr. Kristin Brinker \(AfD\) vom 28.06.19, Ergebnisse der Auswertung des internationalen Informationsaustausches über Finanzkonten gegen Steuerhinterziehung \(OECD-Meldestandard CRS\)](#)
([Drs.18/20115](#))

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
Einzelplan 20				
345.	(bzgl. Band 14/ EP 15/ S.47ff)	Nachdem der Rechnungshof nach Anträgen der AfD ²³³ nun zumindest Prüfungsvereinbarungen mit allen Wohnungsbaugesellschaften des Landes Berlin hat ²³⁴ , muss die Blockade des UA Bmc gegen den Rechnungshof endlich beendet werden. Dazu ist ein Antrag im Kapitel 1510 Vermögen, Allgemeine Erläuterung gestellt.	+/-0	Teil A der Allgemeinen Erläuterung erhält folgenden Zusatz: Dem Rechnungshof werden - parallel zur Vorlage bei den Ausschussmitgliedern - die Vorgänge des UA Bmc des AGH zugänglich gemacht.

²³³ Antrag der **AfD-Fraktion vom 24.01.19**, Änderung der Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen ([Drs.18/0765](#)); Antrag der **AfD-Fraktion vom 07.11.18**, "BER 3.0" verhindern - HOWOGE nicht ohne Prüfrechte des Berliner Rechnungshofes Schulen für Berlin bauen, sanieren, unterhalten und betreiben lassen ([Drs.18/1459](#)), Antrag Fraktionen **SPD, Grüne, Linke und FDP vom 06.08.19**, Prüfungsbefugnisse nach § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz des Rechnungshofs stärken ([Drs.18/2055](#))

²³⁴ Schreiben der Präsidentin des Rechnungshofs von Berlin - PA VP 1 - vom 19.11.2019, Haushaltsberatungen 2020/2021, Stellungnahme zum Antrag der AfD-Fraktion zum Einzelplan 20 (PVPP 0120 C) (Berichtsauftrag aus der 22. Sitzung des UA PVPP vom 7.11.2019); <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-2607-v.pdf>

²³⁵ Vgl. hierzu Pressemappe Dr. Kristin Brinker, Gesamter Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionsbedarf im Öffentlichen Bereich Berlins, S.17; <https://kristin-brinker.de/wp-content/uploads/2019/10/Aktuell-Pressemappe-AfD-Fraktion-Berlin-Frau-Dr.-Kristin-Brinker-Stand-23.10.19.pdf>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
Einzelplan 27				
347.	-	Kapitel 2729 Titel 38639 Zuweisungen für Ausgaben (ohne Investitionen) an den Bezirk Treptow-Köpenick Ansatz 2020 - 521.038.000 Ansatz 2021 - 535.603.000	 +/-0 +/-0	<i>a) Begründung:</i> Im Bezirk Treptow-Köpenick verweigert die Mehrheit im Bezirksamt unter Anleitung von Bezirksbürgermeister Igel die Bereitstellung der Haushaltsreste der Position Haushalt Treptow-Köpenick Kap. 3810 Titel 52190 Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens aus zweckgebundenen Einnahmen, Ansatz 2020: -, Ansatz 2021: -, R 1.773.487,25. Dies trotz dessen umsetzungsreife Projekt vorliegen und es gesetzliche Pflichten dazu gibt (Vgl. Wortprotokoll der 55. HA-Sitzung, S.76ff) <i>b) Titelerläuterung:</i> Zweckgebundene Einnahmen sind zweckentsprechend zu verausgaben. Damit verbundene Haushaltsreste sind bei Anforderung durch die zuständigen Stadträte bzw. das Bezirksamt aufgrund umsetzungsreifer Projekte dem entsprechenden Amt zugänglich zu machen. <i>(verbindlichen Erläuterung)</i>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
348.	-	<p><i>Neuer Titel:</i></p> <p>Kapitel 2705 Titel (neu)</p> <p>„bezirkliche Stadtentwicklungspläne/Sport“</p> <p>Ansatz 2020 -</p> <p>Ansatz 2021 -</p>	<p>+ 600.000</p> <p>+ /- 0</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>In den folgenden Bezirken sollen bis spätestens Ende 2021 Stadtentwicklungspläne im Bereich Sport erarbeitet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> 7. Friedrichshain-Kreuzberg 8. Lichtenberg 9. Marzahn-Hellersdorf 10. Neukölln 11. Spandau 12. Steglitz-Zehlendorf <p>Die Deckung kommt aus diesen Titeln:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 0510/53118 (100.000 EURO) • 0510/68506 (500.000 EURO) <p><i>c) Übertragbarkeitsvermerk:</i></p> <p>Die Ausgaben sind übertragbar.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
349.	Band 14/ EP 27/ S.289	Kapitel 2729 Titel 37201 Pauschale Mindereinnahme <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Ansatz 2020 0 - 30.000.000 </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Ansatz 2021 0 - 30.000.000 </div>		<p>a) <i>Begründung:</i></p> <p>Kostenloses Schulesen als Wahlkampfgeschenk von R2G kann rückgängig gemacht werden. Die Bevölkerung ist nicht auf sozialistische Almosen angewiesen. Insbesondere Schüler bedürfen auch eines Bewusstseins über den Wert von Gütern und Dienstleistungen, die sich in entsprechenden Preisen widerspiegeln, die mindestens die Kosten abdecken. Der Leitgedanke »Alles für alle und zwar umsonst« lässt keine selbstbewussten und wertschöpfungsfähigen Menschen heranwachsen und ist ein Widerspruch in sich. Dinge, die „nichts kosten“ werden meistens auch „als wertlos“ erachtet und entsprechend achtlos behandelt.</p> <p>Der Presse war zu entnehmen:</p> <p style="text-align: center;"><i>„Ab 2019/20 fallen die monatlich 37 Euro für das Essen in den Grundschulen weg. Diese Regelung gilt auch für die 5. und 6. Klassen an Gymnasien. Das allein kostet etwa 40 Millionen Euro im Jahr.“²³⁶</i></p> <p>In Drs.18/2020 auf S.31 heißt es²³⁷:</p> <p style="text-align: center;"><i>„Mit dem Bezirksplafond 2020/21 wurden auch die Beschlüsse zum Nachtragshaushalt 2019 verstetigt. Dies betrifft zum einen die Veränderung der Kostenbeteiligung beim Schulesen. Hierfür sind Einnahmeausfälle in Höhe von 30 Mio. € und Kostensteigerungen bei</i></p>

²³⁶ Berliner-Zeitung, 03.12.18, Schulessen und Schülerticket werden kostenlos, ; <https://archiv.berliner-zeitung.de/berlin/bildung-schulessen-und-schuelerticket-werden-kostenlos-31688630>

²³⁷ Vgl. hierzu auch S.5 in Drs.18/1743: <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-1743-v.pdf>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p><i>den sonstigen Sachausgaben von 7,1 Mio.€ im Bezirksplafond berücksichtigt. [H.d.V.]“</i></p> <p><i>b) verbindliche Erläuterung:</i></p> <p>Die Einführung des kostenlosen Schulessens ist zurückzunehmen und entsprechend wieder höheren Einnahmen zu vereinnahmen.</p>
350.	Band 14/ EP 27/ S.291	<p>Kapitel 2729 Titel 97203 Pauschale Minderausgaben</p> <p>Ansatz 2020 -115.000.000</p> <p>Ansatz 2021 -2.000.000</p>	<p>- 10.000.000</p> <p>- 10.000.000</p>	<p><i>a) Begründung:</i></p> <p>Kostenloses Schulessen als Wahlkampfgeschenk von R2G kann rückgängig gemacht werden. Die Bevölkerung ist nicht auf sozialistische Almosen angewiesen. Insbesondere Schüler bedürfen auch eines Bewusstseins über den Wert von Gütern und Dienstleistungen, die sich in entsprechenden Preisen widerspiegeln, die mindestens die Kosten abdecken. Der Leitgedanke »Alles für alle und zwar umsonst« lässt keine selbstbewussten und wertschöpfungsfähigen Menschen heranwachsen und ist ein Widerspruch in sich. Dinge, die „nichts kosten“ werden meistens auch „als wertlos“ erachtet und entsprechend achtlos behandelt.</p> <p>Der Presse war zu entnehmen:</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs-ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p>„Ab 2019/20 fallen die monatlich 37 Euro für das Essen in den Grundschulen weg. Diese Regelung gilt auch für die 5. und 6. Klassen an Gymnasien. Das allein kostet etwa 40 Millionen Euro im Jahr.“²³⁸</p> <p>In Drs.18/2020 auf S.31 heißt es²³⁹:</p> <p>„Mit dem Bezirksplafond 2020/21 wurden auch die Beschlüsse zum Nachtragshaushalt 2019 verstetigt. Dies betrifft zum einen die Veränderung der Kostenbeteiligung beim Schulessen. Hierfür sind Einnahmeausfälle in Höhe von 30 Mio.€ und Kostensteigerungen bei den sonstigen Sachausgaben von 7,1 Mio.€ im Bezirksplafond berücksichtigt. [H.d.V.]“</p> <p>b) verbindliche Erläuterung:</p> <p>Die Einführung des kostenlosen Schulessens ist zurückzunehmen und entsprechend geringere Ausgaben zu tätigen.</p>

²³⁸ Berliner-Zeitung, 03.12.18, Schulessen und Schülerticket werden kostenlos, ; <https://archiv.berliner-zeitung.de/berlin/bildung-schulessen-und-schuelerticket-werden-kostenlos-31688630>

²³⁹ Vgl. hierzu auch S.5 in Drs.18/1743; <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-1743-v.pdf>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
Einzelplan 29				
351.	Band 14/ EP 29/ S.318	Kapitel 2910 Titel 35905 (neu) Entnahme aus der Haushalts- entlastungsrücklage Ansatz 2020 - Ansatz 2021 700.000.000	 <div style="text-align: center;"> +/-0 - 700.000.000 </div>	<i>a) Begründung:</i> Es wird nicht gebraucht, wenn der Haushalt – wie von der AfD vorgeschlagen – nachhaltig und generationengerecht aufgestellt wird. Es herrscht das geringste Zinsniveau seit Jahrzehnten, die höchste Erwerbsquote seit Jahrzehnten. Die Gesamteinnahmen steigen – wenn auch geringer als ursprünglich erwartet - auf Basis des nach wie vor wachsenden BIPs und einer stark überhitzten Bauwirtschaft. Durch die Änderungsanträge der AfD konnten für die Jahre 2020 und 2021 rund 1.308 Mio. EUR (908 Mio. EUR direkte Ausgaben, 400 Mio. EUR durch PMAs) und 518 Mio. EUR VEs – insgesamt 1,86 Mrd. EUR – eingespart werden. <div style="text-align: right;"> 2020: -516 Mio. EUR (= -316 + PMA -200) 2021: -793 Mio. EUR (= -593 + PMA -200) ----- Σ=: <u>-1.309 Mio. EUR</u> (= -909 + PMA -400) </div> <div style="text-align: right;"> VE 2020: -327 Mio. EUR VE 2021: -191 Mio. EUR ----- Σ=: <u>-518 Mio. EUR</u> </div>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p>Gesamtersparnis: <u>1,861 Milliarden EUR</u></p> <p>Die 700 Mio. EUR, die im Rahmen des Nachtragshaushaltes in die Haushaltsentlastungsrücklage gelegt werden sollen, können - dem SIWANA-Antrag der AfD entsprechend - zu je einem Drittel in die Schuldentilgung, den Nachhaltigkeitsfonds und den SIWA überführt werden.</p> <p>Der Geldverschwendungshaushalt-Haushaltsentwurf des Senats, der trotz guter wirtschaftlicher Rahmenbedingung ohne Haushaltsentlastungsrücklage durch gewaltige Wahlgeschenke bereits 2021 in ein Defizit von 700 Mio. EUR rutschen würde, ist auf gesunde Füße zu stellen.</p> <p>Berlin soll »von der Hauptstadt der Armut zur Hauptstadt des Wohlstands« werden.</p>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
352.	Band 14/ EP 29/ S.319	<i>Neuer Titel:</i> Kapitel 2910 Titel 97203 (neu) Pauschale Minderausgaben Ansatz 2020 - Ansatz 2021 -	 -200.000.000 -200.000.000	<i>a) Begründung:</i> Es herrscht das geringste Zinsniveau seit Menschen Gedenken, die höchste Erwerbsquote seit Jahrzehnten, die Gesamteinnahmen steigen – wenn auch geringer als ursprünglich erwartet - auf Basis des nach wie vor wachsenden BIPs und einer stark überhitzten Bauwirtschaft. Trotzdem besteht laut Finanzplan 2020 eine Notwendigkeit für Pauschale Minderausgaben von -494 Mio. EUR (2022) und -409 Mio. EUR (2023). Ohne die Haushaltsentlastungsrücklage von 700 Mio. EUR, die aus dem Jahresüberschuss 2019 gebildet werden soll, um im Wahlkampfjahr keine Einsparungen vornehmen zu müssen bzw. weiter Wahlgeschenke ausschütten zu können, bestünde auch 2021 bereits ein tatsächliches Defizit von - 700 Mio. EUR. Aus diesem Grund gilt es bereits in den nächsten zwei Jahren Sparpotenziale insbesondere durch Effizienzmaßnahmen zu erschließen. Laut einer Studie von IREF setzt <i>„Berlin [...] in vielen Bereichen mehr Personal ein als Hamburg, ohne seinen Bürgern erkennbar bessere Dienstleistungen bereit zu stellen - zahlreiche Beispiele sprechen für das Gegenteil. Berliner Verwaltungsangestellte sind wohl kaum weniger begabt oder fleißig als ihre Kollegen in Hamburg, München oder Mainz. Naheliegender ist es, dass ihre Produktivität durch eine mangelhafte Organisation ausgebremst wird.</i>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs-ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
				<p><i>Eine mangelhafte Organisation offenbart sich beispielsweise in Doppelzuständigkeiten. Für den Bereich Verkehr sind in Berlin teilweise sowohl Polizei als auch das Ordnungsamt zuständig. Auch die Zuständigkeiten zwischen Senat und Bezirksverwaltungen sind in Berlin nicht optimal verteilt. So dauert die Einrichtung eines Zebrastreifens drei Jahre und bedarf 18 Verfahrensschritten, weil Prüfvorgänge sich doppeln und zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen abgestimmt werden müssen.</i></p> <p><i>Im Vergleich zu Hamburg setzt Berlin im Bereich innere Verwaltung gut 3 Vollzeitstellen weniger ein. Die innere Verwaltung übernimmt Aufgaben und stellt Ressourcen bereit, die für die Funktion der Verwaltung essentiell sind. Sie ist unter anderem für Personalfragen, Haushalts- und Rechnungswesen, Controlling, Beschaffung und Kosten-Nutzen-Analysen verantwortlich. Vielleicht sollte Berlin an genau dieser kritischen Stelle der inneren Organisation mehr und anderswo weniger Personal einsetzen.</i></p> <p><i>Dass es auch in Berlin besser geht, zeigt das Land übrigens auf der Einnahmenseite. In der Finanzverwaltung setzt Berlin pro 1.000 Einwohner fast eine halbe Vollzeitstelle weniger ein als Hamburg, dennoch können sich die Berliner über eine relativ schnelle Bearbeitung freuen. Nur das Saarland bearbeitet Steuererklärungen schneller als die Berliner Verwaltung. Wo ein Wille ist, scheint auch in Berlin ein Weg zu sein.“²⁴⁰</i></p> <p>In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob der Vorschlag des Rechnungshofes zur Umstrukturierung seiner Aufbau- und Ablauforganisation, der leider von den Altparteien abgelehnt wurde²⁴¹, sich nicht fruchtbar auf andere Verwaltungen übertragen ließe.</p> <p>Darüber hinaus sind die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und die derzeit ca. 12.400 vollziehbar Ausreisepflichtigen auch abzuschieben.</p>

²⁴⁰ IREF, 23.04.19, Berliner Verwaltung: Zu wenig Personal?; <https://de.irefeurope.org/Diskussionsbeiträge/Artikel/article/Berliner-Verwaltung-Zu-wenig-Personal#doc1934>

²⁴¹ RN 1063, <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-1063-v.pdf>

242 https://www.bvg.de/abo?gclid=EAlaIqobChMI9a3888CG5gIVU5nVChlvRQj_EAAYASAAEgLfrrd_BwE

243 <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.820523.php>

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/landeshaushalt-bis-2021-kostenloses-bvg-ticket-fuer-beschaeftigte-der-berliner-verwaltung/24467340.html>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
Personal-Titel				
	-	Alle Titel bezüglich Mittel für Personal, Investitionen, konsumtive Sachausgaben und Zuschüsse jeder Art für die Umsetzung des Mietendeckels	+/-0	<p>a) Begründung:</p> <p>In einer Pressemitteilung vom 22.10.19 der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung heißt es: „Senat bringt Mietendeckel auf den Weg“.²⁴⁴ Des Weiteren ist der Web-seite von SenStadtEntw zu entnehmen:</p> <p>„Das Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin (MietenWoG Bln) liegt derzeit nur im Entwurf vor. Das Abgeordnetenhaus von Berlin muss dieses Gesetz zunächst beschließen. Bis zu diesem Zeitpunkt kann der Gesetzentwurf im weiteren Verfahren jederzeit geändert werden.“²⁴⁵</p> <p>Es ist wünschenswert, dass der Mietendeckel <u>nicht</u> kommt. Die Schätzungen über den Personalbedarf sind darüber hinaus sehr unpräzise²⁴⁶ und der Ansatz auf dem es basiert wurde am 21.11.19 im Rat der Bürgermeister abgelehnt.</p> <p>c) Sperrvermerk:</p> <p>Alle Titel bezüglich Mittel für Personal, Investitionen, konsumtive Sachausgaben und Zuschüsse jeder Art für die Umsetzung des Mietendeckels insofern sie noch nicht gestrichen wurden sind gesperrt.</p>

²⁴⁴ https://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/pressebox/archiv_volltext.shtml?arch_1910/nachricht6802.html

²⁴⁵ <https://stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnraum/mietendeckel/>

²⁴⁶ Bericht SenStadtWohn –Z P 5 (v) –vom 08.11.2019 Einzelplan 12 Personalwirtschaftliche Auswirkungen der gesetzlichen Verankerung eines Mietendeckels (UAPVPP 0193); <https://www.parlament-berlin.de/a-dos/18/UAPVPP/vorgang/uph18-0193-v.pdf>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
	Band 04/ EP 05/ S.15	Kapitel 0500 Titel 42801 Entgelte der planmäßigen Tarif- beschäftigten Ansatz 2020: 5.450.000 Ansatz 2021: 5.792.000	 + 217.910 + 217.910	<i>a) Begründung:</i> Der Polizei-Beauftragte von Berlin soll eine unabhängige Kontrollinstanz sein, an die sich Polizeibeamte und -angestellte bei Eingaben und Beschwerden außerhalb des Dienstweges wenden können. <i>b) Titelerläuterung:</i> Der Polizeibeauftragte des Landes Berlin soll hauptamtlich sein. Ihm soll ein Stellvertreter und drei Sachbearbeiter zur Seite gestellt werden. Zu diesem Zweck werden – vorbehaltlich einer BAK-Prüfung durch die Senatsverwaltung für Finanzen – folgende Stellen geschaffen: 1 VZÄ A15 für den Beauftragten (1 x 75.800 = 75.800 €/a) 1 VZÄ A14 für den Stellvertreter (1 x 72.690 = 72.690 €/a) 2 VZÄ A09 für die zwei Sachbearbeiter (2 x 34.710 = 69.420 €/a) Der Polizei-Beauftragte von Berlin soll eine unabhängige Kontrollinstanz sein, an die sich Polizeibeamte und -angestellte bei Eingaben und Beschwerden außerhalb des Dienstweges wenden können. <i>(verbindliche Erläuterung)</i>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
44.	Band 04/ EP 05/ S.137 ff. <u>lfd. Nr. 13</u> <u>in</u> <u>RN</u> <u>1900 BC</u>	<i>neuer Titel:</i> Kapitel 0533 Titel (neu) Tarifbeschäftigte zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben – Direktion 1 Ansatz 2020 - Ansatz 2021 -	 + 1.500.000 + 1.500.000	<i>a) Begründung:</i> Schaffung eines Titels zur Etatisierung der Mittel zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben. In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 sollen Mittel eingestellt werden, um zusätzlich bis zu 30 Tarifbeschäftigte einzustellen. Entsprechend des vom Senat verwendeten Personalmittelwerts belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 auf 50.000 €(Arbeitgeberbrutto 45.000 €, zzgl. Einrichtungspauschale von einmalig 5.000 €). Für das Haushaltsjahr 2019 belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten auf 45.000 €(Arbeitgeberbrutto). <i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i> Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes sollen bis zu 30 Tarifstellen neu geschaffen werden. Diese Tarifbeschäftigten sollen den Polizeivollzugsdienst im Rahmen der nicht-hoheitlichen Aufgaben entlasten. (verbindliche Erläuterung)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
46.	Band 04/ EP 05/ S.143 ff. <u>lfd. Nr. 15</u> <u>in</u> <u>RN</u> <u>1900 BC</u>	<i>neuer Titel:</i> Kapitel 0534 Titel (neu) Tarifbeschäftigte zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben – Direktion 2 Ansatz 2020 - Ansatz 2021 -	 + 1.500.000 + 1.500.000	<i>a) Begründung:</i> Schaffung eines Titels zur Etatisierung der Mittel zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben. In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 sollen Mittel eingestellt werden, um zusätzlich bis zu 30 Tarifbeschäftigte einzustellen. Entsprechend des vom Senat verwendeten Personalmittelwerts belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 auf 50.000 €(Arbeitgeberbrutto 45.000 €, zzgl. Einrichtungspauschale von einmalig 5.000 €). Für das Haushaltsjahr 2019 belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten auf 45.000 €(Arbeitgeberbrutto). <i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i> Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes sollen bis zu 30 Tarifstellen neu geschaffen werden. Diese Tarifbeschäftigten sollen den Polizeivollzugsdienst im Rahmen der nicht-hoheitlichen Aufgaben entlasten. (verbindliche Erläuterung)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
48.	Band 04/ EP 05/ S.149 ff. <u>lfd. Nr. 17</u> <u>in</u> <u>RN</u> <u>1900 BC</u>	<i>neuer Titel:</i> Kapitel 0535 Titel (neu) Tarifbeschäftigte zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben – Direktion 3 Ansatz 2020 - Ansatz 2021 -	 + 1.500.000 + 1.500.000	<i>a) Begründung:</i> Schaffung eines Titels zur Etatisierung der Mittel zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben. In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 sollen Mittel eingestellt werden, um zusätzlich bis zu 30 Tarifbeschäftigte einzustellen. Entsprechend des vom Senat verwendeten Personalmittelwerts belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 auf 50.000 €(Arbeitgeberbrutto 45.000 €, zzgl. Einrichtungspauschale von einmalig 5.000 €). Für das Haushaltsjahr 2019 belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten auf 45.000 €(Arbeitgeberbrutto). <i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i> Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes sollen bis zu 30 Tarifstellen neu geschaffen werden. Diese Tarifbeschäftigten sollen den Polizeivollzugsdienst im Rahmen der nicht-hoheitlichen Aufgaben entlasten. (verbindliche Erläuterung)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
50.	Band 04/ EP 05/ S.155 ff. <u>lfd. Nr. 19</u> <u>in</u> <u>RN</u> <u>1900 BC</u>	<i>neuer Titel:</i> Kapitel 0536 Titel (neu) Tarifbeschäftigte zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben – Direktion 4 Ansatz 2020 - Ansatz 2021 -	 + 1.500.000 + 1.500.000	<i>a) Begründung:</i> Schaffung eines Titels zur Etatisierung der Mittel zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben. In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 sollen Mittel eingestellt werden, um zusätzlich bis zu 30 Tarifbeschäftigte einzustellen. Entsprechend des vom Senat verwendeten Personalmittelwerts belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 auf 50.000 €(Arbeitgeberbrutto 45.000 €, zzgl. Einrichtungspauschale von einmalig 5.000 €). Für das Haushaltsjahr 2019 belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten auf 45.000 €(Arbeitgeberbrutto). <i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i> Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes sollen bis zu 30 Tarifstellen neu geschaffen werden. Diese Tarifbeschäftigten sollen den Polizeivollzugsdienst im Rahmen der nicht-hoheitlichen Aufgaben entlasten. (verbindliche Erläuterung)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
52.	Band 04/ EP 05/ S.161 ff. <u>lfd. Nr. 21</u> <u>in</u> <u>RN</u> <u>1900 BC</u>	<i>neuer Titel:</i> Kapitel 0537 Titel (neu) Tarifbeschäftigte zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben – Direktion 5 Ansatz 2020 - Ansatz 2021 -	 + 1.500.000 + 1.500.000	<i>a) Begründung:</i> Schaffung eines Titels zur Etatisierung der Mittel zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben. In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 sollen Mittel eingestellt werden, um zusätzlich bis zu 30 Tarifbeschäftigte einzustellen. Entsprechend des vom Senat verwendeten Personalmittelwerts belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 auf 50.000 €(Arbeitgeberbrutto 45.000 €, zzgl. Einrichtungspauschale von einmalig 5.000 €). Für das Haushaltsjahr 2019 belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten auf 45.000 €(Arbeitgeberbrutto). <i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i> Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes sollen bis zu 30 Tarifstellen neu geschaffen werden. Diese Tarifbeschäftigten sollen den Polizeivollzugsdienst im Rahmen der nicht-hoheitlichen Aufgaben entlasten. (verbindliche Erläuterung)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
54.	Band 04/ EP 05/ S.167 ff. <u>lfd. Nr. 23</u> <u>in</u> <u>RN</u> <u>1900 BC</u>	<i>neuer Titel:</i> Kapitel 0538 Titel (neu) Tarifbeschäftigte zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben – Direktion 6 Ansatz 2020 - Ansatz 2021 -	 + 1.500.000 + 1.500.000	<i>a) Begründung:</i> Schaffung eines Titels zur Etatisierung der Mittel zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben. In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 sollen Mittel eingestellt werden, um zusätzlich bis zu 30 Tarifbeschäftigte einzustellen. Entsprechend des vom Senat verwendeten Personalmittelwerts belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 auf 50.000 €(Arbeitgeberbrutto 45.000 €, zzgl. Einrichtungspauschale von einmalig 5.000 €). Für das Haushaltsjahr 2019 belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten auf 45.000 €(Arbeitgeberbrutto). <i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i> Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes sollen bis zu 30 Tarifstellen neu geschaffen werden. Diese Tarifbeschäftigten sollen den Polizeivollzugsdienst im Rahmen der nicht-hoheitlichen Aufgaben entlasten. (verbindliche Erläuterung)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
56.	Band 04/ EP 05/ S.173 ff. <u>lfd. Nr. 25</u> <u>in</u> <u>RN</u> <u>1900 BC</u>	<i>neuer Titel:</i> Kapitel 0541 Titel (neu) Tarifbeschäftigte zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben – Direktion Einsatz Ansatz 2020 - Ansatz 2021 -	 + 1.500.000 + 1.500.000	<i>a) Begründung:</i> Schaffung eines Titels zur Etatisierung der Mittel zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben. In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 sollen Mittel eingestellt werden, um zusätzlich bis zu 30 Tarifbeschäftigte einzustellen. Entsprechend des vom Senat verwendeten Personalmittelwerts belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 auf 50.000 €(Arbeitgeberbrutto 45.000 €, zzgl. Einrichtungspauschale von einmalig 5.000 €). Für das Haushaltsjahr 2019 belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten auf 45.000 €(Arbeitgeberbrutto). <i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i> Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes sollen bis zu 30 Tarifstellen neu geschaffen werden. Diese Tarifbeschäftigten sollen den Polizeivollzugsdienst im Rahmen der nicht-hoheitlichen Aufgaben entlasten. (verbindliche Erläuterung)

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
58.	Band 04/ EP 05/ S.183 ff. <u>lfd. Nr. 27</u> <u>in</u> <u>RN</u> <u>1900 BC</u>	<i>neuer Titel:</i> Kapitel 0543 Titel (neu) Tarifbeschäftigte zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben – Landeskriminalamt Ansatz 2020 - Ansatz 2021 -	 + 1.500.000 + 1.500.000	<i>a) Begründung:</i> Schaffung eines Titels zur Etatisierung der Mittel zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von nicht-hoheitlichen Aufgaben. In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 sollen Mittel eingestellt werden, um zusätzlich bis zu 30 Tarifbeschäftigte einzustellen. Entsprechend des vom Senat verwendeten Personalmittelwerts belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 auf 50.000 €(Arbeitgeberbrutto 45.000 €, zzgl. Einrichtungspauschale von einmalig 5.000 €). Für das Haushaltsjahr 2019 belaufen sich die Personalkosten pro Tarifbeschäftigten auf 45.000 €(Arbeitgeberbrutto). <i>b) Verbindliche Erläuterungen:</i> Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes sollen bis zu 30 Tarifstellen neu geschaffen werden. Diese Tarifbeschäftigten sollen den Polizeivollzugsdienst im Rahmen der nicht-hoheitlichen Aufgaben entlasten. <i>(verbindliche Erläuterung)</i>

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
IKT-Titel				
EP 05 - Kapitel 0573				
67.	EP 05 in IKT-Liste S.44 (S.291 im EP 05)	Kapitel 0573 MG 32 Titel 81246 Anpassung des Fachverfah- rens VOIS Ansatz 2020 555.000 Ansatz 2021 75.000	 - 555.000 - 75.000	<i>a) Begründung:</i> Alle Sachmittel für die Anpassung des Fachverfahrens VOIS sollen ersatzlos gestrichen werden. Nach einer Entscheidung des EuGHs vom 18.06.2019 ist eine Anpassung des Fachverfahrens der Zulassungsbehörde bzgl. der Infrastrukturabgabe nicht mehr notwendig. Dies wurde seitens der Verwaltung im schriftlichen Bericht (RN 1925 , BA Nr. 145 der AfD-Fraktion) bestätigt.

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs Hh 20/21	Entwurf Haushaltsplan 20/21 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungs- ermächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
EP 09 - Kapitel 0950				
221.	EP 09 in IKT-Liste S.8 (S.90 im EP 09)	Kapitel 0950 MG 32 Titel 51185 Dienstleistungen für die ver- fahrensabhängige IKT Ansatz 2020 0 Ansatz 2021 450.000 (gesperrt)	 +/- 0 - 450.000	<i>a) Begründung:</i> Alle Sachmittel in diesem Titel sollen nicht nur gesperrt, sondern komplett gestrichen werden. Maßnahmen im Zusammenhang mit EGovG und OZG sind generell geschlechterneutral, barriere- und diskriminierungsfrei zu implementieren. Insofern erscheint ein separates Budget für den Themenkreis Frauen und Gleichstellung nicht erforderlich, da Gleichstellung bereits Grundanforderung bei der Entwicklung aller IKT-Fachverfahren ist. Seitens der Verwaltung konnten weiterhin keine konkreten Projekte benannt werden, die die Bereitstellung eines Budgets erforderlich machen würden.

*Hinweis: Verbindliche Erläuterungen und Haushaltsvermerke wie Sperrvermerke und qualifizierte Sperrvermerke werden Bestandteil des Haushaltsplans und haben Teil an der Rechtskraft des Haushaltsgesetzes.

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		A. Allgemein	
1.	1.*	Der Senat und die Bezirke werden aufgefordert, bei über- oder außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sowie bei Einnahmeverzichten in grundsätzlichen (d. h. auch bei neuen Baumaßnahmen) oder finanziell bedeutsamen Fällen den Hauptausschuss vorab zu unterrichten (Kenntnisnahme). Dies gilt auch, wenn im Laufe eines Haushaltsjahres zusätzliche Ausgaben für nichtplanmäßige Dienstkräfte bereitgestellt werden sollen und insoweit eine künftige Erweiterung des Stellenrahmens vorgesehen ist. Dienen die über- oder außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen oder machen die Umstände sofortiges Handeln erforderlich, ist der Hauptausschuss unverzüglich nachträglich zu unterrichten.	Beibehalten!
2.	2.*	Die Anmietung neuer oder zusätzlicher Flächen darf nur ausnahmsweise erfolgen und bedarf der Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen. Neue oder zusätzliche Flächen dürfen erst nach Zustimmung des Hauptausschusses angemietet, alternativ finanziert oder gekauft werden, wenn Flächenbilanzen für die betreffende Senatsverwaltung bzw. die betreffenden Bezirke vorliegen, die damit verbundenen Aufgaben Priorität haben, nachweislich keine Alternative zum darzustellenden Bedarf besteht und der Vorschlag die kostengünstigste Lösung darstellt. Alle Folgekosten sind einzubeziehen. Entsprechendes gilt für den Tausch von Flächen zwischen Dienststellen. Die Zustimmung des Hauptausschusses ist nicht erforderlich für Anmietungsgeschäfte sowohl für die Senatsverwaltungen als auch für die Bezirke, wenn die Nettokaltmiete 7.000 Euro monatlich nicht übersteigt oder die Größe der anzumietenden Fläche 1.000 qm nicht übersteigt. Sofern Flächen unter 1.000 m² angemietet werden, ist die Zustimmung des Hauptausschusses ebenfalls erforderlich, wenn zuvor am selben Standort bereits Anmietungen unter der Größenschwelle erfolgten und durch die nunmehr beabsichtigte Anmietung die Summe der insgesamt angemieteten Fläche größer als 1.000 m² ist.	Beibehalten!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
3.	3.*	Der Senat und alle Senatsverwaltungen werden aufgefordert, in Vorlagen an das Abgeordnetenhaus und dessen Ausschüsse neben Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung auch die Gesamtkosten (einschließlich landeseigener Grundstücke und Flächen) darzustellen. Soweit dies in Einzelfällen wegen fehlender Kosten- und Leistungsrechnungen noch nicht möglich ist, sollen Pauschalsätze der kommunalen Gemeinschaftsstelle angewendet werden.	Beibehalten!
4.	4.*	Alle vom Senat vorzulegenden Berichte über Auflagen , auch die, die an das Abgeordnetenhaus zu richten sind, müssen auch gegenüber dem Hauptausschuss als Bericht vorgelegt werden.	Beibehalten!
5.	5.*	<p>a) Für jede(n) nicht fristgerecht eingehende(n) Vorlage oder Bericht an den Hauptausschuss und dessen Unterausschüsse kann der Hauptausschuss im Kopfplan der jeweils zuständigen Verwaltung eine pauschale Minderausgabe von 75.000 Euro ausbringen. Dies gilt für inhaltlich unzureichende Vorlagen, für Vorlagen mit haushaltsmäßigen Auswirkungen, die nicht von der Senatsverwaltung für Finanzen mitgezeichnet worden sind, und für Kapitel im Entwurf des Haushaltsplans, in denen bei Änderung der Grob- oder Feingliederung die Vergleichsbeträge nicht entsprechend umgegliedert worden sind, entsprechend.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Diese Minderausgaben werden zur Senkung der Verschuldung eingesetzt. – Vorlagen und Berichte liegen nicht rechtzeitig vor, wenn sie nicht zum festgesetzten Termin oder nicht eine Woche vor dem Beratungstermin bis 13.00 Uhr in der Geschäftsstelle des Hauptausschusses eingegangen sind. – Spätestens mit der Einbringung des Haushaltsgesetzes müssen alle zuvor zur Haushaltsberatung angeforderten Berichte in der Geschäftsstelle des Hauptausschusses bzw. in den Geschäftsstellen der jeweiligen Unterausschüsse eingegangen sein, sofern sie nicht ausdrücklich erst zur Beratung eines bestimmten Einzelplans angefordert worden sind. – Der Hauptausschuss erwartet, dass in Vorlagen und Berichten bei allen aufgeführten Kapiteln und Titeln die Ansätze des abgelaufenen, des laufenden und – soweit möglich – des kommenden Haushaltsjahres sowie das Ist-Ergebnis des abgelaufenen Rechnungsjahres, die Verfügungsbeschränkungen und die aktuelle Ausschöpfung in einer tabellarischen Übersicht vorangestellt werden. <p>b) Der Hauptausschuss erwartet, dass im Betreff von Vorlagen alle vorangegangenen Vorlagen zum gleichen Thema mit „roter Nummer“ genannt werden.</p>	Beibehalten!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		<p>c) Für die Bezirke beträgt die Höhe der gegebenenfalls auszubringenden pauschalen Minderausgabe in den vorgenannten Fällen 50.000 Euro. Gleiches gilt für schwerwiegende Verstöße eines Bezirks gegen Auflagen und Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, des Hauptausschusses oder geltendes Haushaltsrecht.</p> <p>d) Die Regelung der Absätze a) und c) gelten auch für die Nichteinhaltung sonstiger Auflagenbeschlüsse.</p>	
6.	6.*	<p>a) Der Senat wird aufgefordert, die Wirtschaftspläne für Zuschussempfänger einschließlich der Betriebe nach § 26 LHO, der Eigenbetriebe und der BIM GmbH künftig im Haushaltsplan wie folgt darzustellen: Gegenüberstellung der letzten zwei Jahre als Soll-Ist-Vergleich; Grundlage bilden die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung.</p> <p>b) Zu den Haushaltsberatungen sind die Wirtschaftspläne der Zuschussempfänger ab einer Höhe des Zuschusses von 100.000 Euro (ggf. als Entwurf) rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen des Abgeordnetenhauses vorzulegen. Die Wirtschaftspläne der Betriebe nach § 26 LHO sind über den Hauptausschuss spätestens bis zur 2. Lesung des jeweiligen Einzelplans im Fachausschuss vorzulegen. Der Wirtschaftsplan des ITDZ ist rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen dem Hauptausschuss vertraulich vorzulegen.</p> <p>c) In Jahren ohne Haushaltsberatungen haben alle Einrichtungen, die Zuschüsse ab einer Höhe von 100.000 Euro aus dem Landeshaushalt erhalten, ihre beschlossenen und ausgeglichenen Haushalts- oder Wirtschaftspläne so rechtzeitig vorzulegen, dass sie spätestens zur letzten Sitzung des Hauptausschusses vor der Weihnachtspause und damit vor Beginn des nächsten Haushaltsjahres dem Hauptausschuss übermittelt werden können.</p> <p>d) Die Wirtschaftspläne enthalten mindestens</p> <ul style="list-style-type: none"> – die geplante Bilanzsumme unter Darstellung des Anlagevermögens mit der Summe der Sach- und Finanzanlagen, des Umlaufvermögens mit der Darstellung der kurzfristigen Forderungen, der langfristigen Forderungen und der liquiden Mittel, des Eigenkapitals, der Rückstellungen, der Verbindlichkeiten unterteilt in kurzfristige und langfristige Verbindlichkeiten und der Kapitalzuführungen und 	Beibehalten!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		<ul style="list-style-type: none"> – das geplante Geschäftsergebnis unter Darstellung der Erlöse, des Personalaufwands, des Sachaufwands, der Abschreibungen, der Entnahme aus Rücklagen und der gewährten Zuschüsse unterteilt nach Zuschüssen aus dem Landeshaushalt und Zuschüssen Dritter. Die Zuschüsse aus dem Haushalt sind zu gliedern in institutionelle Förderung und Projektförderung. <p>e) Der Senat wird zudem aufgefordert, den vom Land Berlin institutionell geförderten Zuwendungsempfängern folgende Regel verbindlich vorzugeben: Die Pflicht zur Veröffentlichung der Gehälter der Geschäftsführer bzw. bezahlter Vorstände (inklusive Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften) beim Empfänger der Zuwendung ist verbindlicher Bestandteil des Zuwendungsbescheides.</p>	
7.	7.	<p>Zuwendungsempfänger haben im Zuwendungsantrag darzulegen, inwiefern sie tarifgebunden sind oder mindestens in Anlehnung an einen Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst vergüten.</p> <p>Der Senat wird aufgefordert, jährlich zum 30. September einen Bericht über die Tarifentwicklung bei freien Trägern vorzulegen. Dieser soll insbesondere enthalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Eine Analyse sowie eine Bewertung der Entwicklung der Tariflücke bei freien Trägern im Land und in den Bezirken im Vergleich zur Tarifentwicklung im Öffentlichen Dienst des Landes Berlin – Maßnahme- und Zeitplan des Senats zur Schließung der Lücke und den dafür nötigen finanziellen Aufwand <p>Weiterhin wird der Senat aufgefordert, bis zum 31. August 2018 einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Zuwendungsempfänger und Leistungserbringer insbesondere im Rahmen von Zuwendungs- und Leistungsverträgen verpflichtet werden können, die für die Tarifangleichung bereitgestellten öffentlichen Mittel an ihre Beschäftigten weiterzureichen. Die Erfahrungen der Bezirke sind dabei zu berücksichtigen.</p>	<p>Beibehalten!</p> <p>Streichung des letzten Absatzes!</p>
8.	8.*	<p>Der Senat wird aufgefordert, die im § 31 LHO und AV § 31 LHO vorgeschriebenen Angaben zu den Folgekosten von Investitionsmaßnahmen – wo immer möglich auf Basis einer Lebenszyklusbetrachtung – künftig in den Erläuterungen zu den einzelnen Maßnahmen im Haushaltsplan abzudrucken. Sollten die Bauplanungsunterlagen (BPU) und die Folgekostenabschätzung zum Termin der Drucklegung im Ausnahmefall noch nicht vorliegen, so sind die entsprechenden Angaben dem Hauptausschuss in geeigneter Form in einer gesonderten Vorlage vorzulegen.</p>	<p>Beibehalten!</p>

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
9.	9.*	Der Senat und die Bezirke werden aufgefordert, dem Hauptausschuss bei allen Vorlagen zu Investitionsmaßnahmen mitzuteilen, ob die vorhandenen Richtwerte für Hochbau, Tiefbau oder Grünbaumaßnahmen eingehalten werden und, falls dies nicht der Fall sein sollte, eventuelle Überschreitungen zu begründen.	Beibehalten!
10.	10.*	Bei der energetischen Sanierung von Gebäuden der öffentlichen Infrastruktur des Landes Berlin ist nachzuweisen, dass entsprechende Maßnahmen hinsichtlich technischer Machbarkeit und Amortisationszeiträumen geprüft worden sind.	Streichen!
11.	11.	Ausgaben aus den Titeln 51139 Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT und 54003 Geschäftsprozessoptimierung dürfen nur dann zu mehr als 50 % des Veranschlagungssolls geleistet werden, wenn der Hauptausschuss einer vom Senat vorgelegten Strategie zur Geschäftsprozessoptimierung und den konkreten Vorhabenlisten der Ressorts im Bereich der verfahrensabhängigen IKT zugestimmt hat.	Streichen!
12.	12.*	Die Auflösung der in den Einzelplänen zur Gegenfinanzierung der Haushaltsbeschlüsse des Hauptausschusses eingestellten Pauschalen Minderausgaben (PMA) kann im Verlaufe des Haushaltsjahres auch in wechselnden Titel nachgewiesen werden.	Beibehalten!
13.	13.*	Haushaltstitel, die im Zuge der Haushaltsberatungen vom Parlament erhöht worden sind, sind nicht zur Auflösung der jeweiligen vom Parlament beschlossenen Pauschalen Minderausgaben heranzuziehen.	Beibehalten!
14.	14.*	Die Senatsverwaltungen und die Bezirke haben im Rahmen der Haushaltsaufstellung darzustellen, wie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern sowie die Förderung von Frauen gegen Benachteiligungen und Diskriminierungen bei der Haushaltsplanaufstellung gemäß Artikel 10 Abs. 3 der Verfassung von Berlin gesichert wird. Dies soll weiterhin in der bewährten Form geschehen. Darauf aufbauend sind die konzeptionellen Weiterentwicklungen aus der AG Gender Budgeting zugrunde zu legen. Hierzu gehören insbesondere <ul style="list-style-type: none"> – die quantitative Ausweitung der Gender-Analyse auf weitere Ausgabefelder und Produkte (Analyse des Ist-Zustandes nach Maßgabe der Verabredungen in der AG Gender Budgeting), – die Darstellung der genderpolitischen Ziele, 	Streichen!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		<ul style="list-style-type: none"> – die Darstellung der Instrumente, mit denen die genderpolitischen Ziele erreicht werden sollen. <p>Dem Hauptausschuss ist zu den Haushaltsberatungen (1. Lesung) hierzu zu berichten und insbesondere darzustellen, inwiefern in diesem Zusammenhang finanzwirksame Entscheidungen getroffen wurden.</p>	
15.	15.	<p>Der Senat wird aufgefordert jährlich, erstmalig zum 30. Juni 2018 einen Bericht zur Umsetzung der Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung durch Hauptverwaltung und Bezirke vorzulegen. Darin soll je Maßnahme folgendes berichtet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Zuständigkeit (Bezirk/ Senatsverwaltung/ Organisationseinheit), – Finanzierung, – Umsetzungsplan (inhaltlich und zeitlich), – Umsetzungsstand (inhaltlich und zeitlich), – Bewertung. <p>Auf der Internetplattform mein.berlin.de werden künftig alle Bürger/-innen-beteiligungsprozesse der Hauptverwaltung und der Bezirke gebündelt.</p> <p>Der Senat wird aufgefordert, die Bezirke bei der Einführung und Umsetzung von Bürgerhaushalten zu unterstützen. Über die Unterstützungsmöglichkeiten ist dem Hauptausschuss rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen zu berichten.</p>	Auflage (Datum) anpassen!
16.	16.*	<p>Der Senat wird aufgefordert, regelmäßig zu den Haushaltsberatungen einen Bericht zu den aktuellen hauptstadtbedingten Ausgaben des Landes Berlin vorzulegen. Dort, wo eine Mitfinanzierung des Bundes besteht, ist diese auszuweisen. Der Bericht soll einen aktualisierten Überblick über die Entwicklung und den Inhalt des rechtlichen Regelwerkes zur Hauptstadtfinanzierung enthalten.</p>	Beibehalten!
17.	17.	<p>a) Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus halbjährlich mit Stichtag 30. Juni und 31. Dezember einen Zwischenbericht zur Umsetzung des Personalpolitischen Aktionsprogrammes 2017/18 für die Hauptverwaltung und die Bezirke vorzulegen. Dies betrifft die Arbeitsschwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Stellenbesetzungsverfahren beschleunigen, – Verstetigung des Wissensmanagements, – Stärkung des Gesundheitsmanagements, – Verbesserung des Personalmarketings zur Fachkräfteentwicklung, – Vereinheitlichung des landesweiten Personalmanagements, 	Auflage inhaltlich anpassen.

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		<ul style="list-style-type: none"> – Förderung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, – Reform des Dienstrechtes und – Verbesserung der Bezahlungsstruktur. <p>Darüber hinaus ist der Senat aufgefordert, in dem Bericht</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ergebnisse bei der Umsetzung vorhandener Rekrutierungskonzepte, – die Entwicklung der Verwaltungsakademie (VAk), – die Einführung von einheitlichen, behördenübergreifenden Stellenbewertungen, – die Unterstützung von Ausbilder/innen, – die Ergebnisse der AG Ressourcensteuerung der Bezirke, – die Nutzung des Instrumentes der Stufenvorwegnahme, – die Entwicklung von Standards für die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, – die Verkürzung der Stellenbesetzungsverfahren auf drei Monate ab Ausschreibung und – die flächendeckende Einführung des E-Recruiting <p>darzustellen und zu bewerten.</p> <p>Gemeinsam mit den Personalvertretungen und den Berufsverbänden sind weitere Rekrutierungskonzepte insbesondere für Mangelberufe zu erarbeiten und dem Hauptausschuss zu berichten.</p> <p>Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf in den Hauptverwaltungen und Bezirken ist systematisch voranzutreiben. Dafür sind bis zum 31. Dezember 2018 einheitliche Standards zu entwickeln und dem Hauptausschuss zu berichten. Insbesondere soll der Bericht einen Sachstand darüber enthalten, welche Bestrebungen in diesem Sinne diejenigen Verwaltungen, die noch nicht als „familienfreundlicher Betrieb“ im Rahmen des Audits „berufundfamilie“ oder im Rahmen eines vergleichbaren Verfahrens zertifiziert sind, bis dahin bzw. alternativ zu einem Zertifizierungsverfahren unternommen haben.</p> <p>Der Senat wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, verwaltungsübergreifende, einheitliche technische Verfahren zum E-Recruiting in allen Berliner Verwaltungen flächendeckend bis zum 31. Dezember 2018 einzuführen. Das Karriereportal soll um eine Möglichkeit ergänzt werden, dass Bewerber/-innen anhand ihres Profils alle passenden Stellenausschreibungen im Land Berlin über eine Inverssuche finden können.</p>	

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		<p>Das Personalpolitische Aktionsprogramm ist für die Jahre 2019/20 mit Maßnahmen für einen modernen, leistungsfähigen und attraktiven Öffentlichen Dienst fortzuschreiben.</p> <p>b) Bei der Fortschreibung des Personalaufbaukonzepts (vormals Personalbedarfskonzept) sollen – ausgehend von einer beständig fortzuschreibenden Analyse des Ist-Zustandes – alle Instrumente der Deckung des Personalbedarfes qualitativ und quantitativ dargestellt werden. Das Personalaufbaukonzept ist dem Hauptausschuss rechtzeitig vor den nächsten Haushaltsberatungen vorzulegen.</p>	
18.	18.	Der Senat wird aufgefordert, bis zum 30. September 2018 ein Konzept für die Schaffung von Möglichkeiten des Überganges bzw. Eintrittes von Beamten in die Gesetzlichen Krankenkassen unter Berücksichtigung der Erfahrungen von Hamburg zu erarbeiten.	Auflage anpassen!
19.	19.*	<p>Der Senat und die Bezirke werden aufgefordert, dem Hauptausschuss und dem zuständigen Fachausschuss des Abgeordnetenhauses einmal jährlich zum 30. Juni, beginnend mit dem Jahr 2018, über den Stand des gesamtstädtischen Fach- und Finanzcontrollings und der Fortschreibung der Zielvereinbarung für 2017 – 2019 zum SGB VIII zu berichten.</p> <p>Der Senat wird aufgefordert, zusätzlich jeweils zum 30. Juni (Stand 31. Dezember des Vorjahres) über den Stand der Realisierung der zwischen der Senatsverwaltung und den Bezirken am 16. Oktober 2009 geschlossenen Zielvereinbarung über die Einführung eines standardisierten Fachcontrollings Hilfe zur Erziehung (HzE) nach SGB VIII in den bezirklichen Geschäftsbereichen Jugend und auf gesamtstädtischer Ebene in der für Jugend zuständigen Senatsverwaltung zu berichten.</p> <p>Die Bezirke sind verpflichtet, ein Fach- und Finanzcontrolling umzusetzen (Drucksache 16/2474). Die Zielvereinbarung zwischen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie mit den Berliner Bezirken bildet hierfür die Grundlage. Dazu ist es erforderlich, auf wissenschaftlicher Grundlage und einer vereinheitlichten Datenbasis eine Fallbetrachtung mit ihren Ziel-Wirkungsbeziehungen flächendeckend durchzuführen und entsprechende Verfahren in allen Bezirken gleichermaßen zu installieren.</p>	Auflage anpassen!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		<p>Vor diesem Hintergrund ist eine unabhängige, fallbezogene Revision (Prüfung von Umfang und Qualität der Hilfen) im Rahmen des Fach- und Finanzcontrollings des Jugendamtes generell ein- und durchzuführen. Schwerpunkt ist die einheitliche Qualifizierung der Entscheidungsprozesse im Jugendamt.</p> <p>Darüber hinaus soll evaluiert werden, inwiefern präventive Arbeit zu einer Reduzierung von Fällen führt oder führen kann und wie diese in der KLR abgebildet werden kann, ohne dass dadurch den entsprechenden Bezirken Nachteile entstehen.</p> <p>Der Senat wird aufgefordert, die Änderungen im Budgetierungs- und Zuweisungsverfahren im Hinblick auf deren Auswirkungen auf eine beabsichtigte Verbesserung der Steuerungsmöglichkeiten prozessbegleitend von Beginn an zu evaluieren und dem Hauptausschuss über die Ergebnisse jährlich zum 30. Juni im Rahmen der Berichterstattung über das Fachcontrolling, zu berichten.</p> <p>Der Senat wird aufgefordert, sicherzustellen, dass der finanzielle und personelle Mehraufwand, der den Bezirken im Bereich Hze/Eingliederungsmaßnahmen durch die Versorgung von Asylsuchenden und Flüchtlingsfamilien mit Kindern und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen entsteht, erfasst wird und diese Mehraufwendungen vollständig durch Basiskorrektur finanziert werden.</p>	
20.	20.*	Der Senat wird aufgefordert, im Bereich der Leistungen „Bildung und Teilhabe“ (BuT) über die Inanspruchnahme und Ausgabenentwicklung (einschließlich der Verwaltungsaufwendungen) auf Landes- und Bezirksebene jährlich zum 30. Juni zu berichten.	Beibehalten!
21.	21.*	<p>Die Veranschlagungen nach § 24 Abs. 3 LHO sind zukünftig auf einzelne Ausnahmefälle zu beschränken.</p> <p>Der Senat und die Bezirke werden aufgefordert, die Aufhebung der nach § 24 Abs. 3 LHO gesperrten Ausgaben und/oder Verpflichtungsermächtigungen durch den Hauptausschuss mit einem Bericht über das Prüfergebnis der BPU gesondert zu beantragen. Mit diesem Bericht ist sowohl die Notwendigkeit der Baumaßnahme zu begründen als auch der Berlin, bei einem Verzicht der Baumaßnahme, erwachsende Nachteil darzustellen. Ferner muss der Bericht eine Darstellung der zu erwartenden Nutzungskosten (Betriebs- und Instandsetzungskosten gemäß Vordruck SenStadtWohn III 1323.H F; wo keine Kostenrichtwert-</p>	Beibehalten!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		tabellen von SenStadtWohn vorhanden sind, können ersatzweise normierte Richtkostenvergleichswerte verwendet werden) und daraus abgeleitet eine Bestätigung der Wirtschaftlichkeit der Gesamtmaßnahme enthalten. Betragliche Abweichungen sind synoptisch darzustellen und zu begründen.	
22.	22.*	Der Senat wird aufgefordert, jährlich zum 1. März über den Bestand und den Stand der Clusterung im Liegenschaftskataster der Landes- und bezirklichen Immobilien und Liegenschaften auf Grundlage der Ergebnisse der Portfolioanalyse zu berichten.	Anpassen!
23.	23.	Der Senat wird aufgefordert jährlich zum 30. April einen Bericht über die Wahrnehmung von Vorkaufsrechten unter Berücksichtigung folgender Aspekte zuzuleiten: <ul style="list-style-type: none"> – Wie viele Anträge auf Wahrnehmung des Vorkaufsrechtes wurden geprüft bzw. ausgeübt? – Wie viele Abwendungsvereinbarungen wurden geschlossen? – Wie viel Wohnraum wurde gesichert? – Welche Ausweisung von Milieuschutzgebieten bzw. soziale Erhaltungssatzungen es gibt? 	<p>Der dritte Anstrich wird ersetzt durch:</p> <p>„- Wieviel Wohnraum wurde durch VKR-Ausübung erworben, gegliedert nach Erwerb durch landeseigene Gesellschaften und Dritte, bei welchem Aufwand pro Wohnung und pro Quadratmeter Wohnraum?“</p> <p>---</p> <p>a) Begründung:</p> <p>Die Fragestellung „wieviel Wohnraum wurde gesichert?“ ist missverständlich, denn der Erwerb überteuerte Bestände durch Dritte, die wiederum dafür Zuschüsse verlangen, sichert keinen Wohnraum, sondern sorgt für den Transfer desselben in Drittbesitz.</p>
24.	24. *	Der Senat wird aufgefordert, jährlich zum 1. Juni über die Schaffung von Wohnraum (preis- und belegungsgebunden) einschließlich des Planungsstandes im Rahmen der Sachwerteinlagen zugunsten der städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu berichten.	<p>Erweiterung:</p> <p>Der Senat wird aufgefordert, jährlich zum 1. Juni über die Schaffung und Sanierung von Schulraum sowie die Schaffung von Wohnraum inklusive des Planungsstands im Rahmen der Sachwerteinlage durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu berichten.</p>
25.	25.*	Der Senat wird aufgefordert, zur Verwendung der Mittel in den Titeln 0510/68630, 0810/68628 und 1320/68629 jeweils zum 30. Juni dem Hauptausschuss einen Bericht vorzulegen. Dieser Bericht soll auch einen Überblick über die in den jeweiligen Bereichen geplanten Maßnahmen, den erreichten	<p>Ergänzung in Haupt 18/38:</p> <p>Der Senat wird gebeten, im Rahmen der Berichterstattung zur Auflage 25 (Drucksache 18/0700 zum Haushalt 2018/2019) darzulegen, welche Projekte und Maßnahmen mit dem Fonds für außergewöhnliche touristische und sportbezogene Maßnahmen gefördert wurden</p>

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		Stand der Umsetzung und den Mittelabfluss einschließlich der aus den Vorjahren übertragenen Mittel enthalten.	und den Fonds in die jährliche Berichterstattung zur Auflage 25 aufzunehmen. Inhaltlich anpassen!
26.	26.	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss über die Maßnahmen zur Förderung von Wissenschaftsfreiheit, Wirtschaftsfreiheit und kultureller Freiheit zum 31. Januar 2019, sodann jährlich, zu berichten.	Anpassen!
NEU 27.		<i>Neue Auflage:</i> Der Senat wird aufgefordert den Qualifizierungsbedarf aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, zu erkennen und dafür zu sorgen dass die Senatsverwaltungen entsprechende Doppik-Methoden- und Veränderungs-Kompetenz (Change-Management-Fähigkeit) für den Fall der Einführung der Doppik auf Landesebene haben.	
NEU 28.		<i>Neue Auflage:</i> Der Senat wird aufgefordert, ein Forensisches Gutachten zum Geschäftsbetrieb der FBB GmbH und insbesondere der Planung und dem Bau des Großflughafens BER von einem neutralen Dritten anfertigen zu lassen.	
NEU 29.		<i>Neue Auflage:</i> Der Senat wird aufgefordert, beim Flughafen BER bzw. der FBB GmbH insgesamt ein externes Tiefencontrolling durchführen lassen, wie vom Landesrechnungshof Brandenburg gefordert. LRH Brandenburg: <i>„In Anbetracht des höchst problematischen Projektverlaufs und der vielfach benannten Mängel im internen Kontrollsystem (IKS) und Risikomanagementsystem (RMS) [...] sollte die Organisation der FBB einer Tiefenprüfung durch externe Sachverständige unterzogen werden. Die Prüfung sollte die Bereiche Bau-/Projektmanagement, Unternehmenskultur, -steuerung und -controlling, Risikomanagement, Planungs- und Rechnungswesen, Vertrags- und Compliancemanagement und interne Revision mit Bezug zum BER-Bauprojekt umfassen. [H.d.V.]“²⁴⁷</i>	

²⁴⁷ Landesrechnungshof Brandenburg, 10.07.15, Mitteilung an das Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg über die Prüfung der Betätigung des Landes Brandenburg als Gesellschafter der Flughafen Berlirt. Brandenburg GmbH im Zusammenhang mit den Kostensteigerungen und Verzögerungen beim Bau des Flughafens BER; unter https://www.rbb-online.de/politik/Flughafen-BER/BER-Aktuelles/akteure_aktuell/2016/02/ber-rechnungshof-bericht.file.html/LRH-Bericht_BER_150710.pdf

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
NEU 30.		<i>Neue Auflage:</i> Der Senat wird aufgefordert, den LRH Berlin in die Lage zu versetzen seine Aufgaben effektiv erfüllen zu können.	
NEU 31.		<i>Neue Auflage:</i> Der Senat wird aufgefordert, die Wirtschaftskriminalität effektiv zu bekämpfen. Dazu soll u.a. ein Gutachten zum Baustellenbetrug von Im-Tech am BER erstellt werden, um kriminelle Strukturen besser erkennen, und die Prävention stärken zu können!	
NEU 32.		<i>Neue Auflage:</i> Der Senat wird aufgefordert, die rechtlichen Möglichkeiten zur dauer-haften Offenhaltung Tegels und deren Auswirkungen auf den Parallelbetrieb von TXL + BER zu prüfen.	
NEU 33.		<i>Neue Auflage:</i> Der Senat wird aufgefordert, folgende Frage zu klären: Wie kann das Verständnis dafür gestärkt werden, dass Privateigentum , Eigeninitiative und Wettbewerb – gekoppelt mit verantwortungsvollem Handeln – die tragenden Säulen für eine gesunde Volkswirtschaft und eine gerechte Sozialordnung innerhalb Europas (und darüber hinaus) sind und daher alle Leistungswilligen aller Lebens- und Arbeitsbereiche angemessen zu fördern sind?	
NEU 34.		<i>Neue Auflage:</i> Der Senat wird aufgefordert, folgende Frage zu klären: Wie lässt sich eine Besinnung auf abendländisch-humanistische Grundwerte als moralisch-ethische Richtlinie bewerkstelligen? Der Senat wird aufgefordert, den Forschungen über die „ Unterstützung pädosexueller bzw. päderastischer Interessen durch die Berliner Senatsverwaltung “ und ähnlicher Fälle insbesondere im Zusammen mit dem Schicksal von Heimkindern, Odenwaldschülern und im Umfeld der AL/Grünen und Religionsgemeinschaften wie der Katholischen und Evangelischen Kirche, Moslimen etc. höchste Priorität einzuräumen und entsprechend die dazu notwendigen Akten bereitzustellen bzw. archivarisches zugänglich zu machen. ²⁴⁸	
NEU 35.		<i>Neue Auflage:</i> Der Senat wird aufgefordert, Projekte zu fördern, die der politisch und historischen Aufarbeitung der Tätigkeit westlicher Geheimdienste in Deutschland bzw. im Zusammenhang mit Deutschland dienen - z.B. Projekte zur Aufklärung des NSA-Skandals und der Folterpraxis der CIA in Mitgliedsländern der EU - um ein ausgewogenes Bild der Gegenwart und Geschichte zu bekommen.	

²⁴⁸ Vgl. hierzu u.a. Rote Nummer 0233 B, 0285, 1069;
<https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-0285-v.pdf>
<https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-1069-v.pdf>

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		B. Zu den Einzelplänen des Haushaltsplans	
		Einzelplan 03 – Regierende/r Bürgermeister/in –	
36.	27.*	Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus alle zwei Jahre zum 31. Oktober einen Fortschrittsbericht über die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Brandenburg und Berlin sowie die weitere Zusammenlegung von Behörden und Sonderbehörden vorzulegen. Erreichte Synergieeffekte sind darzustellen.	<p>Ergänzung:</p> <p>Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus alle zwei Jahre jedes Jahr zum 31. Oktober einen Fortschrittsbericht über die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Brandenburg und Berlin sowie die weitere Zusammenlegung von Behörden und Sonderbehörden vorzulegen. Erreichte Synergieeffekte sind darzustellen.</p> <p>Hierbei ist insbesondere über den Stand der Entwicklung bezüglich der dauerhaften Offenhaltung Tegels und dessen Auswirkungen auf das Luftverkehrssystem Metropolregion Berlin-Brandenburg zu berichten.</p>
NEU 37.		<p><i>Neue Auflage:</i></p> <p>Der Senat wird aufgefordert, sich für die dauerhafte Offenhaltung Tegels einzusetzen und alle rechtlichen, politischen, administrativen und technischen Hürden dahingehend zu überwinden!</p>	
38.	28.*	Der Senat wird aufgefordert, zum 31. Dezember 2018 über die Entwicklung der dot-BERLIN GmbH & Co. KG zu berichten.	Anpassen!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
39.	29.*	<p>a) Die Musicboard GmbH berichtet einmal im Jahr über die Schwerpunkte der Förderung und die damit verfolgten Ziele.</p> <p>b) Der Beirat der Musicboard GmbH erstattet ebenfalls jährlich einen Bericht.</p> <p>c) Die über den Haushaltstitel der Musicboard GmbH finanzierte Berlin Music Commission unterliegt hinsichtlich der Finanzierung ihrer Projekte keinen inhaltlichen Vorgaben durch die Musicboard GmbH.</p> <p>Dem Hauptausschuss ist hierzu jährlich zum 1. Mai zu berichten.</p>	Beibehalten!
40.	30.*	Die Gliedkörperschaft Charité – Universitätsmedizin Berlin – wird aufgefordert, ihren Wirtschaftsplan jährlich vorzulegen. In Jahren ohne Haushaltsberatungen ist der Wirtschaftsplan so rechtzeitig vorzulegen, dass er spätestens zur ersten Sitzung des Hauptausschusses im neuen Kalenderjahr übermittelt werden kann. Jährlich ist die Fortschreibung der Gesamtentwicklungsplanung jeweils zum 30. November vorzulegen.	Beibehalten!
NEU 41.		<p><i>Neue Auflage:</i></p> <p>Institut für Islamische Theologie: Bericht zum November 2020: Studentenzahlen, Bericht zur Einrichtung des Studiengangs</p>	
NEU 42.		<p><i>Neue Auflage:</i></p> <p>Helmholtz-Zentrum: Zum November 2020 fortlaufender Bericht zum Stand des Bauvorhabens in Adlershof</p>	
NEU 43.		<p><i>Neue Auflage:</i></p> <p>Naturkundemuseum: Bericht zum November 2020 über Verwendung der zusätzlichen Mittel</p>	

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		Einzelplan 05 – Inneres und Sport	
44.	31.*	Der Senat wird beauftragt, auf der Grundlage der veränderten Verfahrensweise (siehe Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 15/5541) dem Hauptausschuss einen Bericht jährlich zum 28. Februar über das Sportstätten-sanierungsprogramm vorzulegen, aus dem hervorgeht: <ul style="list-style-type: none"> – Stand der Umsetzung für das laufende Kalenderjahr, – umverteilte Mittel nach dem 31. Juli, – Planungsstand für das folgende Kalenderjahr und – Abschätzung des weiterhin bestehenden Sanierungsbedarfs. 	Beibehalten!
45.	32.	Der Senat wird aufgefordert jährlich, erstmals zum 30. Juni 2018, über den Stand der Umsetzung des Leitprojektes „ Leistungsfähiges Bürgeramt “ zu berichten.	Datum anpassen!
46.	33.	Dem Hauptausschuss ist jährlich, erstmals zum 28. Februar 2018 über die Personalentwicklung bei den Berliner Bäder-Betrieben zu folgenden Schwerpunkten zu berichten: <ul style="list-style-type: none"> – Soll-Ist-Bestand des Personals entsprechend Stellenplan, aufgegliedert nach Bereichen und den entsprechenden Mittelbedarf, – den Anteil von Teilzeitarbeit, befristeten Verträgen, Saisonarbeitskräften, Leiharbeit und in Ausbildung befindlichen Personal nach den jeweiligen Bereichen, – die Entwicklung des Krankenstandes und – die Zahl der ausscheidenden Mitarbeiter/innen nach den entsprechenden Gründen. Der Senat wird aufgefordert bis zum 31. März 2018 zu berichten, wie die Berliner Bäder-Betriebe unternehmerisch neu aufgestellt werden können. Darüber hinaus ist pünktlich zu den nächsten Doppelhaushaltsberatungen ein Wirtschaftsplan vorzulegen.	Auflage anpassen. Statt „nach“ das Wort „zu“
47.	34.	Die Senatsverwaltung für Sport wird aufgefordert, zum 30. September 2018 zu berichten, welche Maßnahmen und Projekte zur Förderung der Integration von Menschen mit Fluchthintergrund im Bereich Sport zum Stichtag bereits gefördert werden und weiter gefördert werden sollen sowie welche neuen Angebote in 2019 gefördert werden sollen. Der dafür erforderliche Finanzierungsbedarf ist projektkonkret darzulegen.	Datum anpassen!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
48.	35.	Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus halbjährlich, erstmals zum 30. Juni 2018, über den Sachstand in Bezug auf den Ausgleich besonderer Belastungen durch veraltete Trainingsanlagen im Bereich Schießtraining der Polizei zu berichten.	Datum anpassen!
49.	36.	Die Senatsinnenverwaltung wird beauftragt jährlich zum 1. Juni, beginnend in 2018, einen Bericht über die ökologischen Belange bei der Erneuerung des Fuhrparks vorzulegen. Dieser soll folgende Kriterien behandeln: <ul style="list-style-type: none">– Gesamt- und durchschnittlicher CO2-Ausstoß,– Entwicklung und Planung des Fuhrparks,– Einsatzkriterien, Bevorzugung modernerer und umweltfreundlicherer Fahrzeuge.	Datum anpassen!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		Einzelplan 06 – Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung	
50.	37.*	<p>Zu den Kapiteln 06 11 bis 06 13 – Staatsanwaltschaften und Anwaltschaft 06 15 bis 06 31 – Zivil- und Strafgerichtsbarkeit 06 32 – Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg 06 41 und 06 42 – Verwaltungsgerichtsbarkeit 06 51 – Sozialgericht</p> <p>Die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung wird ersucht, dem Hauptausschuss für die vorgenannten Bereiche jährlich bis zum 31. August über die Geschäftsentwicklungen und die Verfahrensdauern jeweils mit Angabe der Vergleichszahlen der beiden Vorjahre und der durchschnittlichen Entwicklungen im Bundesgebiet zu berichten.</p>	Beibehalten!
51.	38.*	Durch die Senatsjustizverwaltung ist zum 30. November 2018 ein Bericht über die Entwicklung des Schulungskonzepts vorzulegen, indem über die Schulung von nichtrichterlichem Personal, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, Richterinnen und Richtern in IT-Grundlagen, IT-Aufbau bzw. IT-Schwerpunktseminaren sowie über den Prozess des Wissenstransfers berichtet wird.	Streichen!
52.	39.	Die Senatsverwaltung für Justiz und die Senatsverwaltung für Soziales werden aufgefordert, ein gemeinsames Konzept zur Zusammenarbeit der Berufsbetreuer/innen und der Betreuungsvereine bis zum 1. September 2018 vorzulegen. Hier soll es vorrangig darum gehen, Möglichkeiten und Maßnahmen zur Stärkung der ehrenamtlichen Betreuung zu erarbeiten und entsprechende Umsetzungsmaßnahmen vorzubereiten. Die Betreuungsbehörden der bezirklichen Sozialämter sind einzubeziehen.	Streichen!
53.	40.	Der Senat berichtet dem Hauptausschuss zum 15. Juni 2018 über den Umzug des Landeslabors Berlin-Brandenburg (LLBB) zum Standort Adlershof einschließlich der damit verbundenen Kosten.	Streichen!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		Einzelplan 07 – Umwelt, Verkehr und Klimaschutz	
54.	41.*	<p>Der Senat wird aufgefordert, jährlich zum 1. Oktober dem Hauptausschuss einen Bericht über die Ausgaben aus Kapitel 0730 Titel 54080 – Leistungen des Regionalbahnverkehrs und Titel 54081 Leistungen des S-Bahnverkehrs – des jeweiligen Vorjahres vorzulegen. Der Bericht soll die tatsächlich erbrachten Verkehrsleistungen aus den jeweiligen Verkehrsverträgen, Veränderungen des Linien- und Haltestellennetzes mit Begründung der Entscheidungen, Veränderungen der Takt- bzw. Betriebszeiten, die Ergebnisse des Qualitätsmonitorings, eventuell vorgenommene Abschlüsse wegen Minderleistungen und die Entwicklung der Fahrgastzahlen sowie die geleisteten Zahlungen des Landes an die jeweiligen Vertragspartner enthalten.</p> <p>Die Senatsverwaltung für Finanzen wird aufgefordert, Ausgaben aus dem Titel 54081 „Leistungen des S-Bahnverkehrs“ in Höhe von 1.590.830.000 Euro in 2019 nur zuzulassen, sofern der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses vorher seine Zustimmung zur Mittelverausgabung für die betroffenen Verkehrsleistungen gegeben hat.</p>	Beibehalten!
55.	42.*	Der Senat wird aufgefordert, jährlich zum 1. Oktober dem Hauptausschuss einen Bericht über die Erfüllung des Verkehrsvertrages mit der BVG sowie die Entwicklung des landeseigenen Unternehmens BVG ähnlich dem bisherigen Monitoring zu geben. Der Bericht soll Angaben zur erbrachten Verkehrs- und Betriebsleistung bei Bus, U- und Straßenbahn, Veränderungen des Linien- und Haltestellennetzes, Veränderungen der Betriebs- bzw. Taktzeiten, Entwicklung der Fahrgastzahlen, Entwicklung der Fahrpreise, Verwendungsnachweis für Leistungen zur Unterhaltung der Infrastruktur nach Unternehmensvertrag, Darstellung des Qualitätsmonitorings, Entwicklung der Verbindlichkeiten des Unternehmens, Entwicklung der Sach- und Personalkosten, Darstellung der Investitionen, Sanierungsmaßnahmen und des technischen Zustands des Fuhrparks und der sich daraus ergebenden notwendigen Investitionen enthalten.	Beibehalten!
56.	43.*	Der Senat wird aufgefordert, im Benehmen mit der BVG sicherzustellen, dass die Maßnahmen für einen behindertengerechten bzw. familienfreundlichen Ausbau von U-Bahnhöfen intensiviert und bis 2020 zum Abschluss gebracht werden und auch barrierefreie Übergänge von	<p>Auflage anpassen!</p> <p>ergänzende parallele Berichte aus Haupt 18/24 und 18/33:</p>

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		und zum Bus bzw. der Straßenbahn enthalten sind. Dies ist ggf. im Rahmen des Verkehrsvertrages zu vereinbaren. Dem Hauptausschuss ist jährlich zum 30. Juni zu berichten.	<p>SenUVK wird gebeten, dem Hauptausschuss halbjährlich bis 2021 zum Fortschritt des barrierefreien Ausbaus von Bahnhöfen unter Einbeziehung der Kosten und Zeitplanung zu berichten (RN 1222).</p> <p>SenUVK wird gebeten, den wiederkehrenden Bericht 1222 an den Hauptausschuss zukünftig wie folgt weiter zu qualifizieren und rechtzeitig zur Sitzung am 5.09.2018 zu berichten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Bitte um eine quartalsweise Darstellung der konkreten Umsetzungsstände an den einzelnen Standorten jeweils hinsichtlich der Eröffnung, Umsetzung, Kosten. 2) Bitte um eine standortgenaue Darstellung, soweit es zeitliche Verzögerungen oder Kostenüberschreitungen geben sollte. 3) Darstellung der Planungs- und Umsetzungsrisiken pro Standort. 4) Bitte um Aufschlüsselung, welche Maßnahmen hinsichtlich der Barrierefreiheit bezogen auf die einzelnen Standorte umgesetzt werden. <p>Welche Maßnahmen werden ergriffen, um bei den kritischen Vorhaben, die Barrierefreiheit doch bis 2020 zu erreichen. Welche temporären Lösungen soll es geben, wenn die Barrierefreiheit nicht bis 2020 hergestellt werden kann? (RN 1222A)</p>
57.	44.	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss zum Titel 0730/89102 „ Zuschüsse für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs “ halbjährlich, beginnend zum 31. Oktober 2018, über die Umsetzung, den Planungs- und Baufortschritt und den Mittelabfluss der Investitionsmaßnahmen – bei größeren Maßnahmen projektgenau – zu berichten.	Datum anpassen!
58.	45.	Der Senat wird aufgefordert, den Hauptausschuss zu dem Titel 0730/54220 „ Vorbereitungskosten für den schienengebundenen Nahverkehr “ halbjährlich, erstmals zum 30. November 2018, über die Umsetzung und den aktuellen Fortschritt der Planungen qualifiziert zu unterrichten.	Datum anpassen!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
59.	46.*	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss halbjährlich einen Bericht über den Planungs- und Baufortschritt der Tangentialen Verbindung Ost (TVO) vorzulegen, erstmals zum 30. Juni 2018.	Datum anpassen!
60.	47.*	Der Senat wird aufgefordert, eine kontinuierliche Evaluierung der Aufgabenwahrnehmung der Verkehrslenkung (VLB) in Abstimmung zwischen den Aufgaben der VLB und der Bezirke durchzuführen. Dem Hauptausschuss ist halbjährlich zum 30. Juni und 31. Dezember zu berichten.	Auflage anpassen.
61.	48.	Der Senat wird aufgefordert, jährlich, erstmals zum 30. Juni 2018, über den Stand der Umsetzung des Leitprojektes „Radewegeinfrastruktur“ zu berichten.	Datum anpassen!
62.	49.	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss bis zum 30. Juni 2018 und dann jährlich einen Zeit- und Kostenplan bzgl. der Umsetzung der im Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm enthaltenen Maßnahmen vorzulegen. Dieser Zeitplan soll für jede einzelne Maßnahme neben dem Beginn auch die Meilensteine der Umsetzung sowie die jeweilige finanzielle und personelle Untersetzung der Maßnahmen in den Jahren 2018 bis 2021 enthalten.	Datum anpassen!
63.	50.	Die Senatsverwaltung wird aufgefordert, über den Mittelabfluss der beiden Titel zum Thema Straßenentwässerung und Straßenregenentwässerung und geeigneter Maßnahmen zur Förderung des Mittelabflusses halbjährlich jeweils zum Stand 30. Juni und zum Stand 31. Dezember dem Hauptausschuss zu berichten.	Beibehalten!
64.	51.	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss halbjährlich über die Umsetzung des Toilettenkonzeptes , die Beteiligung betroffener Interessengruppen und der Bezirke, die Absicherung der unterbrechungslosen Versorgung im Übergang sowie die Zeitplanung, erstmalig zum 30. Juni 2018, zu berichten.	Datum anpassen!
65.	52.	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss nach Ende des Ausschreibungsverfahrens für die Werberechte im öffentlichen Straßenland über die Ergebnisse der Ausschreibung zu berichten.	Streichen!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		Einzelplan 08 – Kultur und Europa	
66.	53.	Der Senat berichtet dem Hauptausschuss jährlich zum 31. Dezember über die Planung, Finanzierung, Anmietung und Herrichtung von Räumen als Ateliers, Präsentations- und Produktionsräumen (Zu- und Abgänge).	Beibehalten!
67.	54.*	Die zuständige Senatsverwaltung wird gebeten, dem Hauptausschuss jährlich bis zum 28. Februar über die Kriterien und Aufteilung der Mittel für den Karneval der Kulturen zu berichten sowie den Stand der Prüfung der Verwendungsnachweise darzulegen.	Beibehalten!
NEU 68.		<i>Neue Auflage:</i> Museumsdorf Düppel: Bericht zum Planungsstand bis 31.01.2020	
NEU 69.		<i>Neue Auflage:</i> Marinehaus/Stiftung Stadtmuseum: Bericht zum Stand der Bauvorhaben bis 31.03.2020	
NEU 70.		<i>Neue Auflage:</i> Eintrittsfreier Sonntag: Evaluationsbericht bis zum 30.04.2020 .	

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		Einzelplan 09 – Gesundheit, Pflege und Gleichstellung	
71.	55.*	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss bis zum 31. März 2018 ein Konzept zur Umsetzung der Clearingstelle für nicht krankenversicherte Berliner/-innen vorzulegen. Zusätzlich wird der Senat aufgefordert, dem Hauptausschuss jährlich zum 30. Juni über die Arbeit dieser Clearingstelle zu berichten.	Auflage anpassen!
72.	56.*	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss bis zum 31. März 2018 ein Konzept zur Umsetzung des Modellprojektes PrEP und zur Errichtung des Checkpoints MSM vorzulegen.	Streichen!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		Einzelplan 10 – Bildung, Jugend und Familie	
73.	57.*	<p>Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus jährlich, zum 31. Januar, über die Umsetzung der Maßnahmen im Bonus Programm und der Mittelverteilung auf die Schulen zu berichten.</p> <p>Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus zum 30. Juni 2018 über die Ergebnisse der Evaluation zum Bonus Programm zu berichten.</p>	Auflage anpassen!
74.	58.*	<p>a) Der Senat wird aufgefordert, einen Bericht über die personelle Ausstattung der Berliner Schulen zu Beginn jedes Schuljahres (aufgeschlüsselt nach Schulstufen und Bezirken inklusive der Sozialpädagogen/-innen, Verwaltungskräfte und anderen an der Schule Beschäftigten) dem Hauptausschuss vorzulegen.</p> <p>b) Der Senat wird aufgefordert, einen Bericht über die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur und die geplante Umsetzung zu Beginn jedes Schuljahres (aufgeschlüsselt nach Schulstufen und Bezirken) dem Hauptausschuss vorzulegen.</p>	Beibehalten!
75.	59.*	Der Senat wird aufgefordert, jährlich zum 31. Dezember über die Entwicklung eines integrierten IT-Managements für Berliner Schulen , orientiert am „Projekthandbuch für die Einführung und den Betrieb der IT-Plattform des Berliner Schulwesens“, einschließlich des zugehörigen Personals, zu berichten. Der Bericht ist dem Hauptausschuss vorzulegen.	Beibehalten!
76.	60.*	Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wird aufgefordert, jährlich bis zum 31. Juli zu berichten, wie sich die Angleichung der Ausstattung an den 7. Klassen der Gymnasien an die Ausstattung der Integrierten Sekundarschulen (ISS) ab dem Schuljahr 2016/17 auf das Bestehen bzw. Nichtbestehen des Probejahres am Gymnasium ausgewirkt hat (fortlaufende Statistik zur Anzahl und dem Anteil der Schülerinnen und Schüler, die das Probejahr nicht bestanden haben).	Beibehalten!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
77.	61.*	<p>Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss im Rahmen des Maßnahmen- und Finanzcontrollings zum Schulbauprogramm halbjährlich, erstmalig zum 31. März 2018, schulscharf über die Bau-, Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen im Rahmen der Schulbauoffensive zu berichten und hierbei insbesondere die Gesamtkosten, Mittelverteilung nach Jahresscheiben, -abfluss und -herkunft (z.B. Landes-, Bundes-, EU-Mittel), zu schaffende Kapazitäten (Schulplätze) sowie die Umsetzung der Maßnahmen (Priorisierung, Aufgabenträger, Planungsstand [Bedarfsprogramm, VPU, BPU bzw. EVU], Schullart, Sporthalle, Standort, Standortprobleme, Zuständigkeiten für die Planung und die Baumaßnahme, Bauart [MEB, MOBS, Typenbau, Erweiterung, Sanierung], Baubeginn, Fertigstellung, Veränderungen/ Abweichungen und deren Gründe, Nutzungsbeginn, Gebäudewert laut Anlagenbuchhaltung) darzustellen.</p> <p>Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss im Rahmen des Organisations- und Prozesscontrollings zum Schulbauprogramm jährlich, erstmalig zum 30. Juni 2018, schulscharf zu berichten über den Stand der Organisationsentwicklung (Struktur, Personal [-bedarf, -bestand, -gewinnung], Controllinginstrumente, Vertragsgestaltung und -abwicklung mit den Schulträgern) und die Prozesse (Form und Inhalt der Kooperationen, Konzept Howoge sowie ggfs. Wirtschaftsplan der Howoge, Struktur und Verfahren der ressortübergreifenden Zusammenarbeit/Abstimmung inkl. Realisierungszeiträumen zum Aufbau dieser Struktur und deren inhaltlicher Fortschreibung, Instrumente der Verbesserung von Effizienz und Qualität bei der Umsetzung des Bau- und Sanierungsprogramms), Realisierung von Baustandards (energetisch, ökologisch, gesundheitlich, pädagogisch, verwendete Baustoffe, Erläuterungen zum Modulbau, Darstellung von „Amtsentwürfen“ u.Ä., Raumstandards, Musterraumprogramme, Musterfunktionsprogramme und Musterausstattungsprogramme), Entwicklung des Bedarfs an Erweiterung von Schulplatzkapazität (Monitoring-Ergebnis jährlich) entsprechend veränderter Schülerzahlprognosen, wesentliche Ergebnisse der Taskforce Schule, themenrelevante Stellungnahmen des Rates der Bürgermeister und deren Bewertung, Risiken der Umsetzung der Schulbauoffensive und Gegenmaßnahmen, Aktivitäten zur Beschleunigung sowie im Hinblick auf die Gewährleistung der Partizipation von Schüler/innen, Eltern und Lehrkräften und hinsichtlich des Öffentlichkeitskonzepts.</p> <p>Der Senat wird aufgefordert, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Berichterstattung und Mittelentsperrung im Rahmen der Schulbauoffensive für die Fälle des § 24 Abs. 3 LHO erfolgen kann. Das Abgeordnetenhaus ermächtigt den Hauptausschuss, die Auflagenbeschlüsse Nr. 8, 21, 61 entsprechend anzupassen.</p>	<p>Ergänzung mit Beschluss (Haupt BP 18/54) SenBildJugFam wird gebeten, dem Hauptausschuss in den zukünftigen Halbjahresberichten der Taskforce Schulbau zum Maßnahme- und Finanzcontrolling zum Schulbauprogramm (Auflage B. 61 Abs. 1 – Drucksache 18/0700 zum Haushalt 2018/2019) die Schulplatzprognose bezirks-scharf und nach Schularten nicht nur für das kommende Schuljahr darzustellen, sondern auch die folgenden Schuljahre und zum Vergleich das Vorjahr mit einzubeziehen.</p> <p>Datum anpassen!</p>

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
78.	62.	Die Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss über die Umsetzung und Inanspruchnahme der Maßnahmen, die zum Qualitätspaket Quereinstieg bei Lehrkräften in Berliner Schulen gehören, zum 31. Juli 2018 einen ersten Gesamtbericht mit einer Einschätzung zur Wirkung des Maßnahmenpaketes vorzulegen, der bis einschließlich 2019 halbjährlich und ab 2020 jährlich fortgeschrieben wird.	Datum anpassen!
79.	63.	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss zur Umsetzung des Vorhabens, die berufliche Orientierung an Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf auf Basis eines von Teach First erarbeiteten Konzeptes zu stärken, erstmalig zum 31. Januar 2019 und dann jährlich über die erreichten Fortschritte zu berichten.	Datum anpassen!
80.	64.	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss zum 30. Juni 2019 über die Umsetzung des Vorhabens des Einstiegs in die Abschaffung der Bedarfsprüfung und der Einführung der Beitragsbefreiung im so genannten 'Hortbereich' (Offener Ganztagsbereich) zu berichten.	Datum anpassen!
81.	65.*	Der Senat wird aufgefordert, jährlich zum 30. Juni über die Jahresabschlüsse sowie die Wirtschaftspläne der Kita-Eigenbetriebe zu berichten. Ergänzend soll in dem Bericht pro Kita-Eigenbetrieb dargestellt werden, welche Qualitätsverbesserung bei der Betreuung (Erzieher-Kind-Relation) in den Kita-Einrichtungen tatsächlich erreicht werden konnte. Zudem sollen unbesetzte Stellen nach Umfang und der Dauer der Vakanz aufgeschlüsselt werden. Die Verwendung von nicht eingesetzten Personalmittel ist in diesem Zusammenhang genauer zu erläutern.	Beibehalten!
82.	66.	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss zur Umsetzung der Qualitätsoffensive gemäß Kindertagesstättenförderungsgesetz jährlich einen Fortschrittsbericht mit Stand 1. August, beginnend im Jahr 2018, vorzulegen.	Datum anpassen.
83.	67.	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss über die Umsetzung des Vorhabens, die Anleitungsstunden für Erzieherinnen und Erzieher in berufsbegleitender Ausbildung sowie für Quereinsteigende in den Erzieherberuf auszuweiten, trägerscharf erstmalig bis zum 31. Juli 2018, in Folge dann jährlich, zu berichten. Dabei soll vergleichend aufgeführt werden, wie viel mehr Anleitungsstunden für wie viele Erzieherinnen und Erzieher in Ausbildung pro Einrichtung tatsächlich beansprucht wurden.	Datum anpassen.

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
84.	68.*	<p>Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus jährlich zum 31. März über die Umsetzung des Kindertagesstättenausbauprogramms zu berichten.</p> <p>Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wird außerdem aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus jährlich zum 30. Juni über die Bedarfsentwicklung und die Fachkräfteausstattung in den Kindertagesstätten zu berichten.</p>	Beibehalten!
85.	69.*	Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus jährlich zum 31. Januar über die Umsetzung des Kita- und Spielplatzsanierungsprogramms (KSSP) zu berichten.	Beibehalten!
86.	70.*	Der Senat wird aufgefordert, jährlich per 31. März über Aufbau und Umsetzung der Jugendberufsagentur zu berichten.	<p>Ergänzung mit Beschluss (Haupt BP 18/36): SenBildJugFam wird gebeten, in den zukünftigen regulären Berichten gemäß der Auflage B. 70, die Begleitung von der Ausbildung in den Beruf mit dem Erzielen eines Berufsabschlusses in den Mittelpunkt der Bewertung zu stellen.</p>
87.	71.	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss zur Umsetzung sowie zu dem vorgesehenen Ausbau des Landesprogramms Jugendsozialarbeit an Schulen projektscharf erstmalig zum 31. Januar 2019 und fortan jährlich zu berichten.	Datum anpassen!
88.	72.	<p>Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit den Bezirken jährlich zum 30. April über die Umsetzung der gesetzlichen Neuregelung des Unterhaltsvorschusses zu berichten. Insbesondere sind bezirksspezifisch darzustellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Entwicklung der Antragslage, – die Zahl der bewilligten Anträge im Vergleich zu den eingereichten Anträgen sowie Darlegung der wesentlichen Gründe für die Nichtbewilligung der Anträge, – die durchschnittliche Bearbeitungsdauer der Anträge einschl. des damit verbundenen Beratungsaufwandes, – die personelle Ausstattung und der Besetzungsstand für die Antragsbearbeitung, – die Entwicklung des Finanzierungsaufwandes zur Umsetzung der gesetzlichen Ansprüche unter besonderer Berücksichtigung der Mittel, die auf das Land Berlin entfallen. 	Beibehalten!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		Außerdem soll der Bericht eine tabellarische Darstellung zu den Rückholquoten von aus-gezahlten Unterhaltsvorschussleistungen in den Bezirken mit Angaben der tatsächlichen Einnahmen und dem prozentualen Verhältnis zu den geleisteten Auszahlungen enthalten. Ergänzend soll aufgeführt werden wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch-schnittlich wie viele Arbeitsstunden mit der Rückforderung von Unterhaltsvorschussleis-tungen beschäftigt sind.	
NEU 89.		<i>Neue Auflage:</i> Schulmittagessen Bericht zum November 2020 über Mehraufwand für Personal, Fläche und Lebensmittel; überschüssiges Essen, Essenszeiten, Namen der Cate-rer,etc.	
NEU 90.		<i>Neue Auflage:</i> Beitragsfreiheit: Bericht zum November 2020 zu Hort, Schülerticket, Lernmittel, Schulmittagessen – Höhe der Mittel für alle Leistungen, die neuerdings beitrags-frei sind	
NEU 91.		<i>Neue Auflage:</i> Jugendförderungsgesetz: Bericht zum November 2020 über konkrete Verwendung der Mittel aus dem Jugendförderungsgesetz	
NEU 92.		<i>Neue Auflage:</i> Digitalpakt: Bericht zum November 2020 darüber, ob die Mittel abgerufen werden und wofür genau werden sie real verwendet können?	
NEU 93.		<i>Neue Auflage:</i> Mobbing: Bericht zum November 2020 die Umsetzung der finanzierten Maßnahmen	

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
NEU 94.		<i>Neue Auflage:</i> Schulsozialarbeiter: Bericht zum November 2020: Aufschlüsselung, welche Schulen künftig über Schulsozialarbeiter verfügen; Entwicklung der Zahl der Schulsozialarbeiter; Tätigkeitsbericht	
NEU 95.		<i>Neue Auflage:</i> Verwaltungskräfte an Schulen: Bericht zum November 2020: Aufschlüsselung, welche Schulen künftig über zusätzliche Verwaltungskräfte verfügen; Entwicklung der Zahl der Verwaltungskräfte; Tätigkeitsbericht	

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		Einzelplan 11 – Integration, Arbeit und Soziales	
96.	73.*	Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales wird ersucht, dem Hauptausschuss jährlich bis zum 31. August über die Geschäftsentwicklung und die Verfahrensdauer der Arbeitsgerichtsbarkeit jeweils mit Angabe der Vergleichszahlen der beiden Vorjahre und der durchschnittlichen Entwicklungen im Bundesgebiet zu berichten.	Beibehalten!
97.	74.	Der Senat wird aufgefordert, zum 31. März 2018 über die Aktivitäten der in 2017 gegründeten Transfergesellschaft für den Betriebsteil „Boden“ für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Air Berlin-Arbeitnehmer/-innen (Aktivitäten, Unterstützungsmaßnahmen, Anzahl der erreichten Personen, Ausgabenstand etc.) zu berichten.	Beibehalten!
98.	75.*	Die Senatsverwaltung wird aufgefordert, bis zum 31. März 2018 ein Konzept von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen zur Verbesserung bzw. Beschleunigung von Antragsverfahren im Bereich Schwerbehinderung des Landesamtes für Gesundheit und Soziales zu erarbeiten. Dieses sollte die E-Governmentstrategie des Landes Berlin, Personalentwicklungsmaßnahmen und die Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit berücksichtigen.	Datum anpassen!
99.	76.	Der Senat berichtet dem Hauptausschuss zum 31. Mai 2018 über Konzeptentwicklung und Verfahrensstand beim Inklusionstaxi .	Anpassen!
100.	77.	Der Senat wird aufgefordert, zum 31. Mai 2018 über den Ausbau und Finanzierungsstand der im „ Integrierten Sozialprogramm “ (ISP) verankerten Maßnahmen im Bereich der Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe sowie über die sog. „Modellprojekte zur Überwindung von Obdachlosigkeit und ihren Folgen“ zu berichten. Der Senat erstellt darüber hinaus einen zusammenfassenden Bericht über die Maßnahmen, Kosten, Unterbringungsangebote und Belegungszahlen im Rahmen der Kältehilfe für den Zeitraum Oktober 2017 bis April 2018.	Auflage anpassen!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
101.	78.	Der Senat wird aufgefordert, jährlich zum 30. Juni, erstmals im Jahr 2018, zur Umsetzung des Leitprojektes „ Unterbringung obdachloser und geflüchteter Menschen “ zu berichten.	Datum anpassen!
NEU 102.		<p>Neue Auflage:</p> <p>Sen IAS wird gebeten, dem Hauptausschuss in den folgenden Berichten zur Flüchtlingsunterbringung für die einzelnen Einrichtungen neben der Kapazität stichtagsbezogen auch die Belegungszahlen darzustellen. Überdies wird erbeten, die auf Basis des Rechenmodells zur Prognose des Unterbringungsbedarfs regelmäßig aktualisierten Bedarfsprognosen detailliert darzulegen und insbesondere die dabei zugrunde gelegten Prognosen der Zu- und Abgänge von wohnungslosen Personen mit und ohne Fluchthintergrund aufgeschlüsselt darzustellen. Weiterhin sind soweit möglich die Belegungszahlen von gewerblichen Beherbergungsbetrieben aufzunehmen. Darüber hinaus wird gebeten, dass zukünftig ausführlicher dargestellt wird, wenn es zu Umwidmungen kommt, Verträge aufgelöst oder Einrichtungen geschlossen werden. Sen IAS wird gebeten, dem Hauptausschuss eine Fortschreibung des Berichts zum 30. September 2020 vorzulegen und den Bericht künftig zusammengeführt mit dem vierteljährlichen Bericht zur Flüchtlingsunterbringung (Nummer 0316 ff) vorzulegen.</p>	

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		Einzelplan 12 – Stadtentwicklung und Wohnen	
103.	79.*	Der Senat wird aufgefordert, für die städtischen Sanierungsgebiete jährlich zum 30. September eine Kosten- und Finanzierungsübersicht – analog zur Kosten- und Finanzierungsübersicht der Entwicklungsgebiete – zu erstellen und dem Hauptausschuss vorzulegen. Der Senat und die Bezirke werden darüber hinaus aufgefordert sicherzustellen, dass bei der Aufhebung von Sanierungsgebieten die volle Abrechnung und Einziehung von Ausgleichsbeträgen gewährleistet wird. Dazu ist dem Hauptausschuss jährlich zum 30. September zu berichten und das abgestimmte und vorgelegte Konzept fortzuschreiben.	Beibehalten!
104.	80.*	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss nachträglich einmal jährlich nach Abschluss der Beratungen der Quartiersräte in der zweiten Jahreshälfte über die konkreten Maßnahmen und Projekte ab einer Größenordnung von 50.000 Euro zu berichten. Soweit sich daraus Erkenntnisse ergeben, die Korrekturen erforderlich machen, können die Förderbedingungen des Programms im darauf folgenden Jahr entsprechend angepasst werden.	Beibehalten!
105.	81.*	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss fortlaufend und regelmäßig, mindestens jedoch jährlich zum 1. April, über die Entwicklungsmaßnahme Parlaments- und Regierungsviertel sowie über die anderen neuen Entwicklungsgebiete zu berichten. Dabei sollen die jährlich neu beginnenden Maßnahmen und deren Planrechtfertigung, der Sachstand der im Bau befindlichen Maßnahmen und ggfs. Gründe für relevante Kostenüberschreitungen dargestellt werden.	Satz 1 erweitern: Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss fortlaufend und regelmäßig, mindestens jedoch jährlich zum 1. April, über die Entwicklungsmaßnahme Parlaments- und Regierungsviertel sowie über die anderen neuen und die bereits festgesetzten Entwicklungsgebiete zu berichten.
106.	82.*	Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen wird aufgefordert, dem Hauptausschuss zur 1. Lesung des Einzelplans 12 der Haushaltsberatungen 2020/2021 eine Übersicht über die konkreten Planungsvorhaben und ihren jeweiligen Stand vorzulegen.	Datum anpassen!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
107.	83.*	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss jeweils bis 30. Juni detailliert über die Planungen und Entwicklungen des Flughafenareals in Tempelhof inklusive des Flughafengebäudes zu berichten. Die Wirtschaftspläne sind jährlich vorzulegen.	Beibehalten!
108.	84.*	Der Senat berichtet dem Hauptausschuss jährlich zum 1. Mai zu den Programmen Stadtumbau Ost und Stadtumbau West sowie zu den sog. Begegnungszonen (Evaluation Modellprojekte 5 und 6).	Beibehalten!
109.	85.*	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss halbjährlich einen Bericht über den voraussichtlichen Mittelabfluss und die Einnahmeerwartung in den Kapiteln 1240 und 12 95 (Programmmittel Wohnungsbauförderung) vorzulegen. Darin soll dargestellt werden, bei welchem Titel voraussichtlich mehr als 500.000 Euro nicht benötigt werden. Verlagerungen von mehr als 500.000 Euro aus einzelnen Titeln sind dem Hauptausschuss grundsätzlich vorab vorzulegen. Der Hauptausschuss kann nachträglich unterrichtet werden, wenn dieser Sachverhalt lediglich durch die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Bund oder gegenüber der IBB aufgrund bestehender Deckungsmittelungen bedingt ist.	Beibehalten!
110.	86.*	<p>Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen wird aufgefordert, dem Hauptausschuss jeweils zur ersten Lesung der Haushalte die Finanzierungen und Folgelasten aller aus den Kapiteln 1240 und 1295 zu finanzierenden Förderprogramme in einer „Programmfibel“ darzustellen.</p> <p>Hinsichtlich der bereits abgeschlossenen Wohnungsbauprogramme sind – soweit hieraus noch Ausgaben zu leisten sind – die Leistungen nach Förderungswegen und Förderungsarten (z. B. Aufwendungsdarlehen, Aufwendungszuschüsse, Baudarlehen) kumuliert und differenziert darzustellen.</p> <p>Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen wird aufgefordert, jeweils vor Beginn der Haushaltsberatungen über die Entwicklung der Sozialwohnungsbestände (Bestand im Vorjahr, Zugänge, Abgänge, Bestand am Ende des Vorjahres) in den Bezirken zu berichten.</p> <p>Der Senat wird aufgefordert, im Zusammenhang mit dem jeweils zu erwarteten Baubeginn und dem Bauende bei allen künftigen Planungen die Position „Unvorhergesehenes“ generell realistischer als bisher üblich anzusetzen. Darüber hinaus ist zukünftig bei der</p>	Beibehalten!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		Vorlage der Bauplanungsunterlagen und sonstigen Vorlagen zur Finanzierung von Bau- maßnahmen eine Erklärung vorzusehen, die die Kosten im Zusammenhang mit allen rechtlichen Anforderungen abschließend benennt.	
111.	87.*	Der Senat wird aufgefordert, über die Arbeitsergebnisse der Anti-Korruptions-Arbeits- gruppe jeweils zum Februar zu berichten.	Ergänzung: Der Senat wird aufgefordert, über die Arbeitsergeb- nisse und Entwicklung der Organisationsstruktur und Personalbesetzung der Anti-Korruptions-Arbeits- gruppe jeweils zum Februar zu berichten.

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		Einzelplan 13 – Wirtschaft, Energie und Betriebe	
112.	88.	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss jährlich zur Ausschöpfung der EFRE-, ESF- und GRW-Mittel , erstmalig zum 31. März 2018, zu berichten.	Datum anpassen!
113.	89.*	Der Senat wird aufgefordert, die Beantragung, Bewilligung und Abrechnungsverfahren der EU-Mittel im Zuwendungsbereich unter Beachtung der LHO und der europäischen Prüfkriterien deutlich zu vereinfachen und zu entbürokratisieren. Der Bericht ist jährlich zum 30. September, beginnend in 2018, vorzulegen.	Datum anpassen!
114.	90.*	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss jährlich zur Umsetzung des Tourismuskonzeptes , insbesondere hinsichtlich des Akzeptanzerhaltes, erstmalig zum 30. September 2018, zu berichten.	Datum anpassen!
115.	91.	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss bis zum 30. Juni 2018 zur strategischen Planung bezüglich Berlin Partner zu berichten.	Streichen!
116.	92.	Die Beratung von Unternehmungen der solidarischen und genossenschaftlichen Ökonomie ist konzeptionell vorzubereiten. Dem Hauptausschuss ist bis 31. Dezember 2018 über den Konzeptstand zu berichten.	Änderung: Es ist zum Oktober 2020 über den Konzeptstand zur Definition und das Ausmaß der Förderungen von sogenannten „ Unternehmungen der solidarischen und genossenschaftlichen Ökonomie “ insbesondere auch vor dem Hintergrund des „ DIESE eG “-Skandals zu berichten.
117.	93.	Der Senat wird aufgefordert, mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) und den Bezirken eine Gesamtstrategie zu erarbeiten, damit unsere Stadt sauberer wird sowie illegale Sperrmüllablagerungen und die Vermüllung ganzer Kieze dauerhaft vermieden werden. Dabei sollen folgende Aspekte Berücksichtigung finden: Fortführung und Ausbau des Pilotprojekts „Reinigung von ausgewählten Parkanlagen“, Ausweitung der Öffnungszei-	Auflage datumsmäßig anpassen. Es reicht halbjährlich.

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		<p>ten der BSR-Recyclinghöfe, bessere Möglichkeiten zur Beseitigung von Sperrmüll, Festlegung der Reinigungsturnusse, Verbesserung der Ausstattung der Stadt mit ausreichend Möglichkeiten zur Müllentsorgung, personelle Verstärkung des allgemeinen Ordnungsdienstes der bezirklichen Ordnungsämter um durchschnittlich 8,5 Vollzeitäquivalente, Ausweitung der Dienstzeiten der Ordnungsämter, Erhöhung der Regelwarn- und Regelbußgelder sowie Maßnahmen zur Stärkung des öffentlichen Bewusstseins bzgl. der Entsorgung und Vermeidung von Müll, auch mittels digitaler Technologien (Apps etc.). Über die Umsetzung soll halbjährlich, beginnend mit dem 1. April 2018, berichtet werden.</p>	

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		<p align="center">Einzelplan 15 – Finanzen, Einzelplan 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten und Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke</p>	
118.	94.*	<p>a) Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss jährlich per 30. Juni einen ressortbezogenen Statusbericht über die Haushaltslage mit einer zusammenfassenden Prognose für den Jahresabschluss des Gesamthaushalts vorzulegen und</p> <p>b) diese Prognose bei der Vorlage zum Ergebnis der November-Steuerschätzung auf Basis aktueller Erkenntnisse anzupassen und bis zum 30. November zu berichten.</p>	<p>Haupt 18/38: Der Berichtsauftrag zur Vorlage eines gesonderten Statusberichts der Bezirke wird für erledigt erklärt. Die Senatsverwaltung für Finanzen wird gebeten, eine summarische Prognose der Ergebnisse der Bezirke in die Statusberichte gemäß Auflage Nr. 94 zum Haushalt 2018/2019 aufzunehmen und diese Prognose auch in den Statusberichten der kommenden Haushaltsjahre vorzusehen.</p> <p>Vorstehende Auflage übernehmen!</p>
119.	95.*	<p>Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss künftig im Rahmen des Liquiditätsberichts auch den aktuellen Stand der Verbindlichkeiten des Landes Berlin am Kreditmarkt (einschließlich der Verbindlichkeiten aus Kassenverstärkungskrediten), unterteilt in</p> <ul style="list-style-type: none"> – Verbindlichkeiten mit einer Fälligkeit unter einem Jahr, – Verbindlichkeiten mit einer Fälligkeit von einem bis vier Jahren, – Verbindlichkeiten mit einer Fälligkeit von vier bis acht Jahren und – Verbindlichkeiten mit einer Fälligkeit über acht Jahre mitzuteilen. 	<p>Beibehalten!</p>

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
120.	96.*	Der Senat wird aufgefordert, den Bericht über die Entwicklung der Versorgungsausgaben jeweils zu Beginn der Haushaltsberatungen dem Hauptausschuss vorzulegen.	<p>Ergänzung:</p> <p>Der Senat wird aufgefordert, den Bericht über die Entwicklung der Versorgungsausgaben jeweils zu Beginn der Haushaltsberatungen zum Ende der Sommerpause dem Hauptausschuss vorzulegen.</p> <p>Darüber hinaus hat der Senat zu Beginn der Haushaltsberatungen ein „versicherungsmathematischen Gutachtens für die Bestimmung notwendiger Pensionsrückstellungen beziehungsweise Pensionsverpflichtungen“</p>
121.	97.*	<p>Der Senat wird aufgefordert, dem Unterausschuss Vermögensverwaltung bzw. (je nach Zuständigkeit) dem Unterausschuss Beteiligungsmanagement und -controlling des Hauptausschusses jeweils zum Beginn der Haushaltsberatungen zu berichten über:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Höhe der Bürgschaften, Garantien und sonstiger Gewährleistungen unterteilt nach Unternehmen, b) deren Begründung der Notwendigkeit, c) die zur Minimierung einer möglichen Inanspruchnahme eingeleiteten Maßnahmen auf Unternehmensebene, d) ein Rating der Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme sowie e) bei absehbarer Inanspruchnahme die haushaltsmäßige Absicherung. <p>Dem Hauptausschuss ist gesondert zu den Punkten a), b) und e) zu berichten.</p>	
122.	98.*	Der Senat wird aufgefordert, jeweils zur ersten Sitzung des Hauptausschusses nach der Sommerpause einen Gesamtbericht zum Zins- und Schuldenmanagement des Landes Berlin vorzulegen.	Beibehalten!
123.	99.	Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss Eckpunkte für die landesrechtliche Ausgestaltung der Schuldenbremse bis zum 31. August 2018 vorzulegen.	<p>Änderung:</p> <p>Der Senat halbjährlich über den Stand der Einhaltung der Schuldenbremse auf Landes-, Bundes- und Europaebene, die Berlin betreffen, zu berichten. In diesem Zusammenhang ist auch über Veränderungen der ESVG bzw. der Zuordnungen im Schalenkonzept zu berichten.</p>

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
124.	100.*	Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen der Investitionsplanung dem Hauptausschuss jährlich bis zum 31. Dezember über die Umsetzung des Masterplans Tierpark unter der Berücksichtigung der Umsetzung der Baumaßnahmen sowie der Einnahmenentwicklung zu berichten.	Beibehalten!
125.	101.*	Die Grundstücke Berlins außerhalb der Stadtgrenze in einer Größe über 10 000 qm oder mit einem unbereinigten Verkehrswert von über 500.000 Euro, können nur nach Zustimmung des Abgeordnetenhauses Dritten zugewiesen oder veräußert werden.	Beibehalten!
126.	102.*	Bei jedem Erbbauvertrag ist aus den Zinseinnahmen durch Rücklagenbildung für den Heimfall Vorsorge zu treffen. Im Falle des Heimfalls wird der Bezirk, der bisher von Zinseinnahmen profitiert hat, in gleicher Weise an ggf. entstehenden Kosten beteiligt.	Beibehalten!
127.	103.*	<p>a) Der Senat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Bezirken ein Berichtswesen zum Forderungsmanagement des Landes Berlin (sonstige Forderungen/Ansprüche) zu entwickeln. Insbesondere soll zusätzlich zum vollständigen Ausweis aller Ansprüche des Landes Berlin über die Erhebung geeigneter Kennzahlen (z.B. Herkunft, Anzahl, Alter, Rückholquote, Niederschlagungsquote) der Forderungsbestand qualitativ bewertet werden. Der Hauptausschuss erwartet, dass der Senat und die Bezirke über geeignete organisatorische Maßnahmen die Bedienung eines standardisierten Berichtswesens zum Forderungsmanagement sicherstellen. Dem Hauptausschuss ist jährlich zum 30. November zu berichten.</p> <p>b) Der Senat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Bezirken beginnend mit dem Stand per 31. Dezember 2017, jährlich zusammen mit der Haushalts- und Vermögensrechnung über die Summe der befristet niedergeschlagenen Forderungen je Kapitel zum jeweiligen Stichtag zu berichten. Darüber hinaus ist über die Summe der im Berichtsjahr unbefristet niedergeschlagenen Forderungen zu berichten.</p>	Beibehalten!
128.	104.*	<p>Der Senat wird gebeten, fortlaufend über die planmäßige Ablösung des derzeitigen Softwareverfahrens für das Berliner Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, durch die Neukonzeption (HKR neu) zu berichten. Insbesondere soll in den Berichten dargestellt werden, wie im weiteren Verlauf des Projektes:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Feinplanung und Fachkonzeptionierung des Gesamtprojekts unter Beteiligung des externen Projektsteuerers, – Europaweites Vergabeverfahren zur Softwarelizenzierung und Beauftragung von Implementierungsleistungen, 	Beibehalten!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		<ul style="list-style-type: none"> – IT-Feinkonzeptionierung und Erstellung einer lauffähigen Referenzlösung, – Einführung der Referenzlösung in ausgewählten Bereichen, Tests und Abnahmen, – Einführung der neuen Software-Gesamtlösung in der Berliner Verwaltung sowie – Begleitende Schulung der Nutzerinnen und Nutzer erfolgen. 	
129.	105.*	<p>Bei der Zuweisung des Produktschneckenbudgets der Bezirke ist der Hauptausschuss vorab zu informieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> – bei Änderungen der Budgetierungskriterien, die innerhalb des Budgets für ein Produkt zu Veränderungen von mehr als 1 Mio. Euro zwischen den Bezirken führen. – bei Ausdehnung des Wertausgleichs innerhalb eines Produktes bzw. auf weitere Produkte oder Produktgruppen. 	Beibehalten!
130.	106.	<p>Der Senat wird aufgefordert, im Zusammenwirken mit den Bezirken über die Verwendung der Mittel für die bezirklichen Jugendkunstschulen, Jugendverkehrsschulen und Jugendgartenarbeitsschulen, die im Rahmen der Globalzuweisung den Bezirken zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, dem Hauptausschuss jährlich bis zum 31. Mai, erstmalig in 2019, zu berichten.</p>	Datum anpassen!
131.	107.	<p>Die Bezirke werden aufgefordert, bei der Erhöhung des Anteils von Unterricht festangestellter Musikschullehrkräfte sowie bei der Erhöhung der Honorare eine Einschränkung oder Verteuerung des Angebots auszuschließen.</p> <p>Der nach § 124 Abs. 4 Schulgesetz in 2018/19 zu erstellende 3. Leistungs- und Qualitätsentwicklungsbericht über die Musikschulen, der von der für Kultur zuständigen Senatsverwaltung zu erstellen ist, soll auch das Jahr 2017 umfassen und ist dem Hauptausschuss spätestens bis zum 30. September 2019 zuzuleiten.</p>	Datum anpassen!
132.	108.*	<p>Die Senatsverwaltung für Finanzen wird ermächtigt, bei der Herstellung des Druckstücks der Haushaltspläne (einschließlich der beigefügten Anlagen) Fehler zu berichtigen und die Erläuterungen, Vermerke und Bezeichnungen entsprechend anzupassen.</p>	Beibehalten!

**Auflagen zum
Nachtragshaushalt 2018/2019 Drucksache 18/1546**

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
1.		Die Senatsverwaltung für Finanzen wird aufgefordert, in bezirklichen Einzelplänen Sperren auszubringen und die entsprechenden Beträge über eine Basiskorrektur abzusetzen, soweit Bezirke Absenkungen im Sinne des § 7 Absatz 6 HG vornehmen und zwar in deren doppelter Höhe.	Beibehalten!
2.		Der Senat legt dem Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses zum 31. März 2019 ein Konzept vor, das hinsichtlich der Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH folgende Aspekte ggf. durch Gesellschafterweisung umsetzt: a) den vollständigen Verzicht auf sachgrundlos befristete Beschäftigungsverhältnisse sowie den vollständigen Verzicht auf konzernfremde Aufgabenauslagerungen oder Drittdienstleistungen stattdessen in allen Konzernteilen. b) die Rückeingliederung der Töchter Vivantes Therapeutische Dienste und Vivantes Ambulante Krankenpflege. c) eine Tarifstruktur in allen Konzernteilen auf jeweils branchenüblichem Niveau inklusive einer Gleichbezahlung aller Beschäftigten für gleiche Arbeit; „Haustarifverträge“ oder „Entgeltgrundsätze“ sind auszuschließen, soweit diese abweichenden Regelungen vom Mutterkonzern beinhalten, die die Beschäftigten schlechter stellen; die Rückgliederung aller Konzerntöchter andernfalls.	Anpassen!
3.		Der Senat legt dem Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses zum 31. März 2019 ein Konzept vor, das hinsichtlich der Charité – Universitätsmedizin Berlin folgende Aspekte ggf. durch Gesellschafterweisung umsetzt: a) den vollständigen Verzicht auf sachgrundlos befristete Beschäftigungsverhältnisse sowie den vollständigen Verzicht auf konzernfremde Aufgabenauslagerungen oder Drittdienstleistungen stattdessen in allen Konzernteilen. b) die Rückeingliederung der Tochter CPPZ.	Anpassen!

Lfd. Nr.	Alt	Auflagen 2018/2019	Bemerkungen zu Anpassungen
		c) die Anhebung der Ausbildungsvergütung für Psychotherapeuten auf monatlich 850 Euro sowie den Erlass des Schulgeldes für Physiotherapeuten, Logopäden und Diätassistenten des 2. und 3. Ausbildungsjahres.	
4.		Dem Hauptausschuss ist bis zur Sommerpause 2019 qualifiziert darzustellen, wie die Verpflichtungsermächtigungen (VE) im Einzelplan 25 (im Doppelhaushalt 2018/2019 sowie im Nachtragshaushalt) in Anspruch genommen werden. Die Senatsverwaltung für Finanzen wird aufgefordert, insoweit nicht benötigte VEs zu sperren.	Anpassen!

Begründung

Der Haushaltsentwurf von R2G, der trotz guter wirtschaftlicher Rahmenbedingung ohne Haushaltsentlastungsrücklage durch gewaltige Wahlgeschenke²⁴⁹ bereits 2021 in ein Defizit von 700 Mio. EUR rutschen würde, ist auf gesunde Füße zu stellen.

Berlin soll »von der Hauptstadt der Armut zur Hauptstadt des Wohlstands« werden.

Mit jedem neuen Tiefststand der SPD-Wahlumfragen wurden von R2G ohne Rücksicht auf die Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit des Haushalts „soziale Wohltaten“ unters Volk gestreut.²⁵⁰ Kulminationspunkt dieser Entwicklung war die noch weitere Aufweichung der Berliner Schuldenbremse und die explizite Forderung der LINKEN, die Schuldenbremse ganz abzuschaffen.²⁵¹

Dies gilt es zurückzudrehen. Wir brauchen u.a. Solidarisches Grundeinkommen (SGE), keine höheren Abgeordnetendiäten und auch keine E-Busse, die Berlin bis zu 3 Mrd. Euro kosten könnten.²⁵²

Entsprechend hat die AfD über **700 Berichtsanhträge** und rund **440 Änderungsanhträge** gestellt.

Wir erleben das geringste Zinsniveau aller Zeiten, die höchste Erwerbsquote seit Jahrzehnten und das Steigen der Gesamteinkünfte – wenn auch geringer als ursprünglich erwartet - auf Basis des nach wie vor wachsenden BIPs von Berlin und einer stark überhitzten Bauwirtschaft.

Trotzdem besteht laut Finanzplan 2020 die Notwendigkeit für Pauschale Minderausgaben von **-494 Mio. EUR (2022)** und **-409 Mio. EUR (2023)**.²⁵³

Ohne die Haushaltsentlastungsrücklage von 700 Mio. EUR, die aus dem Jahresüberschuss 2019 gebildet werden soll, um im Wahlkampfsjahr keine Einsparungen vornehmen zu müssen bzw.

²⁴⁹ Vgl. Berliner Zeitung, 17.08.19, Wohnen, Schulen, Verkehr Diese Brocken muss Berlin im nächsten Haushaltsplan stemmen; <https://archiv.berliner-zeitung.de/berlin/wohnen--schulen--verkehr-diese-brocken-muss-berlin-im-naechsten-haushaltsplan-stemmen--33023198>

²⁵⁰ Spiegel, 20.07.19, Konzept gegen Langzeitarbeitslosigkeit Bundesagentur kritisiert Solidarisches Grundeinkommen; <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/solidarisches-grundeinkommen-in-berlin-bundesagentur-kritisiert-konzept-a-1278231.html>

Vorwärts, 08.12.19, Abschluss des SPD-Parteitag: „Wir sind auf dem richtigen Weg“; Michael Müller; <https://www.vorwaerts.de/artikel/abschluss-spd-parteitags-richtigen-weg>

²⁵¹ TAZ, 06.08.19, Linke Ökonomen gegen Senat, Aufruf gegen Schuldenbremse; <https://taz.de/Linke-Oekonomen-gegen-Senat/!5611088/>; Berliner Morgenpost, 11.09.19, Schuldenbremse – Fraktionen kippen Schuldenbremse; <https://www.morgenpost.de/berlin/article227061223/Schuldenbremse-Fraktionen-kippen-Senatsentwurf.html>

„Die LINKE fordert die Abschaffung der Schuldenbremse“, Linksfraktion, Fabio De Masi, 20. August 2019; <https://www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/investitionen-statt-schuldenbremse/>

²⁵² Vgl. hierzu BZ vom 11.11.19, Neuer Senatsbericht enthüllt - Umsteigen auf E-Busse kostet BVG 3 Milliarden Euro!; <https://www.bz-berlin.de/berlin/umsteigen-auf-e-busse-kostet-bvg-3-milliarden-euro>

²⁵³ Eckwerte der Finanzplanung, S.8; <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.834886.php>

weiter Wahlgeschenke ausschütten zu können, bestünde auch 2021 bereits ein **tatsächliches Defizit von -700 Mio. EUR**.

Durch den angedachten Mietendeckel von R2G ist mit weiteren hunderten Millionen Defizite zu rechnen.²⁵⁴

Aus diesem Grund gilt es neben der Rücknahme der Wahlgeschenke bereits in den nächsten zwei Jahren Sparpotenziale insbesondere durch Effizienzmaßnahmen zu erschließen und natürlich den Mietendeckel nicht einzuführen.²⁵⁵

Laut einer **Studie des IREF-Instituts** setzt „Berlin [...] in vielen Bereichen mehr Personal ein als Hamburg, ohne seinen Bürgern erkennbar bessere Dienstleistungen bereit zu stellen - zahlreiche Beispiele sprechen für das Gegenteil. Berliner Verwaltungsangestellte sind wohl kaum weniger begabt oder fleißig als ihre Kollegen in Hamburg, München oder Mainz. Naheliegender ist es, dass ihre Produktivität durch eine mangelhafte Organisation ausgebremst wird.

Eine mangelhafte Organisation offenbart sich beispielsweise in Doppelzuständigkeiten. Für den Bereich Verkehr sind in Berlin teilweise sowohl Polizei als auch das Ordnungsamt zuständig. Auch die Zuständigkeiten zwischen Senat und Bezirksverwaltungen sind in Berlin nicht optimal verteilt. So dauert die Einrichtung eines Zebrastreifens drei Jahre und bedarf 18 Verfahrensschritten, weil Prüfvorgänge sich doppeln und zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen abgestimmt werden müssen.

Im Vergleich zu Hamburg setzt Berlin im Bereich innere Verwaltung gut 3 Vollzeitstellen weniger ein. Die innere Verwaltung übernimmt Aufgaben und stellt Ressourcen bereit, die für die Funktion der Verwaltung essentiell sind. Sie ist unter anderem für Personalfragen, Haushalts- und Rechnungswesen, Controlling, Beschaffung und Kosten-Nutzen-Analysen verantwortlich. Vielleicht sollte Berlin an genau dieser kritischen Stelle der inneren Organisation mehr und anderswo weniger Personal einsetzen.

Dass es auch in Berlin besser geht, zeigt das Land übrigens auf der Einnahmenseite. In der Finanzverwaltung setzt Berlin pro 1.000 Einwohner fast eine halbe Vollzeitstelle weniger ein als Hamburg, dennoch können sich die Berliner über eine relativ schnelle Bearbeitung freuen. Nur das Saarland bearbeitet Steuererklärungen schneller als die Berliner Verwaltung. Wo ein Wille ist, scheint auch in Berlin ein Weg zu sein.“²⁵⁶

In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob der **Vorschlag des Rechnungshofes zur Umstrukturierung seiner Aufbau- und Ablauforganisation**²⁵⁷, der überraschend im Rahmen der letzten HH-Beratungen 2018_2019 von den Altparteien abgelehnt wurde, sich nicht fruchtbar auf andere Verwaltungen übertragen ließe.

²⁵⁴ Vgl. Berliner Morgenpost, 11.12.19, Mietendeckel kostet Berlin hunderte Millionen;

<https://www.morgenpost.de/berlin/article227793251/Mietendeckel-kostet-Berlin-Hunderte-Millionen-Euro.html>

²⁵⁵ Vgl. Berliner Morgenpost, 10.12.19, Mietendeckel: 5,5 Milliarden weniger für Mietendeckel; <https://www.morgenpost.de/berlin/article227874859/Mietendeckel-5-5-Milliarden-Euro-weniger-Investitionen.html>

²⁵⁶ IREF, 23.04.19, Berliner Verwaltung: Zu wenig Personal?; <https://de.irefeurope.org/Diskussionsbeitrage/Artikel/article/Berliner-Verwaltung-Zu-wenig-Personal#doc1934>

²⁵⁷ RN 1063, <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-1063-v.pdf>

Darüber hinaus sind die Chancen der Digitalisierung zu nutzen²⁵⁸ und die derzeit ca. 12.400 vollziehbar Ausreisepflichtigen abzuschieben.²⁵⁹

Die AfD spart 1,86 Mrd. Euro ein, um Defizite von R2G wieder auszugleichen und Überschüsse für Schuldentilgung, die Nachhaltigkeitsrücklage und Investitionen zu nutzen.

Die AfD hält damit, was sie verspricht! Im AfD-Programm heißt es:

Staatsschulden planmäßig tilgen

„Die AfD strebt die Rückkehr zu ausgeglichenen Staatshaushalten an. Sie befürwortet die schrittweise Rückführung der ausgeuferten öffentlichen Verschuldung. Das derzeit niedrige Zinsniveau gefährdet die Alterssicherung weiter Teile der Bevölkerung und kann deshalb auf Dauer nicht aufrecht erhalten werden.“²⁶⁰

Bürokratie abbauen und staatliche Subventionen reduzieren

„[...] Die AfD lehnt Subventionen generell ab. Wir wollen gleiche Regeln für alle – ob groß, ob klein, in jeder Branche. Unser Ziel ist ein schlanker, aber starker Staat.“²⁶¹

Hilfe zur Selbsthilfe statt staatlicher Rundumversorgung

„Die Aufgabe des Sozialstaates ist es nicht, die Lebensverhältnisse aller Menschen anzugleichen, sondern denen zu helfen, die sich nicht selbst helfen können. Wir fordern Hilfe zur Selbsthilfe und keine staatliche Rundumversorgung. Der beste Schutz gegen Krankheit und Armut sind intakte Familien, Bildung und Arbeit.“²⁶²

Schuldenabbau schafft finanziellen Gestaltungsspielraum

„[...] Berlin [steht] nach Bremen an zweiter Stelle der am höchsten verschuldeten Bundesländer in Deutschland. [...] Berlin muss seinen Haushalt weiter konsolidieren, um Schulden abbauen und finanziellen Gestaltungsspielraum für die Zukunft gewinnen zu können. [...] Die AfD setzt sich für eine Verankerung der Schuldenbremse in der Berliner Landesverfassung ein.“

²⁵⁸ Computerwoche, 20.09.19, Digitalisierung im Land Berlin "Die Technik ist nicht das Problem"; <https://www.computerwoche.de/a/die-technik-ist-nicht-das-problem.3606481>

²⁵⁹ Vgl. Berliner Morgenpost, 01.02.19; Abschiebungen – Über 12.000 Ausreisepflichtige in Berlin; <https://www.morgenpost.de/berlin/article216348985/Wieder-mehr-Ausreisepflichtige-in-Berlin.html>;

BZ, 25.05.19, Senat setzt auf Duldung - Mehr als 12.000 Menschen in Berlin sind ausreisepflichtig; <https://www.bz-berlin.de/berlin/mehr-als-12-000-menschen-in-berlin-sind-ausreisepflichtig>

²⁶⁰ AfD-Grundsatzprogramm Kurzfassung, S.14; https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2019/07/2016-06-20_afd-kurzfassung_grundsatzprogramm_webversion_bearb..pdf

²⁶¹ Ebenda, S.13.

²⁶² Berliner AfD-Programm, S.28; http://afd.berlin/wp-content/uploads/2016/07/AfD_Berlin_Wahlprogramm_A5_RZ.pdf

[...] Durch ein verbindliches Subventionsabbaugesetz soll eine konsequente Ausgabenkürzung erreicht werden. Alle Subventionen – Wirtschafts-, Kultur und sonstige Subventionen – sind auf den Prüfstand zu stellen [...]. [...] Die Berliner Verwaltung soll modernisiert und verschlankt werden, öffentlich Bedienstete müssen aber im Gegenzug auch leistungsorientiert bezahlt werden.“²⁶³

Auszug aus dem AfD-Grundsatzprogramm

*„Die AfD strebt die Rückkehr zu ausgeglichenen Staatshaushalten an. Sie befürwortet die schrittweise Rückführung der ausgeuferten öffentlichen Verschuldung. **Nachfolgende Generationen sollen nicht die Folgen der bisherigen kurzsichtigen Schuldenpolitik auferlegt werden.** Hierzu müssen wir die staatliche Verschuldung planmäßig verringern, um insbesondere auch höhere Zinsaufwendungen im Falle eines allgemein steigenden Zinsniveaus bewältigen zu können. **Das derzeit niedrige Zinsniveau gefährdet die Alterssicherung weiter Teile der Bevölkerung und kann deshalb nicht auf Dauer aufrecht erhalten werden.**“*²⁶⁴

*„Die Zentralbanken verfolgen eine interventionistisch-künstliche Nullzinspolitik und werden diese wohl fortsetzen – bis hin zu negativen Zinssätzen. Solche schweren Eingriffe in die finanziellen Eigentums- und Freiheitsrechte der Bürger führen letztlich zwingend zu einem nicht wünschenswerten weiteren Machtzuwachs des Staates und des Finanzsektors. Aus Sorge um unser Geld werden wir auch darüber nachdenken müssen, ob grundsätzliche Reformen am Geldsystem und dem Kartell aus Zentral- und Geschäftsbanken notwendig sind.“*²⁶⁵

*„Grundlage unserer politischen Überzeugungen ist ein differenziertes Menschenbild, das sich der Freiheitschancen, aber auch der Gefährdungen des Menschen stets bewusst bleibt. **Wir glauben nicht an die Verheißungen politischer Ideologien oder an die Heraufkunft eines besseren, eines ‚Neuen Menschen‘.**“*²⁶⁶

*„Eine realistische Politik sollte sich der Unvollkommenheit und Vorläufigkeit ihrer möglichen Ergebnisse stets bewusst bleiben. Sie sollte einkalkulieren, dass kein noch so kluger politischer Akteur eine vollständige Kenntnis der Bedingungen und Möglichkeiten seines Handelns erlangen kann. [...] Rechtsstaatsprinzip und Vertragstreue sowie demokratische Legitimation haben für uns **Vorrang vor kurzfristigem Aktionismus und wahlwirksamer Effekthascherei.** Als ‚Partei des gesunden Menschenverstandes‘ setzen wir auf das politische Urteilsvermögen und die Verantwortungsbereitschaft der mündigen Bürger.“*²⁶⁷

„Wir wollen die staatliche Macht über den Bürger begrenzen. Dazu ist es erforderlich, die Staatsaufgaben zu reduzieren und den finanziellen Staatszugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger zu reduzieren. Die AfD will die Bürger nicht stärker mit Steuern und Abgaben belasten.

Analog zur Schuldenbremse wollen wir eine verbindliche Steuer- und Abgabenbremse im Grundgesetz, um die maximale Summe der Belastung auf einen bestimmten Prozentsatz im Verhältnis zum

²⁶³ Ebenda, S.26f; http://afd.berlin/wp-content/uploads/2016/07/AfD_Berlin_Wahlprogramm_A5_RZ.pdf

²⁶⁴ AfD-Grundsatzprogramm, S.150f, https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf

²⁶⁵ Ebenda, S.152, https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf

²⁶⁶ Ebenda, S.18; https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf

²⁶⁷ Ebenda, S.18f; https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf

Bruttoinlandsprodukt festzuschreiben. Steuern und Abgaben sollen in Zukunft nicht mehr beliebig erhöht werden können. Steuererhöhungen und neue Steuern darf es nur im Rahmen der Steuer- und Abgabenbremse geben. “²⁶⁸

Öffentlich-Privat-Projekte: Transparenz statt Lobby

„[...] Unternehmen der Öffentlichen Versorgung und der Daseinsvorsorge müssen in transparenten und demokratischen Strukturen organisiert werden. Die Leistungen sind an die Bürger grundsätzlich zu Gestehungspreisen abzugeben.“²⁶⁹

Pazderski Hansel Dr. Brinker
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

²⁶⁸ Ebenda, S.146f; https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf

²⁶⁹ AfD-Grundsatzprogramm Kurzfassung, S.17; https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2019/07/2016-06-20_afd-kurzfas-sung_grundsatzprogramm_webversion_bearb..pdf